Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. April 1980
Jg. 8 Nr. 18

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Azanische Schüler im Streik für Verbesserung der Ausbildung

z.ebk. ,,Einzeln sind wir nichts, gemeinsam sind wir stark" – ,,Nieder mit der Rassenerziehung" – ,,Wir wollen keine billigen Lohnarbeiter für die Kapitalisten sein" stand auf Plakaten, die Schüler der Parkwood-Schule in Kapstadt auf einer Demonstration während eines mehrere Tage dauernden Schulboykotts trugen. Tausende farbiger azanischer Schüler boykottieren die Schulen schon seit mehreren Tagen, die Streikbewegung wächst schnell, so berichtet die Londoner ,,Times": ,,Der Boykott hat das Gespenst einer Wiederholung der Aufstände von Soweto 1976 geweckt". Die Schüler streiken für die Anerkennung von Schülerräten, für eine Verbesserung der Ausbildung, für ausreichende Lernmittel und gegen rassische Unterrichtsstrukturen. Der Lehrerverband erkennt die Streikziele der Schüler an.

USA: Chicano-Studenten schließen sich zusammen

z.mam. Am 15. März fand in Fresco, Kalifornien, eine landesweite Konferenz der Chicano-Studenten statt, die eine Nationale Konferenz für den 17.–20.4. vorbereitete. Delegationen von 50 Schulen, Hochschulen und Universitäten beteiligten sich. Seit dem Raub mexikanischer Gebiete durch die USA (1848) bilden die dort gebürtigen Chicanos eine nationale Minderheit, die z.B. in Colorado 30% der Bevölkerung darstellen. Die Studenten unterstützen den Kampf gegen die Einwanderungsbehörde der USA, die die vollkommen rechtlosen mexikanischen Arbeiter ausplündert und schikaniert. An den Schulen und Hochschulen fordern die Chicano-Studenten eine zweisprachige Ausbildung, Förderung ihrer eigenen Kultur, finanzielle Unterstützung und das Recht, sich in Chicano-Studentenorganisationen zu organisieren.

Südkorea: Zahlreiche Streiks und Demonstrationen der Studenten

z.gkr. An mehr als der Hälfte der 87 Colleges und Universitäten in Südkorea haben in den letzten Wochen Demonstrationen stattgefunden. Der Kampf der Studenten richtet sich gegen die unter der Park-Diktatur erlassenen sogenannten Yushin-Verfassung, mit deren Hilfe das Recht auf Zusammenschluß der Studenten unterdrückt wird. In Kwanju mußte nach viertägigen Demonstrationen, Kundgebungen und Besetzung des Rektorats, bei denen Vertretungsrechte und Absetzung des Universitätsrektors, eines Park-Anhängers, gefordert wurde, das Recht, eine Vertretungskörperschaft nach eigener Modalität zu bilden, zugestanden werden. Trotz Universitätsschließung und Polizeieinsatz gingen die Aktionen weiter. Schon 70 Professoren, darunter 4 Universitätspräsidenten, alle Anhänger des Park-Regimes, mußten die Universität verlassen.

Prüfungsboykott an technischer Hochschule Malaysias

z.mat.Sydney. Nachdem die meisten der 1832 Studenten der polytechnischen Hochschule Ungku Omar bei den Zwischenprüfungen Mitte März ein weißes Blatt Papier abgegeben hatten oder gar nicht erschienen waren, bleibt die Hochschule für unbestimmte Zeit geschlossen. Ungku Omar ist die erste von sieben in Malaysia geplanten technischen Hochschulen, an denen die Fachkräfte für den öffentlichen Dienst ausgebildet werden sollen. Über 70% der Studenten erhalten Stipendien von Elektrizitätswerken, Verkehrsbetrieben usw., bei denen sie später arbeiten sollen. Mit der Aktion verlangen die Studenten die Entlassung des Rektors, der für das schlechte Mensaessen und den Ausbildungsdrill verantwortlich ist. Die Regierung droht mit Entzug der Stipendien, um die Studenten in die Hörsäle zurückzuzwingen.

US-Militäraktion gegen Iran gescheitert

EG-Beschlüsse. Sowjetische Besatzung in Herat verschärft

z.ges. Als der iranische Präsident Bani Sadr vor rund 3 Wochen mit Carter in Verbindung stand, um die Bedingungen für eine vorläufige Übernahme der festgesetzten US-Botschaftsangehörigen durch den Revolutionsrat zu klären, verlangte er eine Zusicherung, daß die USA bis zur Entscheidung des iranischen Parlaments keinerlei militärischen Aktionen oder Zwangsmaßnahmen unternehmen würden. Carter lehnte das ab. Die Geiseln blieben in der besetzten Botschaft. Zu diesem Zeitpunkt waren die Vorbereitungen für einen bewaffneten Angriff auf die besetzte Botschaft bereits monatelang im Gang. Vergangene Woche hat Carter die Militäraktion gestartet. Geplant war, 600 Kilometer von Teheran entfernt eine Operationsbasis zu schaffen und dann einen Hubschrauberangriff auf die besetzte Botschaft durchzuführen. Es ist unwahrscheinlich, daß die USA nicht auch in Teheran selber Vorbereitungen für diesen Überfall getroffen hatten. Auf das Leben der Geiseln kann es ihnen dabei kaum angekommen sein. In einer Pressekonferenz behauptete der US-Kriegsminister, die Aktion sei abgebrochen worden, als 3 von 8 mitgeführten Hubschraubern ausgefallen waren. 6 Hubschrauber seien aber für das Minimum gehalten worden, um den Erfolg des Überfalls zu gewährleisten. Beim Rückzug der Überfalleinheit sei es dann zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Maschinen gekommen. Heftig bestritt er, daß es sich um eine Militäraktion gehandelt habe. Es sei eine Rettungsaktion gewesen. Aus humanitären Gründen und um die Spannung in der Welt zu vermindern, wie Carter in einer Presseerklärung ausführte. Man kann gespannt darauf sein, was Carter als nächstes unternimmt, um die Spannung in der Welt zu vermindern. Die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität des Iran spielen bei diesen humanitären Überlegungen jedenfalls keine Rolle.

Mit der Militäraktion im Iran haben die USA auch ihre imperialistischen Verbündeten in Westeuropa, Kanada und Japan angeführt. Nur ihr Handelsboykott könne verhindern, daß die USA zu Militäraktionen gezwungen würden, lockte Carter. Die EG-Staaten und Japan hatten schon lange, noch unter dem Schahregime und der US-Vorherrschaft, ihre Handelsbeziehungen und ihren Kapitalexport in den Iran vorangetrieben. Japan und die Bundesrepublik, wie auch Großbritannien beziehen immer noch einen beträchtlichen Teil der Öleinfuhr aus dem Iran. Sie, und Italien und Frankreich, sind die hauptsächlichen Industrielieferanten des Iran. Die Forderung nach Anschluß an die Boykottmaßnahmen der USA kam da nicht unabsichtlich dazwischen. Die Bundesregierung preschte zwar im Dienst der USA voran, aber die Begeisterung in der EG war nicht allzu groß. Sie einigten sich der Sache nach nur auf jene Maßnahmen, auf die sie sich schon vor Monaten im UNO-Sicherheitsrat geeinigt hatten, im wesentlichen auf die Drohung mit Abbruch der Handels- und Kreditbeziehungen. Die Maßnahmen sollen jedoch durch die einzelnen Länder und nicht durch die EG durchgeführt werden. Darauf hatte vor allem Frankreich bestanden. Als Zeitplan legten sie fest, daß ab sofort keine neuen Verträge abgeschlossen werden sollen, und daß sie am 17. Mai die Lage prüfen wollen, um wenn notwendig ab dem 31. Mai Boykottmaßnahmen auf Grundlage von gesetzlichen Regelungen der einzelnen Mitglieder durchzuführen. Einstweilen sollen ihre Botschafter in Teheran erneut vorstellig werden und die Freilassung der Botschaftsangehörigen fordern. Diesen Beschlüssen der EG schlossen sich auch Japan, Kanada und Australien an, wobei Japan dadurch beflügelt wurde, daß es sich gegenwärtig ohnehin in Ölpreisauseinandersetzungen mit dem Iran befindet und sich durch Anschluß an den Boykott von den USA Ausgleich für die ausfallenden Öllieferungen verspricht.

In dieses Arrangement der EG und anderer imperialistischer Länder der zweiten Welt ist Carter jetzt mit seiner Militäraktion hineingefahren, offensichtlich ohne die Regierungen dieser Länder vorab zu unterrichten. Besonders übertölpelt muß sich Giscard d'Estaing vorgekommen sein, der gerade mit Gromyko wegen Afghanistan verhandelte. Als friedenssichernde Maßnahmen können die ins Auge gefaßten Zwangsmaßnahmen nun kaum noch erscheinen. Mit dem Köder, daß die EG Zeit gewinnen könnte, hatte Carter die Boykottbeschlüsse herbeigeführt, während das Kommandounternehmen schon lief. Während seine imperialistischen Verbündeten darauf setzten, mit den Boykottmaßnahmen Einfluß auf die US-Entscheidungen zu bekommen, hatte er die nächste Entscheidung schon getroffen und ihre Beschlußfassung als Nebelwand genutzt. Die Pleite, die aus dem Überfall wurde, wird weitere Entscheidungen eher beschleunigen. Die USA sind unter Zeitdruck. Ihre sozialimperialistischen Rivalen setzen sich in Afghanistan immer fester und haben dort gerade den Provinzgouverneur von Herat abgesetzt und die Verwaltung selber in die Hand genommen. Herat liegt an der iranischen Grenze. Mit dem Iran konnte die UdSSR in der letzten Woche ein Handels- und Wirtschaftsabkommen unter Dach und Fach bekommen. An ihrer eigenen Grenze zum Iran hat sie Truppen konzentriert und im Aufmarschgebiet der US-Flotte vor dem Golf ungefähr gleich viel Schiffseinheiten zusammengezogen wie die USA. Im Iran verfügen sie über die revisionistische Tudeh-Partei, während die USA gegenwärtig nur auf direkte CIA-Agenten zählen kann. Carter hat aber die Golfregion bereits zur Sicherheitssphäre der USA erklärt. Es ist leicht ersichtlich, daß nur der afghanische Widerstandskampf und die iranische Revolution den Zusammenstoß der beiden Supermächte in der Region und die Gefahr des imperialistischen Krieges verhindern können. Der Iran hat die europäischen Regierungen aufgefordert, dem US-Imperialismus die Gefolgschaft aufzukündigen. Aber sie bleiben Faktoren der Expansion und des Krieges. Im Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Allianzen ist das Bündnis der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker notwendig. Am 1. Mai kann es gefestigt werden.

700000 französische Lehrer im Streik – Keine Klasse über 25! Lohnerhöhungen!



Etwa 800000 Lehrer gibt es in Frankreich. 80 bis 90% von ihnen streikten Donnerstag und Freitag. Für Samstag hatte der größte der Elternverbände zu einer Aktion ,,leere Schule" aufgerufen. Am Montag und Dienstag dieser Woche wird das nicht lehrende Personal auf Aufruf aller Gewerkschaften die Arbeit niederlegen. 2500 Klassen will die Regierung zum Sommer schließen lassen. 30000 Grundschullehrerstellen sollen gestrichen werden, 70000 Hilfslehrer mit Zeitverträgen weiterhin auf den Lohn drücken. In halbjährigem zähem Kampf ist die Aktionseinheit gegen diese Maßnahmen aufgebaut worden. Es scheint, als ob die Regierung mit ihren Drohungen nicht weit kommt. Sie wird schon verhandeln müssen.

USA: Chicano-Studenten schließen sich zusammen

z.mam. Am 15. März fand in Fresco, Kalifornien, eine landesweite Konferenz der Chicano-Studenten statt, die eine Nationale Konferenz für den 17.–20.4. vorbereitete. Delegationen von 50 Schulen, Hochschulen und Universitäten beteiligten sich. Seit dem Raub mexikanischer Gebiete durch die USA (1848) bilden die dort gebürtigen Chicanos eine nationale Minderheit, die z.B. in Colorado 30% der Bevölkerung darstellen. Die Studenten unterstützen den Kampf gegen die Einwanderungsbehörde der USA, die die vollkommen rechtlosen mexikanischen Arbeiter ausplündert und schikaniert. An den Schulen und Hochschulen fordern die Chicano-Studenten eine zweisprachige Ausbildung, Förderung ihrer eigenen Kultur, finanzielle Unterstützung und das Recht, sich in Chicano-Studentenorganisationen zu organisieren.

Südkorea: Zahlreiche Streiks und Demonstrationen der Studenten

z.gkr. An mehr als der Hälfte der 87 Colleges und Universitäten in Südkorea haben in den letzten Wochen Demonstrationen stattgefunden. Der Kampf der Studenten richtet sich gegen die unter der Park-Diktatur erlas-

auf die besetzte Botschaft durchzuführen. Es ist unwahrscheinlich, daß die USA nicht auch in Teheran selber Vorbereitungen für diesen Überfall getroffen hatten. Auf das Leben der Geiseln kann es ihnen dabei kaum angekommen sein. In einer Pressekonferenz behauptete der US-Kriegsminister, die Aktion sei abgebrochen worden, als 3 von 8 mitgeführten Hubschraubern ausgefallen waren. 6 Hubschrauber seien aber für das Minimum gehalten worden, um den Erfolg des Überfalls zu gewährleisten. Beim Rückzug der Überfalleinheit sei es dann zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Maschinen gekommen. Heftig bestritt er, daß es sich um eine Militäraktion gehandelt habe. Es sei eine Rettungsaktion gewesen. Aus humanitären Gründen und um die Spannung in der Welt zu vermindern, wie Carter in einer Presseerklärung ausführte. Man kann gespannt darauf sein, was Carter als nächstes unternimmt, um die Spannung in der Welt zu vermindern. Die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität des Iran spielen bei diesen humanitären Überlegungen jedenfalls keine Rolle.

Mit der Militäraktion im Iran haben die USA auch ihre imperialistischen Verbündeten in Westeuropa, Kanada und Japan angeführt. Nur ihr Handelsboykott könne verhindern, daß die USA zu Militäraktionen gezwungen würden, lockte Carter. Die EG-Staaten und Japan hatten schon lange, noch unter dem Schahregime und der US-

Länder und nicht durch die EG durchgeführt werden. Darauf hatte vor allem Frankreich bestanden. Als Zeitplan legten sie fest, daß ab sofort keine neuen Verträge abgeschlossen werden sollen, und daß sie am 17. Mai die Lage prüfen wollen, um wenn notwendig ab dem 31. Mai Boykottmaßnahmen auf Grundlage von gesetzlichen Regelungen der einzelnen Mitglieder durchzuführen. Einstweilen sollen ihre Botschafter in Teheran erneut vorstellig werden und die Freilassung der Botschaftsangehörigen fordern. Diesen Beschlüssen der EG schlossen sich auch Japan, Kanada und Australien an, wobei Japan dadurch beflügelt wurde, daß es sich gegenwärtig ohnehin in Ölpreisauseinandersetzungen mit dem Iran befindet und sich durch Anschluß an den Boykott von den USA Ausgleich für die ausfallenden Öllieferungen verspricht.

In dieses Arrangement der EG und anderer imperialistischer Länder der zweiten Welt ist Carter jetzt mit seiner Militäraktion hineingefahren, offensichtlich ohne die Regierungen dieser Länder vorab zu unterrichten. Besonders übertölpelt muß sich Giscard d'Estaing vorgekommen sein, der gerade mit Gromyko wegen Afghanistan verhandelte. Als friedenssichernde Maßnahmen können die ins Auge gefaßten Zwangsmaßnahmen nun kaum noch erscheinen. Mit dem Köder, daß die EG Zeit gewinnen könnte, hatte Carter die Boykottbeschlüsse herbeige-

Truppen konzentriert und im Aufmarschgebiet der US-Flotte vor dem

der unterdrückten Völker notwendig. Am 1. Mai kann es gefestigt werden.

700000 französische Lehrer im Streik – Keine Klasse über 25! Lohnerhöhungen!



Etwa 800000 Lehrer gibt es in Frankreich. 80 bis 90% von ihnen streikten Donnerstag und Freitag. Für Samstag hatte der größte der Elternverbände zu einer Aktion ,,leere Schule" aufgerufen. Am Montag und Dienstag dieser Woche wird das nicht lehrende Personal auf Aufruf aller Gewerkschaften die Arbeit niederlegen. 2500 Klassen will die Regierung zum Sommer schließen lassen. 30000 Grundschullehrerstellen sollen gestrichen werden, 70000 Hilfslehrer mit Zeitverträgen weiterhin auf den Lohn drücken. In halbjährigem zähem Kampf ist die Aktionseinheit gegen diese Maßnahmen aufgebaut worden. Es scheint, als ob die Regierung mit ihren Drohungen nicht weit kommt. Sie wird schon verhandeln müssen.

1. Mai 1980: Klassenbewußtsein entwickeln

Landesweite gewerkschaftliche Demonstrationen und Kundgebungen

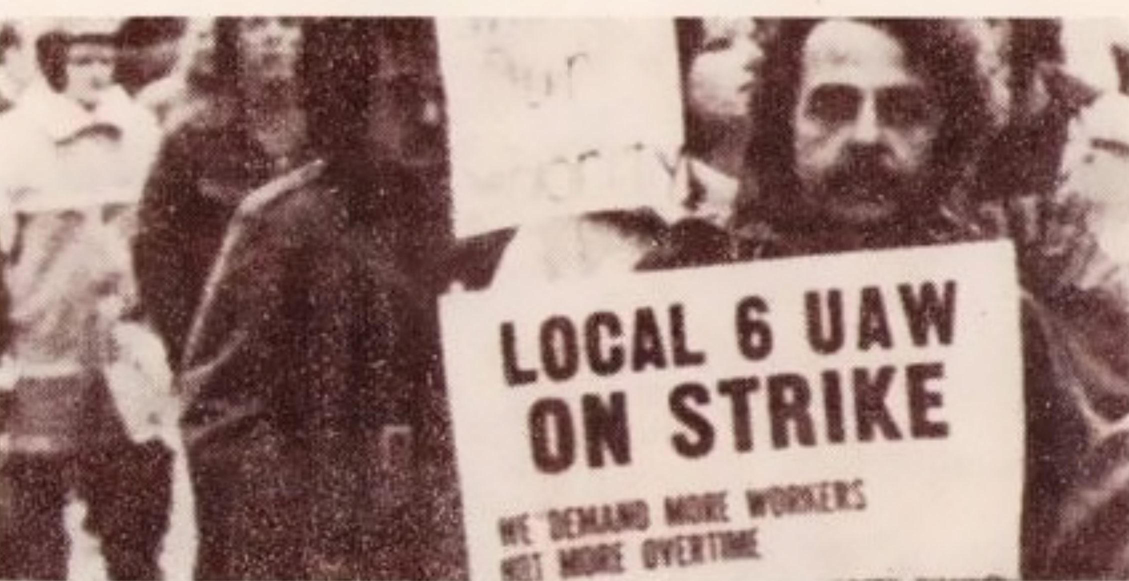
kbw.zk. Daß die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft Krisen produziert, ist der Arbeiterklasse spätestens seit 1966/67 erneut bewußt. Mit Krisen sei es vorbei, hatten die bürgerlichen Versöhnungspsalmen jahrzehntelang gelautet. 1974/75 war die nächste Krise fällig und jetzt gibt es nur noch Zweifel über den Zeitpunkt der neuen Krise, die sich schon abzeichnet. Daß der Kapitalismus weiterhin Kriege hervorbringt und nicht Entspannung, läßt sich auch nicht wegreden. Die Geschichte des Kapitalismus wiederholt ihre Lektionen so oft, bis die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Lehren begriffen haben und mit dem Kapitalismus die Ausbeutung beseitigen, aus der Krise und imperialistischer Krieg entspringen. Die Frage ist nur, wieviel Lehrgeld wir zahlen müssen.

In den wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre hat sich die Arbeiterbewegung gestärkt und über die einzelnen Wirtschaftsbereiche hinweg Verbindungen geknüpft. Die Gewerkschaften sind der Hebel dieses Fortschritts. Trotz der leichten realen Lohnerhöhungen der letzten beiden Jahre hat sich aber die Kluft zwischen den tatsächlichen Lebensbedingungen und den durch wachsenden Verschleiß gestiegenen Lebensbedürfnissen eher noch erweitert. Immer härter wird der Zwang, im Kampf gegen die Kapitalistenklasse gemeinsame politische Forderungen durchzusetzen: wenn der Ausbeutung nicht in der Produktion Schranken gezogen werden, ist es nicht möglich, den Wert der Arbeitskraft zu verteidigen. Die Verkürzung des Arbeitstages ist als gewerkschaftliche Forderung bereits vielfach erhoben. Um so dringlicher ist es, der Ausbeutung durch Akkord-, Nacht- und Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Einschneidende Erfolge kann die Arbeiterbewegung dabei nur durch Gesetz erzielen. Umgekehrt versucht die Kapitalistenklasse sogar die bestehenden gesetzlichen Regelungen zu unterhöhlen und außer Kraft zu setzen. Ein Hauptangriffspunkt ist das Verbot der Nachtarbeit für Frauen. Den mächtigen Elektrokonzernen sind die niedrigen Frauenlöhne nur ein weiterer Stachel, auf ihre Weise Gleichberechtigung zu erzwingen. ,,Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich. Wir bauen auf unsere Kraft", lautet die Mailosung der Gewerkschaften. An keinem dieser Punkte gibt es Grund zur Selbstzufriedenheit.

Vom Entspannungsgerede hat sich die Gewerkschaftsbewegung lange einlullen lassen. Bevor der letzte Weltkrieg auch nur durch einen Friedensvertrag beendet ist, wird der nächste schon betrieben. Deutschland ist der zentrale Aufmarschplatz der beiden Supermächte für den drohenden Krieg um Europa. Sie sollen ihre Truppen abziehen, werden es aber nicht freiwillig tun. Die Bundesrepublik soll raus aus der NATO. Die USA sind dagegen und die Bundesregierung wird es nicht freiwillig machen. Die Souveränität der Volksmassen in der DDR soll nicht durch sowjetische Besatzungstruppen und Warschauer Pakt unterdrückt, sondern durch Friedensvertrag anerkannt und gesichert werden. Die endgültige Anerkennung der Grenze zu Polen wird es dem polnischen Volk erleichtern, die Vorherrschaft der Sozialimperialisten abzuwerfen.

Ausbeutung, Krise und Krieg wird es geben, solange es Kapitalismus gibt. Im Kampf dagegen sammelt die Arbeiterbewegung die Kraft, um den Kapitalismus zu beseitigen. Das ist der Sinn des 1. Mai für das internationale Proletariat und die Völker der Welt.

Langandauernde Streiks von US-Arbeitern erfolgreich



Nach 21 Monaten Streik erzwangen die 15000 Arbeiter der Werft Newport News die Zahlung von 1 $/Stunde mehr. Durch einen 5 ½monatigen Streik verteidigten die Arbeiter von International Harvester ihr Recht auf Überstundenverweigerung.

z.hku. **Die Bundesregierung wird mit der DDR ein weiteres Abkommen über den Ausbau der Verkehrswege zwischen der BRD und Westberlin schließen.** Die DDR verpflichtet sich, die Bahnstrecke Westberlin – Helmstedt zweispurig auszubauen, den Mittellandkanal so zu verbreitern, daß er für Schiffe der „Europa"-Klasse gängig wird sowie den Grenzübergang Herleshausen/Wartha zu vergrößern und das fehlende Autobahnstück von der Grenze bis Eisenach zu bauen. Die BRD wird 500 Mio. DM zahlen. Nicht erreicht hat die Bundesregierung die Freigabe eine Autobahnstückes quer durch die Südwestecke der DDR für den westdeutschen Verkehr. Die DDR will sich die Sicherung der Verbindungen nach Westberlins möglichst teuer zahlen lassen; als nächsten Verhandlungsgegenstand hat sie daher die Modernisierung und Elektrifizierung *aller* Bahnstrecken Westberlin – BRD ins Gespräch gebracht, zu zahlen von der BRD. – Auch beim kürzlichen Besuch Mittags, des ZK-Sekretärs der SED für Wirtschaft, auf der Hannover-Messe, bei Schmidt, Krupp und Hoechst haben beide Seiten ihr Interesse an der Ausweitung des Geschäfts gerade in der gegenwärtigen internationalen Lage betont. Die Bundesregierung ließ wissen, daß der Überziehungskredit für die DDR von derzeit 850 Mio. DM nicht gekürzt werden soll, und Mittag winkte mit Anlagengeschäften für das nächste Jahrfünft von 2 Mrd. DM.

z.gkr. **Am 15.4. haben sich die Vertreter der OECD-Staaten schließlich über die Finanzhilfe an die Türkei geeinigt: 1,16 Mrd. $ sollen aufgebracht werden, die BRD-Imperialisten mit der USA – ausgewogen – an der Spitze.** Beide wollen 295 Mio. $ zur Verfügung stellen. Auch in den nächsten Jahren soll die Türkeihilfe fortgesetzt werden, ließen die Vertreter der beteiligten Regierungen verlauten. Kurz vor dem Beschluß hatten die Imperialisten noch ein Expertenteam des IWF zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage in die Türkei geschickt. Gleichzeitig ging es um ein neues Abkommen zwischen Türkei und IWF für 2 – 3 Jahre, das der Türkei jährlich 300 Mio. $ zukommen lassen soll. Matthöfer hatte, bevor er mit dem Beschluß der OECD-Staaten einverstanden war, für die westdeutschen Kapitalisten die Türkei erpreßt. Für die ca. 750 Mio. DM, die die westdeutschen Bourgeois für gelieferte Waren noch nicht erhalten hatten, und die durch Staatskredite nicht abgesichert sind, sollen Sonderbedingungen gelten: Erweiterte Möglichkeit für erneute Investitionen in der Türkei, Rückzahlung in DM statt in Dollar, höhere Verzinsung. Die Bundesregierung hält weiteres Entgegenkommen der türkischen Regierung „nicht für ausgeschlossen". Der DIHT ist beim Bundesfinanzminister gleich vorstellig geworden und hat sich bedankt.

z.fhe. **Im Sultanat Oman an der „Straße von Hormuz" wurde jetzt der zweitgrößte Hafen des Landes von der Hochtief AG, Essen, fertiggestellt.** Hochtief ist mittlerweile zweitgrößter

westdeutsche Bourgeoisie damit ihre Politik fort, Irland aus der Einflußsphäre des britischen Imperialismus herauszulösen und im Kampf um die EG-Hegemonie hinter sich zu bringen. Nach Jahrhunderten britischer Besetzung ist Irland heute immer noch „natürlicher Handelspartner" Großbritanniens, mit dem fast die Hälfte des irischen Außenhandels abgewickelt wird. Die britischen Imperialisten haben Irland zum Lebensmittellieferanten gemacht; in diesem Wirtschaftszweig ist ein Großteil ihres Kapitalexports konzentriert. Aber Irlands EG-Beitritt 1973 und seine Mitgliedschaft im europäischen Währungssystem, dem Großbritannien nicht angehört, haben Irland dem Einfluß der BRD und anderer Imperialisten geöffnet. Im 1. Halbjahr 1979 machte Irlands Handel mit der BRD zwar erst ca. 8,5% des irischen Außenhandel aus gegenüber 46% (1978: 47,9%) mit Großbritannien, aber der irische Export in die BRD war um 28,9% und der Import aus der BRD um 45,3% gestiegen gegenüber dem Vorjahr. Der westdeutsche Kapitalexport nach Irland wuchs, beflügelt durch Steuervergünstigungen und das niedrige Lohnniveau, von 1978 auf 1979 um 37%. Hauptanleger sind die westdeutsche Elektroindustrie und der Maschinenbau.

z.anb. Wien. **Auf einen „dreistelligen Mio.-Betrag" (Siemens-Austria-Chef Wolfsberger) werde man den Streitwert der Verleumdungsklage „präzisieren"**, eine von inzwischen drei Dutzend im Schmiergeldskandal rund um den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Neben den 18 Mio. S, die Siemens dem Direktor der mit der Auftragsschiebung befaßten Planungsgesellschaft AKPE gezahlt haben soll, sind Hunderte von Millionen an Scheinfirmen gewandert, über Verbindungsfiguren, die – z.T. als ehemalige Angestellte – in einem auffälligen „Nahverhältnis" zu der Steuerprüfungskanzlei „Consultatio" des Finanzministers Androsch stehen.

z.dif. **Nachdem das US-Repräsentantenhaus dem VW-Konzern ein fast 200000 m² großes Gelände in Sterling-Heights an der Ostküste überlassen hat, soll bis 1982 dort das zweite Montagewerk auf US-Boden fertig sein und mit der Produktion beginnen.** Durch die eingeschränkten Konsummöglichkeiten der amerikanischen Volksmassen ist ein hoher Bedarf an Kleinwagen vorhanden, die zwar nicht bequem und geräumig, aber in der Anschaffung und im Verbrauch billiger sind. Die VW-Kapitalisten müssen befürchten, daß die US-Regierung den Import von europäischen und japanischen Kleinwagen mit Zollschranken zu behindern suchen wird, deshalb die fieberhafte Eile im Aufbau des Zweitwerkes. Damit sollen auch die japanischen Konkurrenten getroffen werden, deren „aggressiver Expansion" wie T. Schmücker auf der Wolfsburger Betriebsversammlung sagte, durch die VW-Expansion begegnet werden soll.

die Finanzhilfe an die Türkei geeinigt: 1,16 Mrd. $ sollen aufgebracht werden, die BRD-Imperialisten mit der USA – ausgewogen – an der Spitze. Beide wollen 295 Mio. $ zur Verfügung stellen. Auch in den nächsten Jahren soll die Türkeihilfe fortgesetzt werden, ließen die Vertreter der beteiligten Regierungen verlauten. Kurz vor dem Beschluß hatten die Imperialisten noch ein Expertenteam des IWF zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage in die Türkei geschickt. Gleichzeitig ging es um ein neues Abkommen zwischen Türkei und IWF für 2 – 3 Jahre, das der Türkei jährlich 300 Mio. $ zukommen lassen soll. Matthöfer hatte, bevor er mit dem Beschluß der OECD-Staaten einverstanden war, für die westdeutschen Kapitalisten die Türkei erpreßt. Für die ca. 750 Mio. DM, die die westdeutschen Bourgeois für gelieferte Waren noch nicht erhalten hatten, und die durch Staatskredite nicht abgesichert sind, sollen Sonderbedingungen gelten: Erweiterte Möglichkeit für erneute Investitionen in der Türkei, Rückzahlung in DM statt in Dollar, höhere Verzinsung. Die Bundesregierung hält weiteres Entgegenkommen der türkischen Regierung „nicht für ausgeschlossen". Der DIHT ist beim Bundesfinanzminister gleich vorstellig geworden und hat sich bedankt.

z.fhe. **Im Sultanat Oman an der „Straße von Hormuz" wurde jetzt der zweitgrößte Hafen des Landes von der Hochtief AG, Essen, fertiggestellt.** Hochtief ist mittlerweile zweitgrößter
Baukonzern der BRD mit einem Umsatz von 5 Mrd. DM 1979 (1975: 2,35 Mrd.), davon im Ausland 2,65 Mrd. (1975: 0,695 Mrd.). Für 1980 will der Vorstand den Umsatz auf 5,5 Mrd. steigern und dabei die Belegschaft vor allem im Inland von 14945 Mann (1975: 15064) weiter abbauen. Im Ausland beschäftigt der Konzern 16536 Mann (1975: 7207), besonders aktiv ist er in den Rohstoffländern. Hochtief war federführend beteiligt am Bau des Kernkraftwerks Busher (Iran), des Cabora-Bassa Staudamms (Mozambique), des Flughafens Jeddah (Saudi-Arabien) und der U-Bahn in Hongkong. Beim Bau des Hafens Raysut, der für Schiffe bis 7 m Tiefgang geeignet ist, mußten mehrere hundert Wellenbrecher aus Beton weit gestaffelt ins Meer gebaut werden. Bis 7 m geht der Wellenganz zur Monsunzeit. „Der Hafen beherbergt keine speziellen Liegeplätze für militärische Einheiten, obwohl sich das natürlich rasch bewerkstelligen ließe", stellte die Bauleitung bei der Übergabe fest. Der Sultan von Oman hat erst kürzlich den USA das Land als Operationsbasis zugesichert. Auch die beiden von Kiel und Wilhelmshaven auslaufenden westdeutschen Zerstörer werden während ihrer „Ausbildungsreise" in diesen Breiten kreuzen. Die Bezirke des KBW führen in beiden Orten Aktionen gegen das Auslaufen durch.

z.wom. **Vom 28. – 30.4. besucht Bundespräsident Carstens die Republik Irland.** Nach Schmidts Irlandsreise im letzten Herbst, dem ersten Irlandbesuch eines Kanzlers der BRD, setzt die

zend im Schmiergeldskandal rund um den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Neben den 18 Mio. S, die Siemens dem Direktor der mit der Auftragsschiebung befaßten Planungsgesellschaft AKPE gezahlt haben soll, sind Hunderte von Millionen an Scheinfirmen gewandert, über Verbindungsfiguren, die – z.T. als ehemalige Angestellte – in einem auffälligen „Nahverhältnis" zu der Steuerprüfungskanzlei „Consultatio" des Finanzministers Androsch stehen.

z.dif. **Nachdem das US-Repräsentantenhaus dem VW-Konzern ein fast 200000 m² großes Gelände in Sterling-Heights an der Ostküste überlassen hat, soll bis 1982 dort das zweite Montagewerk auf US-Boden fertig sein und mit der Produktion beginnen.** Durch die eingeschränkten Konsummöglichkeiten der amerikanischen Volksmassen ist ein hoher Bedarf an Kleinwagen vorhanden, die zwar nicht bequem und geräumig, aber in der Anschaffung und im Verbrauch billiger sind. Die VW-Kapitalisten müssen befürchten, daß die US-Regierung den Import von europäischen und japanischen Kleinwagen mit Zollschranken zu behindern suchen wird, deshalb die fieberhafte Eile im Aufbau des Zweitwerkes. Damit sollen auch die japanischen Konkurrenten getroffen werden, deren „aggressiver Expansion" wie T. Schmücker auf der Wolfsburger Betriebsversammlung sagte, durch die VW-Expansion begegnet werden soll.
400000 im Jahr soll die Gesamtleistung der beiden Werke sein. Die Motoren sollen in dem im Bau befindlichen Werk in Mexiko produziert werden, das 1600 Einheiten täglich liefern wird.

z.crw. **Auf einer zentralen Kundgebung der ÖTV-Abteilung privater Güter- und Personenverkehr, an der am 19. 4. 800 teilnahmen, legte die ÖTV ein Schwarzbuch zu den Arbeitsbedingungen im Fernverkehr vor.** Wöchentliche Arbeitszeiten von über 100 Stunden sind ebenso die Regel wie der Zwang, gegen die gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen zu verstoßen. In seiner Rede bezeichnete der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Merten den niedrigen Lohn als den Grund für die üblen Arbeitsbedingungen. Er kündigte Warnstreiks in Hessen und Niedersachsen an. Die ÖTV habe erstmals die Streikfähigkeit im Fernverkehr erreicht. In Baden-Württemberg sei eine Erhöhung des Tariflohnes um 18% erreicht worden.



69. Deutscher Fürsorgetag in Frankfurt

Beratung über Kostendämpfung, Rentensanierung und Unterdrückung der Jugend

z.mak. Vom 23. – 25.4. fand in Frankfurt der 69. Deutsche Fürsorgetag statt. Anlaß war das 100jährige Bestehen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt, in dem private, kirchliche und staatliche Träger „sozialer Arbeit in der Bundesrepublik" vereint sind. Vertreten waren u.a. die Bundesanstalt für Arbeit, Sozialämter verschiedener Städte, Jugendämter, das Diakonische Werk der evangelischen Kirche und einige Krankenkassen. Das Motto lautete: „100 Jahre DV – gemeinsam für sozialen Fortschritt."

Während des Festaktes in der Frankfurter Paulskirche führten ca. 500 Menschen eine Protestkundgebung durch. Sie forderten die Anhebung des Regelsatzes und die Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe. Zu den Feierlichkeiten erschienen u.a. Bundespräsident Carstens, Hessens Sozialminister Clauss und Familienministerin Huber, die in ihrer Rede ankündigte, daß die Bundesregierung „eine Verbesserung der Sozialhilfe für Familien mit Kindern" plane. Diese sollen ab 1.1.1981 für jedes Kind zusätzlich 31 Mark bekommen.

In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende des Deutschen Vereins, Otto Fichtner, daß man „drei Problemen in den nächsten Jahren nicht ausweichen könne". Unter anderem nannte er die Höhe der Renten und die Versorgung der Rentner bei Krankheit. Ist es dem Ehrenbergministerium hier schon gelungen, sowohl die Renten immer mehr zu kürzen, als auch die Versorgung nicht nur der kranken *Rentner* drastisch einzuschränken, so propagierte Fichtner als weiteren Schritt auf diesem Weg den „verstärkten Ausbau offener Hilfen und Unterstützung der Familien- und Nachbarschaftspflege, (um) alte Menschen so lange in ihrem vertrauten Milieu zu halten, wie es nur irgend verantwortet werden kann". So soll die gesundheitliche Versorgung noch weiter reduziert werden. Und ist das erst einmal breiter durchgesetzt, können die Sätze für private Pflege immer noch gekürzt werden. So kann z.B. die Arbeiterwohlfahrt künftig nur noch 12 DM pro Stunde abrechnen, statt wie bisher 26 DM.

In einer Arbeitsgruppe mit dem Thema „Neue Konzepte ambulanter Sozialarbeit im Stadtteil" wurde beraten, wie der Staat die Sozialarbeiter besser benutzen kann zur stärkeren Schnüffelei in den Familien. Als „Ambulante soziale Dienste" wird hier versucht zu verkaufen, was das erste Mal vor zwei Jahren unter dem Namen Jugendpolizei am Widerstand der Jugendlichen gescheitert ist. Auch ein erneuter Versuch unter dem Namen „streetwork", mußte in den Anfängen stecken bleiben.

Das Ehrenbergministerium und das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit stecken den Rahmen ab und der Deutsche Verein sorgt für die Durchsetzung der Gesetze und Maßnahmen gegenüber den Massen. Die Themen des Fürsorgetages – so u.a. Jugendhilfe, Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, Sozialleistungen/Gesundheitshilfe, Integration Behinderter und Kranker, Aufgaben kommunaler Sozialplanung und Soziale Sicherheit im Alter – geben einen Eindruck davon, daß der Deutsche Verein gewillt ist, dies umfassend zu tun.



Westdeutsches Finanzkapital sichert den direkten Zugriff auf die Profite des ARBED-Konzerns

z.bef. Vor zwei Wochen hat Schmidt in Neunkirchen mitgeteilt, daß der Bund bereit sei, die Folgen der Restrukturierung der Hüttenindustrie im Saarland mitzutragen und zu diesem Zweck Verpflichtungsermächtigungen von über 100 Mio. DM bereitstellen wird. Die Finanzierung soll davon abhängig gemacht werden, daß sich das Saarland in gleicher Höhe an den Investitionen beteiligt, daß der Prüfbericht der Treuarbeit vorliegt und daß der Absatz der saarländischen Steinkohle gesichert ist. Der SPD-Landesvorsitzende Lafontaine forderte längst Festgeschriebenes: Sicherung des Mitspracherechtes, wie es bei ARBED von belgischer und luxemburgischer und bei der Dillinger Hütte von französischer Seite schon der Fall sei. Mit 900 Mio. DM Kreditbürgschaften, 220 Mio.DM bedingt rückzahlbaren Investitionszuwendungen und 120 Mio. DM an üblichen Fördermitteln steht der ARBED-Konzern in der Schuld der Bundesregierung. In einem mehr als zwanzig Punkte umfassenden Katalog, ausgear-

– halbjährlich über die Durchführung des Restrukturierungsprogramms zu berichten und für wesentliche Änderungen des Programms (einschließlich der vorgelegten Personalplanung) die vorherige Zustimmung der Bürgen anhand von erläuterten Plänen einzuholen;

– halbjährlich überarbeitete und zu erläuternde Finanzpläne (Liquiditätsvorschau) und Ergebnisplanungen für jeweils mindestens ein Jahr im voraus vorzulegen, erstmals bis zum 31.12.1978.für das Jahr 1979;
– die traditionelle Lieferverbundenheit mit der Saarbergwerke AG über 1983 hinaus aufrechtzuerhalten, sofern unter dem Gesichtspunkt inländischer Verhältnisse wettberwerbsfähige Konditionen geboten werden;
– die Auflagen der Bedingungen der noch zu erteilenden Zuwendungsbescheide für die zu gewährenden Investitionszuschüsse für die Jahre 1978 bis 1982 über je 48,8 Mio. DM auch in Bezug auf die Bürgschaftskredite anzuer-

auch eine Liquidations- und Liquiditätsklausel enthalten;

– während der Laufzeit der Bürgschaftskredite keine wesentlichen Veränderungen an den Beteiligungsverhältnissen … ohne vorherige Zustimmung der Bürgen vorzunehmen;
– dem Bund und dem Saarland ihr gegenüber die gleichen Rechte (z.B. Haftungsgewährungen, Kontrollmöglichkeiten) einzuräumen, die dem Staat Belgien gewährt wurden;
– möglichst bald eindeutige vertragliche Vereinbarungen über die Lieferbeziehungen mit dem Eschweiler Bergwerksverein abzuschließen;

„Es gilt die Wertschöpfung pro Kopf zu erhöhen und die Kopfzahl der Beschäftigten zu vermindern", formulierte die Geschäftsführung bei Vertragsabschluß mit der Bundesregierung den Kurs des ARBED-Konzerns. Vom Stichtag 31.August 1977 soll die Belegschaft um 8800 oder 33% reduziert werden. Im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen ist der Standort für

weichen könne". Unter anderem nannte er die Höhe der Renten und die Versorgung der Rentner bei Krankheit. Ist es dem Ehrenbergministerium hier schon gelungen, sowohl die Renten immer mehr zu kürzen, als auch die Ver-



Westdeutsches Finanzkapital sichert den direkten Zugriff auf die Profite des ARBED-Konzerns

z.bef. Vor zwei Wochen hat Schmidt in Neunkirchen mitgeteilt, daß der Bund bereit sei, die Folgen der Restrukturierung der Hüttenindustrie im Saarland mitzutragen und zu diesem Zweck Verpflichtungsermächtigungen von über 100 Mio. DM bereitstellen wird. Die Finanzierung soll davon abhängig gemacht werden, daß sich das Saarland in gleicher Höhe an den Investitionen beteiligt, daß der Prüfbericht der Treuarbeit vorliegt und daß der Absatz der saarländischen Steinkohle gesichert ist. Der SPD-Landesvorsitzende Lafontaine forderte längst Festgeschriebenes: Sicherung des Mitspracherechtes, wie es bei ARBED von belgischer und luxemburgischer und bei der Dillinger Hütte von französischer Seite schon der Fall sei. Mit 900 Mio. DM Kreditbürgschaften, 220 Mio.DM bedingt rückzahlbaren Investitionszuwendungen und 120 Mio. DM an üblichen Fördermitteln steht der ARBED-Konzern in der Schuld der Bundesregierung. In einem mehr als zwanzig Punkte umfassenden Katalog, ausgear-
beitet von der Treuarbeit AG, Düsseldorf, diktiert die Bundesregierung dem ARBED-Konzern die Bedingungen und Auflagen für die Gewährung der Kreditbürgschaften.

U.a. ist festgelegt:

– halbjährlich über die Durchführung des Restrukturierungsprogramms zu berichten und für wesentliche Änderungen des Programms (einschließlich der vorgelegten Personalplanung) die vorherige Zustimmung der Bürgen anhand von erläuterten Plänen einzuholen;

– halbjährlich überarbeitete und zu erläuternde Finanzpläne (Liquiditätsvorschau) und Ergebnisplanungen für jeweils mindestens ein Jahr im voraus vorzulegen, erstmals bis zum 31.12.1978.für das Jahr 1979;
– die traditionelle Lieferverbundenheit mit der Saarbergwerke AG über 1983 hinaus aufrechtzuerhalten, sofern unter dem Gesichtspunkt inländischer Verhältnisse wettberwerbsfähige Konditionen geboten werden;
– die Auflagen der Bedingungen der noch zu erteilenden Zuwendungsbescheide für die zu gewährenden Investitionszuschüsse für die Jahre 1978 bis 1982 über je 48,8 Mio. DM auch in Bezug auf die Bürgschaftskredite anzuer-
kennen;
– sicherzustellen, daß zwischen SRB und NE unverzüglich ein Ergebnisabführungsvertrag für die Dauer der Laufzeit der Bürgschaftskredite abgeschlossen wird; dieser mit dem Bürgen noch abzustimmende Vertrag muß u.a.

auch eine Liquidations- und Liquiditätsklausel enthalten;

– während der Laufzeit der Bürgschaftskredite keine wesentlichen Veränderungen an den Beteiligungsverhältnissen … ohne vorherige Zustimmung der Bürgen vorzunehmen;
– dem Bund und dem Saarland ihr gegenüber die gleichen Rechte (z.B. Haftungsgewährungen, Kontrollmöglichkeiten) einzuräumen, die dem Staat Belgien gewährt wurden;
– möglichst bald eindeutige vertragliche Vereinbarungen über die Lieferbeziehungen mit dem Eschweiler Bergwerksverein abzuschließen;

„Es gilt die Wertschöpfung pro Kopf zu erhöhen und die Kopfzahl der Beschäftigten zu vermindern", formulierte die Geschäftsführung bei Vertragsabschluß mit der Bundesregierung den Kurs des ARBED-Konzerns. Vom Stichtag 31.August 1977 soll die Belegschaft um 8800 oder 33% reduziert werden. Im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen ist der Standort für
den Aufbau einer gemeinsamen Roheisenerzeugung an der Saar mit Zentralkokerei in Dillingen so gut wie sicher. Der Bürge stachelt den Kurs der verschärften Ausbeutung der Stahlarbeiter gehörig an.

z.hop. **IG BSE führt Kampagne zur Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung durch.** Seit 1976 gilt die ArbStättV, in der die Kapitalisten verpflichtet wurden, Arbeitsplätze so einzurichten, daß den Arbeitern Mindestausstattungen für Unterkünfte und sanitäre Anlagen zur Verfügung gestellt sowie Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen. Wie aus einer Umfrage der IG BSE 1977 hervorgeht, wurden diese Bestimmungen von den Baukapitalisten selten eingehalten. Eine erneute Umfrage im Winter 78/79 zeigte, daß sich an dieser Lage nichts geändert hat. Die hauptsächlichen Verstöße lagen im Bereich der Unterkünfte und Hygiene sowie Verstöße gegen die Unfallverhütung. So waren z.B. auf 46,6% der Baustellen die Toiletten nicht oder unzureichend vorhanden und bei 11,6% die Baustellen nicht ausreichend gegen Absturzgefahr gesichert. In zwei Ortsverbänden in Hessen führte die IG BSE Plakat- und Flugblattaktionen durch. Ein IG BSE-Vorstandsmitglied kündigte an, daß die IG BSE in Zukunft noch mehr gegen die Mißstände am Bau vorgehen werde.

z.gkr. **Auch die Ärzte können nicht zur Arbeit rund um die Uhr gezwungen werden.** In einem von der ÖTV unterstützten Musterprozeß des Hamburger Kinderarztes Limbrock, Vorsitzender des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, hat das Landesarbeitsgericht Hamburg jetzt entschieden, daß die Arbeitszeitordnung (AZO) auch für Ärzte gilt. Danach darf nach einem Bereitschaftsdienst – der sich an einen normalen Tagdienst anschließt – die Weiterarbeit am nächsten Tag nicht angeordnet werden. Und es darf nicht öfter als einmal die Woche Bereitschaftsdienst vorgeschrieben werden. Besonders in kleineren Krankenhäusern sind es häufig 2 – 3 Mal. Erst am 9.8.1978 hatte das Bundesarbeitsgericht erneut festgestellt, daß die AZO auf Ärzte keine Anwendung finden kann. Die Gewerkschaft rechnet damit, daß das Bundesarbeitsgericht im Herbst erneut verhandeln wird. Gleichzeitig läuft am 30.9.1980 die Kündigungsfrist für die Sonderregelung zum BAT, die Bereitschaftsdienste der Ärzte betreffend, ab. Von verschiedenen Gewerkschaftskörpern wird die Kündigung durch den Hauptvorstand verlangt und die Aufnahme der Bestimmungen der AZO in den Tarifvertrag.

z.mam. **Das Bundesarbeitsministerium hat eine neue Satzung für die Bundesanstalt für Arbeit erlassen.** Danach werden die Kompetenzen des Präsidenten, derzeit Stingl, etwas eingeschränkt. Aufgrund einer Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AfG) im letzten Jahr konnte Stingl den Runderlaß 230 über die „Zumutbarkeit einer Beschäftigung" anordnen, den die Gewerkschaftsbewegung nicht hingenommen hat. Mit der neuen Satzung sind die örtlichen Verwaltungsgremien gestärkt und aufgefordert „Widerspruchsausschüsse", wie sie der DGB gefordert hatte, einzurichten. Die Widerspruchsausschüsse sollen paritätisch mit Vertretern der Gewerkschaft, der Kapitalisten und der öffentlichen Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) besetzt sein. Im letzten Jahr hat es insgesamt über eine Viertelmillion Einsprüche gegen Entscheidungen der Arbeitsämter gegeben, davon allein 48000 gegen Entscheidungen aus dem Runderlaß 230. Stattgegeben wurde nur 36,1% aller Einsprüche, so daß den Arbeitslosen, deren Einsprüche abgelehnt wurden, nur die Möglichkeit blieb, vor das Sozialgericht zu gehen. Mit der neuen Satzung ist der Runderlaß 230 zwar noch nicht vom Tisch, aber die gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungskörperschaften haben einen guten Schritt in Richtung Rücknahme dieses Erlasses gemacht.

z.ebk. **Für mehr als 3,5 Mio. DM verhängte der bürgerliche Staat Bußgelder wegen Schwarzarbeit im Jahr 1979.**

Demokratische Distriktverwaltung in Zimbabwe

Aus einem Gespräch mit E. Zvobgo, Minister für lokale Anlegenheiten

Während eines Besuchs in Zimbabwe, um auf Einladung der ZANU (PF) und namens des KBW an der Unabhängigkeitsfeier teilzunehmen, hat Gen. Plümer mehrere Unterredungen mit führenden Genossen der ZANU gehabt. Auszüge aus einem Gespräch mit Gen. E. Zvobgo, Minister für lokale Angelegenheiten, werden hier veröffentlicht.

Wir treffen gegenwärtig eine äußerst merkwürdige Lage an. Eure Organisation, der KBW, ist sich über diese Bedingungen ziemlich im klaren. Wir haben in den Ministerien einen Apparat vorgefunden, der vollständig von der weißen, rassistischen Beamtenschaft beherrscht wird. Nehmen wir mein Ministerium – es ist eines der größten, denn es ist für die Verwaltung der lokalen Angelegenheiten der 7 Millionen Afrikaner verantwortlich. Es wurde früher Ministerium für afrikanische oder auch Eingeborenenangelegenheiten bezeichnet.

Wir denken, daß es nützlich für alle ist, wenn wir damit beginnen, im Rahmen der Gesetze lokale Regierungsinstitutionen auf allen Ebenen aufzubauen. Wir haben die entsprechenden Gesetze noch in der letzten Woche geändert. Wir haben ein Gesetz eingeführt, das sich auf die Verwaltung der afrikanischen Gebiete und die Regierungsinstitutionen in diesen Gebieten bezieht. Es gibt nun nicht mehr Distrikträte für die afrikanischen Gebiete, sondern bloß Distriktverwaltungen, die für alle Gebiete verantwortlich sind. Wir haben insgesamt 53 Distrikte, hinzu kommen die Städte Salisbury und Bulawayo. Wir haben dafür gesorgt, daß in naher Zukunft in allen Gebieten Wahlen für die Distrikträte stattfinden, und zwar auf der Basis ,,Ein Mann, eine Stimme''. Die Distrikträte werden zumeist 18 Mitglieder haben, in einigen Distrikten, die besonders groß sind, möglicherweise auch 24 Mitglieder. Sobald das Volk diese Distrikträte gewählt hat, werden sie sich zusammensetzen und einen Vorsitzenden wählen. Dies ist dann der Distriktvorsitzende. Der Distriktvorsitzende wird der entscheidende politische Beamte für den gesamten Distrikt sein. Er wird den Distrikt verwalten, als Repräsentant der Zentralregierung, aber zugleich als Repräsentant des Volkes, das ihn gewählt hat. Sobald wir die Wahlen für die Distriktverwaltungen durchgeführt haben, haben wir umfassend verantwortliche Lokalregierungen auf der Ebene der Distrikte, die sich in der Hand des Volkes befinden. Die Distriktkommissare, die bislang diese Gebiete regiert haben, werden dann keinerlei Macht mehr haben. Es werden zwar immer noch Verwaltungsbeamte sein, die zwischen den Lokalverwaltungen und meinem Ministerium stehen. Aber sie werden nicht mehr die Regierungsgewalt auf lokaler Ebene in der Hand haben. Die Massen werden ihre Angelegenheiten selbst verwalten, durch die von ihnen gewählten Distrikträte. Darüberhinaus haben wir 7 Provinzen, die jeweils 5, 7 oder auch 10 Distrikte umfassen. Die Distrikträte werden sich dann zusammensetzen und die für die Provinz verantwortlichen Beamten wählen, mit einem Provinzvorsitzenden an der Spitze. Das werden die Verwaltungseinrichtungen sein, die die lokalen Angelegenheiten zentralisieren.

Bis die Distriktverwaltungen gewählt sind und sich konstituiert haben, werden einige Monate vergehen. Im Anschluß daran müssen wir noch tiefer gehen und Kreisverwaltungen einrichten. Diese Kreisverwaltungen innerhalb eines Bezirks werden auch gewählt werden. Wenn wir die Demokratisierung der Lokalverwaltung durchgeführt haben, wenn die Volksmassen die Verwaltung ihrer lokalen Angelegenheiten, die lokale Regierungsgewalt, durch Kreisräte, Distrikträte und Provinzräte fest in ihrer Hand haben, haben wir folgende Lage: das Ministerium befindet sich hier in Salisbury. Ich sitze hier alleine mit meinem stellvertretenden Minister. Die Ministerialbeamten stehen in der Mitte. Aber sie können nicht mehr nach unten vordringen. Denn dort stoßen sie auf demokratische, durch das Volk gewählte Institutionen. Niemand von der Ministerialbürokratie ist gewählt worden. Sie sind alle durch den öffentlichen Dienst ernannt worden. Wir, der Minister und der stellvertretende Minister, sind durch das Volk gewählt. Auf den unteren Ebenen haben die Volksmassen ihre Institutionen geschaffen. Die ministeriellen Apparate sind dann Inseln, die von sich aus nichts unternehmen können, es sei denn, sie identifizieren sich mit den Institutionen, die das Volk geschaffen hat. Durch diese Strategie werden wir hier in den Ministerien Veränderungen erzwingen. Ohne diese würden die Ministerien irrelevant. Sie können keine Anordnungen herausgeben, sie können den Provinzkomitees keine Befehle erteilen, sie können die lokalen Regierungseinrichtungen nicht kommandieren. Denn dies sind demokratisch gewählte Institutionen, die sagen werden: Wir repräsentieren den Willen des Volkes. Schluß. Aus. Die Ministerien werden dann mit der Situation konfrontiert sein, daß das Volk sich die Macht verschafft hat.



Der zweite Punkt: Wir haben bereits im ganzen Land Provinzkomitees, Distriktkomitees und Kreiskomitees und Zellen der Partei. Wenn wir die Wahlen vorbereiten, wird die Partei für alle lokalen Regierungen Kandidaten aufstellen. Wir werden dann die lokalen Regierungen auf allen Ebenen, auf Kreis-, Distrikt- und Provinzebene führen. Wir werden in 98% des Landes die Führung der lokalen Regierungseinrichtungen durch Mitglieder unserer Partei verwirklichen, die dann in diese Lokalregierungen gewählt worden sind. (...)

Über den Etat und die Kompetenzen der Kommunalverwaltungen

Sie beziehen ihre Einkünfte aus zwei Quellen. Es gibt eine Gemeindesteuer. Die ist niedrig. Aber alles in allem kommt doch am Ende eine ganze Menge zusammen. Die meisten Mittel aber kommen von der Regierung. Alle Wiederaufbauprogramme in den Gebieten, die früher ,,Tribal Trust Land'' genannt wurden, werden durch die Distrikträte durchgeführt werden. Denn diese sind verantwortlich für die Straßen in ihrem Gebiet, für die Schulen, sie betreiben die lokalen Kliniken, sie sind verantwortlich für die Desinfektionsbäder für das Vieh, die unterhalten werden, um Seuchen zu verhüten, alles, was man sich denken kann, wird durch die Distrikträte und die Lokalregierungen verwaltet. Alle Ministerien müssen sich auf die Lokalverwaltung stützen und ihre Programme durch die Lokalregierungen durchführen. Es sind Miniaturregierungen auf örtlicher

nischen Gebiete und die Regierungsinstitutionen in diesen Gebieten bezieht. Es gibt nun nicht mehr Distrikträte für die afrikanischen Gebiete, sondern bloß Distriktverwaltungen, die für alle Gebiete verantwortlich sind. Wir haben insgesamt 53 Distrikte, hinzu kommen die Städte Salisbury und Bulawayo. Wir haben dafür gesorgt, daß in naher Zukunft in allen Gebieten Wahlen für die Distrikträte stattfinden, und zwar auf der Basis ,,Ein Mann, eine Stimme''. Die Distrikträte werden zumeist 18 Mitglieder haben, in einigen Distrikten, die besonders groß sind, möglicherweise auch 24 Mitglieder. Sobald das Volk diese Distrikträte gewählt hat, werden sie sich zusammensetzen und einen Vorsitzenden wählen.

Bis die Distriktverwaltungen gewählt sind und sich konstituiert haben, werden einige Monate vergehen. Im Anschluß daran müssen wir noch tiefer gehen und Kreisverwaltungen einrichten. Diese Kreisverwaltungen innerhalb eines Bezirks werden auch gewählt werden. Wenn wir die Demokratisierung der Lokalverwaltung durchgeführt haben, wenn die Volksmassen die Verwaltung ihrer lokalen Angelegenheiten, die lokale Regierungsgewalt, durch Kreisräte, Distrikträte und Provinzräte fest in ihrer Hand haben, haben wir folgende Lage: das Ministerium befindet sich hier in Salisbury. Ich sitze hier alleine mit meinem stellvertretenden Minister. Die Ministerialbeamten stehen in der Mitte. Aber sie

striktkomitees und Kreiskomitees und Zellen der Partei. Wenn wir die Wahlen vorbereiten, wird die Partei für alle lokalen Regierungen Kandidaten aufstellen. Wir werden dann die lokalen Regierungen auf allen Ebenen, auf Kreis-, Distrikt- und Provinzebene führen. Wir werden in 98% des Landes die Führung der lokalen Regierungseinrichtungen durch Mitglieder unserer Partei verwirklichen, die dann in diese Lokalregierungen gewählt worden sind. (...)

Über den Etat und die Kompetenzen der Kommunalverwaltungen

Sie beziehen ihre Einkünfte aus zwei Quellen. Es gibt eine Gemeindesteuer. Die ist niedrig. Aber alles in allem kommt doch am Ende eine ganze Menge zusammen. Die meisten Mittel aber kommen von der Regierung. Alle Wiederaufbauprogramme in den Gebieten, die früher ,,Tribal Trust Land'' genannt wurden, werden durch die Distrikträte durchgeführt werden. Denn diese sind verantwortlich für die Straßen in ihrem Gebiet, für die Schulen, sie betreiben die lokalen Kliniken, sie sind verantwortlich für die Desinfektionsbäder für das Vieh, die unterhalten werden, um Seuchen zu verhüten, alles, was man sich denken kann, wird durch die Distrikträte und die Lokalregierungen verwaltet. Alle Ministerien müssen sich auf die Lokalverwaltung stützen und ihre Programme durch die Lokalregierungen durchführen. Es sind Miniaturregierungen auf örtlicher

Ebene. Sobald das Volk auf dieser Ebene die Macht ergriffen hat, ist Schluß mit den bestehenden Zuständen. (...) Praktisch werden diese Lokalregierungen dieselbe Rolle spielen, die sie in der Vergangenheit in den befreiten Gebieten bereits gespielt haben.

E. Zvobgo bei der Inspektion der ,,geschützten Dörfer''. Niederreißen der Zäune und Abzug der Polizeikräfte war eine der Maßnahmen, die die Regierung Zimbabwes unmittelbar angeordnet hat.



In den jugoslawischen Betrieben sind gewerkschaftliche Versammlungen Bestandteil der Arbeiterrechte. Die Regierung organisiert Seminare und Betriebsführungen für Delegationen vor allem aus den Ländern der Dritten Welt, um die demokratische Verfassung der Selbstverwaltung der Betriebe zu erläutern.

Gewerkschaftskonferenz in Belgrad: Dritte Welt setzt auf Bündnis mit der Arbeiterbewegung

z.anb. Vorige Woche versammelten sich in Belgrad Delegationen von 122 Gewerkschaften zur ersten internationalen Konferenz seit der Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Die Initiative dazu, in erster Linie von Gewerkschaften blockfreier Staaten, datiert zurück zum Anfang der 70er Jahre.

Während in Genf eine neue Verhandlungsrunde über die Kernforderungen der Dritten Welt im Rahmen der UNCTAD, also Schritte in Richtung Umsetzung der Neuen Weltwirtschaftsordnung, angelaufen ist, und wenige Monate vor der UNO-Sondertagung zu Fragen der Entwicklung, ging es in Belgrad um die Verabschiedung einer Deklaration, die nachdrückliche Initiativen und Unterstützung der Gewerkschaften für solche Probleme ankündigt, ,,an deren Lösung alle Arbeiter der Welt gleich interessiert sind, ungeachtet der ideologischen Auffassungen, politischen Systeme und der Blockteilung'' (Tanjug, 21.4.80).

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende des jugoslawischen Bundesvollzugsrates, Djuranovic: ,,Jugoslawien ist fest davon überzeugt, daß die Beseitigung der Krise, in die der größte Teil der Weltwirtschaft geraten ist, wie auch die wahre und dauerhafte Lösung der Probleme der Entwicklungsländer nur mit der breitesten internationalen Zusammenarbeit aufgrund neuer Beziehungen möglich ist ... Die Änderung dieser Beziehungen führt über strukturelle Änderungen in der Weltwirtschaft ... Änderungen in bezug auf die Industrialisierung der Entwicklungsländer, die Lösung des Technologietransfers, ferner der brennenden Probleme im Bereich der Rohstoffe, der Energie und des Welthandels, bis hin zum Kredit- und Währungssystem.'' (Tanjug, 22.4.80)

Der Deklarationsentwurf, erarbeitet von der Arbeitsgruppe der jugoslawischen, algerischen, italienischen und französischen Gewerkschaften, entwickelt die Gemeinsamkeit der Interes-

wenige Monate vor der UNO-Sondertagung zu Fragen der Entwicklung, ging es in Belgrad um die Verabschiedung einer Deklaration, die nachdrückliche Initiativen und Unterstützung der Gewerkschaften für solche Probleme ankündigt, ,,an deren Lösung alle Arbeiter der Welt gleich interessiert sind, ungeachtet der ideologischen Auffassungen, politischen Systeme und der Blockteilung'' (Tanjug, 21.4.80).

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende des jugoslawischen Bundesvollzugsrates, Djuranovic: ,,Jugoslawien ist fest davon überzeugt, daß die Beseitigung der Krise, in die der größte Teil der Weltwirtschaft geraten ist, wie auch die wahre und dauerhafte Lösung der Probleme der Entwicklungsländer nur mit der breitesten internationalen Zusammenarbeit aufgrund neuer Beziehungen möglich ist ... Die Änderung dieser Beziehungen führt über strukturelle Änderungen in der Weltwirtschaft ... Änderungen in bezug auf die Industrialisierung der Entwicklungsländer, die Lösung des Technologietransfers, ferner der brennenden Probleme im Bereich der Rohstoffe, der Energie und des Welthandels, bis hin zum Kredit- und Währungssystem.'' (Tanjug, 22.4.80)

Der Deklarationsentwurf, erarbeitet von der Arbeitsgruppe der jugoslawischen, algerischen, italienischen und französischen Gewerkschaften, entwickelt die Gemeinsamkeit der Interes-

sen der Dritten Welt an Befreiung ihrer nationalen Wirtschaft von den Fesseln des imperialistisch beherrschten Weltmarktes und den sozialen Interessen der Arbeiter in den imperialistischen Metropolen. Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung, geistige Verkümmerung, ,,intensivierte Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Bedrohung ihrer sozialen Errungenschaften und ihrer Rechte'' seien die Kehrseite der imperialistischen Konkurrenzschlacht.

Nachdrücklich tritt die Deklaration gegen den chauvinistischen Versuch an, die Arbeiter für den ,,Protektionismus'' ihrer eigenen Ausbeuterklasse gegen die Dritte Welt mobilisieren zu wollen. Tatsächlich verschärften sich nicht nur die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt, Zwangsmaßnahmen wie Importverbot gegen Waren aus der Dritten Welt seien gegen die politischen Prinzipien der Blockfreiheit gerichtet: ,,Es ist genau die häufig zu beobachtende Verletzung dieser Prinzipien, die Einmischung und Intervention in die inneren Angelegenheiten kleiner Staaten, mit dem Ziel, ihnen bestimmte Entwicklungsmodelle oder Vorgangsweisen aufzuzwingen oder ihre eben erst erkämpfte politische Unabhängigkeit und Freiheit zu untergraben, die die jetzige schwere Krise in den internationalen Beziehungen gebracht hat.'' (Deklarationsentwurf, März/April 1980)

Wie bei allen internationalen Konferenzen versuchten auch diesmal beide Supermächte, durch Intrigen gegen die Einheit ihre Hegemonialinteressen unterzubringen. Während die USA mit Ignorierung der Initiative ihr Spiel versuchten – was u.a. für die Nichtteilnahme der britischen und der westdeutschen Gewerkschaft von Belang gewesen sein wird – witterte die Sowjetunion ihre Chance, als am 2. Tag 12 arabische Gewerkschaften den Ausschluß der tunesischen und der ägyptischen Delegation verlangten; im Auftrag plädierte ein Delegierter der polnischen Gewerkschaft vehement dafür, die Anwesenheitsberechtigung aller arabischen Delegationen grundsätzlich einer ,,formellen'' Prüfung zu unterziehen.

Auf Vorschlag des jugoslawischen Gewerkschaftsvorsitzenden, Mikos Spiljak, wurde die Debatte darüber abgelehnt, stattdessen dazu aufgerufen,

en gegen die politischen Prinzipien der Blockfreiheit gerichtet: ,,Es ist genau die häufig zu beobachtende Verletzung dieser Prinzipien, die Einmischung und Intervention in die inneren Angelegenheiten kleiner Staaten, mit dem Ziel, ihnen bestimmte Entwicklungsmodelle oder Vorgangsweisen aufzuzwingen oder ihre eben erst erkämpfte politische Unabhängigkeit und Freiheit zu untergraben, die die jetzige schwere Krise in den internationalen Beziehungen gebracht hat.'' (Deklarationsentwurf, März/April 1980)

Wie bei allen internationalen Konferenzen versuchten auch diesmal beide Supermächte, durch Intrigen gegen die Einheit ihre Hegemonialinteressen unterzubringen. Während die USA mit Ignorierung der Initiative ihr Spiel versuchten – was u.a. für die Nichtteilnahme der britischen und der westdeutschen Gewerkschaft von Belang gewesen sein wird – witterte die Sowjetunion ihre Chance, als am 2. Tag 12 arabische Gewerkschaften den Ausschluß der tunesischen und der ägyptischen Delegation verlangten; im Auftrag plädierte ein Delegierter der polnischen Gewerkschaft vehement dafür, die Anwesenheitsberechtigung aller arabischen Delegationen grundsätzlich einer ,,formellen'' Prüfung zu unterziehen.

Auf Vorschlag des jugoslawischen Gewerkschaftsvorsitzenden, Mikos Spiljak, wurde die Debatte darüber abgelehnt, stattdessen dazu aufgerufen,

,,alles, was uns trennt, beiseite zu lassen''. Zugleich stellte die Konferenz klar, damit ,,in keiner Form die Verletzung gewerkschaftlicher Freiheiten in Tunesien, noch die Camp-David-Abkommen Ägyptens mit Israel'' zu unterstützen.

Damit hat er diese Strafsumme seit 1976 (= 1,4 Mio. DM) in vier Jahren um 150% erhöht (1977 = 2,6 Mio. DM, 1978 = 2,8 Mio. DM). Wir haben schon darüber berichtet, daß die CDU im Verfahren über ein neues Gesetz gefordert hat, den Höchstbetrag des Bußgeldes im Einzelfall von 30000 DM auf 50000 DM zu erhöhen (KVZ 09/80). Unbekannt ist geblieben, auf wieviele Betroffene sich diese Bußgeldsumme verteilt und in welcher Höhe sie tatsächlich beigetrieben werden kann. Sowohl auf der Seite des Schwarzarbeiters wie auf der Seite dessen, der schwarzarbeiten läßt, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Gang der kapitalistischen Produktionsweise: auf beiden Seiten reicht der Lohn nicht zur Deckung der notwendigen Reproduktionskosten. Die Folgen sind unversicherte Arbeit, keine Rentenansprüche und Bußgelder auf beiden Seiten obendrein, wenn die Sache aufkommt. Mit Schwarzarbeit kann keiner einverstanden sein. Aus der Welt geschaffen wird sie aber nur durch ausreichenden Lohn.

z.gkr. **Die Einkommensgrenzen für die Waisenrenten sollen gegenüber 1977 nicht verändert werden.** Zu diesem Schluß kommt die Bundesregierung im Rentenanpassungsbericht 1980. 1977 war im 20. Rentenanpassungsbericht für die volljährigen Waisen festgelegt worden, daß sie Rente nur bekommen sollten, wenn sie aus dem Ausbildungsverhältnis weniger als 1000 DM brutto verdienen oder weniger als 730 DM Unterhaltsgeld bekommen. Für die nächsten 3 Jahre soll es nun erneut bei diesen Grenzen bleiben. Die tatsächlichen Zahlungen liegen auf Grund der niedrigen Einkommen der Eltern vorher meistens erheblich niedriger. Die Tabelle zeigt gleichzeitig in der zunehmenden Zahl der Empfänger von Waisenrenten eine Auswirkung der Ruinierung der Arbeitskraft durch die kapitalistische Produktion:

Jahr	Halbwaisen Anzahl	Halbwaisen Durchschnittszahlung	Waisen Anzahl	Waisen Durchschnittszahlung
1971	426742	124	13079	164
1972	434500	131	13260	174
1973	454344	160	13834	212
1974	445128	179	13381	237
1975	456932	199	13684	264
1976	465735	222	14197	294
1977	475226	230	14926	310

z.std. **Der Staatsanwalt im Ehrenberg-Prozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg gegen D. Steenken, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW, hat plädiert.** Er hat im wesentlichen die gleiche Strafe gefordert, wie zuvor die Staatsschutzkammer in Oldenburg, vor der der gleiche Prozeß vor zwei Jahren geführt wurde. Der Bundesgerichtshof hatte das Oldenburger Urteil aufgehoben, da es nicht nach § 90b, Verunglimpfung von Staatsorganen, sondern wegen Beleidigung verurteilt hatte. Der BGH hatte für diesen Prozeß das Parteienprivileg aufgehoben. Der Staatsanwalt forderte entsprechend dem Verlangen des BGH eine Verurteilung nach § 90b und die Strafe von Oldenburg, 7 Monate mit Bewährung. Die Absicht des Angeklagten, ,,durch ständige Verletzung der Verfassung den Staat langsam unglaubwürdig zu machen'', ergäbe sich aus der Funktionärstätigkeit und die Tatsache, daß im Prozeß überhaupt der Versuch unternommen wurde, durch Beweisanträge zu belegen, daß Ehrenberg's Renten- und Krankenversorgungskürzungen zum vorzeitigen Sterben führten, belege die Absicht der Verunglimpfung Ehrenbergs ,,als bedeutende Persönlichkeit der BRD''. So die Beweisführung des Staatsanwalts Müller, der im Verlaufe des Prozesses eingewechselt wurde und gerade die Lüchower Bauern verurteilen ließ. Fortsetzung am Freitag, 2. Mai, 9 Uhr. Dann plädiert die Verteidigung.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.anh. **Strafgefangene in Vechta und Lingen kämpfen um das Recht auf Teilnahme an den gewerkschaftlichen 1.Mai-Aktionen.** Die Gefangenenmitverantwortung der JVA Vechta und eine Gruppenversammlung in dieser Frauenhaftanstalt haben praktisch einstimmig einen Brief an den DGB verfaßt. Darin fordern sie Tariflohn für Gefangenenarbeit. Sie schreiben weiter: ,,Ohne Koalitionsrecht, nämlich das Grundrecht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und andere garantierte Vertretungsrechte werden wir so als Lohndrücker eingesetzt, ob wir wollen oder nicht und wir sind auch hier darauf angewiesen, daß wir überhaupt Arbeit kriegen wie jeder andere Lohnabhängige auch. Das ist zum Beispiel ein Thema, das wir an diesem 1. Mai gerne mit einem Gewerkschaftsvertreter diskutieren würden. Es würde uns auch ein kleiner Vortrag zur Geschichte des 1.Mai interessieren''. – Wie berichtet, hatten in der JVA Lingen 16 Gefangene den DGB um ein Einladungsschreiben zur 1.Mai-Veranstaltung angeschrieben. Daraufhin wollten die Gefangenen dann Ausgang zwecks Teilnahme an dieser Veranstaltung beantragen. Der DGB-Kreisvorstand kam den Forderungen der Gefangenen in einer Antwort nicht nach, erneut mit der Begründung, er vertrete ,,freie Arbeitnehmer'' und das seien keine. Den ersten Brief haben inzwischen 58 unterschrieben, einen zweiten jetzt 39.

b.clm.Flensburg. **Egon Bahr hat der Aktionseinheit gegen die öffentliche Vereidigung in Flensburg mitteilen lassen, daß er den Brief, der ihn zu einer Podiumsdiskussion einlud, nicht erhalten habe.** Statt dessen habe er ihn in der Zeitung Flensborg Avis gelesen. Eine Zusage zur öffentlichen Podiumsdiskussion mochte er aber nicht geben. Die Aktionseinheit hat inzwischen die Initiative ergriffen und eine Veranstaltung am 16. Mai vorbereitet. Neben Bahr sind eingeladen: Stadtpräsidentin Frau Groß, die auch auf der Vereidigung gesprochen hat, Oberstleutnant Gravert-May, Karl-Otto Meier vom SSW, der sich gegen die öffentliche Vereidigung ausgesprochen hatte und ein Vertreter der dänischen Soldatenbewegung. Da Bahr sich am selben Tage in Flensburg aufhält, um mit Offizieren, Pastoren und Mitgliedern der Aktionseinheit in einem vertraulichen Gespräch die ,,Vorgänge während der Vereidigung aufzuarbeiten'', wird es ihm schwer fallen, einen Grund für seine Absage zu finden.

ne Zusage zur öffentlichen Podiumsdiskussion mochte er aber nicht geben. Die Aktionseinheit hat inzwischen die Initiative ergriffen und eine Veranstaltung am 16. Mai vorbereitet. Neben Bahr sind eingeladen: Stadtpräsidentin Frau Groß, die auch auf der Vereidigung gesprochen hat, Oberstleutnant Gravert-May, Karl-Otto Meier vom SSW, der sich gegen die öffentliche Vereidigung ausgesprochen hatte und ein Vertreter der dänischen Soldatenbewegung. Da Bahr sich am selben Tage in Flensburg aufhält, um mit Offizieren, Pastoren und Mitgliedern der Aktionseinheit in einem vertraulichen Gespräch die ,,Vorgänge während der Vereidigung aufzuarbeiten'', wird es ihm schwer fallen, einen Grund für seine Absage zu finden.

r.anh. **Am 25.4. waren erneute Verhandlungen der ÖTV mit den Kapitalisten des privaten Verkehrsgewerbes.** Die Kapitalisten boten erstmals außer 6,2% mehr eine Vorweganhebung der Stundenlöhne um 50 Pf. an. Die ÖTV fordert nach wie vor 1,85 DM vorweg, dann 8,5%. Sie kündigte weitere Streiks an. In Osnabrück, Göttingen, Northeim und Hannover fanden in der letzten Woche Aktionen statt. (Bild: Aktion in Bad Nenndorf bei den Verhandlungen)



b.clm.Flensburg. **Verfassungsschutz und MAD bringen der Staatsschutzkammer Flensburg im Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U. Monica eher Schwierigkeiten als Nutzen.** Die Staatsschutzkammer und ihr Vorsitzender, Richter Sauer, dessen weitere Karriere immer mehr davon abhängt, ob es ihm gelingt, einen Durchbruch in der Serie von eingeleiteten Prozessen zu erreichen, haben es in diesem Verfahren mit mehreren Schwierigkeiten gleichzeitig zu tun: 1. müssen sie die tatsächlich presserechtliche Verantwortung des Angeklagten beweisen, 2. muß die Verteilung der angeklagten beiden Volksmilizen nachgewiesen werden und 3. jede inhaltliche Beweisführung unterbunden werden. Sämtliche Zeugen der Anklage sind mittlerweile vernommen worden, mit dem mageren Ergebnis, daß sich ein einziger Offizier überhaupt noch an Wesentliches erinnerte. Im Nachweis der presserechtlichen Verantwortlichkeit stützt sich das Gericht auf Schreiben von MAD und Verfassungsschutz. Bereits in Bezug auf zwei Fälle ist von der Verteidigung nachgewiesen worden, daß es mit der Zuverlässigkeit des Verfassungsschutzes nicht weit her ist und ,,Tatsachen'' frei erfunden wurden. Da aber der Verfassungsschutz nun schon in diesem Prozeß eingeführt wurde, werden auch seine Möglichkeiten und Praktiken aufgedeckt werden müssen.

b.hop.Kiel. **Nach Verabschiedung des Kostendämpfungsgesetzes müssen alle Krankenfahrten unter 3,50 DM vom Patienten selbst getragen werden,** für Taxi ebenso wie mit der KVAG (Beispiel: Wohnung Kiel-Dietrichsdorf – Facharzt Innenstadt, 2 Einzelfahrscheine 3,20 DM). Dies zu beschönigen, schrieben die ,,Kieler Nachrichten'' am 19.4., Taxen würden für Kurzstrecken nur selten gerufen. Legt man die Gesamtheit der Krankenfahrten zugrunde, mag das stimmen, verfälscht aber die tatsächlichen Auswirkungen. Für 3,40 DM kann man zwischen 560 und 700m weit fahren. Die Praxis des häufig gerufenen Facharztes für Chirurgie, Dr. Max, im Arbeiterbezirk Kiel-Gaarden liegt so, daß mit dieser Entfernung ganze Straßenzüge abgedeckt werden, inklusive des nahen Altersheims. Die oft gehbehinderten Patienten sind zur Arztpraxis und zurück auf die Taxi angewiesen.

r.sin. **Stand der Tarifauseinandersetzung im Handel in Norddeutschland.** Im Bereich des Einzelhandels und des Großhandels haben jetzt überall erste Verhandlungen stattgefunden, z.T. sind bereits neue Tarifverträge abgeschlossen worden. Im Einzelhandel Niedersachsen ist ohne Ergebnis vertagt worden auf den 19.5., während es in Bremen/Nordsee zum Abschluß gekommen ist, der bei ca. 7% liegt und einige Strukturveränderungen (Verkürzung der Berufsjahrstaffeln) enthält, wodurch im einzelnen höhere Beträge erreicht werden. In Schleswig-Holstein ist es ebenfalls zum Abschluß gekommen, er liegt bei einer linearen Erhöhung der Gehälter um 6,9%, die Stundenlöhne steigen durchschnittlich um 7,9%, außerdem wurden zusätzliche vermögenswirksame Leistungen vereinbart. Im Großhandel wird noch verhandelt. HBV hat in Niedersachsen 200 DM für alle gefordert, in Hamburg dagegen eine reine Prozentforderung gestellt. In Hamburg lautet das letzte Angebot 5,2 - 5,4%, in Niedersachsen 6,8% bei mindestens 100 DM bei den Gehältern. Am 6.5. wird weiter verhandelt. Die uneinheitliche Forderungslage bei HBV erleichtert es den Kapitalisten, schließlich doch noch Abschlüsse zu bekommen, die der Lohnleitlinie von 6,8/6,9% entspre-

wodurch im einzelnen höhere Beträge erreicht werden. In Schleswig-Holstein ist es ebenfalls zum Abschluß gekommen, er liegt bei einer linearen Erhöhung der Gehälter um 6,9%, die Stundenlöhne steigen durchschnittlich um 7,9%, außerdem wurden zusätzliche vermögenswirksame Leistungen vereinbart. Im Großhandel wird noch verhandelt. HBV hat in Niedersachsen 200 DM für alle gefordert, in Hamburg dagegen eine reine Prozentforderung gestellt. In Hamburg lautet das letzte Angebot 5,2 - 5,4%, in Niedersachsen 6,8% bei mindestens 100 DM bei den Gehältern. Am 6.5. wird weiter verhandelt. Die uneinheitliche Forderungslage bei HBV erleichtert es den Kapitalisten, schließlich doch noch Abschlüsse zu bekommen, die der Lohnleitlinie von 6,8/6,9% entspre-chen. Die unberechenbare Haltung der DAG, die sich ständig neue Meisterstücke im Unterbieten von HBV-Forderungen und -Vorschlägen leistet, ist ein weiterer erschwerender Faktor. Eine Abstimmung zwischen den verschiedenen Tarifkommissionen wäre nötig, um jetzt eine geschickte Verhandlungstaktik zu entwickeln. Vor allem ist die Einbeziehung der Belegschaften in die Tarifauseinandersetzungen notwendig, was bislang so gut wie gar nicht passiert ist.

b.mav. **In dem Prozeß gegen 2 iranische Studenten in Kiel wurde spätestens nach der Vernehmung des ersten Zeugen deutlich, wie die Anklage ,,räuberische Erpressung'' zustande gekommen war.** Aufgrund eines Fernschreibens des BKA wurden alle Kriminalpolizeistellen angewiesen, nach Fällen von ,,Selbstjustiz'' iranischer Staatsangehöriger zu forschen, aus den Zeugen wurden die benötigten Greuelgeschichten herausgefragt, als Übersetzer fungierte ein Iraner, der selbst im Verdacht stand, SAVAK-Agent gewesen zu sein. Anstatt das Verfahren nach Bekanntwerden dieser Umstände einzustellen, gab das Gericht unter Vorsitz von Richter Frahm bekannt, daß auch eine Verurteilung wegen Unterschlagung in Betracht komme, gestützt auf die Aussage eines früheren SAVAK-Spitzels; dieser hatte seine SAVAK-Tätigkeit vor der Polizei selbst zugegeben, jetzt stritt er alles ab. Sämtliche Beweisanträge, die seine jahrelange Spitzeltätigkeit unter Beweis stellten, wurden abgelehnt.

b.obj. **CDU unterstützt Betriebsführung der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft in ihrem Angriff auf die Hafenarbeiter.** In einer Anfrage an den Hamburger Senat will die CDU-Abgeordnete Brinkmann wissen: ,,Um wieviel wären die Personalaufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung 1978 und 1979 geringer gewesen, hätte die HHLA nach den allgemeinen in Hamburg gültigen Tarifen bezahlen?'' Dann will sie wissen, warum überhaupt höhere hauseigene Tarife abgeschlossen werden, ,,zumal andererseits dem Steuerzahler zugemutet wird, DM 104,2 Mio. Grundkapital ... zu investieren'' ohne Verzinsung? Im letzten Jahr hatte die staatseigene HHLA geschmälerte Gewinne wegen Winterschäden. In den letzten 8 Jahren wurde das Grundkapital vervierfacht. Die CDU will die HHLA-Tarife drücken, und darüber auch den allgemeinen Hafentarif. Die Hafenarbeiter haben gerade das Umgekehrte vor.

b.ang. **170 Menschen haben an der Diskussionsveranstaltung der Fachschaft Sport der Universität Kiel zum Olympiaboykott teilgenommen.** Die DKP-Studenten, die die sowjetische Invasion in Afghanistan mit dem Gefasel von ,,hilfreicher Unterstützung'' rechtfertigen wollten, standen völlig isoliert. Genausowenig hat sich die Versammlung aber vor den Karren der anderen Supermacht, der USA, spannen lassen. Die Politik der Bundesregierung, die Zwangsmaßnahmen gegen den Iran voll mit zu unterstützen, jetzt zwei Zerstörer in den Indischen Ozean zu versenden und gleichzeitig vor der Sowjetunion zu katzbuckeln, wurde angegeriffen. G. Börnsen (MdL), der Vertreter der SPD, bezeichnete die Versendung der zwei Zerstörer als ,,unkluge Politik'', wenn er auch der Meinung sei, daß die Absatzmärkte geschützt werden müßten. Mit seiner Stimme wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: ,,Wir fordern deshalb den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen, lehnen jegliche ökonomische, politische oder militärische Bestrebungen anderer Staaten ab, sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen, und treten für die vollständige Unabhängigkeit Afghanistans ein. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, die zwei Zerstörer nicht in den Indischen Ozean zu versenden.'' In einer zusätzlichen Resolution gegen die zwei Zerstörer, wurde die Bundesregierung aufgefordert, eine blockfreie Außenpolitik zu vertreten.

b.hat. **Am 17.4.80 hat die Hamburger Tarifkommission der IG Chemie als Tarifforderung 9% bei gleichzeitiger Strukturveränderung beschlossen.** Die Strukturveränderung entspricht dem Vorschlag des Hauptvorstandes der IG Chemie und hat zum Inhalt, daß die Unterschiede zwischen Lohn- und Gehaltsgruppen nicht größer werden. 9% wird auf die Gehaltsgruppe T3 gefordert, was 207 DM sind. Um diesen DM-Betrag soll K3 und Lohngruppe 4 erhöht werden. Die Prozentrelation der Lohn- und Gehaltsgruppen untereinander bleibt gleich. Für die Arbeiterlohngruppen bedeutet die Forderung eine Erhöhung um 11,2%. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 9% vom 4. Lehrjahr für alle gleich erhöht werden. Die Tarifkommission will nicht unter 6,8% bei Einschluß der Forderungsstruktur gehen.

b.chc. **In Stade demonstrierten am 24.4. ca. 500 Schüler und am 25.4. in Buchholz ca. 100 Jugendliche während des Unterrichts gegen die US-Aggression gegen den Iran, gegen die wachsende Kriegsgefahr und für Frieden.** In Stade setzten sich die Schüler des Vinzent-Lübeck-Gymnasiums über das Verbot der Schulleitung hinweg, marschierten zum Ateneum, wo sich weitere Schüler anschlossen, und von dort aus in die Innenstadt.

b.kas.Lüneburg. **In einem Brief an den Vorsitzenden Richter haben sich 14 Kollegen der Fa. Fibrit gegen den Prozeß gegen Dirk Steenken wegen Beleidigung von Minister Ehrenberg ausgesprochen.** ,,... Wir arbeiten tagtäglich in Schicht und Akkord und wissen, was das für Auswirkungen auf unsere Gesundheit und unser Leben hat ... Die Humanisierung der Schichtarbeit, von der Ehrenberg spricht, ist nichts

Zonenrandförderung im Braunschweiger Raum

Nicht Arbeitsplatzsicherung – sondern Umwälzung der Belegschaften

b.hah. Bundesfinanzminister Matthöfer will sich am 1.Mai auf der Braunschweiger DGB-Kundgebung als einen Schwerpunkt zur Zonenrandförderung äußern, so verlautet es aus der Braunschweiger Zeitung. Dies ,, gebieten die Arbeitsmarktprobleme dieses Raumes''. Nach Angaben der IG-Metall Braunschweig sind in der Metallindustrie von 1970 - 78 durch Personalabbau und Betriebsschließungen 11000 Arbeitsplätze verlorengegangen, davon allein 6500 in der Feinmechanik- und Elektroindustrie. 1979 sind durch die Schließung des Olympia-Werkes und Entlassungen bei Rollei nochmal 1700 ,,freigesetzt'' worden. Für die Arbeiter und Angestellten schafft das nicht das Hauptproblem, daß diese Entlassungen massenhaft zu Dauerarbeitslosigkeit führen würden, obwohl dieser Anteil auch steigt, sondern, daß die großen Kapitale wie Siemens und andere durch das System von Einstellungen und Entlassung gezielt die Effektivlöhne auf den Tariflohn herunterschrauben können. Die unten stehende Tabelle zeigt, daß die Zahl der Industriebeschäftigten von 75-78 um 350 gleich 1 Prozent gesunken ist, die Zahl der Arbeitslosen hat sich von 74 auf 75 verdoppelt und liegt seitdem um die 6500, davon etwa ¼ aus der Metallindustrie, also ca. 1500. Stellt man diese Zahlen den 11000 entlassenen Metallarbeitern gegenüber, so ergibt sich, das tatsächlich die allermeisten wieder Arbeit gefunden haben, die Frage ist nur, zu welchen Bedingungen. Im Gegenteil war bisher seit 1500 arbeitslose Metallarbeiter auf ca. 20000 beschäftigte Metallarbeiter ein mächtiges Druckmittel der Kapitalisten, um schon bei der Einstellung den Lohn zu drücken. Tatsächlich haben Rollei und Siemens z.B. nach der Voigtländer Schließung (1700 Beschäftigte) 1972 ihre Belegschaften erhöht, Rollei von 1500 auf 2000, um so billig an gutausgebildete und junge Arbeitskraft heranzukommen, jedoch nur um in Folge von Rationalisierung und Konzentration auf die profitträchtigsten Produkte, in den folgenden Jahren wieder Personalabbau zu betreiben. Das betraf vor allem ältere und gesundheitlich ruinierte Arbeiter (häufige Fehlzeit). Bei Siemens wurde in diesem Zeitraum die Belegschaft um etwa 500 gleich 10 Prozent, bei Rollei von 2000 auf 800 abgebaut. Das ist das Problem, wogegen nun die Zonenrandförderung Abhilfe schaffen soll, durch Subvention der Kapitalisten. Von 1974 bis 78 haben allein im Raum Braunschweig-Salzgitter-Wolfenbüttel die Kapitalisten knapp 3 Mrd. DM erhalten, so nach den Jahresberichten der Industrie- und Handelskammer Braunschweig. Die Tabelle unten zeigt, daß dies überwiegend Investitionszulagen und Zuschüsse waren. 7,5 Prozent Investitionszulage werden gegeben bei Erweiterung oder grundlegender Rationalisierung, bis zu 25 Prozent bei Neuerrichtung von Betriebsstätten. Zinszuschüsse und Darlehen gibt es bei Erweiterung und Rationalisierung. Bei Einführung von neuen Produkten und Produktionsverfahren (Erstinnovation) gibt es bis zu 50 Prozent und mehr.

Gefördert worden ist damit die Zentralisation der Produktion, Rationalisierung und der Kapitalexport. Dazu der Präsident des Verwaltungsbezirks Thiele 1971 zur Voigtländerschließung: ,,Diesem Betrieb sind in den Jahren 65 bis 71 erhebliche Zinszuschüsse, Investitionszuschüsse und Darlehen aus öffentlichen Mittel gewährt worden''. Der Mutterkonzern Zeiss-Ikon hat die Zuschüsse genommen und den Betrieb dichtgemacht. Die Nord-LB hat dann bei Rollei investiert, Rollei hat Teile der Voigtländerfertigung übernommen und auch Teile der Belegschaft. Das war Betriebserweiterung und wird subventioniert.

Zahlungen an Kapitalisten in Mio. DM	74	75	76	77	78
Bürgschaften	8	10	26	11	27
Investitionszulagen etc	376	1323	456	249	295
Steuerbefreiung	13	24	29	32	26
Summe	400	1357	511	292	348
Beschäftigte in der Braunschweiger Industrie	---	35188	35398	35888	34837
Arbeitslose in BS	2916	6392	6610	6714	6607

Tarifverhandlungen Textil- und Bekleidungsindustrie

r.boj. Zum 1.5.80 sind die Lohntarifverträge für die Textil- und Bekleidungsindustrie in Westdeutschland gekündigt. Für die Textilindustrie wird auf einzelne Tarifbezirke verhandelt, für die Bekleidungsindustrie bundeseinheitlich. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) fordert für die Textilindustrie ein Gesamtvolumen von 9%, worin enthalten sind die Erhöhung der Löhne und Gehälter in Prozent, die Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 60% eines Monatslohnes, Erhöhung des Urlaubsgeldes um den Prozentsatz, um den sich die Lohngruppe IVa erhöht. Weiter werden tarifvertragliche Regelungen über die

Als Forderungserträge haben wir berechnet einmal, was ein Abschluß wie bei Metall mit 6,8% und zum anderen die vollständige Durchsetzung der Forderung der GTB bringen würde. Bei einem Abschluß wie Metall würde die Masse der Textilarbeiter 100 – 140 DM bekommen, bei der Durchsetzung der GTB-Forderung auf den Monat gerechnet 130 – 185 DM.

Für den Tarifbezirk Westfalen/Osnabrück haben bislang zwei Verhandlungen zwischen Textilkapitalisten und GTB am 27.3. und 17.4. stattgefunden. Die Textilkapitalisten haben zu diesen Verhandlungen kein Angebot vorgelegt. Die nächsten Verhandlungen sind für Montag, 28.4. angesetzt. Um die Lage zu beraten hat die Verwaltungsstelle Nordhorn der GTB für den 27.4. eine Funktionärskonferenz einberufen.

Anzahl der Beschäftigten in %
Effektivlohnverteilung Textilindustrie Niedersachsen April 1979

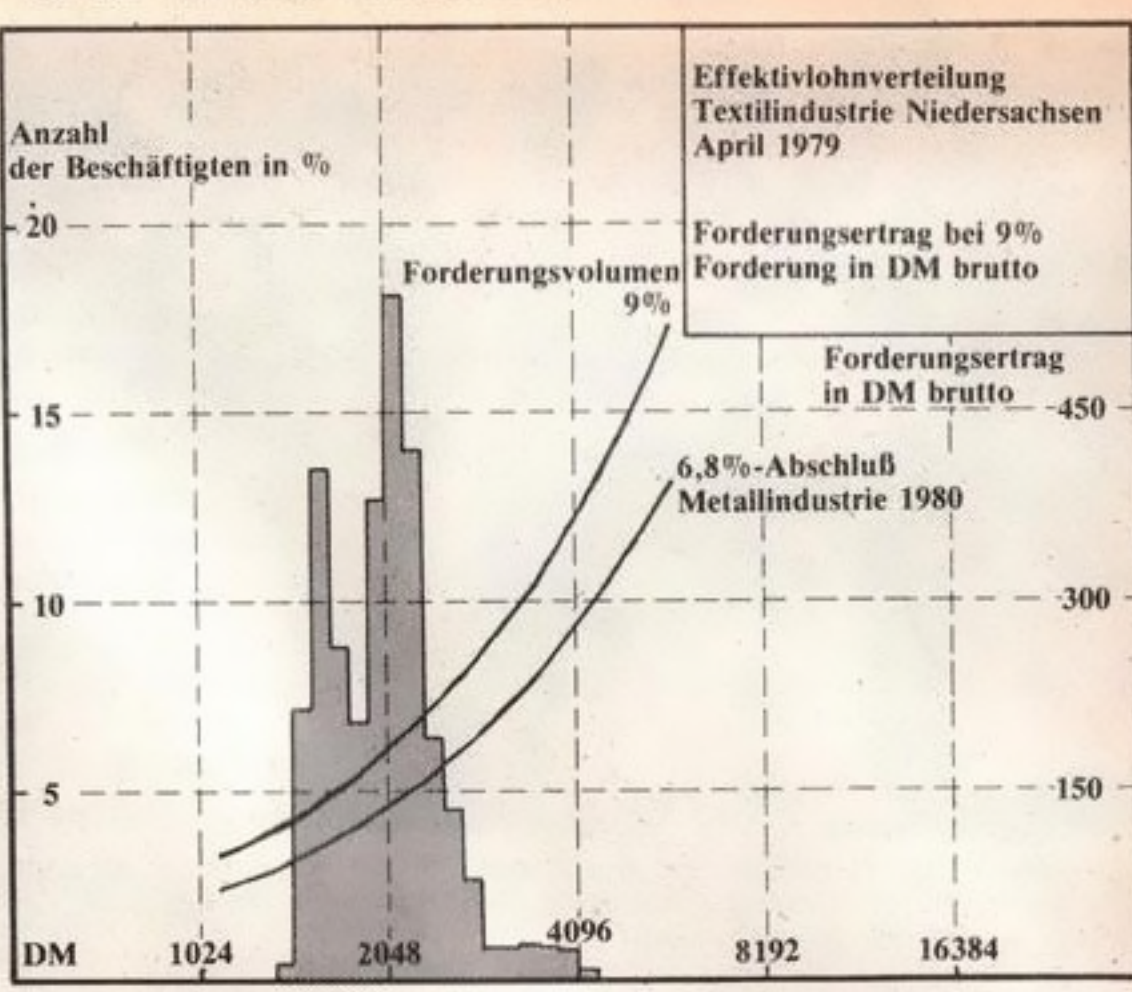
Tarifverhandlungen Textil- und Bekleidungsindustrie

r.boj. Zum 1.5.80 sind die Lohntarifverträge für die Textil- und Bekleidungsindustrie in Westdeutschland gekündigt. Für die Textilindustrie wird auf einzelne Tarifbezirke verhandelt, für die Bekleidungsindustrie bundeseinheitlich. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) fordert für die Textilindustrie ein Gesamtvolumen von 9%, worin enthalten sind die Erhöhung der Löhne und Gehälter in Prozent, die Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 60% eines Monatslohnes, Erhöhung des Urlaubsgeldes um den Prozentsatz, um den sich die Lohngruppe IVa erhöht. Weiter werden tarifvertragliche Regelungen über die ,,Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten'' gefordert und daß die Textilkapitalisten den seit 1971 gekündigten Manteltarifvertrag abschließen sollen. Für die Bekleidungsindustrie wird ebenfalls ein Volumen von 9% gefordert, wobei hier die Erhöhung für die Lohngruppen I-III gleich der von IV sein soll.

Das Schaubild zeigt die Lohnverteilung der Textilindustrie Niedersachsen für 1979. Fast 50% der Textilarbeiter verdienen bis 2048 DM. Der Anteil der Frauenarbeit in der Produktion der Textilindustrie Niedersachsens beträgt 39%. Davon verdient die Masse – 95% – bis zu gut 1600 DM. Darüber hinaus entsteht über die niedrige Entlohnung der Frauen eine scharfe Spaltung in der Lohnverteilung der Textilarbeiter, die bei 1660 einsetzt.

Als Forderungserträge haben wir berechnet einmal, was ein Abschluß wie bei Metall mit 6,8% und zum anderen die vollständige Durchsetzung der Forderung der GTB bringen würde. Bei einem Abschluß wie Metall würde die Masse der Textilarbeiter 100 – 140 DM bekommen, bei der Durchsetzung der GTB-Forderung auf den Monat gerechnet 130 – 185 DM.

Für den Tarifbezirk Westfalen/Osnabrück haben bislang zwei Verhandlungen zwischen Textilkapitalisten und GTB am 27.3. und 17.4. stattgefunden. Die Textilkapitalisten haben zu diesen Verhandlungen kein Angebot vorgelegt. Die nächsten Verhandlungen sind für Montag, 28.4. angesetzt. Um die Lage zu beraten hat die Verwaltungsstelle Nordhorn der GTB für den 27.4. eine Funktionärskonferenz einberufen.



Bremer Wohnungsbaukapitalisten setzen Senat unter Druck

r.cos. Der Gesamtumsatz der Neuen Heimat, Bremen, betrug 1979 883,4 Mio. DM. Dabei ist der Verwaltungsumsatz von 480,2 Mio. DM 1978 auf 511 Mio. DM 1979 gestiegen, der Bauumsatz von 396,5 Mio. DM auf 372,4 Mio. DM gesunken. Der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen hat daran einen Anteil von 74%. Dies zeigt insgesamt eine Rückläufigkeit im Wohnungsbau und dabei verstärkt bei den Mietwohnungen. Fehlendes billiges Bauland, gestiegene Bau- und Grundstückspreise und vor allem enorm angezogene Zinssätze auf dem Kapitalmarkt schmälern den Wohnungsbaukapitalisten den Profit. Zwar ist das Geschäft mit den Eigentumswohnungen auch recht einträglich aber zum einen gehen langfristig gesehen die Profite aus den Mieten verloren, zum anderen ist ein gut florierender Mietwohnungsbau notwendig zur weiteren Steigerung der Umsätze.

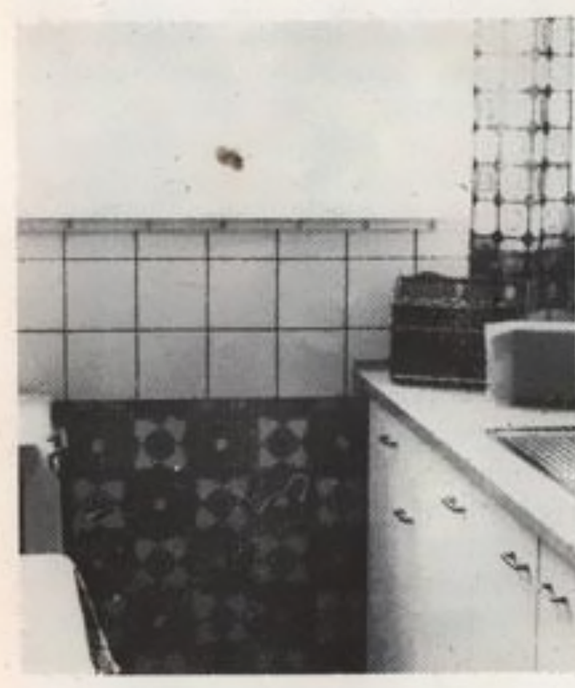
Die Durchschnittsmiete pro qm Wohnfläche im öffentlich geförderten Wohnungsbau betrug 1968 2,28 DM, 1978 bereits 4,45 DM. Nach Ablauf einer Fünfjahresfrist ist ein Abbau der Förderungsmittel festgelegt, daß heißt die Wohnungen werden freigegeben und es entsteht der sog. ,,Mietsprung". Die Folge davon ist, daß die Wohnungen leerstehen, weil die Mieten niemand mehr bezahlen will.

Für die Förderungsmittel, mit denen die Mieten für einige Zeit relativ niedrig gehalten und die Profite der Kapitalisten gesichert werden, sorgt der Staat. So heißt es im Gesetz zur Behebung der Wohnungsnot im Lande Bremen: ,,Der Senat wird ermächtigt, zur Finanzierung des Baues von Mietwohnungen Bürgschaften zu Lasten der Freien Hansestadt Bremen zu übernehmen und Verpflichtungen zur Gewährung von öffentlichen Baudarlehen sowie von Zins- und Tilgungshilfen für nachrangige Finanzierungsmittel aus dem Kapitalmarkt in der erforderlichen Höhe einzugehen." Die veranschlagten Subventionen des Bremer Senats für den Wohnungsneubau 1979 betragen 114,13 Mio. DM, für 1980 sind 121,07 Mio. DM vorgesehen. Für das Eigenheimerschließungsprogramm in den Jahren 1979 - 1980 sind weitere 10 Mio. DM als ,,städtischer Anteil" bereitgestellt. Für den gleichen Zeitraum sind für die Sanierung von Altbauwohnungen nochmal 22,5 Mio. DM geplant.

Alle diese Maßnahmen des Senats reichen den Wohnungsbaukapitalisten aber zur Steigerung ihrer Profite nicht mehr aus. Im Geschäftsbericht der Neuen Heimat ist zu lesen: ,,... Inwieweit die Aufgaben im Wohnungsbausektor jedoch auch gelöst werden, hängt ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung der Rahmenbedingungen ab. Zur Vermeidung einer ähnlich negativen Entwicklung wie in den Jahren 1973/74... ist ein Abbau der Erschwernisse in der Wohnungswirtschaft dringend erforderlich. (...) Ebenso wichtig ist der kurzfristige Ausweis neuen Baugeländes sowie die Schaffung bedarfsgerechter Finanzierungsbedingungen."

Ein Arbeitskreis privater und freier Wohnungsbauunternehmen hat ,,erarbeitet", daß allein im Stadtgebiet Bremen bis 1983 ca. 12000 Wohnungen gebaut werden müßten, um den Bedarf zu decken. Während einer Podiumsdiskussion mit Politikern, Wohnungswirtschaftlern, Maklern, Vertretern der Handelskammer und der Stadtteilbeiräte sollte deutlich gemacht werden, ,,daß auf dem staatlichen Sektor noch ungenutzte Organisationsreserven bestehen, die zur Verbilligung der Baupreise mobilisiert werden können". Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Lahmann hat sich stark gemacht für die Interessen der Wohnungsbaukapitalisten. Er forderte den Senat auf, das Liegenschaftsamt unverzüglich mit einer Untersuchung des städtischen Grundbesitzes zu beauftragen. Dieses soll insgesamt 13000 unbebaute städtische Grundstücke unter seiner Verwaltung haben, die nach Meinung Lahmanns zur Verbesserung des Baulandangebotes geeignet sind. Dabei handelt es sich zu einem Teil um Ersatzland für von Enteignung betroffenen Grundstücksbesitzern, das im Regelfall käuflich nicht zu erwerben ist. Dieses Land, möglichst zum damaligen Ankaufspreis als Bauland einzusacken, wäre vermutlich ein gefundenes Fressen für die Wohnungsbaukapitalisten.

Der Bausenator hat auf den verschärften Druck von allen Seiten bereits geantwortet: Die Altbausanierung soll mit erheblicher staatlicher Unterstützung vorangetrieben werden, die für diese Legislaturperiode vorgesehenen 6100 Wohneinheiten werden auf 7500 aufgestockt, von denen die Hälfte öffentlich gefördert werden soll.





Küche und Bad einer 68 qm großen Sozialwohnung eines Rentnerehepaares, das mit 3 Kindern hier gelebt hat.

Manteltarifvertrag für Krankenpflegeschüler! Dienstherr schiebt Krankenpflegegesetz vor

b.elh. Als eine Schwerpunktforderung zu einem neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende bei Bund, Ländern und Gemeinden (MTV-A) stellt die ÖTV auf: ,,Der Manteltarifvertrag muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten." Bei Auseinandersetzungen um diese Forderung schiebt der Dienstherr das Krankenpflegegesetz (KrPflG), welches auch eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung enthält, vor. Bisher ist es ihm so gelungen, Lernschwestern und -pfleger sowie Schüler in Krankenpflegehilfe mit einem besonderen Tarifvertrag (TV) abzuspeisen, der weit hinter dem geltenden MTV-A zurückbleibt. In ihrer Begründung zu dieser Forderung entlarvt die ÖTV: ,,Hinter den sog. ,betrieblichen Gründen' oder ,,Besonderheiten, die von den Arbeitgebern immer wieder ins Spiel gebracht werden, verbirgt sich das Arbeitgeberinteresse an möglichst geringem finanziellem Aufwand für die Berufsausbildung."

Forderungen der ÖTV zu einem neuen MTV-A wie: Keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Stellenpläne – Keine Nachtarbeit – 25 Arbeitstage Erholungsurlaub – bis zu 20 Arbeitstage Bildungsurlaub/Jahr – kommen geltendem bzw. geplantem KrPflG ins Gehege. Unter dem Schlachtruf ,,Lernen durch Arbeit" empfahlen Sprecher der Regierungsparteien in der 1. Beratung über ein neues Krankenpflege- und Hebammengesetz (KrPfluHebG) im Bundestag am 16.2.79 eine Anrechnung von Auszubildenden auf den Stellenplan. Dabei dachten sie an die Feststellung in der Begründung zum Gesetzentwurf: ,,für die wegfallenden Arbeitsleistungen der Schüler müßten jedoch vollausgebildete Ersatzkräfte eingestellt werden."

Im Entwurf für eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum neuen KrPfluHebG heißt es: ,,Innerhalb des 2. und 3. Ausbildungsjahres für Krankenschwestern und für Kinderkrankenschwestern haben insgesamt 10 Einsätze in der Nachtwache zu erfolgen." Nachtarbeit dient nicht zum Ausbildungszweck und hat für den Auszubildenden schädliche Gesundheitsfolgen.

Das geltende KrPflG läßt eine Unterbrechung der Ausbildung durch 4 Wochen Urlaub zu. Die im MTV-A geforderten 25 Arbeitstage machen aber 5 Wochen. Weil diese Gesetzesbestimmung bereits durch bessere Tarifabschlüsse zum Erholungsurlaub und in einigen Ländern durch das Bildungsurlaubsgesetz unterlaufen wird, ist im Gesetzentwurf gar nicht erst von erlaubten Unterbrechungen (Urlaub, Fehlzeiten durch Krankheit u.a.) die Rede. Im Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung wird eine bestimmte Anzahl von Stunden, Theorie 1600, Praxis 3000 für die Zulassung zur Abschlußprüfung verlangt. 1600 Stunden, verteilt auf 6 Unterrichtsstunden/Tag machen 54 Wochen. 3000 Stunden an 5 Tagen/Woche a 8 Stunden machen 75 Wochen. Damit sind von 150 Wochen, die man für 3 Jahre rechnet (6 Wo für Feiertage) 129 Wochen Ausbildungspflicht. In den restlichen 21 Wochen lassen sich nicht 15 Wochen Erholungs- und 12 Wochen für Bildungsurlaub unterbringen.

Daß SPD-Politiker für die Beibehaltung des TV für Lernschwestern und -pfleger eintreten, wundert nicht. Danach können Schüler gezwungen werden, Nachtarbeit, Überstunden, Bereitschafts- und Rufbereitschaftsdienst, Wochenend- und Feiertagsarbeit zu machen. Die ÖTV fordert: Keine Mehr-, Schicht-, Nachtarbeit, keine Ausbildung an Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen! Nicht genug damit, daß die Arbeitskraft der Auszubildenden frühzeitig verschlissen wird, sie dürfen darüber hinaus auch noch kräftig zahlen. Die ÖTV errechnete, daß Auszubildende 20% ihres Jahresentgelts für ihre Ausbildung aufbringen müssen. Die ÖTV fordert: Der Arbeitgeber hat alle Ausbildungskosten zu übernehmen! Beifall spendeten alle Bundestagsparteien dem frommen Wunsch eines CDUlers ,,...daß der Gesetzentwurf eine Form bekommt, die das sicherstellt, was in der Vergangenheit christliche Pflege am Krankenbett war und auch in Zukunft sein soll." Mit solchen Sprüchen soll das Pflegepersonal und sein Nachwuchs daran gehindert werden, mit der Arbeiterklasse gemeinsam für bessere Ausbildungsbedingungen zu kämpfen. Mit den Forderungen zum MTV-A haben sich Krankenpflegeschüler für gemeinsamen Kampf in der ÖTV entschieden.

HH Senat sucht Streit am Thema Schulen

Schüler pro Lehrer in HH 32,2 – in der EG 21

b.ulh. Der Hamburger Senat geht von folgendem Zahlenspiel aus: Die Schülerzahlen sinken von 278457 (1980) auf 218906 (1985) und 176207 (1990), das heißt von 100% auf 63%. (In der Lehrerbedarfprognose von 1976 waren übrigens für 1980 ca. 200000 Schüler prognostiziert.) Bestimmte Unterrichtsverbesserungen sind von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgeschrieben, ansonsten wollte der HH Senat die Lehrerplanstellen von gegenwärtig 14574 wie die Schülerzahlen auf 63% zusammenstreichen. Da der Senat aber diese Unterrichtsverbesserungen (Klassenfrequenzsenkung auf 25, in Beobachtungsstufe und Realschule auf 29; Ausländerunterricht; ca. 2 Stunden mehr Unterricht für die gymnasiale Oberstufe; u.a.) bis 1990 durchführen und sich außerdem die Alterspyramide der Lehrer nicht total versauen will, sollen nach günstigsten Überlegungen bis 1990 3770 Lehrer neu eingestellt werden. Das heißt, daß gegenwärtig in der Lehrerausbildung bis 1990 insgesamt ein Überhang von 8210 Lehrern eingeplant ist: Stufenlehrer 2030, Sonderschullehrer 600, Gymnasiallehrer 4810, Berufsschullehrer 770.

Mit diesem Überhang hofft der HH Senat, die Lehrer kirre zu machen. Die Forderung nach 40-Stundenwoche für Lehrer soll unterdrückt werden, ebenso die Forderungen der Studenten und Referendare gegen die ständig steigenden Anforderungen und die Verschärfung des Prüfungsdrucks. Jeder soll sich ausrechnen, daß er nur Chance auf eine Planstelle hat, wenn er jede Unverschämtheit des Senats schluckt.

Das Zahlenspiel des HH Senats widerspricht in allen Punkten den Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern. Die GEW hat dazu aufgerufen: ,,Diskutieren Sie über die Situation an der Schule Ihres Kindes! – Wie oft fällt der Unterricht aus? – Wieviele Schüler sind in einer Klasse? – Wieviel Teilungs- und Förderstunden gibt es? Rufen Sie den Klassenlehrer an und fragen Sie, wann der nächste Elternabend ist. Wehren Sie sich zusammen mit Ihren Elternvertretern!" Wenn Betriebsräte und Vertrauensleutekörper diese Sache in die Hand nehmen und ihre Forderungen nach allseitiger und einheitlicher Ausbildung ihres Nachwuchses stellen, wird der Senat sich mit dem DGB anlegen müssen – und das im Wahljahr. Die Forderung des Jugendausschuß beim Vorstand der IG Metall nach dreizehnjähriger Bildungspflicht für alle Jugendliche ist da ein geeigneter Ausgangspunkt.

Allein die Senkung der Klassenfrequenzen auf den EG-Durchschnitt würde für Hamburg eine Erhöhung des Lehrerbedarfs um ⅓ bedeuten, d.h. von gegenwärtig 14574 auf 19432 Planstellen. Und setzen die Lehrer durch, daß sie nicht weiterhin für den Senat zwischen 5 und 10 Wochenstunden zusätzlich arbeiten müssen, erhöht sich der Lehrerbedarf um gegenwärtige 14574 x 5 Stunden, das sind 1822 Planstellen mehr. Die gegenwärtige Aktion ,,Gläserne Schule" der Hamburger Lehrer schafft gute Voraussetzungen, die Prognose des Senats mit konkreten Rechnungen von vielen Schulen zu widerlegen.

Schüler je Lehrer / Vergleich BRD-EG

BRD		EG	
Ba.-Wü.	28,4	Belgien	19
Bayern	29,5	Dänemark	21
Berlin	23,5	Frankr.	18
Bremen	25,2	GB + N.Irl.	23
Hamburg	32,2	Irland	29
Hessen	29,4	Italien	19
Nieders.	30,1	Luxemb.	10
NRW	32,3	Niederl.	23
Rheinl	24,8		
Saarland	28,2		
Schl.Hol.	34,5		
·/·	29,8	·/·	21

Quelle BRD: KMK Dok.54, 15.7.78, für Schuljahr 76/77. Quelle EG: Ba.Wü. in Wort und Zahl, Hrsg.Stat.Landesamt 78/1. (nach GEW-Landesverband Hamburg)

anderes als Ausdehnung und Verschärfung derselben. Schichtarbeit kann man nicht ,,humanisieren", sie gehört verboten; genauso wie die Akkord- und Nachtarbeit."

b.uwb.Brunsbüttel. **Auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke wurde am 19. und 20. April fast nichts beschlossen, auf dessen Grundlage man das Energieprogramm weiterhin hätte bekämpfen können.** Die sogenannten Autonomen Gruppen unter Storim hatten vorgeschlagen, daß die Initiativen auf der Konferenz lediglich zur Frage des Kampfes gegen das KKW Brokdorf beraten und beschließen sollten. Diese Vorstellung wurde bei der Vorbereitung schon von den Initiativen der Wilstermarsch, Glückstadt, Krempe und Elmshorn abgelehnt. Deshalb wurde von Seiten der Autonomen auch nicht versucht ihren Tagesordnungsvorschlag zur Abstimmung zu stellen. Beschlossen wurde eine Solidaritätserklärung zur Bohrlochbesetzung in Gorleben und die Einrichtung eines Treffens, welches die ersehnte Bauzaunaktion vorbereiten soll. Der Antrag von Storim, Pfingsten eine Aktion zu machen, kam zu Fall. Die vor der Tür stehende Inbetriebnahme von Brunsbüttel interessierte die Gesellschaft nicht. An dieser Stelle müssen jetzt Aktionen folgen, denn die Inbetriebnahme von Brunsbüttel ist der Prüfstein für den Weiterbau von Brokdorf.

r.suw.Hamburg. **Am Montag, den 21. April, haben die HBV-Betriebsgruppen der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) zusammen mit Kollegen anderer Ersatzkassen eine Tarifinformationsaktion durchgeführt.** Etwa 30 Kassenangestellte haben in der Mönckebergstraße einen Informationsstand gemacht, mit Lautsprecherdurchsagen die Bevölkerung informiert und über die Forderungen diskutiert. Sie protestierten damit gegen das 4%-Angebot der Betriebsführung der Ersatzkassen. Die Techniker Krankenkasse (TK) hat für ihre über 2400 Angestellten einen Haustarif. Sie hatte 4,3% geboten. Die HBV fordert im wesentlichen Gehaltserhöhungen von 8,4% sowie mindestens 6 Wochen Urlaub für alle. Die Kassenangestellten lassen sich durch unterschiedliche Tarifverträge nicht spalten. Vier TK-Angestellte haben eine Unterstützungsresolution an den Stand gebracht und sich aktiv an der Aktion beteiligt. Viele Menschen haben mit unterschrieben für die Forderungen unterstützt.

Veranstaltungskalender

Veranstaltung des KBW zum 1.Mai

1. Mai 1980: Die Arbeiterbewegung rückt zusammen, im Innern wie international. Im Kampf gegen die Ausbeutung und den imperialistischen Krieg entwickelt sich die Einheit

Flensburg, 30.4.80, 20 Uhr, ,,Apenrader Hof"; *Husum*, 30.4.80, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte; *Kiel*, 29.4.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 29.4.80, 19.30 Uhr, Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße; *Lüneburg*, 30.4.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Moravia Eck", Stöteroggestr. 71; *Stade*, 29.4.80, 20 Uhr, ,,Horst-Kasino", Horststraße 20.

Arbeitereinheitsfront und Partei. Beides braucht die Arbeiterklasse, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen. Den Bundestagswahlkampf nutzen

Flensburg, 1.5.80, 16 Uhr, ,,Apenrader Hof"; *Kiel*, 1.5.80, 15.30 Uhr, Gaststätte ,,Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 1.5.80, 17 Uhr, HfBK, Hamburg 76, Lerchenfeld 2.

Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend zum 1. Mai

Kiel, 1.5.80, 15 Uhr, ,,Räucherei", Preetzerstraße 35

7./8.Mai – Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Nazis. Agitationstage gegen Reaktion und Faschismus. Gegen US-Besatzung. Gegen NATO und Warschauer Pakt. Forderung nach Austritt aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages

Flensburg, 8.5.80, 20 Uhr, ,,Apenrader Hof", Apenrader Str.; *Husum*, 7.5.80, 20 Uhr, ,,Bahnhofgaststätte"; *Rendsburg*, 5.5.80, 20 Uhr, ,,Holstenneck", Schiffbrückenplatz; *Neumünster*, 6.5.80, 20 Uhr, ,,Winterhuder Eck", Rendsburger Str.; *Itzehoe*, 7.5.80, 20 Uhr, ,,Kajüte"; *Lübeck*, 5.8.80, 20 Uhr, Franke-Schule, Schmiedstraße; *Kiel*, 9.5.80, 20 Uhr, ,,Siker Post", Holtenauer Str. 322; *Eutin*, 10.5.80, 20 Uhr, Gasthaus ,,Am See"; *Lüneburg*, 4.5.80; *Hamburg: Altona/Eimsbüttel*, 6.5.80; *Harburg/Landkreis Harburg*, 7.5.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Zum Stader Tor", Stader Straße 1; *Mitte-West*, 8.5.80, 19.30 Uhr, Schule Ludwigstraße; *Nord*, 9.5.80; *Wandsbek/Mitte-Ost*, 10.5.80

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 2.5.80, 9 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer, Am Markt 7, Zimmer 21

Fortsetzung des Prozesses gegen Buttler, Timmermann und Oberkampf wegen Widerstand bei einer Kundgebung gegen die US-Besatzer in Garlstedt

Hamburg, 2.5.80, 9 Uhr, Amtsgericht, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz, Raum 184

Berufungsverhandlung gegen Qualmann wegen Unterschriftensammlung zu den Landtagswahlen

Lübeck, 29.4.80, 10.30 Uhr, Landgericht Lübeck, Zimmer 161

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 28. und 30.4. sowie 2.5.80, jeweils 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Prozeß gegen 2 iranische Studenten wegen ,,räuberischer Erpressung" eines SAVAK-Spitzels

Kiel, 28.4.80, 16 Uhr, Amtsgericht, Raum 112

Wasserwerk Wacken: Wasser für die Kapitalisten Grundwassersenkung für die Bauern

b.chb. Das Wasserwerk Wacken (Kreis Steinburg) ist gebaut worden, um die Chemie-Konzerne im Industriegebiet Brunsbüttel mit jährlich 11 Mio. m³ Frischwasser zu beliefern. 1974 schrieb Regierungsbaudirektor Sellmer: „Die Frischwasserversorgung kann häufig durch Erschließung bisher nicht in Anspruch genommener Grundwasservorkommen gesichert werden. ... Damit ist die Belieferung für die nächsten Jahrzehnte sichergestellt. ..." (Wirtschaft und Standort, 1974). Für die Kapitalisten der Garantieschein auf die Besitznahme der „Ausreichenden Grundwasservorräte."

Bisher fördert das Wasserwerk Wacken nur die Hälfte der geplanten Menge. In der Gemeinde Bokelrehm ist der Grundwasserspiegel bereits um 4 bis 6 m gesunken. Da die alten Brunnen versiegt sind, mußten die Bewohner 14 Brunnenbohrungen durchführen. Ein Bauer berichtete, bevor das Wasserwerk in Betrieb genommen wurde, hatten sie einen Brunnen von 6 m Tiefe, und jetzt mußten sie bis 30 m tief bohren und mußten außerdem durch verschiedene Erdschichten. Die Bewohner verlangen von der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH eine Entschädigung von 50000 DM.

Die Bauern sind entschlossen, die weitere Senkung des Grundwasserspiegels zu verhindern. Denn Grundwassersenkung hat Austrocknen des Bodens zur Folge, Verödung des Landes. Sie kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Existenz als Bauern, die von Milchwirtschaft im wesentlichen leben. Das Wasserwerk hat keinen Vorteil für die Bauern gebracht. Durch die Senkung des Grundwasserspiegels wächst der Druck, sich der zentralen Wasserversorgung anzuschließen, dem sich die Bauern im Norden des Kreises bisher erfolgreich widersetzen konnten. „Trotz niedriger Preise war die Geest nicht zum Anschluß bereit, weil Einzelversorgungen noch günstiger eingeschätzt werden." (Entwicklungsplanung Itzehoe und Umland).

Die Entwicklungsgesellschaft sucht jetzt hektisch nach weiteren Grundwasserreserven. In Pöschendorf und Looft kaufte sie Gelände auf und führte Tiefbohrungen durch. Die Gemeindevertretungen haben beschlossen, dagegen Einwände zu erheben. Gegen die Grundwasserabsenkung haben die Bauern in Bokelrehm den Kreisbauernverband zur Interessenvertretung zugezogen.

Die ÖTV Heide muß die Personalbedarfsuntersuchungen am Krankenhaus unterstützen

b.sal. Die Angriffe wegen mangelnder Personalbesetzung und daraus folgender Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Dithmarschen konzentrieren sich auf den Dienstherrn, Landrat Buhse. Nachdem sich im Dezember Personalratsmitglieder Kollegen zu ihrer Sitzung eingeladen hatten, um Lohnberechnungen durchzuführen und über den Lohnkampf zu beraten, verwies Buhse auf das Personalvertretungsgesetz und forderte, diese Einladung bzw. das Auskunftsersuchen „über das Krankenhausverwaltungsamt dem Landrat zur Entscheidung vorzulegen, ob und in welcher Weise dem Ersuchen des Personalrates zu entsprechen ist." Verhindern konnte Buhse den Zusammenschluß der Kollegen für eine einheitliche richtige Lohnforderung nicht.

zierter Ausbilder sowie nur Nachtwachen, wenn sie gemeinsam mit einer examinierten Pflegekraft durchgeführt werden.

Um diese Angriffe zu vertiefen, haben die Vertrauensleute die amtlichen Stellenpläne des Kreiskrankenhauses von 1975 bis 79 untersucht. Sie konnten aufdecken, daß trotz Planstellenzunahme die tatsächliche Besetzung enorm abgebaut worden ist, besonders in der allgemeinen Stationspflege (siehe Tabelle). Buhse will, wie schon berichtet, weitere 41 Beschäftigte wegrationalisieren. Nachdem dies öffentlich bekannt wurde, lud er zu einer Veranstaltung für das Personal ein und – nachdem er von Kollegen bei einer „Begehung" angegriffen wurde und Patienten sich über überfüllte Zimmer beschwerten – wieder aus.

Die Auseinandersetzungen werden augenblicklich von seiten des Personals um Rationalisierungen über Personalabbau geführt. In einem Aushang der ÖTV im Kreiskrankenhaus Heide wird gefordert, für die Bemessung des Personalbedarfs u.a. den Anteil des Personalbedarfs neu zu berechnen und dabei außer Krankheit auch Mutterschaft, Jugendarbeitsschutz, Wehrdienst und die Arbeit in den Vertretungsorganen zu berücksichtigen. Weiterhin wird die Einschränkung von Überstunden und Bereitschaftsdiensten gefordert. In die gleiche Richtung geht der Kampf der Krankenpflegeschüler. In einem gemeinsamen Flugblatt der Jugend- und Ausbildungsvertretung, Schwesternvertretung, Personalrat und gewerkschaftlichen Vertrauensleute forderten sie die Nichtanrechnung auf den Stellenplan und Verfügungstellung qualifi-

Gleichzeitig wurden von der Björn-Steiger-Stiftung die skandalösen Verhältnisse des Dithmarscher Rettungswesens aufgedeckt. Mit 24 Kollegen ist der Rettungsdienst unterbesetzt, sodaß nur 2,5 Krankenwagen rund um die Uhr besetzt werden können. Der Rettungshubschraubereinsatz sei daher im Raum Dithmarschen um 80% gestiegen.

Wenn die ÖTV sich jetzt auf ihre z.Z. der Krankenhausschließungen betriebenen Untersuchungen bzgl. der zu versorgenden Patienten stützt und Arbeitsaufwand sowie den tatsächlichen Personalbedarf nachweist, kann sie den Kampf der Beschäftigten erfolgreich organisieren. Die Unterstützung auch von der Bevölkerung ist sicher, wie z.B. ein Leserbrief in der DLZ zeigt.

Betriebsversammlung HDW-Kiel: Das Programm der Geschäftsleitung wird abgelehnt

b.mes. Schon letzte Woche wurde bekannt, daß die Geschäftsleitung dem Betriebsrat ein 7-Punkte-Programm vorgelegt hat. Begründet wird dieses Programm mit den notwendigen Strukturmaßnahmen zur Überwindung der Krise in der Werftindustrie.

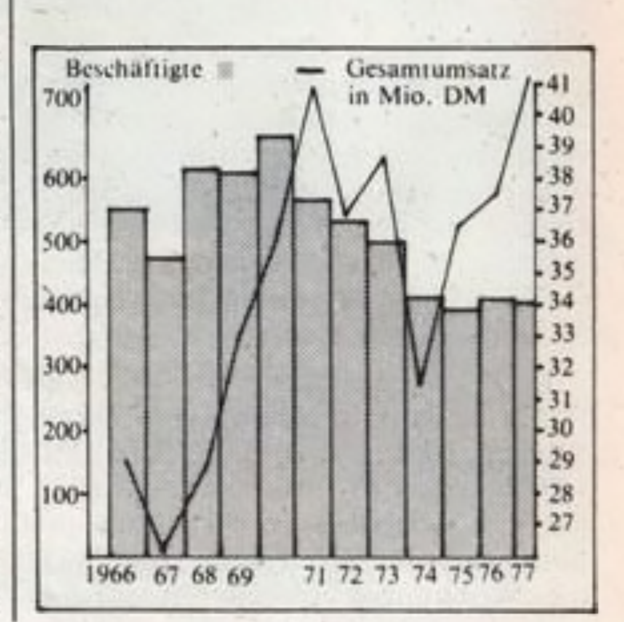
Scholz von der Geschäftsleitung versuchte dann auf der Betriebsversammlung das Programm als Diskussionsfahrplan abzuwerten. Doch daß es sich nicht um eine Laune des Vorstandes handelt, zeigt das Programm und die ersten Erfahrungen der Kollegen damit. 1. Die Programmzeiten sollen gekürzt werden. 2. Die Akkordzeiten sollen verkürzt werden, die sogenannten Bankstunden (Zurücklegung von Akkordzeiten) sollen abgeschafft werden. 3. Neue Pausenzeitenregelung. Statt wie bisher 10 Minuten bezahlte Frühstückspause 15 Minuten unbezahlte, Verlängerung der Mittagspause um 15 Minuten. Feierabend dann erst um 16.00 Uhr. 4. Die Waschräume sollen nur noch morgens und abends geöffnet werden. Die Pausencontainer sollen nur zu den Pausen geöffnet sein. 5. Die Stempeluhren an den Arbeitsplatz, damit Waschen und Umkleiden nicht in die Arbeitszeit fällt. 6. Dadurch, daß die nicht freigestellten Betriebsräte wieder an ihren Arbeitsplatz sollen, wird die Arbeit des Betriebsrates eingeschränkt. 7. Die Fachvertreter sollen abgeschafft werden. Damit will die Geschäftsleitung erreichen, daß kein Kollege mehr bei den Akkorden und Programmen durchblickt, und sie somit die Arbeitshetze steigern und die Löhne drücken können. Daß über diese 7 Punkte nicht nur verhandelt wird, wie Herr Scholz meinte, zeigt das Beispiel aus Halle 3. Dort wurden die Zeiten im Durchschnitt um 13,4% gekürzt, einzelne sogar bis 53%. Dadurch wurde das Programm nur zu 90% erreicht – Lohneinbuße zwischen 210 und 290 DM. Auf der Betriebsversammlung wurde das 7-Punkte-Programm von den Rednern aus der Belegschaft einhellig abgelehnt. Ein Kollege brachte eine Entschließung in die Versammlung mit dem Inhalt ein, daß der Betriebsrat aufgefordert wird, das 7-Punkte-Programm abzulehnen. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen und vom Betriebsrat unterstützt.

Ständige Intensivierung der Arbeit durch die Haller-Meurer Kapitalisten

b.mie. Von 1966 bis 1978 ist die Belegschaft bei Haller-Meurer um 34% verringert worden bei einer gleichzeitigen Umsatzsteigerung von 29,4%. Der Umsatz pro Beschäftigten ist also ungefähr verdoppelt worden. Die Beweise dafür liegen in der Produktion, in der Steigerung der Intensität der Arbeit. Dazu kommt die ständige Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden-, Schicht- und Samstagsarbeit. Mit wenigen Ausnahmen wird in jeder Abteilung mindestens eine Überstunde gemacht von ca. 50% der Arbeiter. Die Maschinerie hat sich in den letzten 20 Jahren kaum geändert, mit Ausnahme der Rohfertigung I, wo 1977 sechs lichtschrankengesteuerte Hydraulikpressen zusätzlich angeschafft worden sind. Mit diesen Maschinen konnte ein Sprung in der Ausbeutung durch die Haller-Meurer Kapitalisten gemacht werden. So ist eine Hydraulikpresse in 5 bis 10 Minuten umgerüstet, was bei einer Exzenterpresse 30 bis 45 Min. dauert. Die Stückzahlen pro Stunde an den Hydraulikpressen liegen um 100% über denen der Exzenterpressen. Tatsache ist, daß die neuen Maschinen und die entprechend geänderten Werkzeuge den Kapitalisten die Möglichkeit geben für neue Zeitaufnahmen. Entsprechendes gilt auch für neue Produkte. Aufgrund heftiger Kämpfe gegen diese Intensitätssteigerung, legt die Betriebsleitung die Stückzahl von 38 Öfen die Stunde fest, aber für alle Modelle.

Dabei wurden die 8er und 10er Öfen von 31 auf 38 heraufgesetzt. An den Großpressen haben sich die durchschnittlichen Stückzahlen pro Stunde in den letzten zehn Jahren von 180 bis 200 auf heute 230 bis 250 Stück erhöht. Die älteren Kollegen sagen: „Früher ging es alles ruhiger zu hier" und sie haben recht damit. So betrug z.B. vor ca. 20 Jahren die Summe der persönlichen und sachlichen Verteilzeit 20% der Akkordzeit. Diese wurde von den Kapitalisten auf 8% gedrückt. Nach heftigen Kämpfen von Seiten der Belegschaft konnte lediglich eine Neufestsetzung erreicht werden, bei der für jede Abteilung die persönliche und sachliche Verteilzeit festgelegt wurde. An den Großpressen liegt sie jetzt bei 5% pers. und 5% sachl. Verteilzeit.

Grundlage für die Intensivierung der Akkordarbeit sind die niedrigen Tarife in den Lohngruppen 2 und 3, in denen die Mehrzahl der Akkordarbeiter, die Frauen, eingestuft sind. Der niedrige Tarif zwingt zu Akkordleistungen von durchschnittlich 160%. Gegen die Akkordhetze wird der Zusammenschluß nach Verbot der Lohngruppe 2 in den Abteilungen hergestellt in Zusammenarbeit mit dem VK der IGM.



Bauernverband fordert Erhöhung der Vorsteuerpauschale

b.alb. Der Deutsche Bauernverband hat vom Bundesfinanzministerium dringlich die Erhöhung der Vorsteuerpauschale gefordert. Allein im Wirtschaftsjahr 1978/79 haben die Bauern nach seinen Berechnungen 0,9% zuviel Mehrwertsteuer an den Staat bezahlt, das sind fast 500 Mio. DM. Obwohl die Berechnung von keinem angezweifelt wird, weigert sich Matthöfer, die Erhöhung rückwirkend ab 1.1.80 zu betreiben. Seine Begründung: angesichts der Lage im Bundeshaushalt und der zusätzlichen Ausgaben, die im bevorstehenden Nachtragshaushalt aufgrund der kritischen Weltlage ... erforderlich werden, seien weitere Etatbelastungen nicht zu verkraften.

Vorsteuern sind Steuerabzüge für Unternehmer. Sie können von der Mehrwertsteuer, die sie auf ihre Produkte erhoben haben (in der Regel 13%), die Steuer abziehen, die sie selbst auf Lieferungen bezahlt haben. Den Rest führen sie ab, sozusagen in Vertretung für den Verbraucher, der letztlich die vollen 13% zahlt.

Der Bauer zahlt zwar als Käufer Mehrwertsteuer, er zieht als Verkäufer seiner Produkte auch Mehrwertsteuer ein, er zahlt aber keine Abgaben dafür an den Staat. Denn für landwirtschaftliche Betriebe ist im §24 des Umsatzsteuergesetzes ein Durchschnittssatz für zu erhebende Steuer festgelegt, derzeit 7,5% – und eine Pauschale für die Vorsteuern, die bezahlt wurden, derzeit 7%. Die Differenz von 0,5% sind noch der Rest des ab 1.1.76 an die Bauern gezahlten Währungsausgleichs nach der DM-Aufwertung.

Die Bundesregierung hat die Form der Auszahlung des Ausgleichs über die Mehrwertsteuer gewählt, er wird jährlich um 0,5% verringert. (s. Tabelle). Tatsächlich sind Steuersatz und Pauschale für den Vorsteuerabzug also gleich, damit fallen keine Steuerzahlungen an.

Dennoch stimmt die Rechnung nicht. Denn der Bauer zahlt an die Kapitalisten, von denen er Maschinen, Baumaterial, Dünger etc. bezieht, wie jeder andere Käufer 13% Mehrwertsteuer. An Betriebe des sogenannten „innerlandwirtschaftlichen Verkehrs", d.h. für landwirtschaftliche Produkte wie Futtermittel, Tiere etc. bezahlt er den ermäßigten Steuersatz von 6,5%. Würde er seine Betriebsmittel ganz überwiegend aus dem innerlandwirtschaftlichen Verkehr beziehen, könnte die Vorsteuerpauschale, die um 0,5% höher liegt (7%) vielleicht diese Differenz ausgleichen. Das trifft aber nur für ganz wenige Betriebe zu. Im Gegenteil sind die industriellen Betriebsmittel immer teurer geworden. Der Bedarf an solchen Produkten steigt mit der Mechanisierung eines Betriebes. Die Zahlungen an Industriekapitalisten haben daher überdurchschnittlich zugenommen. Wir haben in Tabelle 2 einen durchschnittlichen Betrieb angenommen, der für 100000 DM Betriebsmittel einkauft und Produkte im Wert von 110000 DM verkaufen. Die Betriebsmittel haben wir eingeteilt in 60% zum hohen Steuersatz von Industriekapitalisten gekaufte und zu 40% in solche des innerlandwirtschaftlichen Verkehrs. Danach würde dieser Bauer 9400 DM Vorsteuer bezahlen, an Pauschale beim gesenkten Steuersatz von 7% nur 7700 DM wieder herausbekommen. Selbst bei einer einprozentigen Erhöhung wie sie der Bauernverband fordert, würden immer noch 600 DM in Matthöfers Steuerkasse gehen.

	Steuers. allgem.	Steuers. ermäßigt	ldw. Vorsteuerpausch.	Aufwertungs ausgleich	MWST für ldw.Produkte
vor 1.1.78	11%	5,5%	6,0%	2,0%	8,0%
ab 1.1.78	12%	6,0%	6,5%	1,5%	8,0%
ab 1.1.79	12%	6,0%	6,5%	1,0%	7,5%
ab 1.7.79	13%	6,5%	7,0%	1,0%	8,0%
ab 1.1.80	13%	6,5%	7,0%	0,5%	7,5%
ab 1.1.81	13%	6,5%	7,0%	0,0%	7,0%

	DM	MwSt.satz	MwSt. DM	Differ.gezahlt. zu eingenom.MwSt.
Betriebsmittel	60000	13%	7800	
	40000	6,5%	2600	
Vorsteuer a. Betriebsmittel			9400	
Umsatz	110000	7,0%	7700	minus 1700
	110000	8,0%	8800	minus 600

DGB-Hamburg fordert: Der Senat soll den Bildungsurlaub finanzieren

b.güt. Laut Hamburgischem Bildungsurlaubsgesetz von 1974 kann „Jeder Arbeitnehmer ... innerhalb eines Zeitraums von zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an anerkannten Bildungsveranstaltungen beanspruchen." In Hessen, Niedersachsen, Berlin und Bremen gilt ein entsprechendes Gesetz. In Schleswig-Holstein hat die SPD jetzt einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.

In Hamburg nahmen den Bildungsurlaub in Anspruch 1976: 3550, 1977: 6246, 1978: 8353. Das sind zwischen 0,5 und 1,2% aller Anspruchsberechtigten. Den größten Teil der Veranstaltungen nehmen politische Themen ein, wovon 90% von den Gewerkschaften durchgeführt werden, der Rest von Kirchen und staatlichen Institutionen.

Auf einem Seminar des DGB Kreis Hamburg am 18.4. diskutierten 200 Betriebs-, Personalrats- und Vertrauensleute die Erfahrungen mit dem Bildungsurlaubsgesetz. Hauptpunkt der Beratungen war die Frage der Finanzierung des Bildungsurlaubs. Mehrere Betriebsräte und die Vertreter von „Arbeit und Leben" (Bildungsorganisation des DGB) berichteten übereinstimmend, daß die z.T. hohen Teilnahmegebühren von den Arbeitern und Angestellten nicht bezahlt werden können. Für die unteren Lohngruppen ist schon eine Gebühr von 50 DM kaum zu tragen.

Der Hamburger Senat hat bislang keinen Pfennig zur Finanzierung der Veranstaltungen gezahlt. Der DGB sieht darin ein Haupthindernis, daß der Bildungsurlaub so wenig in Anspruch genommen wird. In Niedersachsen und Bremen werden politische Veranstaltungen voll finanziert (1979 mit je 6 Mio. DM). Dort liegt die Teilnahme bei 5% aller Berechtigten. Unter Druck des DGB hat der Hamburger Senat jetzt für das Jahr 1980 500000 DM bewilligt. Die Betriebsräte griffen das als Verhöhnung der gewerkschaftlichen Forderung an. Den anwesenden zwei Vertretern der Hamburger Bürgerschaft (CDU und SPD) wurde vorgerechnet: 55 Mio im Jahr für die Hamburger Oper, Millionen zur Subventionierung der Kapitalisten und ein Almosen für die Arbeiter. Alle Beschwichtigungen der Abgeordneten halfen nichts. Die Versammlung hat auf Antrag der Gewerkschaft der Polizei in einer Resolution vom Hamburger Senat die volle Finanzierung der politischen Bildungsveranstaltungen gefordert, so wie der DGB es bereits verlangt.

Mag sein, daß die Regierungssozialdemokraten im Hamburger Senat sich mit diesem Gesetz einen Hebel schaffen wollten, um die Gewerkschaftssozialdemokratie gegen die wachsende politische Bewegung in der Arbeiterklasse auf Linie zu bringen. Jetzt haben sie sich auf jeden Fall einen gehörigen Widerspruch zur Gewerkschaft eingehandelt. Warum sollten denn die Gewerkschaftsmitglieder auf Bildungsveranstaltungen des DGB über „Steuerrecht" oder „Vollbeschäftigung, Wachstum und Energie" die Regierungslinie kritiklos löffeln, statt sie von ihren Interessen ausgehend zu untersuchen und anzugreifen?

Beschlußfassung und Aktionen am 1.Mai:

Die Einheit um politische Forderungen und Arbeiterschutzrechte festigt sich

b.brb. Die Gewerkschaftsaktionen zum diesjährigen 1. Mai haben sich quantitativ und qualitativ im Vergleich zu den Vorjahren ausgeweitet. Auch in den Städten, in denen keine Demonstrationen erreicht werden konnten, nutzen die Belegschaften Stelltafeln und Transparente, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Was die Beschlußfassung über politische Forderungen betrifft, insbesondere gegen die Steuerlast und für Abschluß eines Friedensvertrages und gegen die in Westdeutschland stationierten Besatzertruppen, konnte im öffentlichen Dienst noch nicht so ein Zusammenschluß erzielt werden wie in den Industriebranchen, sondern stehen hier die unzumutbaren Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Es wird sinnvoll sein, die Beratungen, die in den nächsten Wochen in den Gewerkschaften um das DGB-Grundsatzprogramm geführt werden, zu nutzen, um gerade auch in diesen Fragen einen selbständigen Standpunkt der Arbeiterbewegung zu festigen.

Flensburg. AjLE/GEW. Der AjLE Flensburg geht unter den Forderungen *Arbeitszeitverkürzung* und in Vorbereitung der Aktion „Gläserne Schule" auf die Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai. Die Aktion wird nach den Sommerferien in zehn Schulen Flensburgs durchgeführt, bei einigen nehmen ganze Kollegien geschlossen daran teil. Die Lehrer fordern die Abschaffung des Beamtenrechts und richten sich gegen politische Disziplinierung: *Abschaffung des Öffentlichen Dienstrechts. Streikrecht! Weg mit den Berufsverboten!* – Auf der letzten Versammlung des AjLE Flensburg bestand in der Vorbereitung des 1. Mai Übereinstimmung in der Frage, daß die Gewerkschaften sich verstärkt in die Außenpolitik der Bundesregierung einmischen und den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, an denen sich die BRD beteiligt, entgegentreten müsse. Der Antrag an die Landesvertreterversammlung wurde mit folgenden Forderungen unterstützt: *Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan! Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea! Vernichtung aller Kernwaffen! Entfernung der Mittelstreckenraketen! Gegen jegliche weitere Aufrüstung!* Der DGB wird außerdem aufgefordert, eine Veranstaltung zum Boykott der Olympischen Spiele durchzuführen. Nach dem 1. Mai will der AjLE sich durch geschichtliche Dokumente und Analyse mit der Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag befassen.

In der **Berufsschule Flensburg** werden zur Zeit die Forderungen beraten, unter denen der Kreisjugendausschuß zur Kundgebung gehen wird: *12 Stunden Berufsschulunterricht, Bereitstellung von genügend Lehr- und Lernmitteln! Abschluß eines Lehrvertrages im BGJ und bei der Stufenausbildung! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Verbot der Aussperrung – uneingeschränktes Streikrecht!*

Neumünster. Ebbrecht Konserven. Auf der NGG-Mitgliederversammlung bei Ebbrecht wurde am 10.4. ein Brief an die Tarifkommission beschlossen mit der Forderung nach *9% mehr Lohn, 180 DM mindestens und Wegfall der Lohngruppe IV (6,77 bzw. 7,16).* Der Beschluß wurde zu einer guten Propagandaaktion im Betrieb. Gleich 11 türkische Arbeiterinnen organisierten sich auf einmal. Zum 1. Mai wurde auf der MV beschlossen: *Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit! Ausnahmen nur mit Genehmigung der Gewerkschaft und des Betriebsrates! 25% vom Lohn steuerfrei! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!* Begründet wurden die Forderungen mit der extrem gestiegenen Arbeitshetze. Mindestens eine der Forderungen soll auf der DGB-Demonstration am 1. Mai in Neumünster mitgetragen werden.

Neumünster. Friedrich-Ebert-Krankenhaus. Der Vertrauensleutekörper hat für die Demonstration folgende Forderungen beschlossen: *Keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan! Geltung des MTV-A auch für Krankenpflegeschüler! Gegen Kostendämpfungsmaßnahmen – für Humanität im Krankenhaus! Einschränkung der Bereitschaftsdienste! Gegen die Privatisierung im Krankenhaus!*

Kiel. Einige Einzelgewerkschaften haben beschlossen, ihre Forderungen auf Stelltafeln bei der Veranstaltung am 30.4. in der Ostseehalle zu dokumentieren. Der Arbeitskreis Sozialwesen der ÖTV/Stadt Kiel fordert, daß die Erzieher *im Rahmen der 40-Stunden-Woche 13 Stunden Vorbereitungszeit* haben. Von Seiten der Eltern wird u.a. die Forderung nach *Nulltarif in den städtischen Kindergärten* erhoben. Die FG will sich *gegen die Ausdehnung des Ladenschlusses* wenden. Die FG Wirtschaftsdienste/HBV führt auf ihrer Stelltafel eine Umfrage zur Ausbildung der Rechtsanwalts- und Notargehilfen durch. Sie fordert, daß *Tarifverhandlungen für die ReNoGehilfen* aufgenommen werden und fordert *für die Gewerkschaften Inspektions- und Zugangsrecht an den Berufsschulen.* Die Kreisschülervertretung Kiel hat beschlossen, auf der Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend am 1. Mai eine Grußadresse zu überbringen mit den Forderungen *2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht! Weg mit dem Schulgesetz! Weg mit der Oberstufenverordnung!*

Hamburg, Hafen. Am 22.4. wurde auf der Funktionärsversammlung Hafen der ÖTV die Diskussion um den Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms eröffnet. In ersten Stellungnahmen wurde z.B. der Unvereinbarkeitsbeschluß kritisiert. Vertrauensleute der Stauerei Tiedemann hatten die Diskussion um das Grundsatzprogramm mit der Beratung zum 1. Mai begonnen. Es war vorgeschlagen worden, folgende Transparente im Hafenblock mitzuführen: *Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre für Schichtarbeiter; Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit! Keine weitere Erhöhung der indirekten Steuern! Steuern! 25% vom Durchschnittslohn steuerfrei!* Dieter Heering, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordmark stimmte damit überein, daß ein zu großer Teil des Steueraufkommens über indirekte Steuern auf den Konsum der Lohnabhängigen erhoben werde. Weiter, daß Freibeträge Spitzenverdiener bevorteilen, die nach dem Grundsatz des DGB umgekehrt stärker besteuert werden sollen. Kurz begründet wurde noch die Forderung nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages. Verschiedenen Zwischenrufen, das gehöre hier nicht her, wurde das Grundsatzprogramm des DGB entgegengehalten, das sich uneingeschränkt zum Selbstbestimmungsrecht bekennt. Das ÖTV-Magazin 4/80 wirft direkt die Frage nach der Souveränität auf, angesichts der Praktiken der Stationierungsstreitkräfte. Dieter Heering antwortete, daß es noch andere als die US-Besatzer in der BRD gäbe und daß in der DDR viele Arbeitsplätze durch die Stationierung der SU-Truppen geschaffen wären. Zum Abschluß der Versammlung rief der Leiter alle auf, sich mit Transparenten z.B. gegen die Nachtarbeit am 1. Mai zu beteiligen.

Hamburg, AEG. Wie die IGM Vertrauensleute in den Abteilungen berichteten, verbanden sie die Vorbereitung des 1. Mai mit der Auswertung der Tarifrunde, der Aufstellung von Forderungen für den IGM Gewerkschaftstag und der Festlegung der weiteren Arbeit des VK. In einem Maiaufruf fordert der VK *Gezielte Anhebung der unteren Lohngruppen – Festgeld in der Tarifrunde durchsetzen! 7 Stundentag, 35 Stundenwoche bei vollem Lohn! Verbot der Nacht- und Schichtarbeit! 25% vom Durchschnittslohn steuerfrei!* Gleichzeitig wurde festgelegt, wie die betriebliche Front für diese Forderungen gefestigt wird, z.B. durch einen Fragebogen gegen die intensive Frauenarbeit oder Untersuchungen gegen die Schicht. Der Steuerantrag war in der Diskussion zur Auswertung der Tarifbewegung entstanden. Ein Antrag gegen die Kriegsgefahr und für demokratischen Friedensvertrag wurde aus Zeitgründen für die weitere Beratung zurückgestellt. Die IGM Jugend fordert in einem eigenen Aufruf: *Keine Stufen- und Kurzausbildung! Keine Auslese durch das BGJ! 60% vom Facharbeiterlohn für Lehrlinge!*

Hamburg. Röttiger-Kaserne. Für die Soldaten der Röttiger-Kaserne ist über den 1. Mai hinaus eine Stabrahmenübung angesetzt! – Der Arbeitskreis Wehrpflichtige im DGB in Hamburg hat beschlossen, am 1. Mai unter den Forderungen *Dienstausgleich für alle Zusatzdienste! 40-Stunden-Woche in der Armee!* an der Gewerkschaftsdemonstration teilzunehmen.

Kreis Stade. NRI, Krankenhäuser. Die Vertrauensleute von NRI haben beschlossen, bei dem Platzkonzert vor der Saalveranstaltung in Stade mit Transparenten aufzutreten: *Gegen die unteren Lohngruppen! Für 25% steuerfrei vom Durchschnittslohn!* Die Beschäftigten der Krankenhäuser Stade, Bremervörde und Zeven haben das auf einer ÖTV-Versammlung auch beschlossen. Sie fordern u.a.: *Abschaffung der Bereitschaftsdienste mit anschließendem regulären Dienst (Assistenzärzte)! Gültigkeit des MTV-A auch für Krankenpflegeschüler! Keine Anrechnung auf den Stellenplan!*

Aktionen der Gewerkschaften zum 1.Mai

Bezirk Flensburg-Westküste:

Flensburg, Kundgebung, 11 h, Südermarkt; *Schleswig,* Veranstaltung, 10.30 h, Städt. Museum, Friedrichstraße, Redner: W. Fratz, ÖTV Kiel; *Husum,* Demonstration, 10 h, ab Gewerkschaftshaus, Kundgebung, 11 h, Marktplatz, Redner: P. Wellmann, DGB-Vorsitzender, P. Wind, Vorsitzender d. DGB KJA, D. Heering, DGB Vorstand Landesbezirk Nordmark; *Heide,* Saalveranstaltung, 10 h, Sportplatz-Gaststätte, Redner: D. Lensch, DGB-Kreisvorsitzender Dithmarschen.

Bezirk Holstein:

Rendsburg, Kundgebung, 9.45 h, Altstädter Markt; *Kiel,* 30.4., Saalveranstaltung, 19 h, Ostseehalle, Redner: Klunker, ÖTV-Vorsitzender; *Preetz,* Demonstration und Kundgebung, 10 h, An dem Wehrberg, Redner: J. Zulsdorf, GHK; *Neumünster,* Demonstration und Kundgebung, 9.15 h, ab Rathausplatz, Redner: Sperner, BSE-Vorsitzender; *Lübeck,* Demonstration und Platzkonzert, 10 h, Am Markt; *Mölln,* Kundgebung, 10 h, Quellenhof; *Lauenburg,* Kundgebung, 15 h, Hasenhof; *Bargteheide,* Kundgebung, 10 h; *Itzehoe,* Kundgebung, 11 h, Rathausplatz; in Schleswig-Holstein finden weitere Saalveranstaltungen statt in: *Eutin,* 10 h, Schloßterrassen, Redner: Schwalbach; *Eckernförde,* 10.30 h, Lindenhof; *Trittau,* 10 h, Lauenburger Hof; *Glinde,* 10 h, Glinder Bürgerhaus; *Wedel,* 10 h, Ernst-Barlach-Schule; *Schleswig, Lägerdorf, Pinneberg, Quickborn, Elmshorn.*

Bezirk Hamburg-Unterelbe:

Stade, Platzkonzert, 10.30 h, vor dem Rathaus, anschl. Veranstaltung, Redner: Apel (SPD), Hagedorn, DGB-Vorsitzender Kreis Stade; *Hamburg,* Demonstration, 9 h, ab Bahnhof Barmbek, 12 h Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus, Redner: H. Saalfeld, DGB-Vorsitzender Hamburg, G. Döding, NGG-Vorsitzender, H-U. Klose, Bürgermeister, C. Schreyer, Betriebsratsvorsitzender Blohm + Voss AG; *Harburg,* Saalveranstaltung, 10 h, Friedrich-Ebert-Halle, Redner: Kleeblatt, Ortskartell-Vorsitzender DGB Harburg, Wehner (SPD); *Bergedorf,* Demonstration 8.45 h ab Lohbrügger Markt, 10 h Kundgebung, Freilichtbühne Rathauspark, Redner: H. Nack, Ortskartell-Vorsitzender DGB Bergedorf, J. König, Bezirksamtsleiter, Senatorin Leithäuser; *Lüneburg,* Demonstration, 9 h, ab Haagestr., Kundgebung, 10 h, Marktplatz, Redner: B. Köbele, Bundesvorstand IG Bau, Steine, Erden; *Uelzen,* Demonstration, 9.30 h, Kundgebung, 10 h; *Lüchow,* Veranstaltung, 10 h Ratskeller, Redner: Wizoreck, DGB Niedersachsen; *Buchholz,* Saalveranstaltung, 10 h, Birkenschule.

90 Jahre 1.Mai.
Ausstellung zur Geschichte des 1.Mai

b.hej. 90 Jahre 1. Mai, unter diesem Thema ist von den Studenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik eine Ausstellung an der Hamburger Universität organisiert worden. Anhand von Plakaten und Veröffentlichungen aus verschiedenen Jahrzehnten wird versucht, die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des 1. Mai darzustellen. Der „eigene Feiertag" bildet zwar die Ein- und Ausgangsüberschrift, doch schon die Bilder machen deutlich, daß es der Arbeiterklasse nicht um den „Feiertag" ging. Der 1. Mai ist in den 90 Jahren immer Kampftag der Arbeiterklasse gewesen, an dem sie unter ihren Forderungen demonstrierten. Ausgehend von den Kämpfen für einen Achtstundentag in Amerika, der Hinrichtung führender Arbeiter in Chicago, Beschluß des internationalen Arbeiter-Kongresses, den 1. Mai zu einem internationalen Kampftag zur Manifestation ihrer Forderungen zu machen, werden dann Bilder aus verschiedenen Abschnitten gezeigt. Aussperrungen und Entlassungen nach dem 1. Mai 1890 in Deutschland und vor allem in Hamburg. Breite Solidarität und Spenden für die Ausgesperrten. Dann der 1. Weltkrieg, Verhaftung Wilhelm Liebknechts auf einer Kundgebung am 1. Mai 1916 gegen den Krieg. 1. Mai 1929 in Berlin, der sozialdemokratische Polizeipräsident verbot die Maidemonstration, zu der die Kommunisten aufgerufen hatten. In Zusammenstößen mit der Polizei starben 29 Arbeiter.





Am 2. Mai 33 werden von der SA die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Gewerkschaften verboten. Dann kommt ein größerer Sprung in der Ausstellung und es geht weiter mit Neuaufbau, „soziale" Marktwirtschaft, Sozialpartnerschaft ade und wieder zum „eigenen Feiertag".



Das letzte Bild zeigt eine 1. Mai Kundgebung in Bonn, wo tausende unter Forderungen wie 35-Stunden-Woche, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Jugendarbeitslosigkeit, gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter demonstrierten. Die Ausstellung ist unvollständig, gerade was die letzten 25 Jahre betrifft



Studenten nutzen den 1.Mai: Ihre Forderungen stützen die Arbeiterbewegung

b.ang. Fachschaften und Fachschaftsgruppen der Kieler und Hamburger Hochschulen rufen die Studenten auf, sich an den Mai-Veranstaltungen des DGB zu beteiligen. In den Beschlüssen zeigt sich: Die Studenten suchen die Unterstützung der Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Forderungen, sie unterstützen auch den Kampf gegen Lohnsenkungen, Arbeitshetze und Kriegsgefahr.

Forderungen, die aufgestellt werden:

– BAföG-Anpassung noch in diesem Jahr. 750 DM Höchstsatz, 1520 DM Elternfreibetrag, Anpassung der BAföG-Sätze an den Durchschnittslohn. Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht. Übernahme der Studenten, die Betriebspraktika ableisten, in die Lohn- und Manteltarifverträge. *(Fachschaften Agrar und Anglistik/Romanistik, Fachschaftsgruppen Germanistik und Agrar der Kieler Universität)*

– Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat. *(Fachschaftsrat Soziologie/Politologie, Universität Hamburg, Fachschaft Anglistik/ Romanistik Kiel).*

– 40-Stundenwoche für Lehrer – Einstellung aller Lehramtsanwärter und Referendare in den Schuldienst. *(FS Anglistik/Romanistik, FSG Germanistik Kiel).*

– Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen, Anhebung der unteren Lohngruppen, Steuersenkung, 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, Verbot der Nacht, Schicht- und Akkordarbeit! *(FSG Agrar, FSG Germanistik Kiel).*

– Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan und Kampuchea. Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges. Abzug aller Besatzertruppen aus Westdeutschland und Westberlin. Austritt aus der Nato. *(FS Anglistik/Romanistik, FSG Germanistik und Agrar, Kiel).*

Die Vollversammlung der Medizinstudenten in Hamburg hat beschlossen: Auflösung von Nato und Warschauer Pakt. Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien, Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen, Abzug der sowjetischen Besatzer aus Afghanistan.

Nixon in Westberlin / Springer in ,,Sorge um Deutschland''

r.anh. Nixon, von 1969 bis 1974 US-Präsident, macht gegenwärtig eine Propagandatour durch Westdeutschland zwecks Vorstellung seiner Auffassung zur Weltlage. Axel Cäsar Springer hat ihn sich nach Westberlin eingeladen, am Abend vorher sprach Nixon eine ¼ Stunde im ZDF-Magazin Löwenthals. Stobbe, Regierender Bürgermeister in Westberlin, war gerade in den USA bei Carter. Am 25.4., also just einen Tag vor der Ankunft Nixons in Westberlin, verabschiedeten alle Abgeordneten des Westberliner Abgeordnetenhauses eine Entschließung, in der das Bündnis mit den USA bekräftigt wird, besonders Carters erneute Garantie, Westberlin als imperialistischen Brückenkopf zu erhalten und auszubauen. – Diese Erklärung haben Springer und Nixon begrüßt.

Nixon steht für rüden Expansionismus der USA zwecks ,,Zivilisierung'' der SU-Imperialisten. Nachdem die amerikanischen Volksmassen die Nixon-Regierung stürzten (über den Kampf gegen den Krieg in Vietnam), sieht Nixon die Lage jetzt so, daß eine umfassende Interventionspolitik der USA gegen das Vordringen der anderen Supermacht nötig ist, ,,vor allem um die Versorgungslinien des Öls und der Erze freizuhalten.'' (Nixon im ZDF-Magazin am 23.4.80)

In den Produkten des Axel-Springer-Verlages wird seitens der westdeutschen Bourgeoisie die für die Volksmassen bestimmte Propagandalinie abgesteckt, übrigens schon immer auch von den Sozialdemokraten. Vor allem die Bild-Zeitung ist dafür der Ort. Springer selbst äußert sich nur gelegentlich in seinen Zeitungen, öfter schon auf Veranstaltungen oder in Büchern. Er hatte schon frühzeitig Wert auf direkte Beziehungen zu wichtigen Repräsentanten der Bourgeoisie gelegt, so zu Carter, so zu Begin. Carter war Gast bei Springer 1978 anläßlich seines Westberlin-Besuchs. Springer wird jetzt mit Nixon sicher beraten haben, ob man sich mit der regierenden Sozialdemokratie in der BRD bezüglich der Interessen der US-Imperialisten einigen kann.

Springers neues Buch heißt: ,,Aus Sorge um Deutschland''. Die Erstauflage (30000) ist vergriffen. Es enthält Reden der 70er Jahre zur Deutschland- und Weltpolitik, zu Israel und eine Reihe von Abschiedsbriefen wie an Frau Schleyer. Springers Hauptsorge ist die folgende: Die westdeutschen Volksmassen und leider auch in gewisser Hinsicht die Kapitalisten haben kei-
ser Hinsicht die Kapitalisten haben kei-
ne ,,ideellen Ziele''. An den Kapitalisten mißfällt ihm: ,,...die wollen ihre Geschäfte mit dem Osten machen – und da bin ich nicht ihr Mann.'' (S. 21), an den Deutschen schlechthin nörgelt er herum: ,,Freiheit, Deutschland, irgend etwas nicht Materielles müssen sie doch wollen.'' (ebd.) Er hat etwas Ideelles zu sagen, nämlich: ,,Was die Seele für den Leib, das ist Gott für den Staat. Wenn die Seele aus dem Körper weicht, dann zerfällt er.'' (S. 37) Die Zionisten hatten die Seele im Leib, denn, so Springer, 2000 Jahre lang versprachen sie sich, immer wieder den Vorsatz auszusprechen: ,,Nächstes Jahr in Jerusalem.'' Weil die Volksmassen auf so was nicht kommen, sich kaum einer findet, der zum Motto erhebt: ,,Nächstes Jahr in Dresden oder in Königsberg'', muß das vorgelebt werden durch die ,,Propheten und Träumer'', von denen er einer sei. Kompromißlos und immer wieder muß propagiert werden, was allgemeines Ziel ist: Wiedervereinigung Deutschlands unter imperialistischer Flagge. Vorraussetzung dafür ist: Schaffung einer ideologischen Basis unter den Volksmassen für unbedingtes Marschieren für die Interessen der USA. In deren Windschatten sei genug für die westdeutsche Bourgeoisie zu holen, vor allem die ,,DDR'' mit Anführungszeichen. Einigung mit den USA diesbezüglich müßte gehen, meint Springer.

,,Wohin sollen wir uns wenden: nach Washington oder Moskau?'', fragt Bild am Sonntag am 20.4.; ,,Deutschland am Scheideweg'' ist die Balkenüberschrift der Bild am 14.4., nach Beschlußfassung der US-Imperialisten über erneute Boykottmaßnahmen gegen Iran. Bild macht jetzt eine Umfrage unter dem Motto ,,unsere Zukunft'', d.h. die Leser sollen sich zur Bündnisfrage äußern, ob etwa die ,,Schaukelpolitik zwischen Ost und West uns tatsächlich eine Oase des Friedens beschert, die von allen Stürmen internationaler Krisen unberührt bleibt?'' Die Lage für glatte Interventionsaufrufe zwecks ,,Friedenssicherung'' sieht Springer nicht, seine Organe bereiten das aber mit ständigen Enthüllungen über die Absichten der SU-Imperialisten, über die auch in der Arbeiterbewegung umstrittene Politik der islamischen Führung im Iran, über die Unterdrückung in der DDR, ziemlich geschickt vor. Bild liefert die Argumente für die Kriegsnotwendigkeit. An die Soldaten wird natürlich auch gedacht. Bild brachte in großer Aufmachung eine Reportage über den miserablen Zustand in den Kasernen bezüglich der Unterkünfte ,,unserer Soldaten.''

Westberlin ist für Springer, in seinem typisch schwulstigen Stil geschrieben, ,,die Freiheitsglocke der Welt.'' (S. 74) ,,Niemand von uns will schießen'', ruft er den ,,Heimatvertriebenen'' zu, aber zur Selbstverteidigung ist es legitim, um ganz Berlin, ganz Ostpreußen zu kämpfen. Gott will es so, und Springer zitiert Eichendorff: ,,Denn eine Zeit wird kommen / da macht der Herr ein End / da wird den
macht der Herr ein End / da wird den
Falschen genommen / ihr unechtes Regiment.'' (S. 84)

Ähnlich pfäffisch trat Nixon im ZDF-Magazin auf, als er die ,,Stärke der amerikanischen Nation'' beschwor, ,,ihr Herz''. Wie es sich äußerte, konnte er schon nicht mehr sagen, bloß, daß es in der schweigenden Mehrheit zu finden sei. Springer und Nixon stehen für Expansion und Krieg. Die Massen sind für Frieden und gegen imperialistischen Krieg. An dem Problem haben beide zu beißen.



Links: Demonstration von Schülern in Stade am 25.4.1980: ,,Kein Krieg im Iran oder sonstwo''. Rechts: Kundgebung des KBW in Kiel gegen das Auslaufen der westdeutschen Zerstörer und die Kriegspolitik der Imperialisten.





Der Raketenzerstörer ,,Lütjens'' ist 134 Meter lang und 14,3 Meter breit. Der Zerstörer hat 337 Besatzungsmitglieder.



Zerstörer ,,Bayern''. Gebaut 1960/63, ausgerüstet mit Artilleriebewaffnung, modernisierte Neuausrüstung mit Seeziel-Flugkörpern. 134 m Länge.



Munitionstransportschiff ,,Odenwald''. Gebaut 1966. 105 m Länge.

Kein westdeutsches Kriegsschiff in den Indischen Ozean!

r.jöd. Die Proteste der Volksmassen gegen den Überfall der USA-Imperialisten nahmen in den letzten Tagen verschiedene Formen an. In den Betrieben fanden hitzige Diskussionen statt, nur wenige begrüßten den militärischen Überfall der USA auf den Iran.

In Stade kam es von 500 Schülern zu einer spontanen Demonstration. In Buxtehude demonstrierten 100 Schüler gegen die Politik der Supermächte bezüglich des Iran, Afghanistans und Kampucheas. Der KBW führte in Kiel und Wilhelmshaven Kundgebungen durch. Gegen die Politik des USA-Imperialismus und gegen die Politik der Bundesregierung, die zwei Zerstörer in den Indischen Ozean schickt. In vielen anderen Orten führte der KBW Informationsstände durch. Die Forderung nach ,,Abzug aller fremden Truppen aus dem Indischen Ozean'' fand Unterstützung. ,,Die USA provozieren einen Krieg'', war oft zu hören.

Bundeskanzler Schmidt und Verteidigungsminister Apel unterstützen mit der Entsendung des Raketenzerstörers ,,Lütjens'', des Flottenzerstörers ,,Bayern'', des Munitionstransporters ,,Odenwald'' und des Versorgungsschiffs ,,Spessart'' die imperialistischen Agressionen im Indischen Ozean.

Bereits 1971 auf der 26. UNO-Generalversammlung wurde gegen die Stimmen der imperialistischen Mächte die Resolution 2832 beschlossen, in der der Abzug aller fremden Truppen und Stützpunkte aus dem Gebiet des Indischen Ozean gefordert wurde. Diese Resolution wurde auf der 33. UNO-Generalversammlung Ende 1978 bestätigt. ,,Die Generalversammlung ist tief besorgt darüber, daß sich im Zusammenhang mit der Rivalität der Großmächte deren militärische Präsenz verstärkt hat, was zu erhöhten Spannungen in diesem Gebiet führt...''

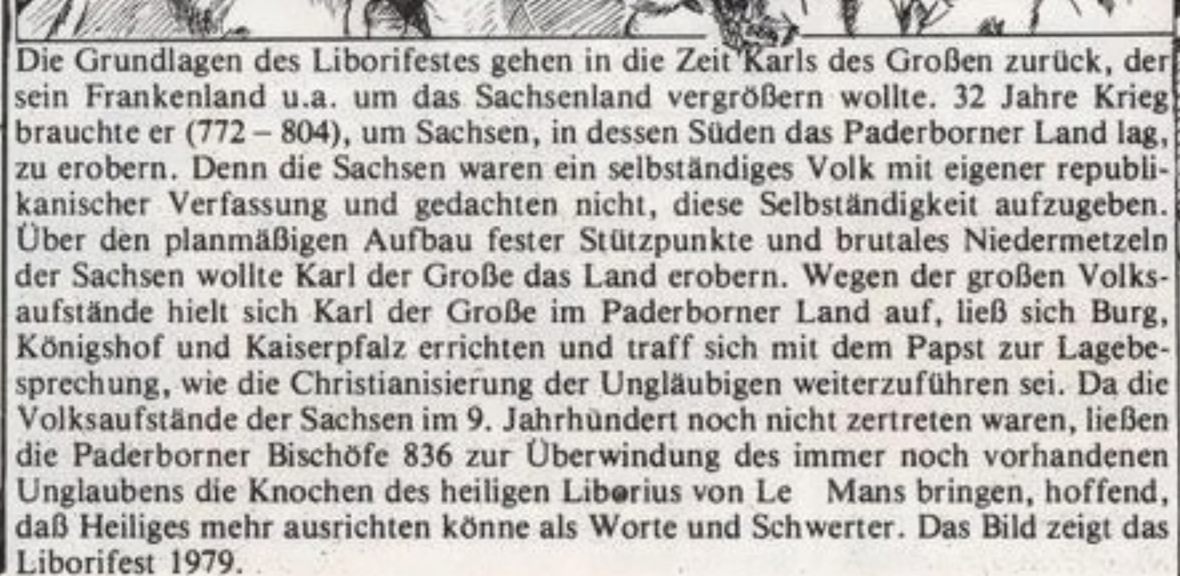
Wenn die Bundesregierung davon spricht, daß die zwei Zerstörer nur zu Übungszwecken auslaufen und ihre Reise lange vorbereitet sei, dann erörtern die bürgerlichen Presseschreiber die Sache schon offener. Die ,,Flensburger Avis'' schrieb recht früh, eine Woche vor der amerikanischen Agression: ,,Es ist schwer vorauszusagen, ob aufgrund der neuesten Anordnungen der amerikanischen Regierung die Seestreitkräfte der USA im Zuge der Seeblockade des Iran in aktive Kampfhandlungen verwickelt werden. Es wäre zu hoffen, daß sich die deutschen Streitkräfte aus diesen Kampfhandlungen heraushalten können.''

Die Bundesregierung verstößt gegen Beschlüsse der UNO, wenn sie die Schiffe auslaufen läßt und richtet sich gegen die berechtigten Interessen der Länder der Dritten Welt. ,,Lüt-
berechtigten Interessen der Länder der Dritten Welt. ,,Lüt-
jens'' heißt der eine deutsche Zerstörer. Die Erinnerung ist bewußt gewählt. ,,Lütjens'' war Flottenkommandant der deutschen Marine im 2. Weltkrieg. Die Interessen der westdeutschen Imperialisten sind weltweit bekannt.

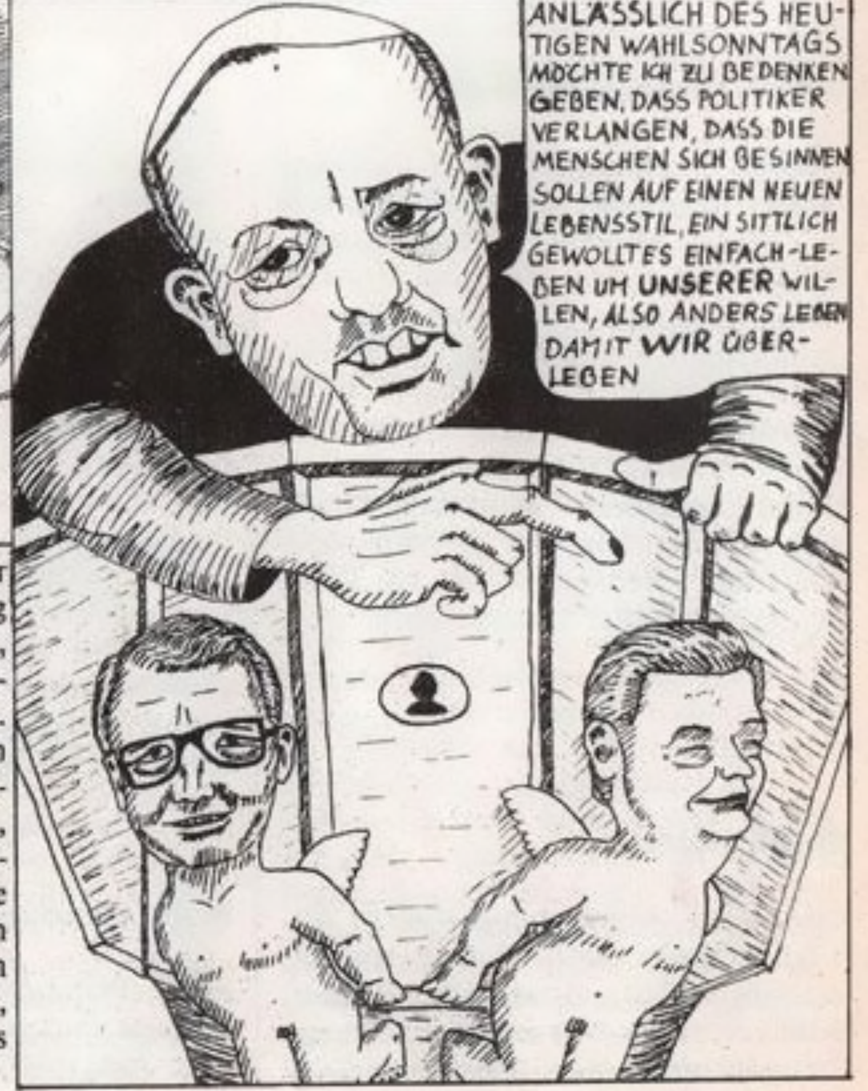
Wenn die ,,Welt'' schreibt, daß die Schiffe überall gerne gesehen werden, so muß man sie auf die ,,Sunday Nation'', die größte Zeitung in Kenias Hauptstadt Nairobi, verweisen, die vor der geplanten Entsendung der westdeutschen Schiffe warnte. Die indische Regierung erklärte gegen die Entsendung der westdeutschen Kriegsschiffe, der Indische Ozean solle ,,von jeglicher Militärpräsenz freibleiben''. Die Bundesregierung wird zunehmend frecher, laufen die Schiffe aus, muß dies als Drohung verstanden werden.

Das 3. Gebot aus dem Landtagswahlkampf NRW: Gedenke, daß du den Sabbat heiligest!





Die Grundlagen des Liborifestes gehen in die Zeit Karls des Großen zurück, der sein Frankenland u.a. um das Sachsenland vergrößern wollte. 32 Jahre Krieg brauchte er (772 – 804), um Sachsen, in dessen Süden das Paderborner Land lag, zu erobern. Denn die Sachsen waren ein selbständiges Volk mit eigener republikanischer Verfassung und gedachten nicht, diese Selbständigkeit aufzugeben. Über den planmäßigen Aufbau fester Stützpunkte und brutales Niedermetzeln der Sachsen wollte Karl der Große das Land erobern. Wegen der großen Volksaufstände hielt sich Karl der Große im Paderborner Land auf, ließ sich Burg, Königshof und Kaiserpfalz errichten und traff sich mit dem Papst zur Lagebesprechung, wie die Christianisierung der Ungläubigen weiterzuführen sei. Da die Volksaufstände der Sachsen im 9. Jahrhundert noch nicht zertreten waren, ließen die Paderborner Bischöfe 836 zur Überwindung des immer noch vorhandenen Unglaubens die Knochen des heiligen Liborius von Le Mans bringen, hoffend, daß Heiliges mehr ausrichten könne als Worte und Schwerter. Das Bild zeigt das Liborifest 1979.



Hochseefischerei-Monopole wracken ab

Sozialchauvinistische Hetze gegen die 200-SM-Fischereizone und die MTV-Forderungen der ÖTV

r.mfl. Die Reedereien der „Nordsee" und die Hanseatische Hochseefischerei haben Massenentlassungen angekündigt und die Stillegung oder Abwrackung von Teilen ihrer Hochseefischereiflotte. Ursache soll die zu geringe Quotenzuteilung sein.

Es ist nichts neues, daß die Kapitalisten Kapital vernichten, wenn es für sie nicht ausreichend Profite abwirft. Die Hochseefischerei konnte immer besondere Profite einstreichen, indem sie die Flotte vor den Küsten fremder Völker hat fischen lassen, ohne diesen Völkern irgendeine Entschädigung dafür zu zahlen. Gleichzeitig betreibt sie eine gewaltige Schinderei der Arbeiter an Bord.

Der Konkurrenzkampf beflügelt die Kapitalisten, die Produktivität der Arbeit zu steigern, durch Entwicklung der Maschinereie, Ruinierung der Fischkutter, Ersetzung der Frischfischtrawler durch Fabrikschiffe, die ca. 4 Monate auf See bleiben und den Fisch an Ort und Stelle verarbeiten. Für die Belegschaften bedeutete die Einführung der Fabrikschiffe Intensivierung der Arbeit, verschärfte Ausbeutung. Die Tabelle zeigt, daß der Fang pro Reisetag erheblich gesteigert werden konnte. Dabei sinken die Reisetage nicht so stark wie die Zahl der Schiffe. Die Fangmengen pro Tag steigen immer dann schwunghaft an, wenn neue Fabrikschiffe eingeführt wurden. So 1965, 1968/69, 1972-74.

Diese Schiffe bedeuten für die Kapitalisten hoher Vorschuß an konstantem Kapital, der sich nur lohnt, wenn die Profite entsprechend höher sind. Also betreiben die Kapitalisten verschärfte Ausbeutung und rücksichtslose Raubfischerei vor den Küsten fremder Völker. Die Fischbestände wurden erheblich reduziert. Dies und der Kampf der Völker gegen die völlige Ruinierung ihrer Fischbestände, deren Wirtschaft, wie bei Island, ganz entscheidend von der Fischerei abhängt, hat jedoch ihre Profite gedämpft. Um dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, betreiben die Kapitalisten Vernichtung von Kapital und Steigerung der Produktivität der verbleibenden Schiffe. Letzteres lassen sie sich zum Teil in Form von Subventionen vom Staat, d.h. aus Steuergeldern finanzieren. Für den Neubau der 14 Vollfroster 1972-74 hat die Bundesregierung zinsverbilligte Darlehen in Höhe von 62,3 Mio. DM gewährt. In den Jahren 1969-1980 hatte die Hochseefischerei 93673012 DM an Subventionen erhalten.

Die Bundesregierung hat jetzt erneut 16,0 Mio. springen lassen an Abwrackprämien, für die veralteten, schrottreifen Frischfischfänger (die neueren werden verkauft).

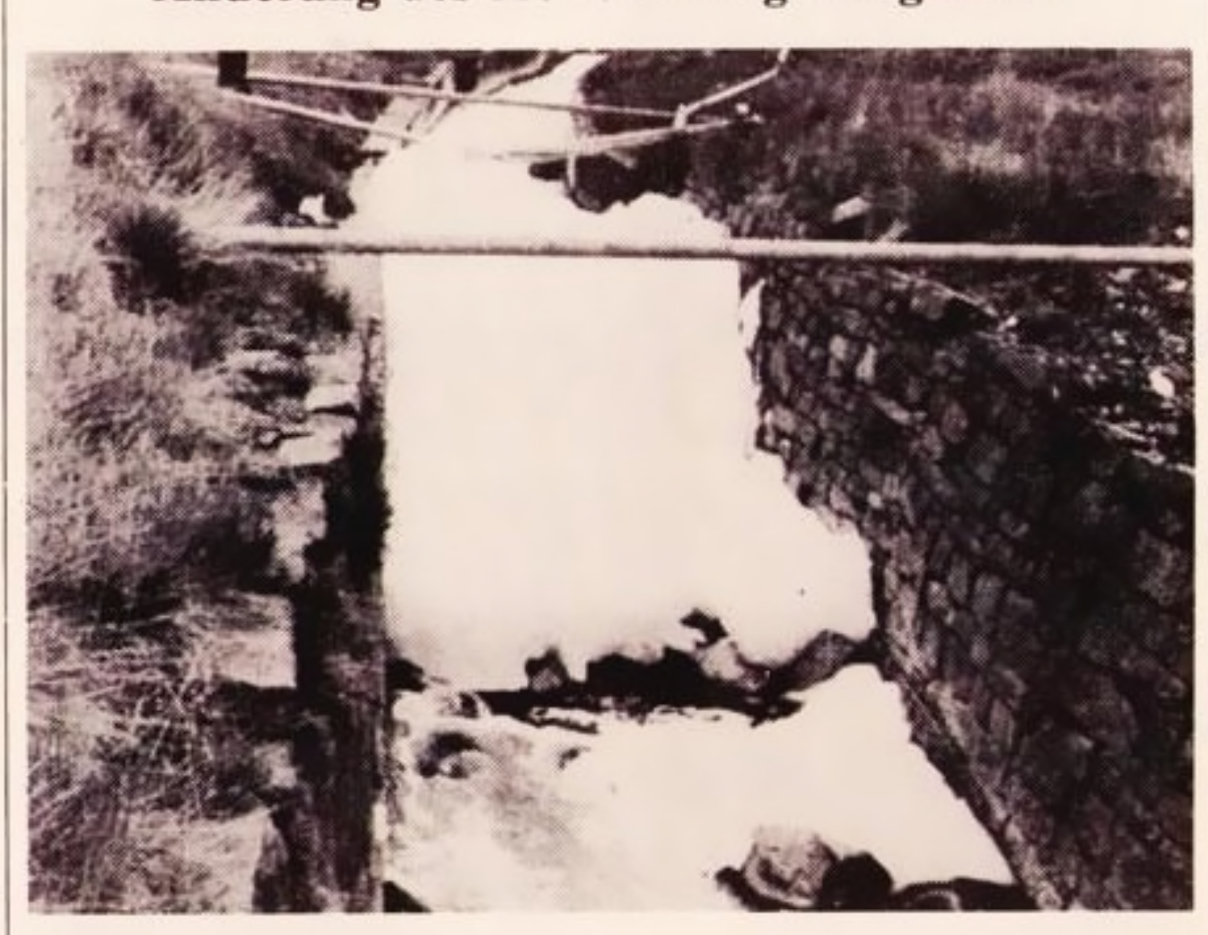
Zwecks koordinierter Durchführung dieser Kampagne gründeten die SPD-Oberbürgermeister von Bremerhaven und Cuxhaven zusammen mit den Kapitalisten und der Bremer Landesregierung eine „Notgemeinschaft Fisch". Die CDU gibt jetzt der Regierung Zunder und fordert entschiedenen wirtschaftlichen Druck auf die Küstenstaaten, um diese zur Gewährung höherer Quoten zu zwingen. OB Lenz nutzt die Gelegenheit, um unter Verweis auf die Monostruktur „für die Schaffung neuer Arbeitsplätze" durch Ausbau des Fischereihafens zum Industriehafen einzutreten. So will er eine öffentliche Meinung schaffen für den Bau einer großen Seeschleuse in den Fischereihafen, finanziert aus Steuergeldern der Massen.

Sozialchauvinismus und Klassenversöhnung liegen nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Die ÖTV hat gegen die Entlassungen als einem Druckmittel gegen ihre Manteltarifforderungen protestiert und will trotzdem zum Streik aufrufen gegen die Überstunden und die unmäßige Verlängerung der Arbeitszeit während des Fanges, wenn die Reeder ihre Forderungen nicht erfüllen.

Entwicklung der Flotte, der Fänge und des Fischereiaufwandes der deutschen großen Hochseefischerei 1967 bis 1980

Jahr	Fabrikschiffe	Frischfischtrawler	Fangmenge in t	Reisetage	Fang pro Reisetag
1967	11	144	440709	42390	10,4 t
1968	13	127	447515	36917	12,1 t
1969	18	102	444822	34544	12,9 t
1970	36	74	405489	30061	13,5 t
1971	27	77	345438	29038	11,9 t
1972	31	66	267822	24023	11,1 t
1973	36	48	314873	24187	13,0 t
1974	32	42	349160	22439	15,6 t
1975	32	39	313574	20736	15,1 t
1976	29	37	291430	21024	13,9 t
1977	27	39	278554	21249	13,1 t
1978	27	35	285861	20186	14,2 t
1979	26	21			

Länder beantragen im Bundesrat geringfügige Änderung des Abwasserabgabengesetzes



z.gkr. Anfang April brachten die Regierungen Bayerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins einen Gesetzentwurf zur Änderung des am 1.1.1978 in Kraft getretenen Abwasserabgabengesetzes im Bundesrat ein: Stärkere Ermäßigung (über die vorgesehenen 50% hinaus) der von jedem zu bezahlenden Abwasserabgabe, wenn der „Einleiter eine Verminderung der Schadstoffracht über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinaus vornimmt". Dazu eine Verschiebung des Inkrafttretens der Abgabe vom 1.1.81 auf den 1.1.82. – Aus Grundwasser kann der Wasserbedarf nicht mehr gedeckt werden. Bis ins Jahr 2000 steigt er in der Industrie, die etwa viermal soviel Wasser verbraucht wie die privaten Haushalte, um 35%. Dabei wird z.B. für die chemische Industrie der Bau eigener Reinigungsanlagen teurer sein als die Abgabe. Umverteilung notwendiger Kosten ist der Zweck des Gesetzes.

NGG: Strukturelle Anhebung der unteren Lohngruppen

z.brp. Von den rund 425500 Beschäftigten in der gesamten Nahrungsmittelindustrie sind 302000 Frauen, sie arbeiten zu 80% in den unteren Lohngruppen, ihre Löhne liegen noch mal 150–360 DM unter denen der Arbeiter. Der tarifliche Durchschnittslohn der Arbeiter im Nahrungsmittelbereich betrug 1979 12,60 DM/Std. gegenüber 13,38 DM/Std. in den übrigen Industriezweigen. Die NGG konnte jetzt für die Backwaren-, Pudding- und Gewürzindustrie einen Tarifabschluß von 6,8%, 8,1% für die Lohngruppen IIIa/b, 6,9% für Lohngruppe II, durchsetzen. – Ab 1. März erhielten die 12000 Beschäftigten in der Zuckerindustrie 7% mehr. Ab 1.1.80 wurden in der Obst-/Gemüseverarbeitenden Industrie Baden-Würtembergs die Löhne um 6,8%, für die Lohngruppe III um 8,35% erhöht; in der Erfrischungsgetränkeindustrie um 6,2%, für die unteren beiden Lohngruppen zusätzlich um 2%; in der Margarine-Industrie um 6,8%, zusätzlich eine Einmalzahlung von 140 DM wegen der auf 13 Monate verlängerten Laufzeit; in der Sektkellerei und Spirituosenindustrie Rheinland-Pfalz um 8,6%. Für die im Mai anstehenden Tarifverhandlungen in der Obst-/Gemüseverarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins forderten die Vertrauensleute von Ebrecht 9%/180 DM mindestens und Wegfall der untersten Lohngruppen. Die Vertrauensleute von Reemtsa /Hamburg fordern für den Zigarettenbereich 9,7%.

Irische Bauern erzwingen Rücknahme der Steuerhöhung

z.doj. Die irische Regierung hat den irischen Bauernverbänden die Abschaffung der erst vor wenigen Monaten beschlossenen höheren Steuern für Bauern („Ressourcensteuern") zugesagt. Nachdem im Januar dieses Jahres in den größten Demonstrationen in Irlands Geschichte 700000 gegen die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen streikten und demonstrierten, erleichterte die irische Regierung vorerst die Lohnsteuer für die untersten Einkommen, erhöhte gleichzeitig die indirekte Steuer um 22% und die Steuern für die Bauern. Um den Widerstand der Bauern abzustumpfen, und unter scheinbarem Eingehen auf die Forderung der streikenden Lohnabhängigen nach höherer Besteuerung der Reichen wurden als erster Schritt die 12% reicheren Bauern besteuert, um diese zusätzliche Steuer dann auf die kleineren Bauern auszuweiten. 17 Mio. Punt sollen zusätzlich 1980 eingetrieben werden. Der irische Milchbauernverband hatte Bekämpfung der Steuer mit allen Mitteln beschlossen. Mit der Rücknahme der Steuer bei den Bauern geht die Rechnung der irischen Regierung und der Imperialisten, bei denen sie hoch verschuldet ist, auf Ausplünderung der Kleinbauern und Spaltung zwischen ihnen und den Arbeitern nicht auf. Bisher hat die Regierung allerdings den Zeitpunkt der Abschaffung der Steu-

Nahrungsmittelmonopole drücken auf die Erzeugerpreise

Die Bauern geraten in immer höhere Abhängigkeit von Großunternehmern

z.brb. Für ein Schlachtschwein konnten die Bauern 1978 durchschnittlich 307,70 DM für 100 kg Lebendgewicht als Erzeugerpreis erzielen. Doch der Preis hing in hohem Maß davon ab, an wen die Schweine verkauft wurden. Beim Metzger konnte der Preis auf 313,70 DM gesteigert werden und beim Verkauf an die Fleischfabrik waren es nur 299,20 DM. Unter dem durchschnittlichen Erzeugerpreis lagen auch

zeigt deutlich der steigende Anteil der landwirtschaftlichen Verkäufe, die mit den Genossenschaften abgeschlossen werden. 1962 lag der Anteil noch bei 40%, zehn Jahre später schon bei 50% und 1976 bei 53,4%. Einzelne Produkte, wie Zuckerrüben, werden schon seit Jahren fast vollständig aufgrund von Vertragsvereinbarungen abgeliefert. Entsprechend niedrig ist die Preissteigerung, in 10 Jahren, von 1967 bis

Spar-Gruppe, die größte Handelskette Europas. Zentraler Einkauf und zentrale Lagerung spart Lagerkosten und die 7720 Lebensmittelgeschäfte Lebensmittelhandels konnte Spar weitere Konzentration durchführen, denn noch mehr Einzelhändler versuchten durch den Beitritt zu dieser freiwilligen Vereinigung, dem drohenden Ruin zu entkkommen. Über den Großeinkauf der Zentrale kann der Handel mit den

lagert, die den Bauern ebenfalls als Handelspartner in steigender Zahl von Verkäufen gegenübersteht. Bei den größten Bereichen der Nahrungsmittelindustrie ist die wachsende Konzentration genauso wie beim Handel festzustellen. Molkereien, fleischverarbeitende Industrie und Brauereien, die umsatzstärksten Branchen der Nahrungsmittelindustrie, verzeichnen durchgehend steigende Umsätze bei gleichzeitig

Entwicklung der Flotte, der Fänge und des Fischereiaufwandes der deutschen großen Hochseefischerei 1967 bis 1980

Jahr	Fabrikschiffe	Frischfischtrawler	Fangmenge in t	Reisetage	Fang pro Reisetag
1967	11	144	440709	42390	10,4 t
1968	13	127	447515	36917	12,1 t
1969	18	102	444822	34544	12,9 t
1970	36	74	405489	30061	13,5 t
1971	27	77	345438	29038	11,9 t
1972	31	66	267822	24023	11,1 t
1973	36	48	314873	24187	13,0 t
1974	32	42	349160	22439	15,6 t
1975	32	39	313574	20736	15,1 t
1976	29	37	291430	21024	13,9 t
1977	27	39	278554	21249	13,1 t
1978	27	35	285861	20186	14,2 t
1979	26	21			

z.gkr. Anfang April brachten die Regierungen Bayerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins einen Gesetzentwurf zur Änderung des am 1.1.1978 in Kraft getretenen Abwasserabgabengesetzes im Bundesrat ein: Stärkere Ermäßigung (über die vorgesehenen 50% hinaus) der von jedem zu bezahlenden Abwasserabgabe, wenn der „Einleiter eine Verminderung der Schadstoffracht über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinaus vornimmt". Dazu eine Verschiebung des Inkrafttretens der Abgabe vom 1.1.81 auf den 1.1.82. – Aus Grundwasser kann der Wasserbedarf nicht mehr gedeckt werden. Bis ins Jahr 2000 steigt er in der Industrie, die etwa viermal soviel Wasser verbraucht wie die privaten Haushalte, um 35%. Dabei wird z.B. für die chemische Industrie der Bau eigener Reinigungsanlagen teurer sein als die Abgabe. Umverteilung notwendiger Kosten ist der Zweck des Gesetzes.

Rücknahme der Steuerhöhung

z.doj. Die irische Regierung hat den irischen Bauernverbänden die Abschaffung der erst vor wenigen Monaten beschlossenen höheren Steuern für Bauern („Ressourcensteuern") zugesagt. Nachdem im Januar dieses Jahres in den größten Demonstrationen in Irlands Geschichte 700000 gegen die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen streikten und demonstrierten, erleichterte die irische Regierung vorerst die Lohnsteuer für die untersten Einkommen, erhöhte gleichzeitig die indirekte Steuer um 22% und die Steuern für die Bauern. Um den Widerstand der Bauern abzustumpfen, und unter scheinbarem Eingehen auf die Forderung der streikenden Lohnabhängigen nach höherer Besteuerung der Reichen wurden als erster Schritt die 12% reicheren Bauern besteuert, um diese zusätzliche Steuer dann auf die kleineren Bauern auszuweiten. 17 Mio. Punt sollen zusätzlich 1980 eingetrieben werden. Der irische Milchbauernverband hatte Bekämpfung der Steuer mit allen Mitteln beschlossen. Mit der Rücknahme der Steuer bei den Bauern geht die Rechnung der irischen Regierung und der Imperialisten, bei denen sie hoch verschuldet ist, auf Ausplünderung der Kleinbauern und Spaltung zwischen ihnen und den Arbeitern nicht auf. Bisher hat die Regierung allerdings den Zeitpunkt der Abschaffung der Steu-
ern von der diesjährigen Steuersumme der Bauern abhängig gemacht.

Nahrungsmittelmonopole drücken auf die Erzeugerpreise

Die Bauern geraten in immer höhere Abhängigkeit von Großunternehmern

z.brb. Für ein Schlachtschwein konnten die Bauern 1978 durchschnittlich 307,70 DM für 100 kg Lebendgewicht als Erzeugerpreis erzielen. Doch der Preis hing in hohem Maß davon ab, an wen die Schweine verkauft wurden. Beim Metzger konnte der Preis auf 313,70 DM gesteigert werden und beim Verkauf an die Fleischfabrik waren es nur 299,20 DM. Unter dem durchschnittlichen Erzeugerpreis lagen auch die von den Genossenschaften gezahlten 302,80 DM. Bei den Erzeugerpreisen von Speisekartoffeln sind die Unterschiede noch krasser. Der Durchschnittspreis betrug 16,50 DM, beim Verkauf an die Genossenschaft oder an den Handel gab es 14,25 DM und wenn sie direkt an die Haushalte verkauft wurden, kam der Bauer auf 21,25 DM. Die Bauern haben versucht, diese Möglichkeit weitestgehend anzuwenden und über 28% aller Kartoffeln direkt an die Verbraucher verkauft, um einen höheren Preis zu erzielen. Doch bei 72% konnten es sich die Bauern nicht leisten, auf den Markt zu gehen oder mit dem Wagen durch die Städte und Dörfer zu fahren.

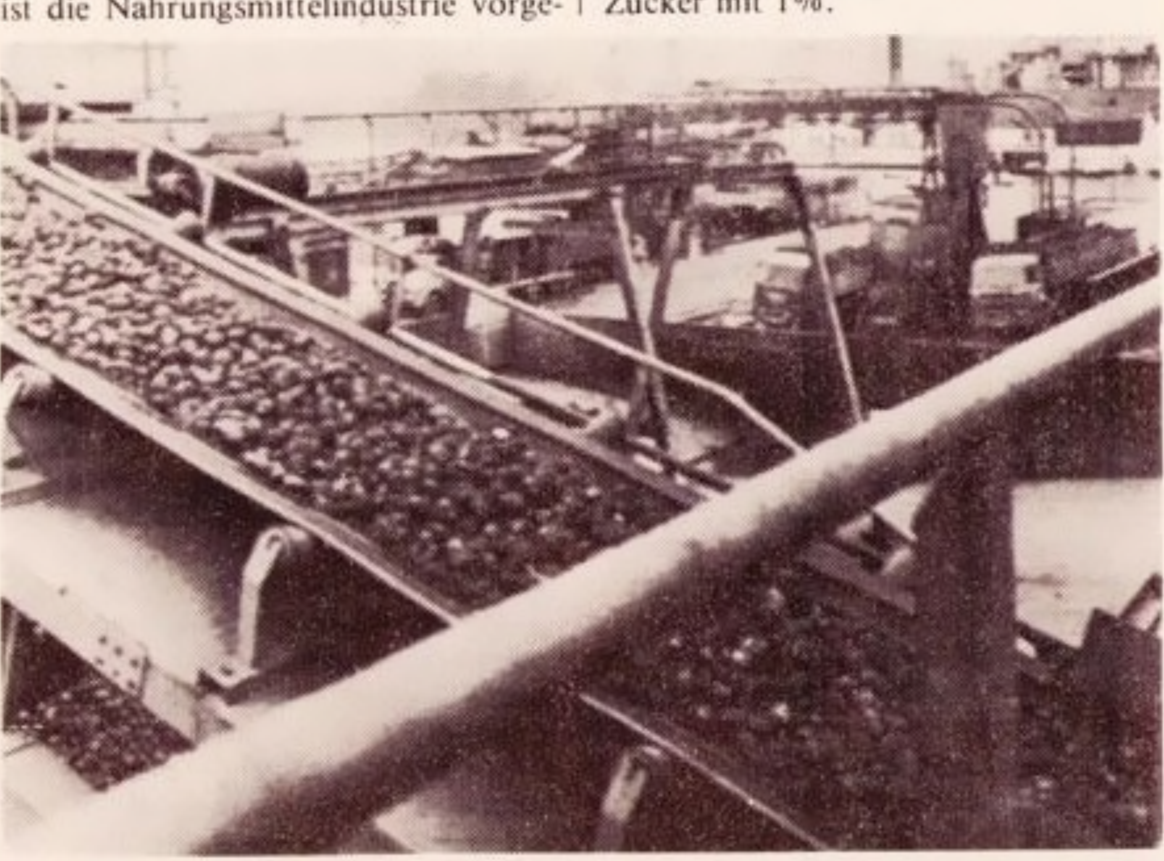
Bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, wie bei Getreide, ist diese Möglichkeit sowieso ungangbar. Fast 99% des Getreides mußte an die Genossenschaften und den Handel geliefert werden, deshalb gibt es auch keinen deutlichen Unterschied zwischen den durchschnittlich gezahlten Erzeugerpreisen und den Verkaufspreisen an Genossenschaften und Fabriken. Der Absatz der Schlachtschweine ist dagegen weiter gestreut, sie gingen zu 43% an Metzger und Endverbraucher, zu 47% an Genossenschaften und zu 10% an die fleischverarbeitende Industrie.

Der zunehmende Abschluß von Abnehmerverträgen zwischen den Bauern und den Genossenschaften, in verschiedenen Regionen aber auch direkt mit einzelnen Nahrungsmittelkapitalisten, wie den Fleischfabrikanten, ermöglichen diesen Großabnehmern, die Preise für ganze Regionen festzulegen und entsprechend zu drücken. Dies zeigt deutlich der steigende Anteil der landwirtschaftlichen Verkäufe, die mit den Genossenschaften abgeschlossen werden. 1962 lag der Anteil noch bei 40%, zehn Jahre später schon bei 50% und 1976 bei 53,4%. Einzelne Produkte, wie Zuckerrüben, werden schon seit Jahren fast vollständig aufgrund von Vertragsvereinbarungen abgeliefert. Entsprechend niedrig ist die Preissteigerung, in 10 Jahren, von 1967 bis 1977, wurden die Erzeugerpreise lediglich um 10% erhöht. Auch bei den Getreidepreisen konnten die Bauern in diesem Zeitraum nur eine Steigerung von weniger als 30% erzielen – Getreide muß fast vollständig an die Genossenschaften oder die Einkaufszentralen der Brotindustrie abgeführt werden. Schlachtvieh, das teilweise noch an kleinere Verarbeiter abgegeben werden kann, erzielte Preissteigerungen über 40%.

Die Genossenschaften sind, wenn sie nicht selbst als Verarbeiter auftreten, die Zulieferer für die Nahrungsmittelindustrie. Aber auch die Bauern führen, je nach den örtlichen Bedingungen, ihre Produkte direkt an den Großeinkauf der Nahrungsmittelkonzerne ab. Mit der Umstrukturierung des gesamten Nahrungsmittelhandels gewinnt der Zentralgroßhandel immer mehr an Bedeutung. Betrug sein Anteil am Umsatz der Ernährungsindustrie 1957 noch 13%, so stieg er bis 1970 bereits auf 27% und 1975 auf über 30%. Neun Großunternehmen hatten 1957 einen Umsatz von insgesamt 3638 Mio. DM und steigerten ihn bis 1975 auf 25606 Mio. DM. Diese Nahrungsmitteleinkäufer in großem Stil sind aus den Vereinigungen der Einzelhändler gegen den Konkurrenzdruck der großen Supermärkte hervorgegangen. Sie haben sich zu großen Konzernen entwickelt, in denen die ehemaligen Einzelhandelsgeschäfte zu Filialen wurden oder, wenn sie nicht in die Planung zum Selbstbedienungsladen mit großer Verkaufsfläche paßten, zum Opfer fielen.

Eine dieser Vereinigungen ist die Spar-Gruppe, die größte Handelskette Europas. Zentraler Einkauf und zentrale Lagerung spart Lagerkosten und die 7720 Lebensmittelgeschäfte Lebensmittelhandels konnte Spar weitere Konzentration durchführen, denn noch mehr Einzelhändler versuchten durch den Beitritt zu dieser freiwilligen Vereinigung, dem drohenden Ruin zu entkkommen. Über den Großeinkauf der Zentrale kann der Handel mit den Bauern mit hohen Abgabemengen geführt werden, die Großabnehmer können entsprechende Bedingungen stellen und schon vor der Ernte z.B. die Lieferverträge zu festen möglichst niedrigen Preisen abschließen. Auf diese Weise steigerte die Spar-Zentrale ihren Anteil am Umsatz des zentralen Großhandels von 3% und 108 Mio. DM 1957 auf 14,5% und 3700 Mio. DM und auf der örtlichen Großhandelsebene hat Spar sogar einen Anteil von über 24% mit einem Umsatz von 15935 DM.

Diesem hochkonzentrierten Handel ist die Nahrungsmittelindustrie vorgelagert, die den Bauern ebenfalls als Handelspartner in steigender Zahl von Verkäufen gegenübersteht. Bei den größten Bereichen der Nahrungsmittelindustrie ist die wachsende Konzentration genauso wie beim Handel festzustellen. Molkereien, fleischverarbeitende Industrie und Brauereien, die umsatzstärksten Branchen der Nahrungsmittelindustrie, verzeichnen durchgehend steigende Umsätze bei gleichzeitig sinkender Anzahl von Betrieben. Für die gesamte Ernährungsindustrie drückt sich diese Entwicklung für die Zeit von 1960 bis 1976 in folgenden Zahlen aus: Der Umsatz der Betriebe stieg um ca. 200% bei einer Reduzierung der Betriebsanzahl um fast 32%; pro Betrieb stieg damit der Umsatz von 4,68 Mio. DM auf 21,06 Mio. DM. Ein Dutzend Großkonzerne sichern sich steigende Anteile an der Nahrungmittelindustrie, die vier größten davon überproportional viel. Das sind: Unileve, mit 7% Umsatzanteil in der gesamten Ernährungsindustrie, Oetker mit 3%, Nestle mit 2% und Süddeutsche Zucker mit 1%.



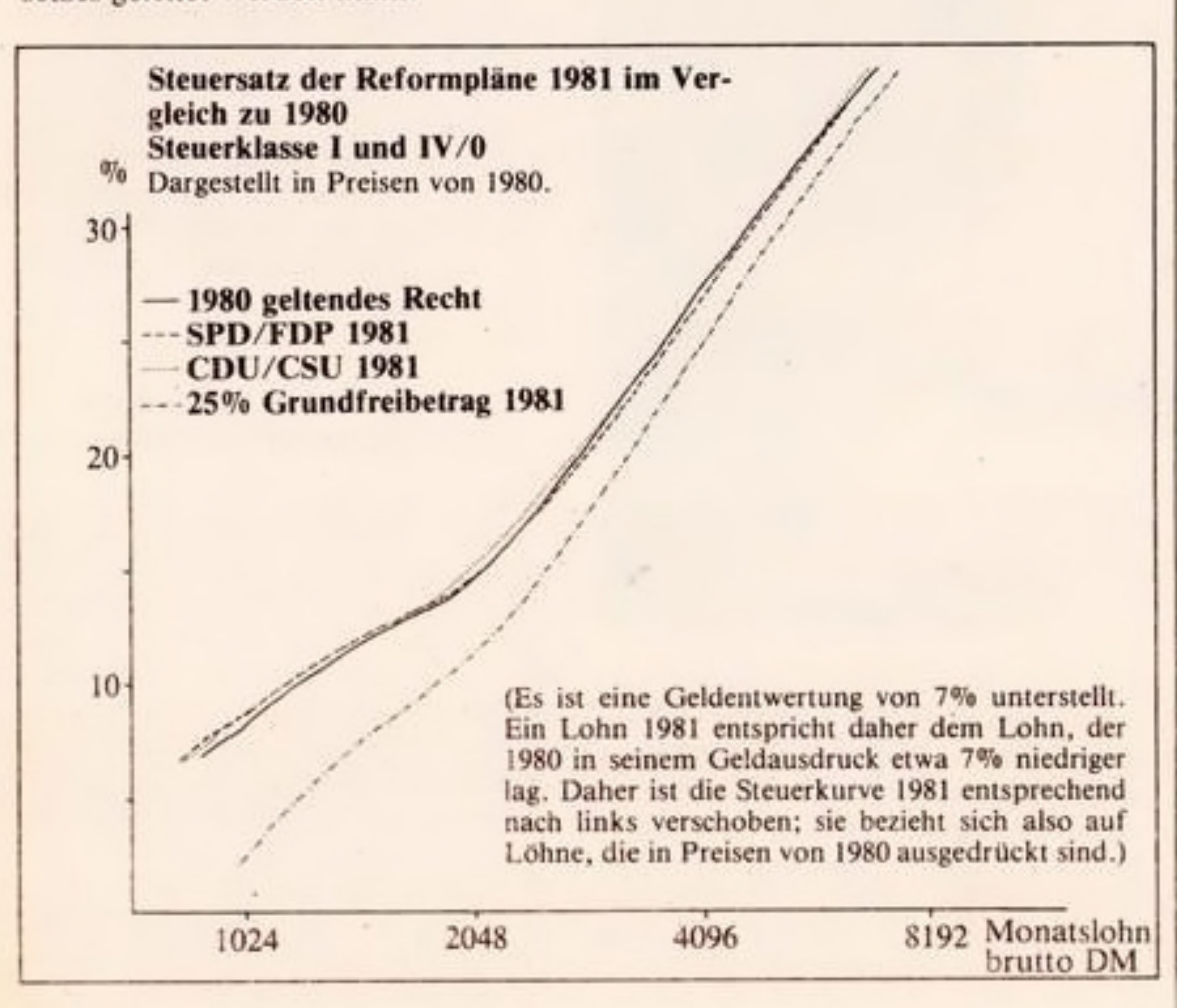
Die Stärkekartoffelfabrik Emlichkheim verarbeitet jährlich 400000 t Kartoffeln und hat 13320 ha Kartoffeln im Emsland unter Vertrag.

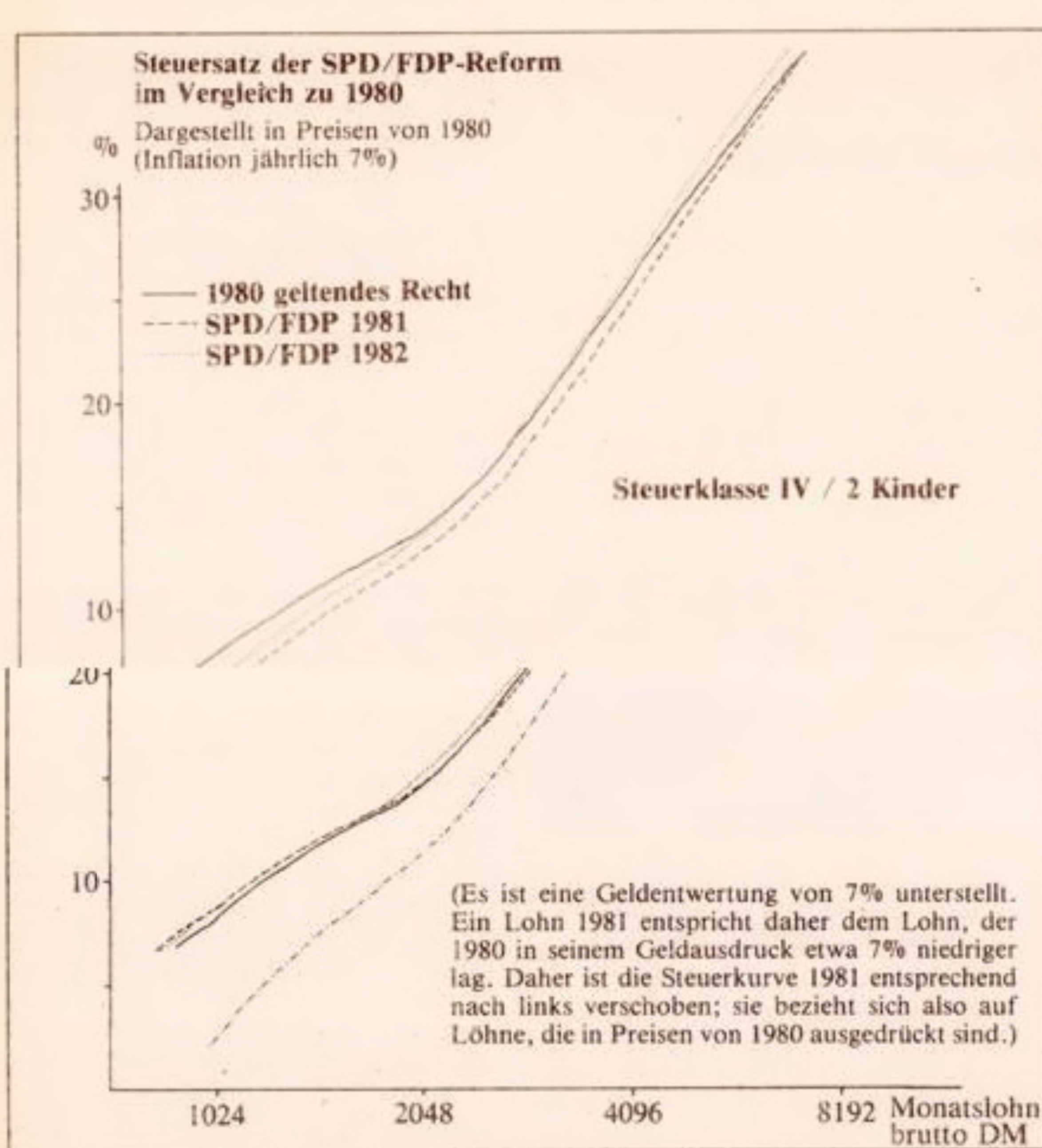
VR China: Massenkampagne zur Bewaldung des ganzen Landes

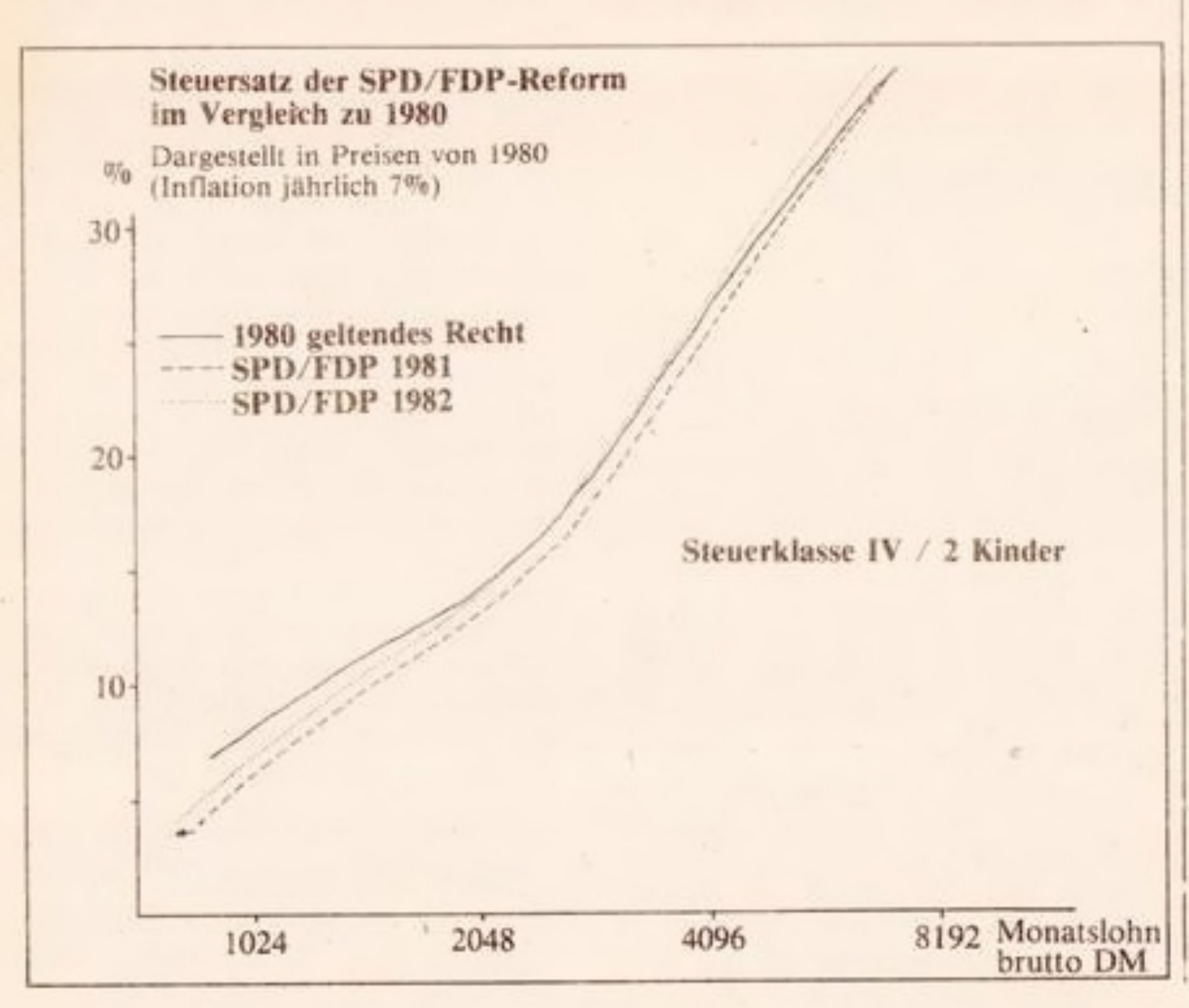
z.gek. Am 10. März hat Vizeministerpräsident Wang Renzhong in der Großen Volkskongreßhalle in Beijing vor 10000 Menschen aufgerufen, bis zum Jahre 2000 mehr als 66,7 Mio. Hektar des Landes mit Wald zu bepflanzen. China gehört trotz Aufforstung von 28 Mio. ha seit der Befreiung noch immer zu den am wenigsten bewaldeten Ländern der Welt. Hauptgrund war die Armut der Bauern in früheren Zeiten. Nur 12,7% seiner Gesamtfläche sind Wald. Bis zum Jahr 2000 sollen es 20%, langfristig 30% werden. Ein Hauptziel ist, die Bodenerosion zu bekämpfen, die dadurch entsteht, daß China zum Inneren des Kontinents hin völlig offen liegt. Ein Punkt im Programm der Landwirtschaft des ZK der KP Chinas vom Februar 1980 lautet: „Ein Waldgürtel von Nordwestchina über Nordchina bis nach Nordostchina muß errichtet werden. In Nord-, Zentral- und Nordostchina müssen Baumbestände an Landstraßen, Feldern, Wegrändern, in Wohngebieten und an Wasserläufen angelegt werden. Wälder mit raschwüchsigen Holzarten sollen schwerpunktmäßig in 10 Provinzen südlich des Changjiang (Jangtse), Wirtschaftsforstzentren in Süd- und Nordchina und große Forstgebiete in Nordostchina aufgebaut werden." Über lange Zeit sollen die von Kommunen, Produktionsbrigaden und -gruppen oder auch einzelnen Kommunemitgliedern angepflanzten Bäume ihnen selbst gehören.

SPD und FDP erklären schon wieder: „Im Grundsatz bleibt's bei Steuersenkung"

z.frb. Wie man die Sache auch ansieht, ohne Anbindung des Grundfreibetrages an die Entwicklung des Durchschnittslohns bleibt man allen möglichen Betrugsabsichten der bürgerlichen Politiker ausgeliefert. Die SPD/FDP-Koalition wie die CDU/CSU haben Steuersenkung versprochen. Würden die Vorlagen Gesetz, käme eine Steuererleichterung heraus, die schon nach einer 7%-Erhöhung des Geldlohnes in Steuerklasse I und IV/O wieder eingeholt wäre. Ja, es hätte sogar eine Umlastung der Steuerzahlung zu Lasten der unteren Löhne stattgefunden. Denn so zeigt das Schaubild, im unteren Bereich liegt der durchschnittliche Steuersatz zuerst über dem alten. Lediglich die Kinderfreibeträge würden ein wenig bringen, würden dafür sorgen, daß erst nach etwa zwei Jahren Inflation der alte Grad der Besteuerung erreicht ist. Aber ein Ersatz für Anpassung des Kindergeldes an die Höhe wie im öffentlichen Dienst wäre das auch nicht. Und gerade hier haben die Kontrahenten des ehrwürdigen Parlaments einen Prinzipienstreit eingebaut. SPD/FDP wollen einen Kindergrundfreibetrag, der allen Einkommen denselben Mark-Betrag bringt, CDU/CSU wollen einen Freibetrag, der umso höhere Steuersenkung bringt, je höher das Einkommen. Die Disputation war vorgeplant, auf daß man einen Vorwand habe, selbst das so versprochene noch zu kürzen. Letzte Woche war eine Anhörung zum Kindergrundfreibetrag angesetzt. Dabei kam heraus, was zuvor schon in die Augen stach, daß der Kindergrundfreibetrag so vertrackt zu handhaben ist, daß Matthöfer seine Finanzbeamten erstmal auf eine Spezialschulung hätte schicken müssen. Mit 12% höherer Lohnsteuer rechnet der Finanzminister in diesem Jahr, bei 7% höherer Lohn- und Gehaltssumme. Jetzt sind die Termine bereits so knapp, daß der Gang durch Bundestag, Bundesrat, Vermittlungsausschuß leicht zum tragischen Scheitern des Gesetzes geleitet werden kann.







Kämpfe bei Pierburg Neuss seit dem Streik 1973

Ohne Schranken gegen Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit sind Erfolge kaum möglich

z.wip. Mit heute 2600 Beschäftigten, davon 2200 Arbeiterinnen und Arbeitern, gehören die Pierburg-Kapitalisten zu den größten Ankäufern von Arbeitskräften in Neuss. Produziert werden im Neusser Werk Vergaser, Kraftstoffpumpen, Steuerventile und Unterdruckpumpen. Spezialisiert auf die Ausbeutung der niedriger entlohnten Frauenarbeit und der Arbeiter ausländischer Nationalität, halten die Pierburg-Kapitalisten eine führende Marktstellung, wenn auch nicht mehr unangetastet.

Die weitgehende Teilung der Arbeit und der Einsatz einfacher Maschinerie hat es den Kapitalisten ermöglicht, sich breit die Frauenarbeit und ungelernte Arbeitskraft zunutze zu machen und die unteren Lohngruppen beständig aufzufüllen. 1973 beträgt der Anteil der Arbeiter ausländischer Nationalität an der Gesamtbelegschaft 76,6 %, von 3630 Arbeiterinnen und Arbeitern sind 2348 in den untersten Lohngruppen eingruppiert. Das macht einen Anteil an der Gesamtbelegschaft von 64,7 %, 1979 sind es bereits 68 %. Dagegen entwickeln sich bereits früh betriebliche Kämpfe. 1970 erkämpft die Belegschaft im Streik die Streichung der Lohngruppe 1, 1973 die Streichung der Lohngruppe 2. Aber eine ausreichende Schranke gegen die Niedrigstentlohnung schafft das nicht. Von Anfang an haben die Kapitalisten die Arbeit fließbandmäßig organisiert. 1975 gelingt es ihnen auf Grundlage des niedrigen Lohnniveaus, die Einführung der Akkordarbeit durchzusetzen. Heute arbeitet mehr als die Hälfte der Belegschaft im Akkord, der größte Teil in den Akkordlohngruppen 3 und 4. Der Akkordlohn setzt sich zusammen aus dem tariflichen Akkordrichtsatz und einer übertariflichen Zulage, beides zusammen bildet den betrieblichen Akkordrichtsatz. Die übertarifliche Zulage ist seit Einführung des Akkordlohns unverändert und sinkt prozentual am Tariflohn.

Akkordlohn: mit Einführung 1975

LG	Tariflohn	Zulage	% vom Tariflohn
3	5,96 DM	0,48 DM	8,05
4	6,24 DM	0,50 DM	8,01
5	6,52 DM	0,52 DM	7,98
6	6,81 DM	0,54 DM	7,93

Akkordlohn 1980

LG	Tariflohn	Zulage	% vom Tariflohn
3	7,85 DM	0,48 DM	6,11
4	8,23 DM	0,50 DM	6,06
5	8,60 DM	0,52 DM	6,05
6	8,98 DM	0,54 DM	6,01

Mit der Akkordarbeit erhöhen die Kapitalisten die täglichen Stückzahlen bis auf das Dreifache, die Folge ist der rasche Verschleiß der Arbeitskraft, der sich in dem emporschnellenden Kran-

ihnen auf Grundlage des niedrigen Lohnniveaus, die Einführung der Akkordarbeit durchzusetzen. Heute arbeitet mehr als die Hälfte der Belegschaft im Akkord, der größte Teil in den Akkordlohngruppen 3 und 4. Der Akkordlohn setzt sich zusammen aus dem tariflichen Akkordrichtsatz und einer übertariflichen Zulage, beides zusammen bildet den betrieblichen Akkordrichtsatz. Die übertarifliche Zulage ist seit Einführung des Akkordlohns unverändert und sinkt prozentual am Tariflohn.

Akkordlohn: mit Einführung 1975

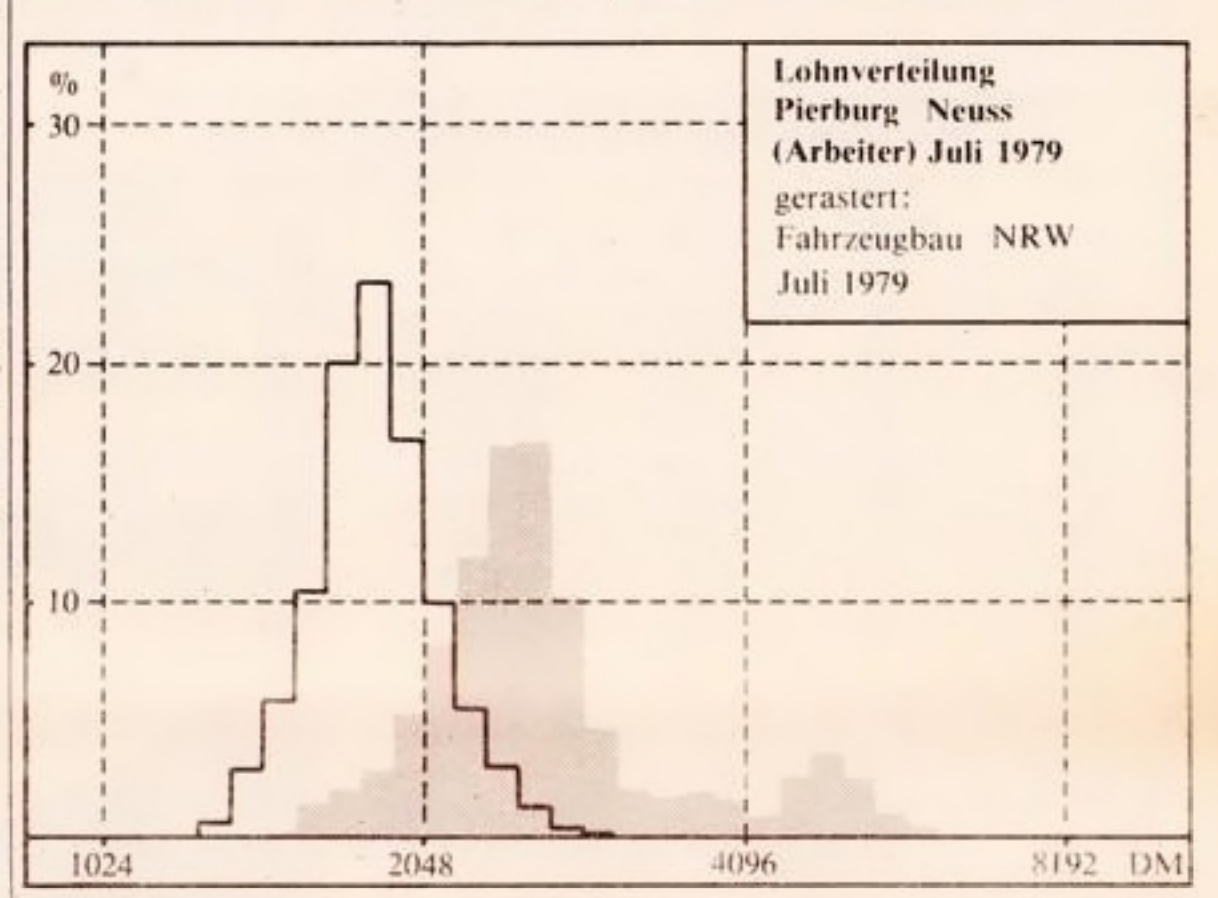
LG Tariflohn Zulage % vom Tariflohn
3 5,96 DM 0,48 DM 8,05
4 6,24 DM 0,50 DM 8,01
5 6,52 DM 0,52 DM 7,98
6 6,81 DM 0,54 DM 7,93

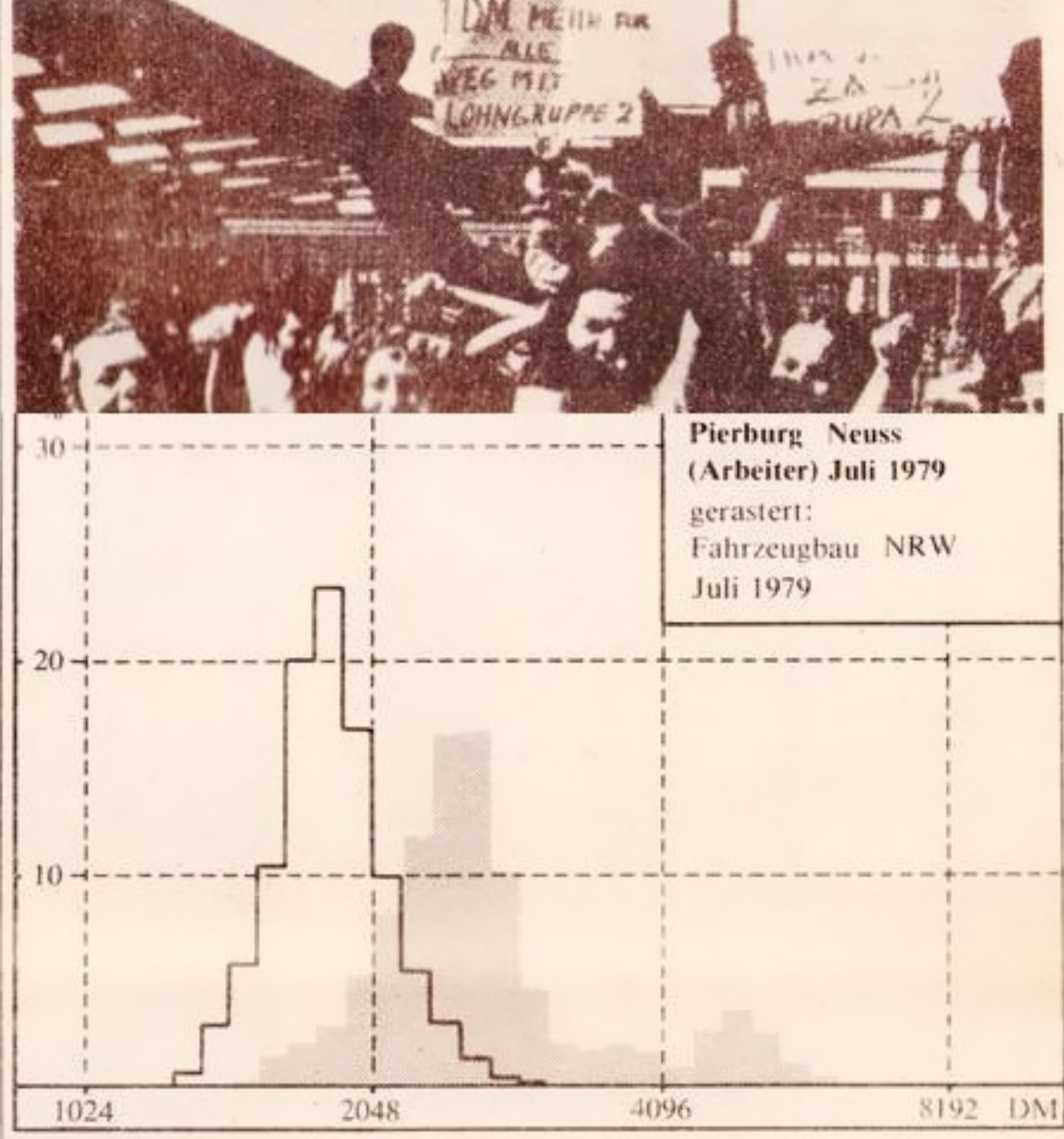
Akkordlohn 1980

3 7,85 DM 0,48 DM 6,11
4 8,23 DM 0,50 DM 6,06
5 8,60 DM 0,52 DM 6,05
6 8,98 DM 0,54 DM 6,01

Mit der Akkordarbeit erhöhen die Kapitalisten die täglichen Stückzahlen bis auf das Dreifache, die Folge ist der rasche Verschleiß der Arbeitskraft, der sich in dem emporschnellenden Kran-
kenstand niederschlägt und heute bei teilweise 30% liegt. Gegen die Schinderei im Akkord erkämpfen Betriebsrat und Belegschaft einige Schutzrechte. Erholpausen von viermal sechs Minuten und zusätzliche Hitzepausen im Sommer werden durchgesetzt. Fast nirgendwo wird mehr als 136% Akkord gemacht, diese obere Grenze ist aber nicht abgesichert. Es gibt weiter eine Betriebsvereinbarung über unbeeinflußbare Zeiten, die ab einem Anteil von 40% unbeeinflußbarer Zeit im Arbeitsprozeß einen Mindestverdienst von 125% absichert. Gegenwärtig führt der Betriebsrat Verhandlungen mit der Betriebsleitung um eine höhere Festsetzung des Mindestverdienstes. In den Abteilungen gibt es einen täglichen Kleinkrieg um die Stückzahlen, auf der Betriebsversammlung zu Beginn des Jahres greift der Betriebsrat das Akkordsystem ausschließlich als Mittel der Profitmaximierung für die Kapitalisten an und von einem Arbeiter wird in seinem Redebeitrag das Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme gefordert. – 1979 müssen die Kapitalisten 250 DM Sonderzahlung zahlen. Die Erörterung insbesondere einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen hatte bereits früh begonnen. Über 300 Arbeiter fordern in einer Unterschriftensammlung eine generelle Erhöhung der Zeitlöhne um 0,35 DM. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, werden zwei Versammlungen in der Kantine durchgeführt, während der Arbeitszeit. Den Kapitalisten gelingt es jedoch, durch das Versprechen einzelner Höhergruppierungen, insbesondere unter den Facharbeitern, zu spalten. Um ihre Marktstellung gegen den starken Konkurrenzdruck zu halten, verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung schrittweise weiter. Der Forderung der Schichtarbeiter nach Verkürzung der Schichten und Änderung der Schichtzeiten begegnen sie mit der Kürzung der Pausen; für die Akkordarbeiter in Wechselschicht werden die Pausen selbst unter die minimalen Festlegungen der AZO gedrückt. Der 6,8%-Abschluß wird ausschließlich auf den Tarif gezahlt. Im Zeitlohn kürzen die Kapitalisten die übertarifliche „APG"-Zulage (Alfred-Pierburg-Gesellschaft), die Effektivlöhne werden in Richtung Tariflohn gedrückt. Lag 1977 im Durchschnitt der LG 7 der Effektivlohn noch bei 130% des tariflichen Ecklohns, so ist er bis 1980 auf 125,4% gesenkt worden.

Ohne eine höhere tarifliche Absicherung der Effektivlöhne, ohne ausreichende Schranken gegen die ständige Intensivierung der Arbeit gelingen den Kapitalisten immer wieder Einbrüche in bereits erkämpfte Rechte der Arbeiter. Bereits jetzt ist Kurzarbeit im Vergaserbau im Gespräch, während in der Fertigung der Unterdruckpumpen die Schichtarbeit ausgedehnt wird.







August 1973: Streik bei Pierburg-Neuss. Die Belegschaft erkämpft die Streichung der Lohngruppe 2; die von LG 2 nach LG 3 höhergruppierten Arbeiterinnen erhalten 0,65 DM mehr pro Stunde, alle anderen 0,53 DM. 4 von 5 Streiktagen müssen bezahlt, 31 Arbeiter wieder eingestellt werden.



z.inl.Paris. **Der Streik der Reinigungsarbeiter der Pariser Metro geht jetzt in die sechste Woche, die Streikfront der 900 ausländischen Arbeiter steht fest.** Mehrmals hatte die RACP versucht, über Leihfirmen Streikbruch zu organisieren; sie war dabei genauso erfolglos wie einzelne Stationsvorsteher bei dem Versuch, selbst den Besen in die Hand zu nehmen. „Metro poubelle", der Mülleimer Metro, wird zu einem festen Begriff in den Lageberichten von Presse und Fernsehen. Was die Massen vorher schon wußten, daß schwere und dreckige Arbeit schlecht bezahlt wird, wird dabei amtlich bestätigt: Der Staatssekretär für Handarbeiter Stoléru mußte erklären, es seit notwendig, die Löhne der streikenden Arbeiter – heute 2350 Francs (1FF = 43 Pfennig) – zu erhöhen. Und Chirac erließ in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Paris einen „feierlichen Appell an die Regierung", Maßnahmen zur Beendigung des Streiks zu treffen. Gemeint war der Appell an die Armee. Soldaten sollten die Metro reinigen, „bis der Konflikt geregelt ist", so sein Vorschlag. Die Kapitalisten hoffen nicht mehr, so den Streik brechen zu können. Aus ihrem ursprünglichen Angebot von 2,25% Ende März waren bis letzten Freitag 8,2%, etwa 200 FF, geworden. Die Forderung der Metroreiniger heißt 2800 net (3200 minus Sozialabzüge). Mit Solidaritätsstreiks und Geldsammlungen werden sie dabei unterstützt.

z.ulg.Rom. **Gegen die Streichung einer örtlichen Zulage haben die Beschäftigten von fünf Südtiroler Krankenhäusern Mitte des Monats mehrere Tage lang gestreikt.** Die Regierung setzte Soldaten als Streikbrecher ein. Seit fast zehn Monaten herrscht an den italienischen Krankenhäusern tarifloser Zustand. Unter dem Druck mehrerer nationaler Streiks, aber auch, um die Lohnabhängigen auseinanderzuspalten, hatte die Südtiroler Provinzregierung eine „Abschlagszahlung" von 25000 Lire (50 DM) auf die künftige Tariflohnerhöhung zugestanden. Die Zentralregierung erklärte das für illegal, und die Provinz mußte spuren. Dagegen rief der „Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund" – ein Verband, der gegen den Zusammenschluß mit den italienischsprachigen Lohnabhängigen eintritt – zum Streik auf.

z.coi.Stockholm. **Seit dem 25.4. streiken 14000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Schweden für höheren Lohn (s. KVZ 17/80).** Damit beantworteten die Gewerkschaften das Angebot der Schlichter von knapp 2% Lohnerhöhung. Fortgesetzt wird der am 20.4. aufgenommene Überstundenstreik, der die Verweigerung von Neueinstellungen inkl. Aushilfskräfte umfaßt. Der gesamte Flugverkehr ist lahmgelegt, alle Häfen bis auf Helsingborg sind geschlossen, das Fernsehen strahlt nur noch Nachrichten aus, und die Stockholmer U-Bahn steht regungslos. 12000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind ausgesperrt. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband (SAF) hat LO den Überstundenstreik wieder aufgenommen und für den 2. Mai Streiks angekündigt. SAF seinerseits droht erneut mit der Aussperrung von 800000 Lohnabhängigen zum 2.5.

z.bag. **Am 16.4. haben der Norwegische Gewerkschaftsbund (LO) und der Kapitalistenverband (NAF) sich auf einen neuen Rahmentarifvertrag für die nächsten zwei Jahre geeinigt.** Er sieht eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 8% vor, wobei ein großer Teil auf die Anhebung der unteren Lohngruppen entfällt. Das ist zweifellos ein großer Erfolg gegenüber dem Lohnstoppdiktat der letzten Jahre; errungen wurde er durch zahlreiche Streiks um innerbetriebliche Zulagen. Der Rahmenvertrag hat jedoch vier Pferdefüße. Zum einen soll der Inflationsausgleich auf 3% begrenzt werden (bei einer Inflationsrate von 10%). Zum zweiten soll die Anhebung der Niedriglöhne aus Fonds finanziert werden, in die die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse im Verhältnis von 80 zu 20 einzahlen. Zum dritten enthält der Rahmenvertrag nicht die von der Arbeiterbewegung geforderte Verlängerung des Urlaubs auf 5 Wochen. Zum vierten fordert der Kapitalistenverband, daß das lokale Verhandlungsrecht eingeschränkt wird. Die nächste Phase des Tarifkampfs ist nun, daß die Einzelgewerkschaften über die Ausfüllung dieses Rahmens entscheiden. Bei den Metallern gibt es eine Bewegung, die den Rahmen ganz ablehnt: rund 5000 Metallarbeiter streikten am 17.4. dagegen. Die Regierung lockt mit 1% Lohnsteuersenkung, falls eine friedliche Einigung zustandekommt.

z.anb.Wien. **Zur zweiten Verhandlungsrunde über den Kollektivvertrag für rund 40000 österreichische Chemiearbeiter Ende voriger Woche kamen die Kapitalisten erneut ohne Angebot.** Die Chemiegewerkschaft hat als Forderung 700 Schilling Festbetrag auf den Ist-Lohn aufgestellt, 8% auf den Mindest-(KV)-Lohn und Abschaffung der untersten LG 4b (Nettoanhebung von 150–200 S = ca. 28 DM). Gemessen an der Inflationsrate von derzeit 5,9% ist allerdings der Festbetrag für sämtliche Facharbeiter (Ist-Lohn 10700 bis 11900 S) gegen weitere Reallohnsenkung bereits unzureichend. Sicherlich richtig ist die Forderung nach Streichung der 4b, aber ohne Einbeziehung der Facharbeiter, die 45% reprä-

Seit 3 Jahren lehnen die Metallkapitalisten neuen Tarifvertrag für Monteure ab

z.wom. Am 29.4. finden die 24. Verhandlungen der IG Metall mit den Metallkapitalisten über einen neuen Bundesmontagetarifvertrag und seine Zusätze statt. Ende 1976 hat die Gewerkschaft den Tarif gekündigt, der ungefähr 200000 Monteure hauptsächlich der Elektroindustrie und des Maschinenbaus erfaßt. Bislang haben die Metallkapitalisten alle Forderungen der Gewerkschaft abgelehnt, die vor allem höhere Zulagen und bessere Arbeitsbedingungen für Monteure verlangt. Die Monteure, zumeist Facharbeiter, sind zu etwa 70% gewerkschaftlich organisiert. Aber durch ihre Tätigkeit sind sie von den Belegschaften ihrer Betriebe getrennt und sind auf verschiedenste Baustellen im In- und Ausland verstreut. Das erschwert den gewerkschaftlichen Kampf. Die Arbeit auf Montage gilt als gutbezahlt wegen der Zulagen und der Auslösung; viele arbeiten zeitweilig als Monteure, um ihre engen Reproduktionsbedingungen etwas zu lockern und eine größere Anschaffung machen zu können. Der Preis dafür: dauernde Verfügbarkeit für die Kapitalisten, höherer Verschleiß der Arbeitskraft und verschlechterte Reproduktionsbedingungen.

Die Kapitalisten behaupten, die Arbeitsbedingungen auf den Montagestellen hätten sich zunehmend „normalisiert". Dementsprechend haben sie die Montagezulagen gegenüber den Metalleffektivlöhnen relativ gedrückt. 4000 Monteure auf 500 Baustellen haben in der vorletzten Woche dagegen gestreikt.

Mannheim, 15.4.80. Am 14.4. führten die in der IGM organisierten Außenmonteure bei SEL Mannheim und Stuttgart ein- bis zweistündige Warnstreiks durch. Der Aufruf zur Arbeitsniederlegung wurde laut Aussage von SEL-Betriebsräten von rund 1600 SEL-Außenmonteuren, also fast 100%ig befolgt. Es kam auch in zwei BBC-Betrieben in Mannheim zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen.

Frankfurt, 16.4.80. Rund 160 AEG-Monteure in der ganzen BRD beteiligten sich an den Warnstreiks.

Heilbronn, 15.4.80. Rund 30 Mitarbeiter der Niederlassung Heilbronn von T & N traten am 14.4. ab 14.00 Uhr in den Warnstreik. Der 1. Bevollmächtigte der IGM-Verwaltungsstelle erklärte, bei wiederum ergebnislosen Verhandlungen schrecke die Gewerkschaft auch vor einem unbefristeten Streik nicht zurück.

Die IGM fordert u.a.: Erhöhung des Montagezuschlags für Stammarbeitnehmer von 12 auf 15% des Tariflohns. – Höhere Erschwerniszulagen. – Angleichung der tariflichen Regelungen für Zeitarbeitnehmer an die der Montagestammarbeitnehmer. – Betriebsvereinbarungen über die Arbeitsbedingungen bei Auslandsmontage. – Höheres Kilometergeld bei Benutzung des Privat-PKW, mehr Heimfahrten und Anrechnung der Fahrt zur Montagestelle als Arbeitszeit.

Tarifabschluß Einzelhandel in Hessen und Baden-Württemberg

z.dif. Nach Baden-Württemberg wurden letzte Woche im hessischen Einzelhandel die neuen Tarifverträge abgeschlossen. Noch offen ist jetzt: Nordmark, Berlin, Rheinland-Pfalz und Bayern. Die Löhne und Gehälter werden zwischen 80 und 225 DM erhöht. Das letzte Berufsjahr für Verkäufer wird ab 1.1.81 gestrichen, ebenso, ab sofort, wird das letzte Tätigkeitsjahr in der Gehaltsgruppe II gestrichen. Die Ausbildungsvergütung wurde um einheitlich 50 DM erhöht. Der Ortsklassenabschlag wird um 0,5% reduziert und ab 1.3.82 ganz abgeschafft. Ein Verbot von Sanktionen gegenüber Beschäftigten, die sich an Kampfaktionen beteiligt haben, wurde durchgesetzt. Der Abschluß in Baden-Württemberg liegt ähnlich. Die Löhne und Gehälter werden um 6,9%, mindestens 85 DM erhöht, die Auszubildenden bekommen einheitlich 45 DM mehr. Vorausgegangen waren den Abschlüssen zahlreiche und wirkungsvolle Aktionen der Beschäftigten im Einzelhandel. In Frankfurt führten die Beschäftigten von Hertie einen Warnstreik durch. Von 5.45 Uhr bis 10.00 Uhr wurde die Arbeit verweigert, das Kaufhaus blieb von 9.00 Uhr bis 10.00 Uhr geschlossen.



Vergleicht man die Abschlüsse mit denen in den anderen Branchen, so haben die Beschäftigten in Baden-Württemberg und Hessen keinen schlechten Ausgang erkämpft. Bis zu 9% macht die Lohnerhöhung aus. Der Aufsplitterung und damit Spaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten wird mit Maßnahmen wie der Streichung der höchsten Tätigkeitsjahre entgegengewirkt. Die Abschaffung des Ortsklassenabschlags nützt insbesondere den unteren Lohngruppen. Mit dem Abschluß kann aber nicht daran gerüttelt werden, daß die absolute Lohnhöhe in dieser Branche elend tief liegt, was seine Ursache in der starken Zersplitterung der Beschäftigten bei gleichzeitiger großer Konzentration des Kapitals hat, und, was di-

malisiert". Dementsprechend haben sie die Montagezulagen gegenüber den Metalleffektivlöhnen relativ gedrückt. 4000 Monteure auf 500 Baustellen ha-

Höheres Kilometergeld bei Benutzung des Privat-PKW, mehr Heimfahrten und Anrechnung der Fahrt zur Montagestelle als Arbeitszeit.

Tarifabschluß Einzelhandel in Hessen und Baden-Württemberg

z.dif. Nach Baden-Württemberg wurden letzte Woche im hessischen Einzelhandel die neuen Tarifverträge abgeschlossen. Noch offen ist jetzt: Nordmark, Berlin, Rheinland-Pfalz und Bayern. Die Löhne und Gehälter werden zwischen 80 und 225 DM erhöht. Das letzte Berufsjahr für Verkäufer wird ab 1.1.81 gestrichen, ebenso, ab sofort, wird das letzte Tätigkeitsjahr in der Gehaltsgruppe II gestrichen. Die Ausbildungsvergütung wurde um einheitlich 50 DM erhöht. Der Ortsklassenabschlag wird um 0,5% reduziert und ab 1.3.82 ganz abgeschafft. Ein Verbot von Sanktionen gegenüber Beschäftigten, die sich an Kampfaktionen beteiligt haben, wurde durchgesetzt. Der Abschluß in Baden-Württemberg liegt ähnlich. Die Löhne und Gehälter werden um 6,9%, mindestens 85 DM erhöht, die Auszubildenden bekommen einheitlich 45 DM mehr. Vorausgegangen waren den Abschlüssen zahlreiche und wirkungsvolle Aktionen der Beschäftigten im Einzelhandel. In Frankfurt führten die Beschäftigten von Hertie einen Warnstreik durch. Von 5.45 Uhr bis 10.00 Uhr wurde die Arbeit verweigert, das Kaufhaus blieb von 9.00 Uhr bis 10.00 Uhr geschlossen.

Vergleicht man die Abschlüsse mit denen in den anderen Branchen, so haben die Beschäftigten in Baden-Württemberg und Hessen keinen schlechten Ausgang erkämpft. Bis zu 9% macht die Lohnerhöhung aus. Der Aufsplitterung und damit Spaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten wird mit Maßnahmen wie der Streichung der höchsten Tätigkeitsjahre entgegengewirkt. Die Abschaffung des Ortsklassenabschlags nützt insbesondere den unteren Lohngruppen. Mit dem Abschluß kann aber nicht daran gerüttelt werden, daß die absolute Lohnhöhe in dieser Branche elend tief liegt, was seine Ursache in der starken Zersplitterung der Beschäftigten bei gleichzeitiger großer Konzentration des Kapitals hat, und, was di-

rekt damit zusammenhängt, daß der gewerkschaftliche Aufbau erst am Anfang steht. Um eine Angleichung der Löhne und Gehälter an die anderen Branchen zu erreichen, wird die Unterstützung von allen Gewerkschaften notwendig sein.



Warnstreik der Beschäftigten vom Kaufhaus Hertie, Frankfurt, am 21.4.80.

Trotz Verhaftung von Gewerkschaftsführern – Metallerstreik in Sao Paulo geht weiter

z.ans. Am 14.4. läßt die brasilianische Militärregierung Figueiredo den seit dem 1.4. andauernden Streik der Metallarbeiter des Industriegebietes um Sao Paulo durch das Arbeitsgericht für illegal erklären. Drei Tage darauf ordnet sie die Absetzung der Gewerkschaftsführung von Sao Bernardo und Santo Andrè an. Dieser Intervention folgt am 19.4. die Festnahme von rund 30 Gewerkschaftsführern. Die Begründung: Aufforderung zu illegalem Streik.

Nach der Verhaftung der Gewerkschaftsführer belagern berittene Greiftrupps der Militärpolizei den Versammlungsort der Arbeiter von Sao Bernardo, das Fußballstadion, ebenso weitere öffentliche Plätze und das Gewerkschaftsgebäude. Zu Zehntausenden versammeln sich die Arbeiter am 22.4. in einer Kirche. „Der Streik geht weiter!" ist die einhellige Parole. Ein Arbeiter sagt: „Die Regierung kann in die Gewerkschaften intervenieren, aber nicht in das Bewußtsein der Arbeiter, und deswegen ... wird der Streik fortgesetzt, vierzig oder sechzig Tage, bis die Kapitalisten bereit sind, die Verhandlungen wieder aufzunehmen".

Ein Gewerkschaftssekretär erklärt zur Bedeutung des Streiks: „Das, was in Sao Bernardo geschieht, hat entscheidende Bedeutung für die Zukunft der gesamten Arbeiterbewegung und der brasilianischen Gewerkschaften". Gelingt es der brasilianischen Arbeiterbewegung, im Kampf gegen Ausbeutung und für gewerkschaftliche Rechte ihre Selbständigkeit zu festigen? Gelingt es, die erkämpften Rechte zu behaupten, Fortschritte zu machen im Kampf um Demokratie? Unbedingt muß das verhindert werden, das ist das Ziel der Militärregierung. Die lauthals proklamierte „Öffnung und Liberalisierung der Politik" erweist sich als das, was sie von Anfang an war: Versuch, unter der nationalen Bourgeoisie und den Mittelklassen die Basis der Militärdiktatur gegen die Arbeiterklasse und Bauern zu verbreitern.

„Provisorische Verwalter", Beamte des Arbeitsministeriums, sollen jetzt die Verhandlungen mit den Kapitalisten abschließen und – wie es zynisch in dem Dekret des Arbeitsministers heißt – dafür Sorge tragen, daß die „Gewerkschaften zu normalen Aktivitäten zurückkehren". Nach der Zerschlagung der gewählten Gewerkschaftsführung sollen die Arbeiter dann irgendwann neu wählen dürfen.

Mit diesen Maßnahmen hat die Militärregierung im Interesse der großen imperialistischen Konzerne entschieden, die die brasilianische Autoindustrie zu 100% in der Hand haben. Volkswagen do Brasil, Ford, Mercedes, Saab-Scania, Chrysler sind durch den Streik lahmgelegt. Lindsay Halstead, Präsident von Ford do Brasil, Ex-Präsident von Ford de Mexiko: „In den sechs Ländern, durch die ich bisher gekommen bin, habe ich sowas wie hier noch nicht erlebt". Dem Imperialistenhirn ist klar: Der Streik richtet sich gerade auch gegen die imperialistische Ausplünderung eines der größten Länder der Dritten Welt. Brasilien steht z.B. am ersten Platz westdeutschen Kapitalexports in die Dritte Welt. Der Gewerkschaftsführer von Sao Bernardo, Luis Inacio Da Silva, genannt Lula, dazu vor seiner Festnahme: „Wenn die nationale Bourgeoisie dazu kommen würde, mit den Multinationalen zu brechen, wir würden auf ihrer Seite stehen".

Der größte Teil der brasilianischen Arbeiterklasse ist in dem Industriedreieck von Sao Paulo, in Santo Andrè, Sao Bernardo, Sao Caetano (ABC) zusammengeballt. In den 670 Metallbetrieben von Sao Bernardo schaffen insgesamt 142000 Arbeiter. Von den 73000 in der Autoindustrie Beschäftigten werden 70000 in den fünf großen imperialistischen Konzernen ausgebeutet, 33900 allein bei VW do Brasil. Der Streik wurde im Laufe der Zeit auch auf die kleineren und mittleren Betriebe ausgedehnt, so daß heute rund 90% aller Arbeiter der Stadt streiken. In Santo Andrè, wo die Betriebe etwas kleiner sind, sind rund 70% im Streik. Kleinere und mittlere Industrie herrscht in Sao Caetano vor. Hier wurde der Streik am 10.4. abgebrochen, als er auseinanderzubrechen drohte.

Die Forderungen der Arbeiter sind: *Vierteljährliche statt bisher halbjährliche Anhebung der Inflationszuschläge.* Diese machen bei einer Inflationsrate von 81,7% (Januar 1980 gegenüber dem Vorjahr) einen großen Teil des Lohnes aus. Darüber hinaus *Erhöhung des Lohnes um 15%. Mindestens einjährige Arbeitsverträge.* Bisher entlassen die Konzerne oft vor Fälligwerden der Inflationszuschläge einen großen Teil der Beschäftigten, um danach zu niedrigerem Lohn neu einzustellen. 1979 wurden mindestens 13000 bereits länger als ein Jahr beschäftigte Arbeiter in Sao Bernardo entlassen, die Zahl der Kündigungen vor Ablauf eines Jahres ist sicher noch weit höher. Die Forderung nach Kündigungsschutz, die immer größere Bedeutung im Streik gewinnt, richtet sich also ebenfalls gegen Lohnsenkung. *Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden. Erhöhung der Überstundenzuschläge auf 100%.* Ein großer Teil der Arbeiter ist über die achtstündige „Normal"arbeitszeit an sechs Tagen zu täglich zwei Überstunden gezwungen. Der Durchschnittslohn der Metallarbeiter in Sao Bernardo betrug im Januar Crz 14115,55 (559 DM). Außerdem fordern die Arbeiter *freien Zugang der Gewerkschaftsführer zu den Betrieben und Anerkennung der Gewerkschaften.*

Aus den Erfahrungen vom letzten Jahr, wo ein 15tägiger Streik nach einer Intervention der Regierung mit einer Niederlage endete, haben die Arbeiter gelernt: Von Anfang an wurde der Streik von einer 400köpfigen Kommission, in der alle Betriebe vertreten sind, geleitet. Für den Fall von Intervention und Verhaftungen sind ebenfalls gleich zu Beginn Vertreter festgelegt worden. Eine Streikkasse wurde gebildet.



der gesamten Arbeiterbewegung und der brasilianischen Gewerkschaften". Gelingt es der brasilianischen Arbeiterbewegung, im Kampf gegen Ausbeutung und für gewerkschaftliche Rechte ihre Selbständigkeit zu festigen? Gelingt es, die erkämpften Rechte zu behaupten, Fortschritte zu machen im Kampf um Demokratie? Unbedingt muß das verhindert werden, das ist das Ziel der Militärregierung. Die lauthals proklamierte „Öffnung und Liberalisierung der Politik" erweist sich als das, was sie von Anfang an war: Versuch, unter der nationalen Bourgeoisie und den Mittelklassen die Basis der Militärdiktatur gegen die Arbeiterklasse und Bauern zu verbreitern.

nationalen zu brechen, wir würden auf ihrer Seite stehen".

Der größte Teil der brasilianischen Arbeiterklasse ist in dem Industriedreieck von Sao Paulo, in Santo Andrè, Sao Bernardo, Sao Caetano (ABC) zusammengeballt. In den 670 Metallbetrieben von Sao Bernardo schaffen insgesamt 142000 Arbeiter. Von den 73000 in der Autoindustrie Beschäftigten werden 70000 in den fünf großen imperialistischen Konzernen ausgebeutet, 33900 allein bei VW do Brasil. Der Streik wurde im Laufe der Zeit auch auf die kleineren und mittleren Betriebe ausgedehnt, so daß heute rund 90% aller Arbeiter der Stadt streiken. In

Bernardo betrug im Januar Crz 14115,55 (559 DM). Außerdem fordern die Arbeiter freien Zugang der Gewerkschaftsführer zu den Betrieben und Anerkennung der Gewerkschaften.

Aus den Erfahrungen vom letzten Jahr, wo ein 15tägiger Streik nach einer Intervention der Regierung mit einer Niederlage endete, haben die Arbeiter gelernt: Von Anfang an wurde der Streik von einer 400köpfigen Kommission, in der alle Betriebe vertreten sind, geleitet. Für den Fall von Intervention und Verhaftungen sind ebenfalls gleich zu Beginn Vertreter festgelegt worden. Eine Streikkasse wurde gebildet.





Der jetzt verhaftete Gewerkschaftsführer Lula spricht vor dem Streikbeschluß vor den im Stadion von Sao Bernardo versammelten Arbeitern (links). Agitation vor einem Werkstor zur Vorbereitung des Streiks.

---

sentieren, stehen die Chancen für die Durchsetzung nicht gut. Tatsächlich wären 8%/mindestens 700 S auf den *Ist*-Lohn erhoben geeignet, sowohl für die unteren wie auch die Facharbeiter-Lohngruppen in etwa den Reallohn zu halten. Die tariflichen Mindestlöhne hingegen müßten wesentlich stärker angehoben werden, um die Kluft von bis zu 53% zwischen tariflich sicherem und gezahltem Lohn zu verringern. Letztere ist entstanden in den 60er Jahren bei leergefegtem Arbeitsmarkt ohne tarifliche Stützung durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Das drückt nun schwer auf die Bedingungen, den Wert der Arbeitskraft zu verteidigen.

z.mif. **Nach sechs Wochen Streik von 40000 Lehrern in Nepal mußte die Regierung Zugeständnisse machen.** Den Lehrern wurde das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zugestanden, die während des Streiks Verhafteten wurden freigelassen, Zeitverträge in unbefristete Verträge umgewandelt und Gelder für die Krankenversicherung zugesagt. Der Streik hatte 60 der 75 Distrikte des Landes erfaßt. Das Königreich Nepal war niemals formell dem britischen Reich einverleibt, aber seit der Kolonisierung Indiens von Britannien abhängig. Im Mai letzten Jahres zwangen Aufstände in der Hauptstadt den Ministerpräsidenten zum Rücktritt; der König herrschte mit Kriegsrecht. Am 2. Mai findet eine Volksabstimmung über die Regierungsform statt. König Birendra hat dafür einige politische Gefangene amnestiert. Die Abstimmung über „westliche Demokratie" einerseits oder halbfeudales „reformiertes Panchayat-System" andererseits zielt auf Spaltung des Kampfes für die neudemokratische Revolution.

z.sta.Sydney. **Eine Konferenz von elf Gewerkschaften, die 500000 Arbeiter in der Metallindustrie vertreten, hat am 31. März in Sydney die Durchführung einer Kampagne für die 35-Stundenwoche beschlossen.** Die Kampagne hat begonnen mit der Verbreitung von Propagandamaterial. Ende April und Anfang Mai sollen Versammlungen der Gewerkschaftsvertreter folgen. Als Teil der Kampagne haben jetzt 700 Wartungsarbeiter in der Glasindustrie begonnen, zwischen 34 und 39 Stunden in der Woche zu arbeiten. Mitte Mai finden Massenversammlungen während der Arbeitszeit statt, auf denen Vorschläge für weitere Aktionen unterbreitet werden sollen. In Victoria beginnt die Kampagne mit der Versammlung der Gewerkschaftsvertreter am 30. April. Sie sollen dort auch einen Boykott der Überstunden beschließen.

z.frb. **32 Tage hatten die 14000 Arbeiter von Mexikos „Hochofen Nr. 1" gestreikt, ehe sie 20% Lohnsteigerung durchsetzen konnten.** Am 12. April beendeten sie den Streik. 25% hatten die Arbeiter ursprünglich gefordert. Wie es heißt, mußte die Werksleitung auch zustimmen, 50% des Lohns für die Dauer des Streiks zu zahlen. Der Streik war der größte in der Geschichte des Werkes. Dem Konzern entging eine Produktion von 330000 Tonnen Stahl, das sind 13% der Jahresproduktion. In ganz Mexiko wurden vergangenes Jahr 7,5 Mio. t Stahl erzeugt. Erst vor ein paar Monaten standen die Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns Sicartsa in einem langen Streik. Die amtliche Inflationsrate zeigt rund 2o%, private Forschungsinstitute geben 25 bis 28% an. Dagegen sind die Löhne im Landesdurchschnitt nur etwa 16 bis 18% gestiegen. Besonders die Preise für Eier, Milch, Fleisch und Tortillas haben sich kräftig erhöht.

z.elb.Brüssel. **Die in zwei Abteilungen ausgesperrten Arbeiter des Werks Olen könnten ruhig weiterarbeiten – unbezahlt, lassen die Kapitalisten des belgischen Konzerns Metallurgie Hoboken-Overpelt erklären.** Seit dem 9.4. hatten ca. 400 der 1600 Arbeiter in Olen fast täglich durch Kurzstreiks die gesamte Fabrik lahmgelegt; am 2./3.4. verlängerten die Arbeiter in Hoboken ihre Mittagspause um eine halbe Stunde. Sie fordern den sofortigen Abschluß eines *nationalen* Tarifvertrags mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden/Woche und sechs Belgische Francs (bfr.) (0,37 DM) mehr Lohn/Stunde. Am 10.4. ließen die Kapitalisten die Verhandlungen auf nationaler Ebene scheitern. Inzwischen liegt den Arbeitern in Flandern ein Vertrag zur Abstimmung vor, der u.a. 6 bfr mehr Lohn, zahlbar in zwei Phasen, die Einführung der 37-Stundenwoche in drei Phasen bei zweijähriger Laufzeit vorsieht. In Wallonien kämpfen die Gewerkschaften um eine kürzere Laufzeit.

z.rül. **3500 Bergarbeiter in neun Kohlegruben in West-Virginia (USA) beendeten letzte Woche ihren Streik gegen das Bergbaumonopol CONOCO.** Anfang März hatten die Kapitalisten 15 Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft wegen „illegalem Streikpostenstehen" entlassen. Seit Jahren führen die US-Bergarbeiter einen hartnäckigen Kampf gegen die brutale Intensivierung der Arbeit durch die Kohlemonopole und gegen die oft völlig unzureichenden Sicherheitsvorrichtungen. Mit den Entlassungen wollten die Kapitalisten diesen Kampf brechen. 2000 Arbeiter in fünf Gruben traten darauf am 17. März in den Streik und verlangten die Wiedereinstellung der Entlassenen sowie eine Überprüfung der Sicherheitsvorrichtungen in den Bergwerken. Als die Kapitalisten vor einem Bundesgericht die Gewerkschaft zu 2500 Dollar Geldbuße und jeden Funktionär zu 200 Dollar sowie jeden Arbeiter zu 25 Dollar Buße pro Streiktag verurteilen ließen, schlossen sich 1500 Arbeiter in vier weiteren Bergwerken dem Streik an. Anfang April revidierte darauf ein Gericht die Entlassungen. Für drei Arbeiter hob es sie ganz auf, für elf weitere widerrief es sie vorläufig. Die Kapitalisten verzichteten gleichzeitig darauf, die Geldbußen einzutreiben. Nachdem sie auch einer Sicherheitsüberprüfung der Bergwerke durch Vertreter der Gewerkschaft zugestimmt hatten, beendete der größte Teil der Arbeiter den Streik.

Studentenvertretungen rufen zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Maidemonstrationen auf

z.vol. In zahlreichen Beschlüssen rufen die Studentenvertretungen zur Beteiligung an den Demonstrationen des DGB zum 1. Mai auf. Die Forderungen der Studentenbewegung nach Erhöhung des BAFöG, Erhöhung der Elternfreibeträge, gesetzlicher Verankerung der Verfaßten Studentenschaft, Koalitions- und Streikrechte werden in allen Beschlüssen erhoben. Solche Beschlüsse sind uns bisher bekannt: Fachschaftsrat (SR) Anglistik/Romanistik Kiel, FSR Chemie Mainz, FS-Gruppe Chemie, Germanistik und Vollversammlung Medizin Düsseldorf, FS-Gruppe Jura, FSR Medizin Frankfurt, FS-Gruppe Geschichte und Basisgruppe Soziologie Freiburg, Arbeitskreis USta Konstanz, Vollversammlung der FSR PH Göttingen, ASTA, FSR Anglistik, Geologie und Institutsgruppe (IG) Germanistik Braunschweig, Versammlung FSR Osnabrück, FSR Geschichte PH Dortmund, FSR Kommunikation Bonn.

Die Studenten bekräftigen die Zusammenarbeit und Unterstützung der Gewerkschaften. „Wichtige Kämpfe der Gewerkschaften im letzten Jahr haben wir begrüßt und ausdrücklich unterstützt ... Gemeinsam mit der Gewerkschaft müssen wir handeln" (FS Gruppe Jura, Franknkfurt). „Wir unterstützen weiterhin die Forderungen der Gewerkschaften z.B. Einhaltung des Normalarbeitstages ... Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit" (ASTA TU Braunschweig).

In 8 Beschlüssen werden Forderungen gegen die beiden Supermächte und die BRD-Imperialisten aufgestellt. „Angesichts der Lage in Kampuchea meinen wir, daß man dazu folgende Forderung mittragen sollte: Sofortiger Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea und Afghanistan. Die Bundesregierung fordern wir in dieser Frage auf, eine blockfreie Außenpolitik zu entfalten. Für die Lage in Westdeutschland heißt das: Sofortiger Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, Abzug aller Besatzungstruppen aus Westdeutschland und Westberlin, Austritt der BRD aus NATO und EG" (FSR Anglistik/Romanistik Kiel).

„Wenn wir für die Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker eintreten, so heißt dies für uns in der BRD: Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs; Abzug aller fremden Truppen aus der BRD und DDR; Blockfreiheit; Auflösung von NATO und Warschauer Pakt; keine weitere Nachrüstung, keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa; Verbot aller Atomwaffen; Unterstützung der Blockfreienbewegung und der Befreiungsbewegungen. So können wir hier den imperialistischen Krieg bekämpfen, was die Völker der Dritten Welt in ihren Befreiungskämpfen schon lange tun" (ASTA, FSR Anglistik, Geologie, IG Germanistik Braunschweig).

Aufschwung der Studentenbewegung in Afrika

Kämpfe in Kenia, Nigeria, Zaire für kostenlose Ausbildung und demokratische Rechte

z.mif. In den letzten Monaten sind aus mehreren afrikanischen Ländern Streiks und Demonstrationen von Studenten gemeldet worden, insbesondere aus Kenia, Nigeria und Zaire. Das sind nach Äthiopien die volkreichsten afrikanischen Staaten. In der Landwirtschaft sind jeweils weniger als 80% der Erwerbsbevölkerung beschäftigt (Nigeria 57,7%, Zaire 76,9%, Kenia 79,9%). Nach Erringung der Unabhängigkeit 1960 bzw. 1963 mußten diese Länder überhaupt erst mit dem Aufbau eines nationalen Volksbildungswesens beginnen. „Wir haben gesehen", bemerkte der belgische Kolonialminister 1954 über „Belgisch-Kongo" (Zaire), „daß jene Eingeborenen, die Europa gesehen und eine weitgehende Ausbildung genossen haben, nicht immer in einem Geist in ihre Heimat zurückkehren, der für die Zivilisation und insbesondere für das Mutterland günstig ist". Die Studenten haben traditionell eine hervorragende Rolle im nationalen Befreiungskampf gespielt. Sie kommen heute zunehmend aus allen Klassen des Volkes. Sie wenden sich gegen den imperialistischen Druck auf ihre Länder und gegen den Kurs ihrer Regierungen, diesem Druck durch Lohnsenkungen und politische Unterdrückung nachzugeben.

Kenia. Radio Nairobi, 15.3.1980. „Präsident Arap Moi hat die Leute, die im Land umherziehen und böse Gerüchte und leeres Geschwätz verbreiten, aufgerufen, dies in Zukunft zu unterlassen ... In seinen Ausführungen über die Streiks an den Schulen erklärte Präsident Moi, die Schüler der höheren Schulen sollten über ihr Glück froh sein, wenn man bedenke, daß 80000 jedes Jahr die Prüfungen für Zertifikate der Grundschulbildung machen. Er betonte, wenn die Streiks in den höheren Schulen anhielten, könne er gezwungen sein, die weiblichen Streikenden für immer nach Hause zu schicken und die männlichen für ein Jahr zur Verrichtung von manuellen Arbeiten in entfernte Gebiete wie Pokot zu schikken."

Radio Nairobi, 9.4.1980 (Kommentar). „Die für die Streiks und Unruhen angegebenen Gründe waren in fast allen Einrichtungen übereinstimmend ähnlich. Es gab Klagen über die Verpflegung, über mangelnde Einrichtungen wie wissenschaftliche Anlagen, und es kam zu echten Beschwerden über den Lehrermangel ... Die Preissteigerungen bei Gütern, von denen Kenia wie viele andere Länder in den letzten Jahren betroffen war, ... (bedeuten), daß die Studenten wie jeder andere im Land lernen müssen, weniger an Annehmlichkeiten und Komfort zu erwarten."

1974 hatten in Nairobi 2000 Studenten dagegen demonstriert, daß 150 Architekturstudenten durch die Prüfung fielen. Sie warfen dem Leiter der Fakultät, Professor Jorgensen, vor, er versuche, den Lehrkörper frei von Afrikanern zu halten. Er mußte zurücktreten, und die Anzeigen gegen fünf Studenten wurden fallengelassen.

Nigeria. Radio Lagos, 24.2.1980. „Die Ausarbeitung einer Verfassung ist einer der großen letzten Schritte, die schließlich zu einem neuen Nationalen Studentenverband im Lande führen werden ... Damit die Studenten die gewünschten Ziele erreichen, müssen sie eine gründliche Säuberung ihrer Führung durchführen, um sicherzustellen, daß die richtigen Leute ins Amt gewählt werden ... In einer Reihe von Fällen haben die Studenten in der Vergangenheit wegen der langsamen Art, wie ihre Probleme von einigen Beamten behandelt wurden, zu unerfreulichem Verhalten Zuflucht genommen. Eine solche Haltung auf Seiten der Behörden kann nichts Gutes für ein ernsthaftes Zusammenwirken bedeuten und sollte vermieden werden. Es ist entmutigend, daß es wieder zu Studentenunruhen gekommen ist oder kommen wird, aber es gibt einige andere jüngere Fälle, wo Disziplinarmaßnahmen, die Studenten und Institutionen berühren, durchgesetzt werden."

1978 kämpften die Studenten in Streiks und Demonstrationen gegen die Erhöhung der Gebühren für Essen und Wohnen: von 150 Naira (Wechselkurs: 1 Naira gleich 0,30 DM) wurden sie ab Oktober 1978 auf 468 Naira erhöht, davon 378 Naira für Ernährung und 90 Naira für Wohnung.

Zaire. (Nach einem Bericht der belgischen Zeitung „La Libre Belgique" über ein Gespräch mit zairischen Studenten) Die derzeitigen Aktionen der Studenten wurden ausgelöst durch die Abwertung der Zaire-Währung. Die JMPR (Jugendorganisation der Volksbewegung der Revolution) hat die Umtauschaktion an der Universität zentral durchgeführt. Dabei tauschte sie erheblich mehr Geld um, als die Studenten eingewechselt hatten: nämlich 1,5 Mio. Zaire (Wechselkurs 1 Zaire gleich 0,85 DM) statt 45000 Zaire. So kamen gewaltige Geldgeschäfte des Leiters der JMPR auf. Die Studenten traten in Streik und forderten Neuwahl der Leitung des JMPR. Junge Arbeitslose aus nahegelegenenen Orten schlossen sich dem Streik an. Am 11. April legte die Studentengewerkschaft von Zaire dem Präsidenten Mobutu ein Memorandum vor, in dem angegriffen wird, daß die politische Führung großzügig entlohnt wird, während der Rest der Bevölkerung verhungert. Demnach erhält ein Politkommissar der Regierungspartei monatlich 35000 Zaire, ein General 11000 Zaire, die Gewerkschaftsführer 10000, dagegen ein Universitätsdozent 280 Zaire und ein Lehrer 150. Am gleichen Tag stelle Mobutu den Studenten ein Ultimatum: Beendigung des Streiks bis 14. April. Die Studenten organisierten am 14.4. dagegen eine Demonstration, die von der Polizei angegriffen wurde. Die Universität und mehrere Fachschulen wurden geschlossen und die Studenten nach Hause geschickt.



Studentendemonstration 1978 in Nigeria: Durch Verdreifachung der Gebühren für Essen und Wohnung schloß die Regierung arme Studenten vom Studium aus.

„Ich habe mich an den Lehrplan zu halten"

r.sca. Donnerstags findet der Unterricht für das Berufsgrundschuljahr aus Platzgründen am Nachmittag statt. In der ersten Stunde (Wirtschaftslehre) wird das Thema „Informelle Beziehungen und informelle Gruppe" behandelt, welches die Schüler zum Großteil nicht interessiert. In der zweiten Stunde die sogenannte Sonnenfleckentheorie. Falls in einer der Stunden z.B. die Gewerkschaften durchgenommen werden, so wird dieses Thema nur unvollständig behandelt, obwohl es die Schüler interessiert; als Folge keine oder nur geringe Beteiligung der Schüler. Da der Schulstoff, der in der Schule durchgearbeitet werden müßte, natürlich nicht immer geschafft wird, muß er als Hausaufgabe erledigt werden. Auch da wird nur wenig getan; entsprechend ist der Inhalt. Dritte Stunde: wieder die Sonnenfleckentheorie. Diese Theorie behauptet, wirtschaftliche Krisen entstehen aus Naturkatastrophen, die durch die Sonnenflecke hervorgerufen werden. Das hätte Auswirkungen auf die Landwirtschaft und wirkt sich auf die gesamte Wirtschaft aus.

Im Anschluß daran findet eine Diskussion statt, an der schon überhaupt kein Interesse mehr gezeigt wird. Somit

klärt er: Ich habe mich an den Lehrplan zu halten. Nach der letzten Stunde sind alle froh, endlich abhauen zu können.

Falls ein Schüler keinen Hauptschulabschluß hat oder er keine Lehrstelle bekommen hat, so muß er, da er noch unter der Schulpflicht steht, weiter eine Schule besuchen, in diesem Fall das Berufsgrundschuljahr. In einer Klasse ist es so, daß von zehn Schülern acht mit Hauptschulabschluß sind, die keine Lehre bekommen haben, der Rest hat keinen Abschluß und kriegt darum keine weitere Ausbildung. Jetzt gegen Ende des Schlujahres haben dreizehn Schüler eine Zusage. Der Rest versucht weiter zur Schule zu gehen und sucht noch.

Der Schüler ist einem Unterricht ausgesetzt, der den Anforderungen, die die Kapitalisten an einen Lehrling stellen, nicht gerecht wird. Es wird nur ein Teil der Kenntnisse gelehrt, die der Einzelne haben müßte, um den starken Anforderungen der Kapitalisten genüge zu tun, vor allem weil sie das Berufsgrundschuljahr mit einem Jahr auf die Lehrzeit anrechnen müssen. Dem entsprechend aber weder die Kenntnisse der Schüler noch ihre Fähigkeiten in der Arbeit. So suchen sich die Kapitali-

des Normalarbeitstages ... Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit" (ASTA TU Braunschweig).

freiungskämpfen schon lange tun" (ASTA, FSR Anglistik, Geologie, IG Germanistik Braunschweig).

„Ich habe mich an den Lehrplan zu halten"

r.sca. Donnerstags findet der Unterricht für das Berufsgrundschuljahr aus Platzgründen am Nachmittag statt. In der ersten Stunde (Wirtschaftslehre) wird das Thema „Informelle Beziehungen und informelle Gruppe" behandelt, welches die Schüler zum Großteil nicht interessiert. In der zweiten Stunde die sogenannte Sonnenfleckentheorie. Falls in einer der Stunden z.B. die Gewerkschaften durchgenommen werden, so wird dieses Thema nur unvollständig behandelt, obwohl es die Schüler interessiert; als Folge keine oder nur geringe Beteiligung der Schüler. Da der Schulstoff, der in der Schule durchgearbeitet werden müßte, natürlich nicht immer geschafft wird, muß er als Hausaufgabe erledigt werden. Auch da wird nur wenig getan; entsprechend ist der Inhalt. Dritte Stunde: wieder die Sonnenfleckentheorie. Diese Theorie behauptet, wirtschaftliche Krisen entstehen aus Naturkatastrophen, die durch die Sonnenflecke hervorgerufen werden. Das hätte Auswirkungen auf die Landwirtschaft und wirkt sich auf die gesamte Wirtschaft aus.

Im Anschluß daran findet eine Diskussion statt, an der schon überhaupt kein Interesse mehr gezeigt wird. Somit wird sie vom Lehrer abgebrochen. Nachdem einige Schüler den Lehrer ansprachen, welchen Sinn das hat, erklärt er: Ich habe mich an den Lehrplan zu halten. Nach der letzten Stunde sind alle froh, endlich abhauen zu können.

Falls ein Schüler keinen Hauptschulabschluß hat oder er keine Lehrstelle bekommen hat, so muß er, da er noch unter der Schulpflicht steht, weiter eine Schule besuchen, in diesem Fall das Berufsgrundschuljahr. In einer Klasse ist es so, daß von zehn Schülern acht mit Hauptschulabschluß sind, die keine Lehre bekommen haben, der Rest hat keinen Abschluß und kriegt darum keine weitere Ausbildung. Jetzt gegen Ende des Schlujahres haben dreizehn Schüler eine Zusage. Der Rest versucht weiter zur Schule zu gehen und sucht noch.

Der Schüler ist einem Unterricht ausgesetzt, der den Anforderungen, die die Kapitalisten an einen Lehrling stellen, nicht gerecht wird. Es wird nur ein Teil der Kenntnisse gelehrt, die der Einzelne haben müßte, um den starken Anforderungen der Kapitalisten genüge zu tun, vor allem weil sie das Berufsgrundschuljahr mit einem Jahr auf die Lehrzeit anrechnen müssen. Dem entsprechend aber weder die Kenntnisse der Schüler noch ihre Fähigkeiten in der Arbeit. So suchen sich die Kapitalisten die Schüler mit den besten Noten aus. Nur die wirklich „zwei" stehen, haben bis jetzt eine Stelle.

Kapitalisten machen Druck auf Berufsschulausbildung

r.scm. Auf der Jahresdelegiertenversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung Niedersachsens am 17.4. ist der Präsident des Niedersächsischen Landvolks Bockhop gegen einen zweiten Berufsschultag aufgetreten. Begründung: Er sei pädagogisch überflüssig, für Ausbilder und Auszubildende gleichermaßen eine unzumutbare Belastung, und durch die obligatorische Einführung des Berufsgrundschuljahres in Niedersachsen sei im 2. und 3. Lehrjahr ein Berufsschultag pro Woche ausreichend. Die Unterstützung seitens des Landvolkpräsidenten ist für die Kapitalisten bedeutsam, da die Forderung nach 12 Berufsschulstunden pro Woche an zwei arbeitsfreien Werktagen mittlerweile von einer breiten Bewegung innerhalb der Arbeiterjugend, vor allem in den Gewerkschaften getragen wird. In den letzten Wochen wurden diesbezügliche Beschlüsse etwa von den Klassensprechervollversammlungen der Berufsschulen in Flensburg und der Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB Bremen gefaßt. Die Überlegungen der Kapitalisten zur Berufsausbildung, die in die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres mündeten, sahen dagegen so aus: „Eine weitreichende Grundausbildung und damit bessere Chancengleichheit und bessere Mobilität sind die wichtigsten Motive, die für das BGJ angeführt werden" (Niedersächsische Wirtschaft 3/80) – „Weitreichende Grundausbildung", das heißt weitere Ausbildung ist überflüssig, wie ja auch Bockhop jetzt entgegenkommenderweise bescheinigte. „Chancengleichheit", das heißt ungehemmte Auslese und Förderung der Konkurrenz. „Mobilität", um den Druck des Arbeitslosenheeres auf jeden einzelnen Berufszweig wirksam werden zu lassen. Die lautstarke Kritik der Industrie- und Handelskammern am jetzigen BGJ entspricht gerade diesen Zwecken: Die Fachpraxis komme zu kurz, also schon zuviel Schule, weshalb man das BGJ auch nicht voll auf die Lehrzeit anrechnen könne. Und man solle sich nicht über die schlechten Lehrabschlüsse wundern, die auf der miserablen Aubildung im BGJ beruhen. Gewerkschaftliche Schritte gegen diese unverhüllte Propaganda sind nur zu richtig. Kein Wunder, daß die Ankündigung von IGM-Vorstandsmitglied Benz auf der IGM-Jugendkonferenz, auf Betriebsvereinbarungen über Teilfragen der beruflichen Bildung zu drängen, in der FAZ sofort Beachtung gefunden hat; kann solch eine Tatktik doch den Kampf um gesetzliche Regelungen erleichtern.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159
Kommunistische Hochschulgruppe

Westberlin
14. April 1980
16c110400p

Reformmodell Oldenburg – gegen Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen?

die im Land umherziehen und böse Gerüchte und leeres Geschwätz verbreiten, aufgerufen, dies in Zukunft zu unterlassen ... In seinen Ausführungen über die Streiks an den Schulen erklärte Präsident Moi, die Schüler der höheren Schulen sollten über ihr Glück froh sein, wenn man bedenke, daß 80000 jedes Jahr die Prüfungen für Zertifikate der Grundschulbildung machen. Er

Nigeria. Radio Lagos, 24.2.1980. „Die Ausarbeitung einer Verfassung ist einer der großen letzten Schritte, die schließlich zu einem neuen Nationalen Studentenverband im Lande führen werden ... Damit die Studenten die gewünschten Ziele erreichen, müssen sie eine gründliche Säuberung ihrer Führung durchführen, um sicherzustellen, daß die richtigen Leute ins Amt ge-

ten eingewechselt hatten: nämlich 1,5 Mio. Zaire (Wechselkurs 1 Zaire gleich 0,85 DM) statt 45000 Zaire. So kamen gewaltige Geldgeschäfte des Leiters der JMPR auf. Die Studenten traten in Streik und forderten Neuwahl der Leitung des JMPR. Junge Arbeitslose aus nahegelegenenen Orten schlossen sich dem Streik an. Am 11. April legte die Studentengewerkschaft von Zaire dem Präsidenten Mobutu ein Memorandum vor, in dem angegriffen wird, daß die politische Führung großzügig entlohnt wird, während der Rest der Bevölkerung verhungert. Demnach erhält ein Politkommissar der Regierungspartei monatlich 35000 Zaire, ein General 11000 Zaire, die Gewerkschaftsführer 10000, dagegen ein Universitätsdozent 280 Zaire und ein Lehrer 150. Am gleichen Tag stelle Mobutu den Studenten ein Ultimatum: Beendigung des Streiks bis 14. April. Die Studenten organisierten am 14.4. dagegen eine Demonstration, die von der Polizei angegriffen wurde. Die Universität und mehrere Fachschulen wurden geschlossen und die Studenten nach Hause geschickt.



Studentendemonstration 1978 in Nigeria: Durch Verdreifachung der Gebühren für Essen und Wohnung schloß die Regierung arme Studenten vom Studium aus.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159
Kommunistische Hochschulgruppe
Westberlin
14. April 1980
16c110400p

Reformmodell Oldenburg – gegen Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen?

Vom 9.–11.5. findet in Marburg die 4. Fachtagung Deutsch der vds statt. Besonderes Betätigungsfeld eines großen Teils der teilnehmenden Fachschaften ist seit ihrem Bestehen die Beschäftigung mit Studienreformen. Dabei werden die „Entprofessionalisierung, Entwissenschaftlichung" durch die neuen Pläne der Bundesregierung bezüglich der Lehrerausbildung beklagt, die „inhaltliche Formierung" und „Entrümpelung", d.h. Streichung „fortschrittlicher Inhalte", wobei darunter wohl allgemein Erziehungswissenschaft und Gesellschaftswissenschaft zu verstehen sind. Dagegen wird als Heilmittel das Konzept des einphasigen Projektstudiums gepriesen, wie es noch bis 1981 in Oldenburg gehandhabt wird. Dieses umfaßt drei Abschnitte: 1.–3. Semester, enthält zum überwiegenden Teil Erziehungs- und Gesellschaftwissenschaft, zwei vierwöchige Praktika, kaum fachliche Teile. das 4.–7. Semester umfaßt hauptsächlich zwei zweisemestrige fachlich orientierte Projekte (‚praxisorientiert, interdisziplinär, wechselnde Arbeitsweise'), einen geringen Teil Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften. Der 3. Abschnitt umfaßt 8., 9., 10. Semester (Prüfungssemester), darin ein halbjähriges Praktikum. Referendariat und 2. Staatsexamen entfallen, was gut ist, da man nicht noch 1½ Jahre weiter dem Druck und der Aussieberei der Ausbildungssituation ausgesetzt ist. Während der drei Semester bekommt der Student ⅔ A 13 gezahlt und hat den Status eines Beamten auf Zeit, unterliegt also dem Beamtenrecht und kann jederzeit entlassen werden.

Inhaltlich sind für ein Germanistikstudium nicht weniger als neun Bereiche angegeben, dazu sechs umfassende in Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft und vier für alle obligatorischen Kernbereiche (z.B. Entstehung und Vermittlung gesellschaftlichen Bewußtseins).

Im 1. Abschnitt dieses Studiums lernt man also praktisch nichts, hat keinerlei für den Arbeitsmarkt anwendbare Kenntnisse, sondern lediglich etwas Erfahrung in der Schule gesammelt und ein paar Theorien zur Sozialisation von Schülern u.ä. Angesichts der hohen Abbrecherquote, die an der PH zwischen 3. und 5. Semester bis auf 40% ansteigt, ist diese Strukturierung sinnlos. Man wird weiter, wenn man sein Studium abbricht, als ungelernte, schlecht bezahlte Arbeitskraft eingestellt. Der zynische Rat des Arbeitsamtes nach einem abgebrochenen Germanistikstudium war: Umschulen! Daran ändert auch die Oldenburg'sche Reformuni nichts!

Nützlich und sinnvoll ist es dagegen, die fachliche Ausbildung in das Grundstudium zu verlegen und darauf auch den Schwerpunkt zu legen. Denn ein großes Problem der Lehrer nach der derzeitigen Deutschausbildung an der PH ist die große Unkenntnis im Fach. Dazu sollten Schreibmaschinen und Buchhaltungskurse angeboten werden, die man sich, wenn man abbricht, bestätigen lassen kann, also einen *Abschluß* nach dem Grundstudium in der Hand hat.

Insgesamt umfaßt das Reformmodell Oldenburg ebenso umfangreiche Bereiche wie das derzeitige Studium. Daraus entsteht eine ebenso große zeitliche Belastung, wie es jetzt der Fall ist. Dieses umfangreiche Sammelsurium ist genauso wenig zu bewältigen wie die derzeitigen Anforderungen. Eine sinnvolle Eingrenzung muß vorgenommen werden, die einen soliden Grundstock an Wissen vermittelt, und das in einer angemessenen Studiendauer und wöchentlichen Arbeitszeit, damit man nicht gezwungen ist, durchschnittlich wie zur Zeit an der FU 14,5 Semester zu studieren, um seinen Abschluß zu bekommen. Daran hat kein Student ein Interesse. Da nutzt auch nichts die „Fortschrittlichkeit" aller Inhalte, wenn man 60 Stunden in der Woche studiert.

Auf der nächsten Fachtagung, wo das Thema weiter verhandelt wird, sollte man sich auf die von der IG Chemie, dem DGB und der GEW ausgearbeiteten Richtlinien stützen und sie, wenn notwendig, ergänzen. Diese enthalten teilweise die hier angesprochenen Punkte, zusätzlich dazu die materielle und tarifliche Absicherung des Studiums und Beendigung des Studiums durch Nachweis der Teilnahme an den Pflichtkursen.

DGB-Leitsätze zur Studienreform. 1. Grundsätzlich soll eine Mindeststudiendauer von vier Jahren gelten. Das Studium ist in Lehreinheiten einzuteilen, die unterschiedlich kombiniert werden können. Sie müssen verschiedene gleichwertige berufsqualifizierende Abschlüsse ermöglichen, die den Erfordernissen auch neuer Berufsfelder Rechnung tragen ... 14. Berufspraktische Studienanteile sind in der Hochschule vorzubereiten, in enger Zusammenarbeit mit den im Berufsfeld tätigen Gewerkschaften durchzuführen und nach ihrem Abschluß gemeinsam auszuwerten ... 16. Für die in Berufspraxisphasen arbeitenden Studenten muß der Praktikantenstatus *tariflich* und arbeitsrechtlich abgesichert werden.

„Hinter den Waffen steht der Mensch…“

z.hoh. Am Eröffnungstag der ersten umfassenden Waffenschau Westdeutschlands – „Bundeswehr '77“, an dem nur Abgeordnete und Journalisten zugelassen waren, formulierte der (damalige) Verteidigungsminister der sozialliberalen Koalition, Leber, folgende mahnende Worte: „Dieses hochmoderne Gerät macht uns materiell verteidigungsfähig. Dahinter jedoch steht der Mensch. Ohne ihn, ohne seine geistige und seine praktische Fähigkeit, diese Maschinerie zu bedienen, und ohne sein Wollen, sein sittlich und moralisch begründetes Ja zur Verteidigung ist dieses ganze Material wenig wert…“ (Wehrtechnik 11/77). Woran er erinnern muß, ist nichts anderes als die Tatsache, daß die Bourgeoisie diese Waffen ohne die Lohnabhängigen nicht beherrschen kann.

Zwei Beispiele aus der Korps-Zeitschrift Heer sollen das verdeutlichen: *1.* In der 5. Batterie des Feldartilleriebataillons 21/2. Jägerdivision (Nordhessen) entspricht die Funktion des 1. Zugführers einer Hauptfeldwebelstelle; einer dieser Zugführer ist ein 34jähriger Oberfeldwebel. Er ist vor 16½ Jahren als gelernter *Elektro-Installateur* zum Wehrdienst eingezogen worden; aus Gründen der „sozialen Sicherheit“ hat er dann die Laufbahn eines Berufssoldaten eingeschlagen. Als Mannschaftsdienstgrad war er zunächst Feldkabeltruppführer; später Richtkreis-Unteroffizier, Fahrlehrer, schließlich Richtkreis-Feldwebel, 2. Zugführer und dann Vermessungsfeldwebel. Als 1. Zugführer hat er die Verantwortung für 51 Soldaten, sowie u.a. für 6 schwere Feldhaubitzen (203 mm) und 6 LKW (7-Tonner): „Ich hab für 8 bis 10 Millionen DM Gerät übernommen…“ (Heer 11/79). *2.* In der Juli-Ausgabe von Heer/76 wurde unter dem Titel „Der Panzer schießt nicht von selbst“ die Besatzung eines ‚Leopard-A4‘ vorgestellt: Kommandant ist ein Stabsunteroffizier; seit „Anfang 1970 ist er Soldat. Der gelernte *Kraftfahrzeugmechaniker* will seine Dienstzeit bei der Bundeswehr nutzen, um die Meisterprüfung abzulegen“ (s.o.). Sein Stellvertreter ist der Richtschütze – ein wehrpflichtiger Gefreiter, von Beruf *Werkzeugmacher*. Der Ladeschütze – ebenfalls ein wehrpflichtiger Gefreiter – ist gelernter *Schreiner*, und der Fahrer dieses Kampfpanzers ist ein wehrpflichtiger Hauptgefreiter – von Beruf *Werkzeugmacher*. Die Redaktion der Zeitschrift Heer hat ungeheuerliches an ihm entdeckt: die „Technik des Leoparden fasziniert ihn nicht.“ Sie versichert daher dem Leser: „Panzerfahren macht Spaß, obwohl bei Regen dem Fahrer das Wasser in die Luke läuft. Oberkörper und Schenkel sind dann schnell naß“ (s.o.). Was den Preis dieses Panzers anbelangt, so dürfte diese vierköpfige Besatzung gut 3 Millionen ‚bedient‘ haben; jedenfalls gibt Wehrtechnik 8/77 für den ‚Leopard 2‘ einen Gerätesystempreis von 3582486 DM inkl. Mwst. (Preisstand 31.12.76) an, so daß man den o.a. Betrag wohl unterstellen kann für den ‚Leopard-A4‘.

Wie die beiden Beispiele verdeutlichen, rekrutiert die Bourgeoisie das Personal, mittels dessen sie die Waffen und Geräte beherrscht, im wesentlichen aus der Arbeiterklasse und unter den Handwerkern. Nach einer ‚Wehrsoziologischen Studie‘ (‚Der Wehrpflichtige 1972‘/Herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung, Bonn 1973) waren von den befragten Wehrpflichtigen im Heer allein 24% Arbeiter und 40% Facharbeiter bzw. Handwerker, sowie 21% Angestellte (s.o.,S. 28). Aber – wie diese Beispiele ebenfalls zeigen – zur Beherrschung der Waffen vermittels dieser Lohnabhängigen gehört ihre *Aufspaltung* in verschiedene Dienstgrade, Laufbahngruppen und Verpflichtungszeiträume – nur so kann die Bourgeoisie den Widerspruch meistern, daß *sie selbst* die Waffen *nicht* beherrschen kann. Dieses Problem bestand von Anbeginn der Bundeswehr.

Aber die sozialliberale Koalition trat zu einem Zeitpunkt an, wo die Zahl der längerdienenden Zeitsoldaten (v.a. Unteroffiziere und Feldwebel) sogar hinter deren Zahl von 1956 zurückgefallen war: „Vielfach müssen Wehrpflichtige die Funktion von Unteroffizieren übernehmen. Es ist keine Ausnahme, daß in einer Panzerkompanie ein Stabsunteroffizier als Zugführer und Wehrpflichtige als Panzerkommandanten eingesetzt sind“ (Weißbuch 1970). Daran hat sich bislang nichts geändert: „Wo ein Feldwebel mit langer Verpflichtungszeit fehlt, nimmt dessen Aufgabe ein Unteroffizier ohne Porteppe wahr. So muß schließlich ein Wehrpflichtiger Unteroffiziers-Aufgaben übernehmen“ (Weißbuch 1979/S. 273). Kein Wunder, daß Oberst a.D. H. Wüst in der Mai-Juni Ausgabe 1979 der Zeitschrift ‚Kampftruppen/ Kampfunterstützungstruppen‘ (Schwerpunkt: ‚Truppentechnik‘) folgende kursiv gedruckte Empfehlung rausließ: „Es sollte selbstverständlich sein, daß jeder Offizier der Kampftruppen den entsprechenden ‚Panzer‘-Führerschein samt zugehöriger Praxis besitzt…“ (s.o., S. 99). Nur zu – das möchte spannend werden!

Junge Union Schleswig-Holstein für Eurowehrpflicht und mehr deutsche Soldaten

r.thc. Am 24.4. führte die Junge Union, Landesverband Schleswig-Holstein, eine wehrpolitische Fachtagung durch. In einem „Diskussionspapier“ hatte sie bereits vorab ihre Vorstellungen zur Bündnispolitik, zur Inneren Führung und zur Wehrgerechtigkeit/ Zivilverteidigung vorgelegt.

„Die geo-strategische Situation in der Welt ist hauptsächlich durch die Rivalität der beiden Supermächte USA und UdSSR bestimmt. Ihr Streben nach militärischer Vorherrschaft hat quasi zu einer Aufteilung der Welt geführt.“ Bei dieser richtigen Feststellung will sie die BRD fest an der Seite der USA wissen – allerdings nicht ohne eigenen Einfluß. Der JU schwebt vor, wenigstens die Mitgliedsstaaten der EG voll in die NATO einzubeziehen. Darüber hinaus muß die NATO den gesamten Bereich nördlich des Wendekreis des Krebses „auf der Suche nach Verbündeten einbeziehen können“. Der Blick geht dabei über Frankreich nach Spanien. Versteckter Chauvinismus bei der Forderung, eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ innerhalb der NATO zu bilden, weil ein besonderes Sicherheitsrisiko vorliege. In der „Euronato“ würde die BRD als wirtschaftlich stärkste Macht die Führungsrolle übernehmen.

Kopfzerbrechen bereitet der JU der innere Zustand der Bundeswehr, wobei der Schmerz angesichts der zunehmenden Organisierung der Soldaten über und in der Gewerkschaft eher stechend wird. „Der deutsche Soldat kann sich orientieren an Mut, Tapferkeit, Kameradschaft und Ritterlichkeit.“ Diese Eigenschaften sollen nicht nur zur außenpolitischen Sicherung eingesetzt werden, sondern auch im Innern („Ihr Wert (der Bundeswehr) kann als innerer Machtfaktor nicht bestritten werden.“) Von den Soldaten sei zu erwarten, daß sie sich dieser Wertordnung unterordnen. Sehr wohl bewußt ist dabei den JU-Führern, daß die Jugendlichen und Soldaten diese Erwartung gerade nicht erfüllen. Eine Ausrichtung muß also früh erfolgen und dies vor allem im schulischen Bereich:

- Verstärkung der Information über die Bundeswehr unter Einbeziehung der Jugendoffiziere
- Einführung einer Pflichtveranstaltung über die Bundeswehr in der Lehrerausbildung
- Der Besuch einer Bundeswehreinheit für die Abschlußklassen der Berufs- und allgemeinbildenden Schulen ist als obligatorisch vorzusehen

Am bestehenden System der Vertretung durch Vertrauensleute bei den Wehrpflichtigen soll sich nichts ändern. Der Versuch, durch eine Solderhöhung von 1 DM/Tag die Vertrauensleute zu schmieren, dürfte wohl fehlschlagen. Mit der Forderung der „Dynamisierung“ des Wehrsoldes ist die Forderung nach *Erhöhung* des Wehrsoldes vom Tisch. Leichtes Grauen dann bei dem Gedanken, daß in den 80er Jahren nicht genügend Wehrpflichtige in die Armee gepreßt werden können: Frauen sollen sich freiwillig verpflichten. Die Eurowehrpflicht soll eingeführt werden („Vorteil: …Ausschöpfung des Geburtenüberschusses anderer Staaten – Entlastung der eigenen Jahrgänge“). Alternativ dazu eine Verlängerung der Wehrpflicht.

Erfaßt werden sollen schlichtweg alle und wenn nicht in der Bundeswehr, dann in den Katastrophenschutzverbänden und zwar für 24 Monate. Der Dienst soll mit der Bundeswehr vergleichbar sein. „Hierzu gehören insbesondere Kasernierung, Uniformierung und Disziplin. So würde sich dann auch der Streit um die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in Wohlgefallen auflösen. Man sieht: Die Junge Union geht in Sachen Kriegsvorbereitung zügig voran. Angesichts der breiter werdenden Bewegung unter den Soldaten gegen die Kriegsvorbereitung und für demokratische Rechte wird dieses Diskussionspapier eher für die Ausrichtung ihrer eigenen Reihen zu verstehen sein.

Der Kaderstamm der Bundeswehr will und soll auch besser bezahlt werden

z.hev. Am 16.4. hat der Verteidigungsausschuß einstimmig dafür plädiert, daß die Teile aus dem noch vom Bundesrat blockierten Gesetz zur Änderung besoldungspflichtiger und versorgungsrechtlicher Vorschriften, die die Soldaten betreffen, herausgelöst und vorzeitig verabschiedet werden sollen. Es geht um die Erhöhung verschiedener Zulagen für Berufssoldaten, die seit 1975 nicht mehr erhöht worden waren: für Strahlflugzeugführer, Propellerflugzeug- und Hubschrauberführer und Luftfahrzeugoperationsoffiziere von 200 bzw. 250 DM auf 360 DM monatlich; für das sonstige fliegende Personal von 125 auf 288 Mark; für Kompaniefeldwebel von 50 auf 80 Mark; für Feldjäger die Polizeizulage; um Zulagen für den MAD; um Bord-, U-Boot- und andere Marinezulagen; um die Einführung einer „Vergütung zu Spitzendienstzeiten“ für Soldaten in Einheiten, die im Jahres*durchschnitt* mehr als 56 Wochenstunden Dienst tun (immerhin rund 200000) – für Wehrpflichtige 54 Mark und 90 Mark für Zeitsoldaten monatlich. Schließlich sollen statt bisher 15% der Hauptfeldwebel und Hauptbootsmänner jetzt 25% auf A9 gesetzt werden und ein Teil von ihnen die Amtszulage eines „Spitzenamtes A9“ erhalten. Die Gelder dafür sind mit dem Haushalt '80 längst bewilligt worden, bezahlt aber wurde noch nicht.

Dies hat den Deutschen Bundeswehrverband – am ehesten mit dem Beamtenbund vergleichbar – so in Trab gebracht, daß er am 21.4. in Bremen, Mainz und Sigmaringen eigentlich in Uniform Kundgebungen durchführen wollte. Verteidigungsminister Apel ließ per Erlaß die Uniform verbieten, was der CDU-Experte Weiskirch als „ebenso unbegreiflich wie töricht“ bezeichnete, und so fanden die Kundgebungen in Zivil statt. In Mainz alleine mit 600 Soldaten im Kurfürstlichen Schloß. Die Feldwebel, die Leutnants und die Hauptleute bilden den Kern der Soldaten, die zu den Kundgebungen gekommen sind, sie sind aber auch der eigentliche Kaderstamm der Wehrpflichtigen-Armee, und Unzufriedenheit und Unruhe bei diesen, die ja die technischen Fachkräfte, die Spezialausbilder, die Führer und die Unterdrücker der Wehrpflichtigen sein sollen, kommt der politischen Führung durchaus ungelegen. Statt schlicht und einfach zu dienen (s. Bild), verlangen Unteroffiziere und Offiziere die teure Bezahlung ihrer Dienste, wenn die Forderung auch befehlsmäßig gedämpft und zivil vorgebracht wird. Im Verteidigungsministerium spricht man davon, den Forderungen wegen der Notwendigkeit einer „Afghanistanzulage“ nachzugeben. Und der Wehrbeauftragte sieht sich in seinem Jahresbericht gezwungen, mit der Bemerkung abzuwiegeln, „ob offen gebliebene Wünsche immer gleich den Ruf nach Leistungen des Sozialstaates rechtfertigen kann“, und „daß mangelndes Augenmaß für das beruflich Erreichte und Erreichbare eine im Grunde genommen nicht begründbare Unzufriedenheit auslöst“.



Verteidigungsminister Apel: „Es kommt darauf an, daß wir ihnen sagen: Unser Friede ist so sicher, so sicher wir bereit sind zum Dienen.“

USA stationieren MX-Raketen gegen Überlegenheit der SU

Preis dieses Panzers anbelangt, so dürfte diese vierköpfige Besatzung gut 3 Millionen ‚bedient‘ haben; jedenfalls gibt Wehrtechnik 8/77 für den ‚Leopard 2‘ einen Gerätesystempreis von 3582486 DM inkl. Mwst. (Preisstand 31.12.76) an, so daß man den o.a. Betrag wohl unterstellen kann für den ‚Leopard-A4‘.

Wie die beiden Beispiele verdeutlichen, rekrutiert die Bourgeoisie das Personal, mittels dessen sie die Waffen und Geräte beherrscht, im wesentlichen aus der Arbeiterklasse und unter den Handwerkern. Nach einer ‚Wehrsoziologischen Studie‘ (‚Der Wehrpflichtige 1972‘/Herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung, Bonn 1973) waren von den befragten Wehrpflichtigen im Heer allein 24% Arbeiter und 40% Facharbeiter bzw. Handwerker, sowie 21% Angestellte (s.o.,S. 28). Aber – wie diese Beispiele ebenfalls zeigen – zur Beherrschung der Waffen vermittels dieser Lohnabhängigen gehört ihre *Aufspaltung* in verschiedene Dienstgrade, Laufbahngruppen und Verpflichtungszeiträume – nur so kann die Bourgeoisie den Widerspruch meistern, daß *sie selbst* die Waffen *nicht* beherrschen kann. Dieses Problem bestand von Anbeginn der Bundeswehr.

Aber die sozialliberale Koalition trat zu einem Zeitpunkt an, wo die Zahl der längerdienenden Zeitsoldaten (v.a. Unteroffiziere und Feldwebel) sogar hinter deren Zahl von 1956 zurückgefallen war: „Vielfach müssen Wehrpflichtige die Funktion von Unteroffizieren übernehmen. Es ist keine Ausnahme, daß in einer Panzerkompanie ein Stabsunteroffizier als Zugführer und Wehrpflichtige als Panzerkommandanten eingesetzt sind“ (Weißbuch 1970). Daran hat sich bislang nichts geändert: „Wo ein Feldwebel mit langer Verpflichtungszeit fehlt, nimmt dessen Aufgabe ein Unteroffizier ohne Porteppe wahr. So muß schließlich ein Wehrpflichtiger Unteroffiziers-Aufgaben übernehmen“ (Weißbuch 1979/S. 273). Kein Wunder, daß Oberst a.D. H. Wüst in der Mai-Juni Ausgabe 1979 der Zeitschrift ‚Kampftruppen/ Kampfunterstützungstruppen‘ (Schwerpunkt: ‚Truppentechnik‘) folgende kursiv gedruckte Empfehlung rausließ: „Es sollte selbstverständlich sein, daß jeder Offizier der Kampftruppen den entsprechenden ‚Panzer‘-Führerschein samt zugehöriger Praxis besitzt…“ (s.o., S. 99). Nur zu – das möchte spannend werden!

und soll auch besser bezahlt werden

z.hev. Am 16.4. hat der Verteidigungsausschuß einstimmig dafür plädiert, daß die Teile aus dem noch vom Bundesrat blockierten Gesetz zur Änderung besoldungspflichtiger und versorgungsrechtlicher Vorschriften, die die Soldaten betreffen, herausgelöst und vorzeitig verabschiedet werden sollen. Es geht um die Erhöhung verschiedener Zulagen für Berufssoldaten, die seit 1975 nicht mehr erhöht worden waren: für Strahlflugzeugführer, Propellerflugzeug- und Hubschrauberführer und Luftfahrzeugoperationsoffiziere von 200 bzw. 250 DM auf 360 DM monatlich; für das sonstige fliegende Personal von 125 auf 288 Mark; für Kompaniefeldwebel von 50 auf 80 Mark; für Feldjäger die Polizeizulage; um Zulagen für den MAD; um Bord-, U-Boot- und andere Marinezulagen; um die Einführung einer „Vergütung zu Spitzendienstzeiten“ für Soldaten in Einheiten, die im Jahres*durchschnitt* mehr als 56 Wochenstunden Dienst tun (immerhin rund 200000) – für Wehrpflichtige 54 Mark und 90 Mark für Zeitsoldaten monatlich. Schließlich sollen statt bisher 15% der Hauptfeldwebel und Hauptbootsmänner jetzt 25% auf A9 gesetzt werden und ein Teil von ihnen die Amtszulage eines „Spitzenamtes A9“ erhalten. Die Gelder dafür sind mit dem Haushalt '80 längst bewilligt worden, bezahlt aber wurde noch nicht.

Dies hat den Deutschen Bundeswehrverband – am ehesten mit dem Beamtenbund vergleichbar – so in Trab gebracht, daß er am 21.4. in Bremen, Mainz und Sigmaringen eigentlich in Uniform Kundgebungen durchführen wollte. Verteidigungsminister Apel ließ per Erlaß die Uniform verbieten, was der CDU-Experte Weiskirch als „ebenso unbegreiflich wie töricht“ bezeichnete, und so fanden die Kundgebungen in Zivil statt. In Mainz alleine mit 600 Soldaten im Kurfürstlichen Schloß. Die Feldwebel, die Leutnants und die Hauptleute bilden den Kern der Soldaten, die zu den Kundgebungen gekommen sind, sie sind aber auch der eigentliche Kaderstamm der Wehrpflichtigen-Armee, und Unzufriedenheit und Unruhe bei diesen, die ja die technischen Fachkräfte, die Spezialausbilder, die Führer und die Unterdrücker der Wehrpflichtigen sein sollen, kommt der politischen Führung durchaus ungelegen. Statt schlicht und einfach zu dienen (s. Bild), verlangen Unteroffiziere und Offiziere die teure Bezahlung ihrer Dienste, wenn die Forderung auch befehlsmäßig gedämpft

digungsministerium spricht man davon, den Forderungen wegen der Notwendigkeit einer „Afghanistanzulage“ nachzugeben. Und der Wehrbeauftragte sieht sich in seinem Jahresbericht gezwungen, mit der Bemerkung abzuwiegeln, „ob offen gebliebene Wünsche immer gleich den Ruf nach Leistungen des Sozialstaates rechtfertigen kann“, und „daß mangelndes Augenmaß für das beruflich Erreichte und Erreichbare eine im Grunde genommen nicht begründbare Unzufriedenheit auslöst“.



Verteidigungsminister Apel: „Es kommt darauf an, daß wir ihnen sagen: Unser Friede ist so sicher, so sicher wir bereit sind zum Dienen.“

USA stationieren MX-Raketen gegen Überlegenheit der SU

Riesiger Landraub geplant / Betroffene Indianerstämme klagen

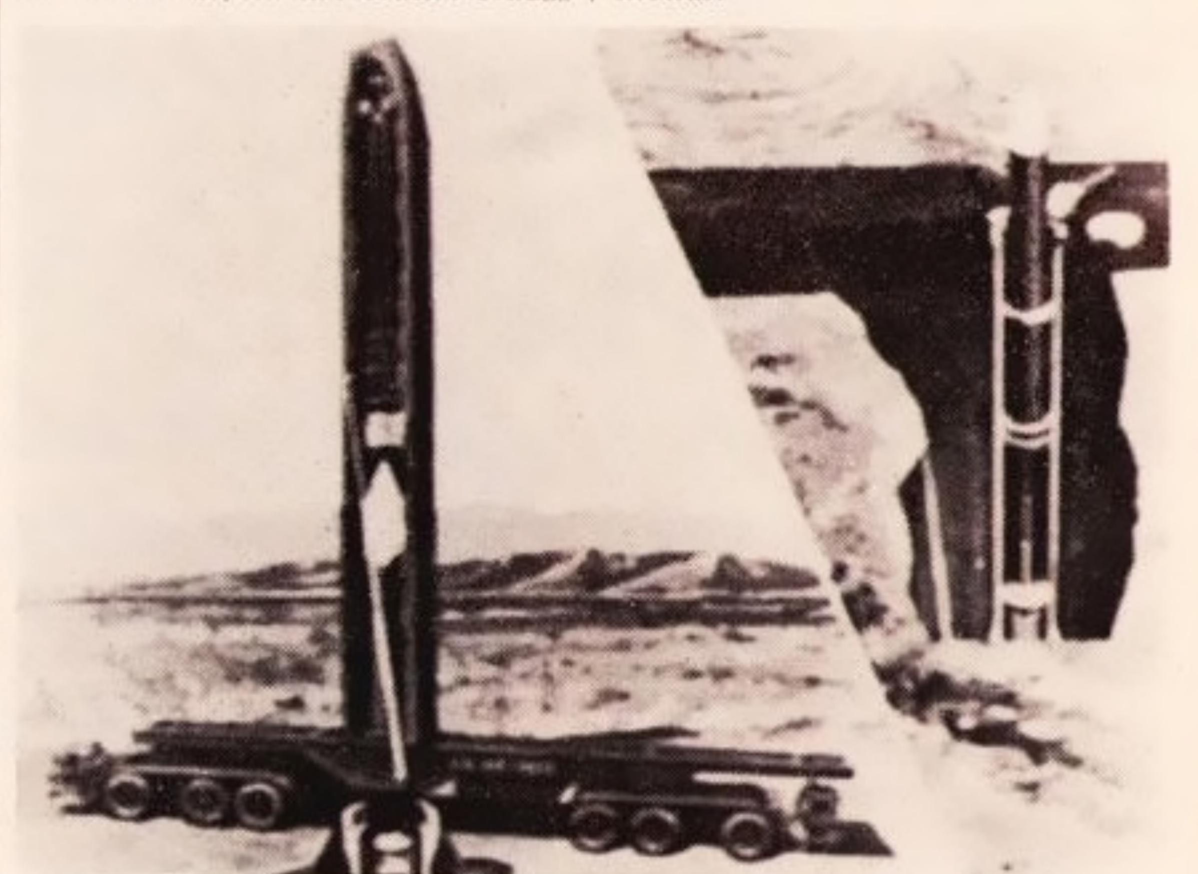
z.gkr. „Ich habe eine Erklärung abzugeben über das neue strategische Abschreckungssystem, die ich als recht bedeutsam erachte. Manche Beobachter werden sie auf eine Stufe stellen mit zwei anderen zentralen Entscheidungen, die in diesem Jahrhundert von Präsidenten getroffen wurden: die eine war die Errichtung des Strategischen Luftkommandos (B-52-Bomber) unter Präsident Truman, die andere die spätere Entscheidung Präsident Kennedys über die Einführung des Systems der verbunkerten Minuteman-Raketen.“ Carter kündigte am 7. September 1979 mit diesen Worten die Stationierung der neuen MX-Raketen an, kurz nach Unterzeichnung des Salt-II-Abkommens und während der Debatte im US-Senat über die Ratifizierung dieses Abkommens. Schon am 8. Juni hatte er den Bau der MX-Raketen bekanntgegeben.

Die genannte Entwicklung der strategischen Waffen (mit einer Reichweite von mindestens 5500 km), deren Bedeutung heute im wesentlichen im Ausschalten entscheidender Versorgungseinrichtungen der jeweils anderen Supermacht besteht, gibt ein Abbild der militärischen Stärke der anderen Supermacht, der SU. Die Entscheidung für die B-52-Bomber wurde getroffen, als die Sowjetunion noch sozialistisch war und nicht die Gefahr eines Angriffs von ihrer Seite bestand, sondern umgekehrt die USA sich reale Hoffnungen bei einem Angriff gegen die Sowjetunion ausrechneten. Die Entscheidung Kennedys trug der Entartung der sozialistischen Sowjetunion Rechnung und berücksichtigte, daß sie, zwar noch zahlenmäßig unterlegen, aber dennoch als aufsteigende Supermacht einen Angriff auf den Nachschub für eine Auseinandersetzung in oder um Europa in den USA selbst führen könnte. Carter schließlich reagierte auf die Entwicklung neuer Raketensysteme der Sozialimperialisten mit den SS 17, SS 18, SS 19, die, teilweise mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet und mit hoher Zielgenauigkeit zu steuern, die SU auch zahlenmäßig überlegen werden ließ. Für die Supermacht USA besteht die Gefahr, daß sowohl ihr Raketenpotential wie auch wichtige Nachschubwege und Industrieanlagen von dem Rivalen zerstört werden, ohne daß sie in einem Gegenschlag dasselbe erreichen könnten.

Insgesamt sollen 200 Raketen mit einer Reichweite von 10000 km gebaut werden, jede mit zehn Sprengköpfen, einzeln in Ziele zu steuern, ausgerüstet. Für jede dieser Raketen wird eine „Rennbahn“ gebaut, eine Asphaltstraße, auf der ein Transportfahrzeug mit 10 km pro Stunde die Rakete mitsamt der Startanlage von einem unterirdischen Silo zum nächsten befördern kann. Jede ovale Rennbahn besitzt 23 solcher Silos, also gibt es für die 200 Raketen insgesamt 4600 mögliche Abschußstellen, die einzelnen Silos wenigstens 1 Meile (1,6 km) voneinander entfernt. Dabei würde auf einem Oval nicht nur ein Fahrzeug eingesetzt, sondern gleichzeitig zwei, eines auf jeden Fall mit einer Attrappe ausgerüstet. Die Sozialimperialisten wären nach ihren derzeitigen Kräften nicht in der Lage, alle Abschußrampen auszuschalten und gleichzeitig die wichtigsten 200 bis 300 militärischen Projekte der USA zu zerstören. Die „Europäische Wehrkunde“ faßt die Überlegungen des US-Kriegsministers Brown zusammen: „Es geht also darum, der Sowjetunion durch eine spezielle nukleare Einsatzplanung zu demonstrieren, daß sie im Falle eines Nuklearkrieges nicht nur um Jahre in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen würde, sondern daß sie keine Chance hätte, anschließend die militärische und politische Kontrolle über das angegriffene Gebiet zu gewinnen. Mehr noch: Ziel der neuen Einsatzplanung ist es, der Sowjetunion klar zu machen, daß sie im Falle einer Auslösung des Nuklearkrieges Gefahr läuft, die Kontrolle über ihren bisherigen Herrschaftsbereich zu verlieren.“

33 Mrd. Dollar veranschlagte der Kriegsminister Brown für dieses Projekt. Riesige Landgebiete sind notwendig. Alleine für eine Rakete etwa 100 km², jeweils 5 sollen in einem „Feld“ zusammengefaßt werden. Die notwendigen 16000 km Straße sollen in „öden Gegenden in Utah und Nevada“ gebaut werden, „wo das Land ohnehin schon dem Bund gehört“ (Neue Zürcher Zeitung). Es handelt sich um ein Gebiet immerhin von 20000 km², etwa die Größe Hessens. Carter, der alte Lügner, erklärte: „Die Öffentlichkeit wird weiterhin Zugang zu dem Gebiet haben. Nur die Unterstände selbst werden eingezäunt sein. Das gesamte System wird, wie ich eben sagte, der öffentlichen Benutzung lediglich etwa 25 Quadratmeilen Land entziehen.“ Selbst wenn, zu was, außer für Rennen, soll denn das Straßenoval nutzen?

So öde, wie Carter tut und die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, ist das Gebiet nicht. Am 6. April haben die Shoshonas, ein im Norden Nevadas lebender Indianerstamm, über ihre Anwälte eine Erklärung abgeben lassen. In der Nähe des Ruby-Valley sollen durch ein „Feld“ tausende von Hektar ihres Gebietes zerstört werden. Die Regierung beruft sich dabei auf einen Vertrag aus dem Jahre 1872, der die Shoshonas in ein Reservat im Duck-Valley gezwängt hat. Im Jahre 1863 war ihnen aber das Gebiet um Ruby-Valley zugesagt worden, und noch heute leben dort mehr als 4000 Shoshonas.



MX-Raketen beim Versenken in eines der unterirdischen Silos, rechts startbereit.

Japan: Zusammenbruch des Eisenbahnerstreiks der Staatsbahn

z.gab. Nachdem die Gewerkschaften der 13 größten Privatbahnen Japans sich am 16. April nach eintägigem Streik auf eine Tariferhöhung von 6,7% einigten, brach der für 3 Tage geplante Streik der Eisenbahner der Staatsbahn schon am ersten Tag zusammen, ohne daß auch nur ein Ergebnis ausgehandelt worden war. Obwohl die Eisenbahnarbeiter mit diesem Streiktag den gesamten Bahnverkehr Japans lahmlegten, ist das 6,7%-Ergebnis schon jetzt eine Niederlage und deckt nicht einmal die Preissteigerung, die in Japan bei den Konsumgüterpreisen schon im Februar bei plus 8% lagen. Weit stärkere Preissteigerungen hat die Regierung mit ihrem Sparprogramm bereits angekündigt. So sollen die Strompreise um 51%, die Gaspreise um 45%, die Tabakpreise um 21% erhöht werden. Mit den niedrigen Tarifabschlüssen in den Schlüsselindustrien – 7,23% für die Arbeiter des Automobilkonzerns Nisson, 6,7% für die Privateisenbahner und in der Stahl- und elektronischen Industrie stehen Abschlüsse von 6,25% und 7,25% kurz bevor – und dem erfolglosen Streikabbruch der Eisenbahner der Staatsbahn sei der Höhepunkt der diesjährigen Frühjahrstarifkämpfe überschritten, melden die japanischen Kapitalisten zufrieden. Schon im Januar waren die Gewerkschaftsführungen der vier größten Dachverbände der japanischen Gewerkschaften den „Maßhalteappellen“ der japanischen Regierung gefolgt und hatten mit einer 8%-Lohnforderung die niedrigste Forderung seit 5 Jahren erhoben, obwohl es den japanischen Kapitalisten gelungen ist, die Löhne der japanischen Arbeiterklasse zu senken, weit mehr noch als ihren imperialistischen Konkurrenten. Die Durchschnittslöhne in der BRD sind z.B. um 43,5% höher, dagegen das Preisniveau in Japan um 10% höher, veröffentlichte das japanische Arbeitsministerium in einer Studie Anfang des Jahres.



Bahnhof in Yokohama während des Eisenbahnerstreiks am 16.4.

Kriegsrecht in der Türkei verlängert Mai-Demonstrationen trotz Verbot

z.hku. Auf der 2. Türkei-Tagung der OECD am 15.4. haben die Imperialisten „mit Befriedigung die neue Wirtschaftspolitik der türkischen Regierung gutgeheißen“ und einen gemeinsamen Kredit von 1,16 Mrd. $ bewilligt; IWF und Weltbank, nicht weniger zufrieden, zusätzliche 500 Mio. $. Die neue Politik, die sie erzwungen haben, heißt: Öffnung des Landes für den Kapitalexport und seine Verbilligung durch zweimalige Abwertungen; Erleichterung von Warenimporten; Preiserhöhungen vor allem bei staatlichen Betrieben – dies alles hat die Inflation auf 100% hinaufgetrieben; Einfrieren der Löhne – die Regierung prüft den Vorschlag des IWF für einen 5jährigen Lohnstopp; und Abschluß eines neuen Stationierungsvertrages mit den USA, der diesen erneut die Kontrolle über fünf Stützpunkte im Land sichert.

Seit Februar führt die türkische Arbeiterklasse einen hartnäckigen Kampf gegen diese Öffnung des Landes für die Imperialisten, die ihre Lage schlagartig und drastisch verschlechtert. Metallarbeiter, die Gemeindearbeiter der drei größten Städte, 30000 Textilarbeiter und die Beschäftigten der staatlichen Fluggesellschaft haben in den größten Streikaktionen gestanden. DISK, einer der beiden Gewerkschaftsdachverbände, hat einen Generalstreik beschlossen, den Zeitpunkt aber noch nicht festgelegt. Der andere Verband, Turk-Is, in dem die Regierungspartei selbst einen beherrschenden Einfluß hat, hielt sich bisher zurück; aber die gemeinsamen Aktionen von Mitgliedern beider Verbände mehren sich, und unter diesem Druck hat Turk-Is erklärt, die „Geduld sei nun zu Ende“.

Alle Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes werden unter Bedingungen des offenen Terrors geführt. Zwei Beispiele aus den letzten Wochen: bei einer Demonstration von 400 Schülern in einer Mittelstadt greift die Polizei an und tötet drei Schüler. Ähnliches geschah bei einem Protest von Bauern gegen eine unsichere Straße durch ihr Dorf. Die Faschisten haben in diesem Jahr allein 1000 Menschen ermordet, ungezählte Organisationen sind verboten. Die Türkische Nationalversammlung hat in der vergangenen Woche das Kriegsrecht für 20 von 67 Provinzen für zwei Monate verlängert. Die Demonstrationen zum 1. Mai, die von den Arbeiterorganisationen angekündigt worden sind, wurden verboten. Sie sollen dennoch stattfinden.

Holzarbeiter, Seeleute, Industrieangestellte:

Kriegsrecht in der Türkei verlängert Mai-Demonstrationen trotz Verbot

z.hku. Auf der 2. Türkei-Tagung der OECD am 15.4. haben die Imperialisten „mit Befriedigung die neue Wirtschaftspolitik der türkischen Regierung gutgeheißen“ und einen gemeinsamen Kredit von 1,16 Mrd. $ bewilligt; IWF und Weltbank, nicht weniger zufrieden, zusätzliche 500 Mio. $. Die neue Politik, die sie erzwungen haben, heißt: Öffnung des Landes für den Kapitalexport und seine Verbilligung durch zweimalige Abwertungen; Erleichterung von Warenimporten; Preiserhöhungen vor allem bei staatlichen Betrieben – dies alles hat die Inflation auf 100% hinaufgetrieben; Einfrieren der Löhne – die Regierung prüft den Vorschlag des IWF für einen 5jährigen Lohnstopp; und Abschluß eines neuen Stationierungsvertrages mit den USA, der diesen erneut die Kontrolle über fünf Stützpunkte im Land sichert.

Seit Februar führt die türkische Arbeiterklasse einen hartnäckigen Kampf gegen diese Öffnung des Landes für die Imperialisten, die ihre Lage schlagartig und drastisch verschlechtert. Metallarbeiter, die Gemeindearbeiter der drei größten Städte, 30000 Textilarbeiter und die Beschäftigten der staatlichen Fluggesellschaft haben in den größten Streikaktionen gestanden. DISK, einer der beiden Gewerkschaftsdachverbände, hat einen Generalstreik beschlossen, den Zeitpunkt aber noch nicht festgelegt. Der andere Verband, Turk-Is, in dem die Regierungspartei selbst einen beherrschenden Einfluß hat, hielt sich bisher zurück; aber die gemeinsamen Aktionen von Mitgliedern beider Verbände mehren sich, und unter diesem Druck hat Turk-Is erklärt, die „Geduld sei nun zu Ende“.

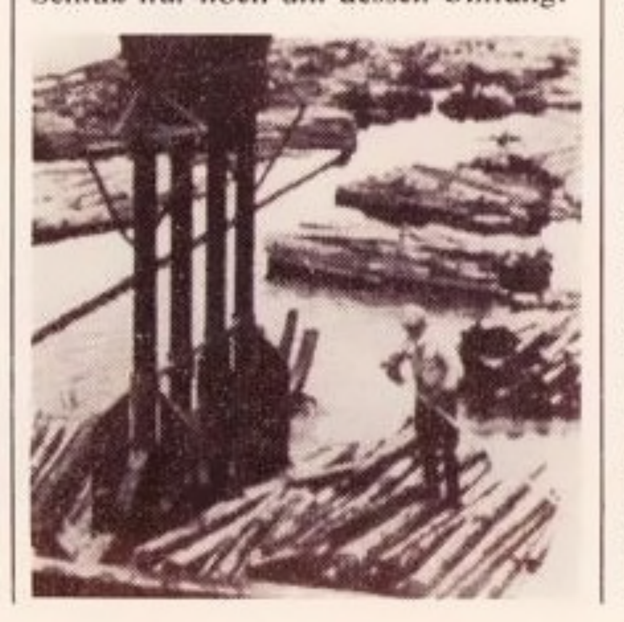
Alle Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes werden unter Bedingungen des offenen Terrors geführt. Zwei Beispiele aus den letzten Wochen: bei einer Demonstration von 400 Schülern in einer Mittelstadt greift die Polizei an und tötet drei Schüler. Ähnliches geschah bei einem Protest von Bauern gegen eine unsichere Straße durch ihr Dorf. Die Faschisten haben in diesem Jahr allein 1000 Menschen ermordet, ungezählte Organisationen sind verboten. Die Türkische Nationalversammlung hat in der vergangenen Woche das Kriegsrecht für 20 von 67 Provinzen für zwei Monate verlängert. Die Demonstrationen zum 1. Mai, die von den Arbeiterorganisationen angekündigt worden sind, wurden verboten. Sie sollen dennoch stattfinden.

Holzarbeiter, Seeleute, Industrieangestellte: Hartnäckige Streiks in Finnland

z.coi. An die 100000 Arbeiter und Angestellte streiken zur Zeit in Finnland für mehr Lohn. Der Streik der 30000 Holzfäller, -flößer und Forstmaschinenführer steht bereits in der 6. Woche. Im Streik stehen weiter: 12000 Seeleute sowie die Eisbrecherbesatzungen der Seeleute-Union, die Schiffsoffiziere, die Maschinisten und die Funker der Überseeflotte, die 40000 Industrieverwaltungs-Angestellten, 4000 Mann des Werks- und Gebäudeschutzes und 6000 in der Bauarbeitergewerkschaft organisierte Rohrleger.

Am härtesten spürbar für die Bourgeoisie sind die Auswirkungen des vor einem Monat begonnenen Streiks der Schiffsbesatzungen. Wurden die finnischen Schiffe durch die Seeleute-Union erst beim Anlaufen eines skandinavischen Hafens betreikt, so werden sie von den Schiffsoffizieren in allen Welthäfen festgesetzt. Der Abtransport der finnischen Exporte stockt und die ausländischen Reeder bieten verstärkt ihren Dienst an, zumal das Tauwetter die Streikwirkungen der Eisbrecher-Besatzungen vor allem im Süden des Landes vermindert. Das verschärft die Widersprüche unter den finnischen Reedern. Der erste hat bereits mit der Seeleute-Union folgendes Abkommen unterzeichnet: Ab 1.3. 260 Fmk. und ab 1.9. 85 Fmk. mehr im Monat (1 Fmk = 0,50 DM), Erhöhung aller Zulagen um 10% und Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 39 Stunden, also weit über den abgelehnten Schlichtungsvorschlag. Der Grundlohn eines einfachen Matrosen wird 1979 mit 2234 Fmk. angegeben.

Der Vorstand der Landarbeitergewerkschaft hat den Holzarbeitern jetzt einen Vorschlag der Schlichtungskommission ohne eigene Stellungnahme zur Urabstimmung vorgelegt. Der lautet: Durchführung eines einjährigen Experiments mit Zeitentlohnung, an dem ca. 800 Holzarbeiter teilnehmen sollen, und Erhöhung der Löhne um insgesamt 16,5%. Die Haltung des Vorstandes gegenüber dem Experiment ist keineswegs unentschieden. Er hatte angesichts der harten Weigerung der Holzkapitalisten und der damit unabsehbaren Streikdauer und des relativ hohen Akkordlohnerhöhungs-Angebots von sich aus die Forderung nach Abschaffung des Akkords in Nordfinnland in das Angebot eines Experiments abgebogen. Die Verhandlungen gingen zum Schluß nur noch um dessen Umfang.



Arbeiterinnen in der Sowjetunion

Lohn- und Reproduktionsverhältnisse der sowjetischen Arbeiterklasse (I)

z.krk. Eine Untersuchung über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse der Sowjetunion ist schon aus Gründen der reinen Statistik gehalten, sich an erster Stelle mit den Löhnen der Frauen zu befassen. Die Tatsache, daß 51% aller sowjetischen Werktätigen Frauen sind, ist von wesentlicher Bedeutung für die Aufgaben der Arbeiterbewegung. Diese Tatsache prägt zugleich auch die Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse.

1975 waren in der SU 57 Millionen Frauen zwischen 17 und 55 Jahren berufstätig, 925 von 1000 und nur 7,5% waren ausschließlich Hausfrauen. Sie stellten 93% aller Werktätigen der Textilindustrie, 85% der im Gesundheits- und Sozialwesen Beschäftigten, 72% aller Ärzte, 80% der Lehrer, 73% der im Bildungswesen Beschäftigten.

Von 1165 in der SU registrierten Berufen können Frauen 975 ausüben. Die restlichen 190 gelten als für Frauen schädlich und sind daher für sie verboten. Dafür gilt im großen und ganzen heute noch eine Liste aus dem Jahre 1932, die Berufe enthält wie Hochseefischerei, Arbeit unter Tage oder Verladearbeiten. Die Liste wird inzwischen von den sowjetischen Gewerkschaften kritisiert, mit dem Argument, sie enthielte eine Reihe von neuen, jedoch für Frauen genauso gefährlichen Berufe nicht.

Die Frauen in der SU leisten heute in ihrer Mehrheit schwere körperliche Arbeit in nicht mechanisierten und unqualifizierten Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft. Denn die oben aufgezählten Industriezweige mit überweigend weiblichen Arbeitskräften, die Leichtindustrie und der Dienstleistungsbereich, werden genau durch diese Merkmale gekennzeichnet: sie sind mit schwerer Handarbeit, vor allem mit Heben von Gewichten, verbunden. Im Handel und Kantinenwesen sind nur 44% der Arbeit mechanisiert, in der Bekleidungsbranche nur 20%, in Wäschereibetrieben 47%. Der andauernd niedrige Mechanisierungsgrad ist eben auf das Vorhandensein von niedrigstbezahlten Arbeitskräften zurückzuführen.

38% der Frauen arbeiten inzwischen in der Schwer- und Produktionsgüterindustrie. Sie stellen seit kurzem auch das Gros der Beschäftigten im Maschinen- und Werkzeugbau, in der Chemie-, Radio- und Elektronikindustrie. Im Maschinenbau und der Radiotechnik machen sie bereits 65 – 67%, im Werkzeugbau und der Elektronik 45 – 47% der Arbeiter und Angestellten aus. Wie die Lohnverteilung in den Bereichen ist, charakterisiert einigermaßen eine Untersuchung im Moskauer Schdanow-Stadtteil, wo in den niedrigen Lohngruppen 1 und 2 fast fünfmal soviel Frauen arbeiten wie Männer, in den höheren Lohngruppen 5 und 6 ist das Verhältnis genau umgekehrt, hier arbeiten fünfmal soviel Männer wie Frauen. Ein ähnliches Bild ergab eine Untersuchung der Qualifikation von Frauen von 1967 in dem Moskauer Marat-Werk: dort arbeiteten nur 17% der Frauen an Maschinen und Automaten als Facharbeiter, 75% dagegen leisteten manuelle und wenig qualifizierte Arbeiten.

In der Landwirtschaft sieht es ähnlich aus: 1959 waren nur 0,7 – 0,8% des qualifizierteren und besser bezahlten Landmaschinenpersonals der Kolchosen und Sowchosen Frauen. Formal leisten sie hier weniger Arbeitsstunden als die Männer – aber nur weil sie die Hauptlast der Arbeit auf der Privatparzelle tragen. Vergleicht man die monatlichen Arbeitsstunden mitsamt Privatparzelle (die lebensnotwendig für die Reproduktion der bäuerlichen Familie ist), arbeiten Männer 268, Frauen dagegen 292 Stunden im Monat. Der Grund für diese Art Arbeitsteilung: der niedrige Lohn der Frauen im Kolchos.

Im einzelnen sieht dieser Lohn so aus: Im Gesundheitswesen, wo 10% aller Frauen arbeiten, lagen die Löhne 1974 bei 100,6 Rubel (der *Durchschnittslohn* war 141,1 R). Im Handel und im Gaststättenwesen (12% aller arbeitenden Frauen) betrug der Durchschnittslohn 104,8 R, im Bildungswesen 125 R und im Kulturbereich 90,9 R. Durch die häufigen Fehlstunden wegen Versorgung und Krankheit der Kinder vermindert sich der Lohn zusätzlich und macht so im Allgemeinen nur 60 – 70% des Lohnes der männlichen Werktätigen aus. (Zur Auswirkung dessen auf die Lage der Arbeiterklasse insgesamt und die besondere Situation der Frauen in der SU gehen wir in weiteren Fortsetzungen dieser Artikelserie ein).

Trotz der bereits sehr hohen Beteiligung der Frauen an der Produktion macht sich die sowjetische Bourgeoisie Sorgen, wie vor allem die verhältnismäßig noch wenig einbezogenen Frauen der unterdrückten Nationalitäten zu mobilisieren sind. Ihre Vorschläge sind: Senkung der Geburtenrate, Einführung der Teilzeit- und Heimarbeit. Da gerade diese Frauen keine Berufsausbildung haben und auch über eine relativ geringe Allgemeinbildung verfügen, soll also aus dieser Richtung ein neuer Schub besonders billiger Arbeitskräfte für die Industrie bereitgestellt werden.

Das Bestehen einer so großen weiblichen Arbeiterarmee ist ein für kapitalistische Verhältnisse ungewöhnlicher Zustand und erklärt sich aus der Geschichte der SU, aus der sozialistischen Befreiung der Frauen und den Menschenopfern, die der Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution und der II. Weltkrieg von der sowjetischen Arbeiterklasse forderten. Durch die revolutionäre Arbeits- und Familiengesetzgebung nach der Oktoberrevolution wurden Millionen von Frauen von ihren feudalen Fesseln befreit, qualifizierten sich, nahmen aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Die wichtigste Form dessen war ihre Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion, wo sie zu Zeiten des Bürgerkrieges die in der Armee kämpfenden Männer zu vertreten hatten. „In den Straßen Petrograds sieht man weibliche Polizisten. In den Büros der Regierung werden Männer, wo es irgend angängig ist, durch Frauen ersetzt. Zahlreiche Frauen haben sich an die Front begeben, um auf irgendeine Weise der Verteidigung ihres Landes und der Revolution zu dienen. Es gibt kaum einen Zweig der Friedensindustrie, der nicht durch den Mangel an Arbeitskräften empfindlich getroffen worden wäre“, berichtet ein Zeitgenosse 1920. Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Beteiligung der Frauen an der Produktion 1921, als sie 33,5% der Arbeiterschaft stellten. Die Zahl der weiblichen Arbeiter stieg vor allem in den traditionellen Männerberufen, wie z.B. der Metallindustrie, sprunghaft an. Ein ähnlicher Prozess, nur in noch viel größerem Ausmaß, fand während des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Faschismus statt. 1945 waren 56% aller Werktätigen Frauen. Nach 1945 erfolgte zwar ein Rückgang, der jedoch wegen der schweren Kriegsverluste nicht groß war (auf 47%).

Diese heldenhafte geschichtliche Tradition der Sowjetfrauen mißbrauchte dann die neue Bourgeoisie nach ihrer Machtübernahme. Sie verstand es wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und den aufopferungsvollen Einsatz in schlimmste Ausbeutung umzuwandeln.



Die Frauen in der SU leisten heute in ihrer Mehrheit schwere körperliche Arbeit in nicht mechanisierten und unqualifizierten Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft. Denn die oben aufgezählten Industriezweige mit überweigend weiblichen Arbeitskräften, die Leichtindustrie und der Dienstleistungsbereich, werden genau durch diese Merkmale gekennzeichnet: sie sind mit schwerer Handarbeit, vor allem mit Heben von Gewichten, verbunden. Im Handel und Kantinenwesen sind nur 44% der Arbeit mechanisiert, in der Bekleidungsbranche nur 20%, in Wäschereibetrieben 47%. Der andauernd niedrige Mechanisierungsgrad ist eben auf das Vorhandensein von niedrigstbezahlten Arbeitskräften zurückzuführen.

38% der Frauen arbeiten inzwischen in der Schwer- und Produktionsgüterindustrie. Sie stellen seit kurzem auch das Gros der Beschäftigten im Maschinen- und Werkzeugbau, in der Chemie-, Radio- und Elektronikindustrie. Im Maschinenbau und der Radiotechnik machen sie bereits 65 – 67%, im Werkzeugbau und der Elektronik 45 – 47% der Arbeiter und Angestellten aus. Wie die Lohnverteilung in den Bereichen ist, charakterisiert einigermaßen eine Untersuchung im Moskauer Schdanow-Stadtteil, wo in den niedrigen Lohngruppen 1 und 2 fast fünfmal soviel Frauen arbeiten wie Männer, in den höheren Lohngruppen 5 und 6 ist das Verhältnis genau umgekehrt, hier arbeiten fünfmal soviel

in weiteren Fortsetzungen dieser Artikelserie ein).

Trotz der bereits sehr hohen Beteiligung der Frauen an der Produktion macht sich die sowjetische Bourgeoisie Sorgen, wie vor allem die verhältnismäßig noch wenig einbezogenen Frauen der unterdrückten Nationalitäten zu mobilisieren sind. Ihre Vorschläge sind: Senkung der Geburtenrate, Einführung der Teilzeit- und Heimarbeit. Da gerade diese Frauen keine Berufsausbildung haben und auch über eine relativ geringe Allgemeinbildung verfügen, soll also aus dieser Richtung ein neuer Schub besonders billiger Arbeitskräfte für die Industrie bereitgestellt werden.

Das Bestehen einer so großen weiblichen Arbeiterarmee ist ein für kapitali-

Arbeiter stieg vor allem in den traditionellen Männerberufen, wie z.B. der Metallindustrie, sprunghaft an. Ein ähnlicher Prozess, nur in noch viel größerem Ausmaß, fand während des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Faschismus statt. 1945 waren 56% aller Werktätigen Frauen. Nach 1945 erfolgte zwar ein Rückgang, der jedoch wegen der schweren Kriegsverluste nicht groß war (auf 47%).

Diese heldenhafte geschichtliche Tradition der Sowjetfrauen mißbrauchte dann die neue Bourgeoisie nach ihrer Machtübernahme. Sie verstand es wie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und den aufopferungsvollen Einsatz in schlimmste Ausbeutung umzuwandeln.



Die sowjetischen Frauen verfügen über lange Arbeitserfahrung: viele von ihnen gehören zur dritten oder vierten Arbeitergeneration.

Produzentenländer fordern: Änderung des Zinnabkommens

z.inl. Am 16.5. sollen die zur Zeit in Genf stattfindenden Zinnverhandlungen abgeschlossen sein. Daß dabei die sechste Verlängerung des 24 Jahre alten internationalen Zinnabkommens für Mitte 1981 beschlossen wird, ist nicht sicher. Die Produzentenländer – in ihrer Mehrzahl Länder der Dritten Welt; über die Hälfte der Weltproduktion entfällt auf Malaysia, Bolivien und Indonesien – fordern durch ihren malaysischen Sprecher entscheidende Veränderungen. Da sind zunächst die *Ausgleichslager:* Mit einer Größenordnung von 20000 Tonnen, das sind unter 10% der Weltjahresproduktion, sind sie zu klein, um preisstabilisierend zu wirken, und verursachen im wesentlichen nur Kosten für die Produzenten, die sie anlegen müssen. Sie fordern deshalb, daß die Imperialisten, die „Konsumentenländer“, die Kosten zur Hälfte tragen. Für die *strategischen Lager* vor allem in den USA sollen Festlegungen getroffen werden, die ihren Einsatz zwecks Preisdruck wie im Herbst 1979, als die US-Imperialisten 35000 t Zinn auf den Markt warfen, unterbinden. Vor allem fordern die Länder der Dritten Welt Einfluß auf die *Preisfestsetzung*, die der Zinnrat vornimmt, durch Änderung des *Stimmrechts*. Heute sitzen dort sieben Produzenten- und 29 Konsumentenländer. – Zinn wird für Legierungen von Kupfer und Eisen sowie in der Konservenherstellung verwendet. Es ist kein strategischer Rohstoff, dennoch einer, den die meisten Imperialisten nicht haben. Ohne Änderung werden die Produzenten „auf keinen Fall“ verlängern.

Azania: Weitere Verschärfung der Paßgesetze geplant

z.ulg. Das südafrikanische Kolonialregime bereitet eine weitere Verschärfung der unterdrückerischen Paßgesetze vor. Diese Gesetze dienen den Kolonialisten dazu, nach Bedarf afrikanische Bauern als Leibeigene auf Zeit in die Fabriken und Bergwerke einzuziehen und nach Verschleiß ihrer Arbeitskraft in die Reservate abzuschieben. Jeder Afrikaner, der sich ohne Arbeitserlaubnis und festen Wohnsitz mehr als 72 Stunden in „weißen Gebieten“ aufhält, kann danach verhaftet werden. 1979 hat allein die Bundespolizei 120000 Afrikaner wegen Verstoß gegen die Paßgesetze verhaftet, davon 40000 in der Hauptstadt Pretoria. Jetzt soll – zunächst „probeweise“ in Pretoria und Bloemfontein – auch noch die bisherige 72-Stunden-Frist gestrichen werden.

Zimbabwe: Mehrwertsteuer gesenkt, Siedler müssen zahlen

z.ulg. Als eine ihrer ersten Maßnahmen hat die Regierung des unabhängigen Zimbabwe die auf den afrikanischen Massen lastenden Steuern gesenkt. Für die wichtigsten Grundnahrungsmittel – u.a. Margarine, Zucker, Speiseöl und Tee – hat sie die bisher 15prozentige Mehrwertsteuer ganz beseitigt. Für die anderen Produkte wird der Steuersatz auf 10% herabgesetzt, während einige, hauptsächlich von den weißen Siedlern konsumierte Waren mit einer Luxussteuer belegt werden. Gleichzeitig hat die Regierung die progressive Einkommenssteuer, die vor allem die Niederlassungen der imperialistischen Konzerne und die Siedler zu zahlen haben, um 10% erhöht. – Die nigerianische Regierung hat zur Unter-

„Flagge zeigen“

Europaparlament berät über „Schutz der Seeverbindungen“

z.rua. Auf der Tagung des Europaparlaments vom 14.4. – 18.4. forderte die Fraktion der Europäischen Volkspartei in einem Antrag, „1. daß der Rat ... sich über Maßnahmen Gedanken macht, die die Sicherheit der Seeverbindungen nach Europa fortan gewährleisten,

2. diese Maßnahmen im Rahmen einer diplomatischen und militärischen Konzertierung zwischen den Mitgliedsstaaten des Atlantischen Bündnisses, die eine Kriegsflotte besitzen, zu verstärken,

3. im Krisenfall eine operationelle Struktur zu schaffen, um die verschiedenen externen Aktionen zu koordinieren, die die Mitgliedsstaaten zur Wahrung ihrer lebenswichtigen Interessen auf den Meeren zu unternehmen genötigt wären, vor allem die Funkmeßgeräte (Radar) und Überwachungseinrichtungen (Küstenwache) gemeinsam zu betreiben.“ Der Antrag war betitelt: „Betrifft: Überwachung und Schutz der Seeverbindungen, die die Versorgung der Länder der Europäischen Gemeinschaft mit Energie und strategischem Material sicherstellen.“

Wenige Wochen zuvor hatte die Fraktion der Europäischen Volkspartei ebenfalls beantragt, daß die EG-Kommission eine Versorgungsbilanz für mineralische und pflanzliche Grundstoffe erstellt. Diese ist zur Zeit mit der Ausarbeitung dieser Bilanz befaßt. EG-Kommissar Davignon erklärte in diesem Zusammenhang, es komme hierbei „nicht in erster Linie auf den prozentualen Abhängigkeitsgrad, sondern auf den Charakter der Abhängigkeit an. So könne eine Einfuhrabhängigkeit von sicheren Versorgungsquellen weniger beunruhigend sein als ein geringerer Abhängigkeitsgrad bei hohen Risiken“. (Rohstoff-Rundschau, April 1980)

Der Bezug von Rohstoffen aus den „sicheren Versorgungsquellen“ ist derzeit keineswegs gewährleistet. Die Supermächte verstärken ihre Rivalität um die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens im Vorfeld des Krieges um die Weltherrschaft, der letztlich in Europa ausgetragen wird. Die Sozialimperialisten machen keine Anstalten, aus Afghanistan abzuziehen, sondern verstärken im Gegenteil ihre Präsenz. Die US-Imperialisten intensivieren den wirtschaftlichen und militärischen Druck auf den Iran; und es scheint, daß sich die EG-Imperialisten ihnen dabei hilfreich an die Seite stellen wollen. Mit Zimbabwe ist die letzte europäische Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent unabhängig geworden; und der Befreiungskampf der azanischen und namibischen Volksmassen gegen

Wenige Wochen zuvor hatte die Fraktion der Europäischen Volkspartei ebenfalls beantragt, daß die EG-Kommission eine Versorgungsbilanz für mineralische und pflanzliche Grundstoffe erstellt. Diese ist zur Zeit mit der Ausarbeitung dieser Bilanz befaßt. EG-Kommissar Davignon erklärte in diesem Zusammenhang, es komme hierbei „nicht in erster Linie auf den prozentualen Abhängigkeitsgrad, sondern auf den Charakter der Abhängigkeit an. So könne eine Einfuhrabhängigkeit von sicheren Versorgungsquellen weniger beunruhigend sein als ein geringerer Abhängigkeitsgrad bei hohen Risiken“. (Rohstoff-Rundschau, April 1980)

Der Bezug von Rohstoffen aus den „sicheren Versorgungsquellen“ ist derzeit keineswegs gewährleistet. Die Supermächte verstärken ihre Rivalität um die Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens im Vorfeld des Krieges um die Weltherrschaft, der letztlich in Europa ausgetragen wird. Die Sozialimperialisten machen keine Anstalten, aus Afghanistan abzuziehen, sondern verstärken im Gegenteil ihre Präsenz. Die US-Imperialisten intensivieren den wirtschaftlichen und militärischen Druck auf den Iran; und es scheint, daß sich die EG-Imperialisten ihnen dabei hilfreich an die Seite stellen wollen. Mit Zimbabwe ist die letzte europäische Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent unabhängig geworden; und der Befreiungskampf der azanischen und namibischen Volksmassen gegen
das südafrikanische Regime erstarkt. Die Zeit drängt also für die westeuropäischen Imperialisten, mit der Bilanz über die notwendige Rohstoffversorgung gleichzeitig Maßnahmen zu erörtern, wie diese Versorgung gesichert werden kann.

Von 1970 auf 1977 haben die EG-Imperialisten ihre Importe an mineralischen Rohstoffen aus den Ländern der Dritten Welt versiebenfacht. Der Schwerpunkt des Außenhandels der EG-Imperialisten mit der Dritten Welt ist auf die Länder Afrikas und des Nahen Ostens konzentriert. 90% dieses Außenhandels wird auf dem Seeweg, vor allem um das Kap der Guten Hoffnung, abgewickelt. 1977 mußte die EG insgesamt 485 Mio. t Rohöl, das sind 92% des gesamten Brutto-Ölverbrauchs, vor allem aus den Ländern des Mittleren Ostens, importieren. Die Passage durch den Suez-Kanal ist nur mit kleineren Schiffen möglich und erfordert zudem die Zahlung hoher Kanalgebühren; bei einer wachsenden Zahl von Frachtschiffen mit hoher Tonnage stieg die Notwendigkeit, die Rohölimporte über den Indischen Ozean um das Kap der Guten Hoffnung und den Atlantik nach Europa zu transportieren. Heute werden 90% der westeuropäischen Rohölimporte aus dem Mittleren Osten um das Kap der Guten Hoffnung verschifft; täglich passieren durchschnittlich 270 Schiffe mit 1,5 Mio. Bruttoregistertonnen das Kap in Richtung Europa.

Die EG-Imperialisten sind bei allen strategischen Rohstoffen zu fast 100% von Importen abhängig. Dies gilt vor allem für die Rohstoffe Mangan, Chrom, Kobalt, Vanadium und Titan,

schen Rohstoffen aus den Ländern der Dritten Welt versiebenfacht. Der Schwerpunkt des Außenhandels der EG-Imperialisten mit der Dritten Welt ist auf die Länder Afrikas und des Nahen Ostens konzentriert. 90% dieses Außenhandels wird auf dem Seeweg, vor allem um das Kap der Guten Hoffnung, abgewickelt. 1977 mußte die EG insgesamt 485 Mio. t Rohöl, das sind 92% des gesamten Brutto-Ölverbrauchs, vor allem aus den Ländern des Mittleren Ostens, importieren. Die Passage durch den Suez-Kanal ist nur mit kleineren Schiffen möglich und erfordert zudem die Zahlung hoher Kanalgebühren; bei einer wachsenden Zahl von Frachtschiffen mit hoher Tonnage stieg die Notwendigkeit, die Rohölimporte über den Indischen Ozean um das Kap der Guten Hoffnung und den Atlantik nach Europa zu transportieren. Heute werden 90% der westeuropäischen Rohölimporte aus dem Mittleren Osten um das Kap der Guten Hoffnung verschifft; täglich passieren durchschnittlich 270 Schiffe mit 1,5 Mio. Bruttoregistertonnen das Kap in Richtung Europa.

Die EG-Imperialisten sind bei allen strategischen Rohstoffen zu fast 100% von Importen abhängig. Dies gilt vor allem für die Rohstoffe Mangan, Chrom, Kobalt, Vanadium und Titan,
von denen bedeutende Reserven in den Ländern im südlichen Afrika lagern, und die für die Stahlveredelung insbesondere im Flugzeug- und Raketenbau unentbehrlich sind. Auch sie werden fast ausschließlich auf dem Seeweg über die Kap-Route transportiert. Der Schutz und die Sicherung dieser Seeverbindung ist also für die EG-Imperialisten lebenswichtig.

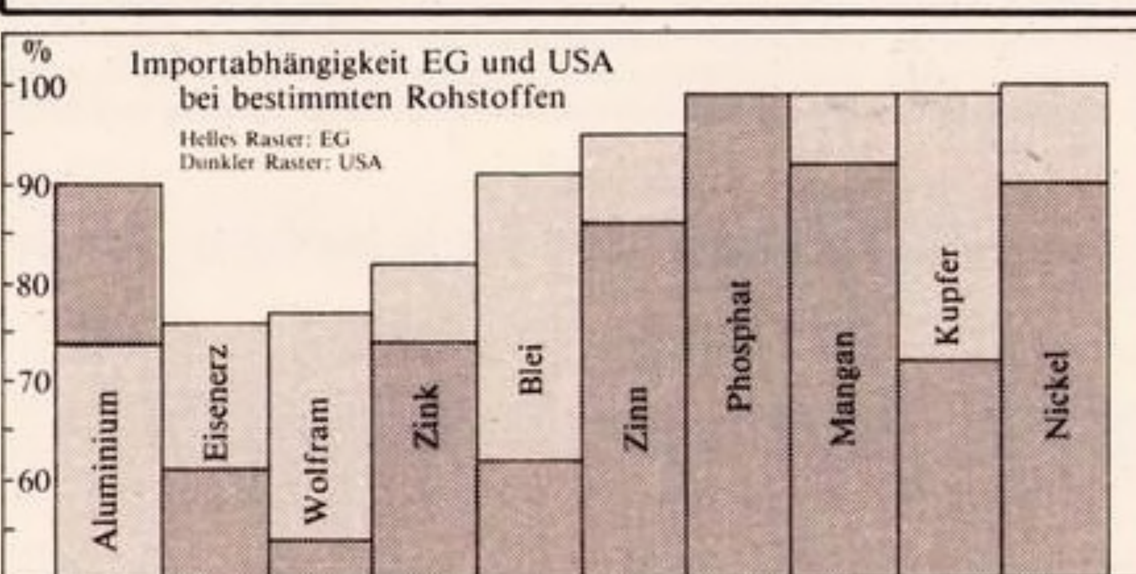
Die Völker Afrikas haben die alten europäischen Kolonialmächte vertrieben. Lediglich Frankreich verfügt noch über Stützpunkte auf den Inseln Réunion, Mayotte, Crozet und Kerguelen im südlichen Teil des Indischen Ozeans. Großbritannien hat seinen Stützpunkt Diego Garcia mitten im Indischen Ozean an die US-Imperialisten verpachtet. Auf sich allein gestellt sind die einzelnen europäischen Imperialisten nicht in der Lage, ihre strategische Rohstoffzufuhr zu sichern. In zunehmendem Maße machen sich die Sozialimperialisten an den Knotenpunkten der Schiffahrtsverbindungen zwischen dem Persischen Golf und Westeuropa fest und bauen insbesondere in diesem Planjahrfünft ihre Seekriegsflotte zügig aus. Für sie ist die Beherrschung und Kappung der Rohstoffzufuhren aus Afrika und dem Mittleren Osten nach Westeuropa ein bedeutendes Faustpfand für den Krieg um die Weltherrschaft.

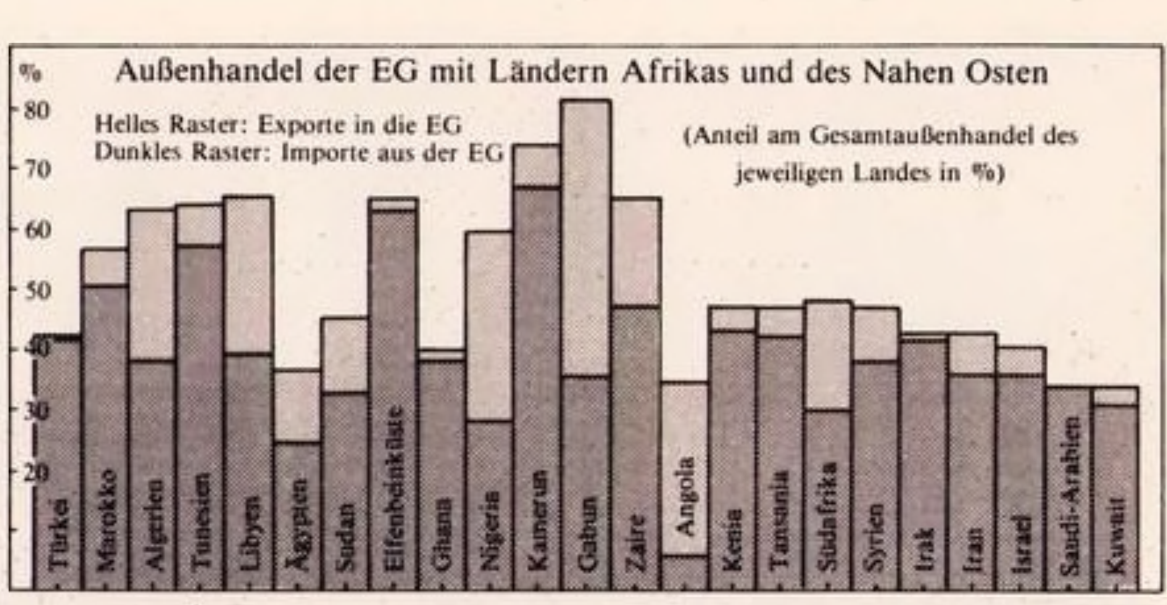
In ihrem Antrag an das Europaparlament bedauerte die Europäische Volkspartei zutiefst, daß die von der NATO „abgesicherte Interventionszone südlich des Wendekreises des Krebses aufhört“. Die Ausdehnung dieses Wirkungsbereiches bis über das Kap hinaus ist angestrebtes Ziel der in der NATO zusammengeschlossenen impe-

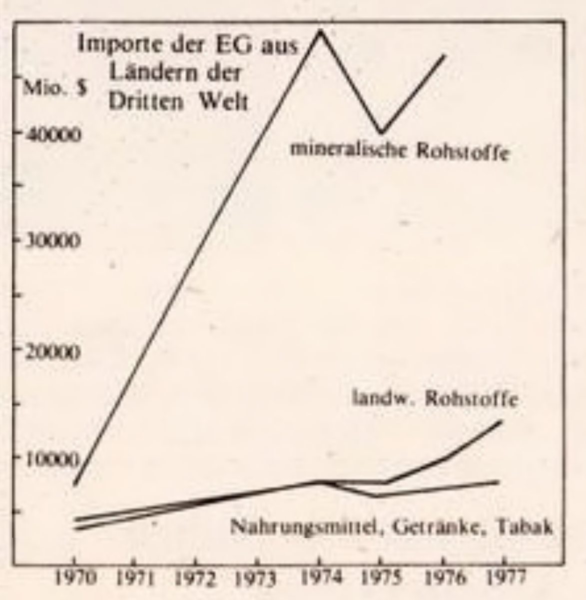
Die Völker Afrikas haben die alten europäischen Kolonialmächte vertrieben. Lediglich Frankreich verfügt noch über Stützpunkte auf den Inseln Réunion, Mayotte, Crozet und Kerguelen im südlichen Teil des Indischen Ozeans. Großbritannien hat seinen Stützpunkt Diego Garcia mitten im Indischen Ozean an die US-Imperialisten verpachtet. Auf sich allein gestellt sind die einzelnen europäischen Imperialisten nicht in der Lage, ihre strategische Rohstoffzufuhr zu sichern. In zunehmendem Maße machen sich die Sozialimperialisten an den Knotenpunkten der Schiffahrtsverbindungen zwischen dem Persischen Golf und Westeuropa fest und bauen insbesondere in diesem Planjahrfünft ihre Seekriegsflotte zügig aus. Für sie ist die Beherrschung und Kappung der Rohstoffzufuhren aus Afrika und dem Mittleren Osten nach Westeuropa ein bedeutendes Faustpfand für den Krieg um die Weltherrschaft.

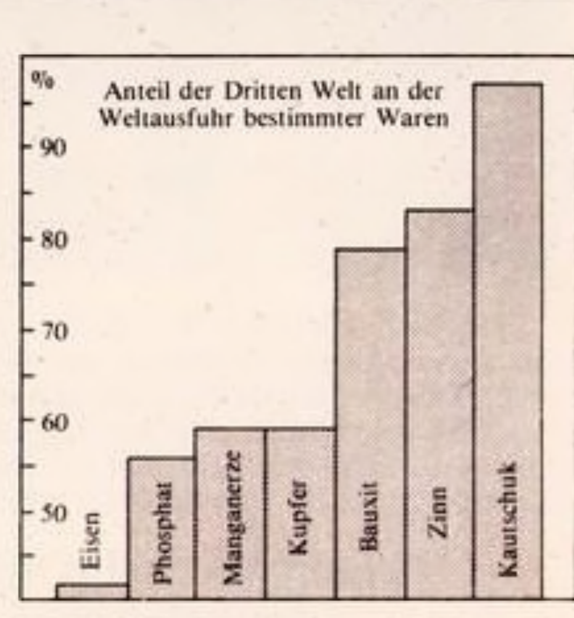
In ihrem Antrag an das Europaparlament bedauerte die Europäische Volkspartei zutiefst, daß die von der NATO „abgesicherte Interventionszone südlich des Wendekreises des Krebses aufhört“. Die Ausdehnung dieses Wirkungsbereiches bis über das Kap hinaus ist angestrebtes Ziel der in der NATO zusammengeschlossenen impe-
rialistischen Mächte. Die im Europaparlament andauernde Debatte über die Konzentrierung der Flotten der westeuropäischen Mächte dient der Ausdehnung ihres eigenen Einflußbereiches zwecks Garantie der billigen Rohstoffzufuhr. Die Frage, wer bei diesem Vorhaben das Kommando führt, wird nicht ohne heftigen Streit entschieden werden.

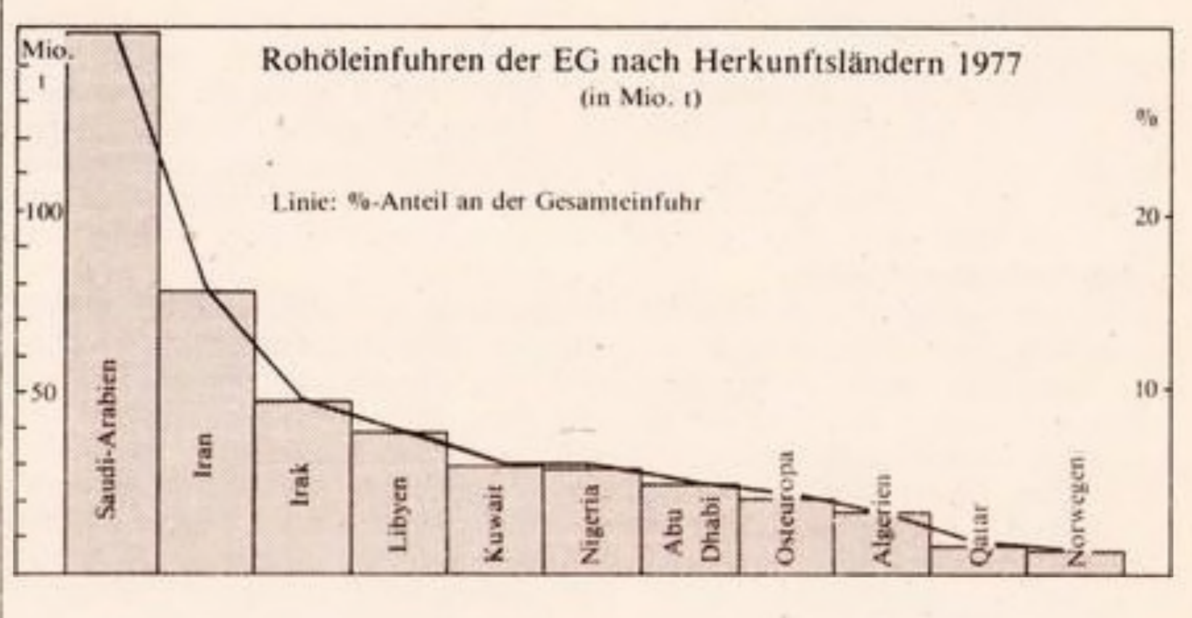


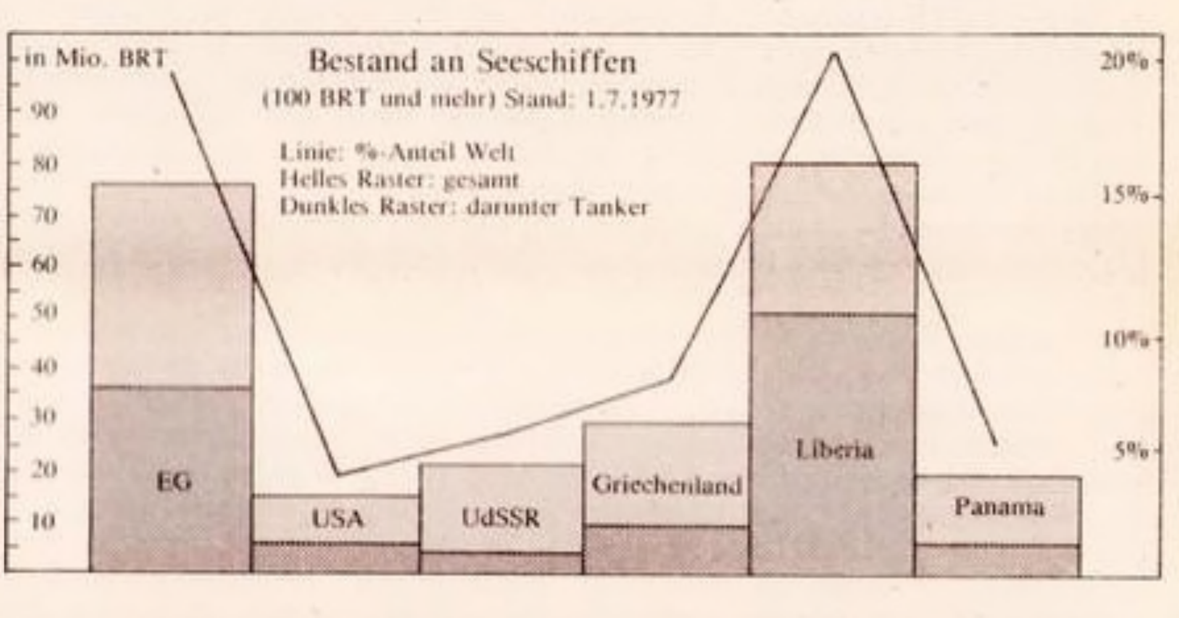


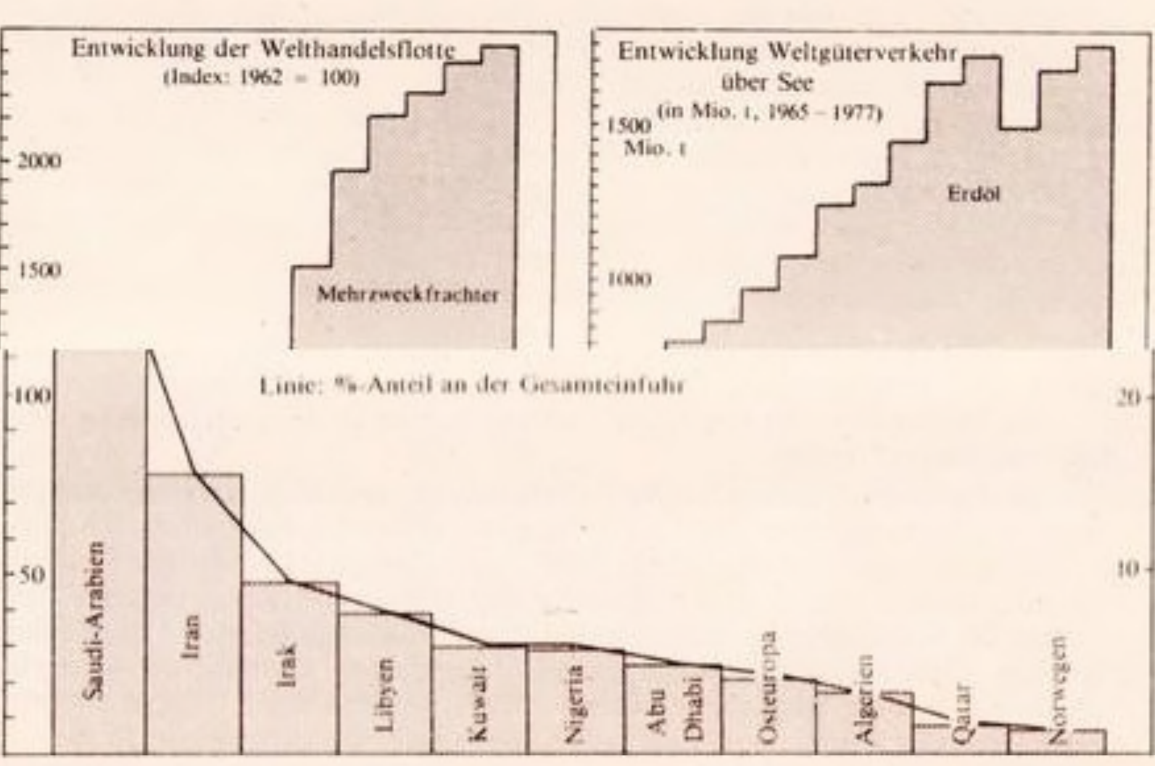


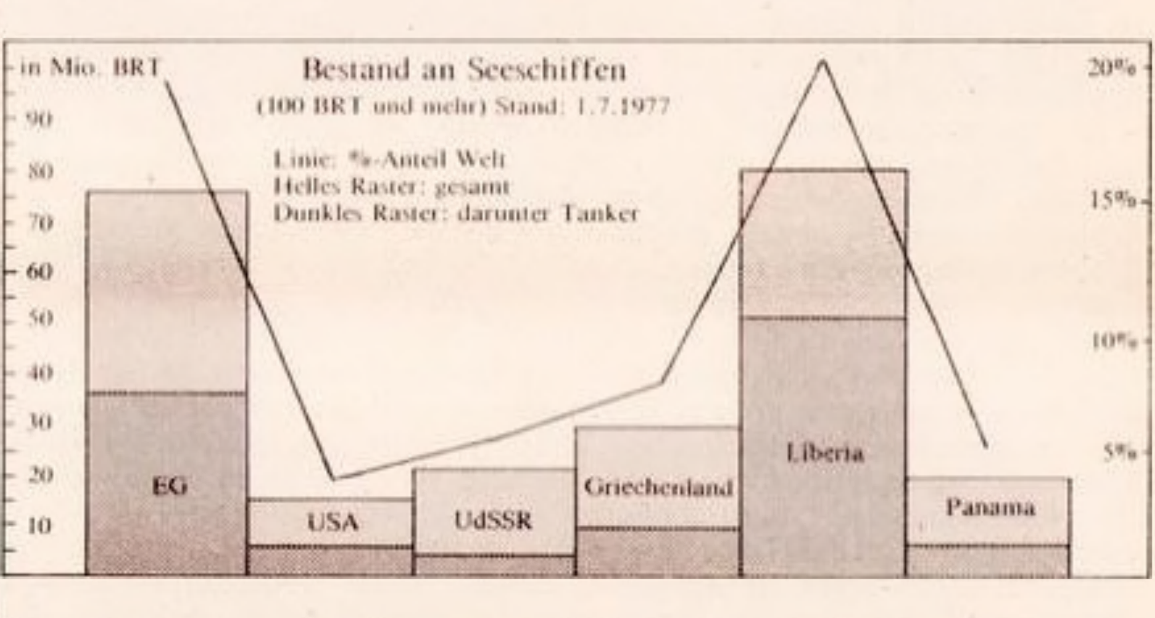


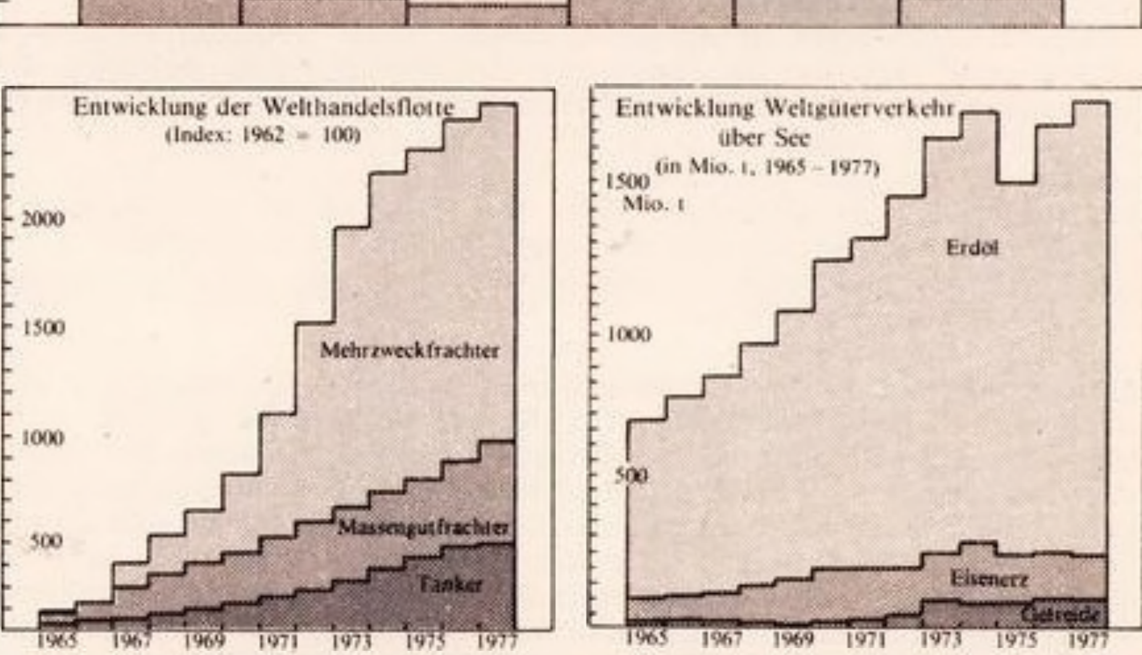












Quellen: (1,2) Europa – Dritte Welt, gegenseitige Abhängigkeit, hrsg. Kommission der EG, 1979; (3) UNO Statistical Yearbook 1978; (4) Bulletin der EG-Kommission, 1/79; (5) Eurostat 1979; (6,7) ifo-Schnelldienst, 32/79; (8) Eurostat 1979

---

stützung beim Aufbau der nationalen Wirtschaft Zimbabwes ein Hilfsprogramm angekündigt. Das afrikanische OPEC-Land wird Öl zu Vorzugsbedingungen liefern und mit allein 17 Mio. Dollar die Ausbildung afrikanischer Facharbeiter unterstützen. Zum Vergleich: Die westdeutschen Imperialisten wollen von ihren angekündigten 20 Mio. Dollar „Aufbauhilfe“ nur 3 Mio. als Zuschuß gewähren, der Rest sind Kredite. Nigeria hat den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt. Die BRD-Imperialisten haben ihn von Anfang an bekämpft und mit an der Plünderung des Landes profitiert. Dafür sind Reparationen fällig.

Zwangsauktion von Eigenheimen in Dänemark verdoppelt

z.bag.Aarhus. Die Statistik des Bezirks Aarhus berichtet, daß im ersten Quartal dieses Jahres die Zahl der Zwangsauktionen von Eigenheimen gegenüber dem Vorjahr um 58% stieg. Die Wohnungs- und Steuerpolitik der Regierung hat inzwischen gut die Hälfte der Lohnabhängigen zum Kauf von Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäusern gezwungen. Mit inflationär steigenden Grundstückspreisen wurden die Hausbesitzer zum Rausschmiß der Mieter und zum Verkauf der Wohnungen ermuntert; mit Steuererleichterungen durch möglichst hohe Verschuldung wurden die Volksmassen zum Kauf von Wohnungen und Häusern gelockt. Kassiert haben die Haus- und Grundstücksbesitzer, die Makler und die Banken. Letztere nehmen zur Zeit 15% auf Wohnungskredite, und ohne Kredite schafft man es nicht. Um die Zahlungstermine zu erfüllen, schließt man meist einen Vertrag mit der Bank, die dann einen Teil des Lohns einbehält. Sinkt der Reallohn, das heißt, braucht man mehr Geld für Essen, Kleidung usw., kann man die Termine nicht mehr erfüllen und die Zwangsversteigerung ist da. Aber das ist nicht das Ende des Elends, sondern nur eine weitere Verschlimmerung. Denn die Alternative: Mietwohnung gibt es in der Regel nicht, man muß sich also mit neuen Krediten von einer anderen Bank ausplündern lassen, oder sich der Sozialhilfe unterwerfen. Das neueste Krisenprogramm der Regierung sieht unter anderem eine Erhöhung der Steuern auf festes Eigentum, d.h. auch auf Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen vor. Kommt das durch, wird die jetzige Welle der Zwangsauktionen noch weiter anschwellen.

KPCh und PCI nehmen Parteibeziehungen wieder auf

z.ulg.Rom. Auf Einladung des ZK der KP Chinas hat eine Delegation der revisionistischen PCI unter Leitung Berlinguers vom 14. bis 22. April die Volksrepublik China besucht. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien waren seit der Polemik über die Generallinie in der internationalen kommunistischen Bewegung Anfang der 60er Jahre unterbrochen gewesen. Auf einer abschließenden Pressekonferenz erklärte Berlinguer, daß in einigen Fragen, wie der Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege und der Einschätzung der Sowjetunion, weiterhin tiefgreifende Differenzen bestehen. Genosse Hua Guofeng erklärte bei der Begrüßung der italienischen Delegation u.a.: „Die PCI ... nimmt wegen ihrer unabhängigen politischen Position und ihrer langen Arbeit für die große Solidarität der internationalen Arbeiterklasse einen wichtigen Platz in der internationalen kommunistischen Bewegung ein ... Wir schätzen und bewundern den Geist, in dem die PCI mit Festigkeit eine Linie der Unabhängigkeit und Selbständigkeit verfolgt und sich mit Energie in der Suche nach einem Weg zum Sozialismus engagiert.“ Die Wiederaufnahme der Parteibeziehungen erfolge „auf der Grundlage der vollständigen Gleichheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des gegenseitigen Respekts.“

Westliche Bankiers verhandeln über Umschuldung in Warschau

z.hot. In der vergangenen Woche fanden sich Vertreter westeuropäischer und amerikanischer Banken, darunter auch der Bank für Gemeinwirtschaft, in Warschau ein, um sich von den polnischen Revisionisten „einen Überblick über die wirtschaftliche Lage“ des Landes geben zu lassen. Die Bankiers wollen sich Gewißheit verschaffen über den zügigen Rückfluß ihres in Polen in Form von Krediten angelegten Kapitals. Polen will mit einer Anleihe von 1 Mrd. $ an den Euro-Dollar-Markt gehen. Das Land hat bereits eine Auslandsverschuldung von 18,5 Mrd. $, und muß davon 5,8 Mrd. $ in diesem Jahr zurückzahlen, zuzüglich 1,8 Mrd $ Zinsen. Die Schulden sollen durch forcierten Export abgetragen werden. Für dieses Jahr hofft man auf einen Exportüberschuß von 2 Mrd. $, sowie andere Deviseneinnahmen von zwei Mrd. $, so daß eine Lücke von nicht weniger als 3,6 Mrd. $ klafft. – Die Sozialimperialisten betrachten Polens Verstrickung in westliche Kreditfänge mit Mißtrauen. Nachdem sie, hauptsächlich durch Preissteigerungen gegenüber ihren RGW-Partnern, ihr eigenes Schuldenkonto etwas abtragen konnten, tauchen jetzt Berichte auf, wonach die SU eine Mrd. $ bei den westlichen Imperialisten aufgenommen (zu ¾ % niedrigeren Zinsen als Polen) und das Geld an Polen vergeben hat. Gleichzeitig wird gemeldet, daß Polen insgesamt drei Mrd. $ erhalten hat, höchstwahrscheinlich vom RGW. So nutzen die Sozialimperialisten Polens Notlage aus und kaufen ihren westlichen Konkurrenten ein Stück Kontrolle über Polen wieder ab.







„. . . . in seinen (Belgiens) Kohlegruben und Metallminen werden Arbeiter beider Geschlechter und von jeder Altersstufe mit vollkommener ‚Freiheit' für jede Zeitdauer und Zeitperiode konsumiert. Auf je 1000 darin beschäftigte Personen kommen 733 Männer, 88 Weiber, 135 Jungen und 44 Mädchen unter 16 Jahren . . ." (Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 316) Die Arbeiter von Trieu-Kaisin standen oft an der Spitze von Streiks für Lohn und politische Rechte. – Das Wahlrecht besaß um 1900 nur der, der eine bestimmte Höhe an Steuern zahlte; die belgische Arbeiterklasse blieb ausgeschlossen. 1887 gab es die ersten Demonstrationen und Streiks für das allgemeine Wahlrecht. Zwei Generalstreiks, 1893 (Bild, Kundgebung in Gent) und 1902 waren nötig, ehe die Arbeiterklasse das allgemeine Wahlrecht erzwang. – Während der ganzen Zeit der Besatzung bekämpfte die belgische Arbeiterklasse die Faschisten mit Sabotage in den Fabriken, Streiks und bewaffneten Aktionen der Partisanen. Unmittelbar nach der Befreiung nahmen die Alliierten den Hafen in Antwerpen unter ihren Befehl. Januar 1945: Die Hafenarbeiter streiken für höhere Zuteilung von Lebensmitteln und eine Gefahrenzulage.

Hindernisse beim Kampf um die Einheit der belgischen Arbeiterklasse

z.scc. Als die belgische Regierung Ende letzten Jahres ihr kostendämpfendes, lohnraubendes, steuertreibendes „Rahmengesetz" verabschiedete, rief der „Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund" ABVV/FGTB zu einem 24stündigen Generalstreik auf. Die Führung des „Allgemeinen Christlichen Geewerkschaftsbundes" ACV/CSC weigerte sich, die Streikfront zu verstärken. In Wallonien streikten die Lohnabhängigen fast geschlossen, in Flandern blieben die Streikenden in der Minderheit. Die Regierung Martens konnte an die Durchsetzung ihres „Rahmengesetzes" gehen.

Nur in ganz wenigen Ländern hat die Arbeiterklasse einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad erreicht als in Belgien: Mehr als 2,4 der knapp 3 Millionen Lohnabhängigen, damit über 80%, sind Gewerkschaftsmitglied. Doch gleichzeitig hemmt eine doppelte Spaltung die Arbeiterbewegung, ihre Kraft zu entfalten: die Spaltung in wesentlich zwei Gewerkschaftsbünde, den Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen Christlichen Gewerkschaftsbund, und die Spaltung in einen wallonischen und einen flämischen Teil. Unselig überlagern und verstärken sich diese beiden Spaltungslinien: Während sich die überwiegende Mehrzahl der wallonischen Lohnabhängigen traditionell im ABVV/FGTB organisiert, konnten die einst von Pfaffen mit päpstlichem Segen gegen die Organisationen der Arbeiterklasse gegründeten christlichen Verbände vor allem in Flandern Fuß fassen und in der Folgezeit die in die Gewerkschaftsbewegung strömenden flämischen Arbeiter weitgehend auffangen; über zwei Drittel sind hier im ACV/CSC organisiert. Weiter: Während der ABVV/-FGTB in Wallonien die „christlichen" Lohnabhängigen oftmals in die Einheitsfront hineinzuziehen vermag, gelingt es den mit der „Christlichen Volkspartei" Tindemans' eng verfilzten flämischen ACV/CSC-Führern ein ums andere Mal zu spalten.

Die Bourgeois wissen zu danken. Nicht nur für die jeweils direkte Schützenhilfe. Fast alle ihre großen „Krisenprogramme" haben sie in den letzten 20 Jahren auf diese Weise durchsetzen können. Und noch jedesmal beeilten sich ganz besonders „progressive", „sozialistische" Politiker, unter den erbitterten wallonischen Lohnabhängigen nationale und politische Vorurteile gegen die vermeintliche „Rückständigkeit" ihrer flämischen Klassenbrüder zu pflanzen. Oft genug haben sich die ABVV/FGTB-Führer darauf eingelassen. So z.B. nach der Niederlage im Kampf gegen das sogenannte „Einheitsgesetz" 1960: Auf die letztlich „erfolgreiche" Sabotage der christlichen Gewerkschaftsführer antwortete der vormalige ABVV/FGTB-Vorsitzende Renard mit dem Versuch, die wallonischen Lohnabhängigen „autonom" in der „Wallonischen Volksbewegung" MPW zu organisieren, die nebst „Sozialismus" den Föderalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die Gründung der MPW riß tiefe Gräben zwischen „Wallonen" und „Flamen" gerade auch quer durch den ABVV/FGTB auf; in Flandern verlor er Mitglieder und Einfluß – und der ACV/CSC konnte auf lange Sicht zur stärksten Gewerkschaft werden.

Was ist die Grundlage, auf der diese Spaltungen überhaupt wirken können? Gemeinsam hatten 1830 die wallonischen und flämischen Volksmassen den Aufstand gegen die niederländische Herrschaft organisiert und die nationale Unab-

streikten die Lohnabhängigen fast geschlossen, in Flandern blieben die Streikenden in der Minderheit. Die Regierung Martens konnte an die Durchsetzung ihres „Rahmengesetzes" gehen.

Nur in ganz wenigen Ländern hat die Arbeiterklasse einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad erreicht als in Belgien: Mehr als 2,4 der knapp 3 Millionen Lohnabhängigen, damit über 80%, sind Gewerkschaftsmitglied. Doch gleichzeitig hemmt eine doppelte Spaltung die Arbeiterbewegung, ihre Kraft zu entfalten: die Spaltung in wesentlich zwei Gewerkschaftsbünde, den Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen Christlichen Gewerkschaftsbund, und die Spaltung in einen wallonischen und einen flämischen Teil. Unselig überlagern und verstärken sich diese beiden Spaltungslinien: Während sich die überwiegende Mehrzahl der wallonischen Lohnabhängigen traditionell im ABVV/FGTB organisiert, konnten die einst von Pfaffen mit päpstlichem Segen gegen die Organisationen der Arbeiterklasse gegründeten christlichen Verbände vor allem in Flandern Fuß fassen und in der Folgezeit die in die Gewerkschaftsbewegung strömenden flämischen Arbeiter weitgehend auffangen; über zwei Drittel sind hier im ACV/CSC organisiert. Weiter: Während der ABVV/-FGTB in Wallonien die „christlichen" Lohnabhängigen oftmals in die Einheitsfront hineinzuziehen vermag, gelingt es den mit der „Christlichen Volkspartei" Tindemans' eng verfilzten flämischen ACV/CSC-Führern ein ums andere Mal zu spalten.

Die Bourgeois wissen zu danken. Nicht nur für die jeweils direkte Schützenhilfe. Fast alle ihre großen „Krisenprogramme" haben sie in den letzten 20 Jahren auf diese Weise durchsetzen können. Und noch jedesmal beeilten sich ganz besonders „progressive", „sozialistische" Politiker, unter den erbitterten wallonischen Lohnabhängigen nationale und politische Vorurteile gegen die vermeintliche „Rückständigkeit" ihrer flämischen Klassenbrüder zu pflanzen. Oft genug haben sich die ABVV/FGTB-Führer darauf eingelassen. So z.B. nach der Niederlage im Kampf gegen das sogenannte „Einheitsgesetz" 1960: Auf die letztlich „erfolgreiche" Sabotage der christlichen Gewerkschaftsführer antwortete der vormalige ABVV/FGTB-Vorsitzende Renard mit dem Versuch, die wallonischen Lohnabhängigen „autonom" in der „Wallonischen Volksbewegung" MPW zu organisieren, die nebst „Sozialismus" den Föderalismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die Gründung der MPW riß tiefe Gräben zwischen „Wallonen" und „Flamen" gerade auch quer durch den ABVV/FGTB auf; in Flandern verlor er Mitglieder und Einfluß – und der ACV/CSC konnte auf lange Sicht zur stärksten Gewerkschaft werden.

Was ist die Grundlage, auf der diese Spaltungen überhaupt wirken können? Gemeinsam hatten 1830 die wallonischen und flämischen Volksmassen den Aufstand gegen die niederländische Herrschaft organisiert und die nationale Unab-

hängigkeit Belgiens erkämpft. Damals brach sich die kapitalistische Produktion stürmisch Bahn. Zentrum war, neben der bedeutenden Textilindustrie in und um Gent, vor allem der Kohlebergbau und die auf seiner Grundlage aufblühende Schwerindustrie Walloniens. Früh entstand hier ein durch die große Industrie hochorganisiertes, rasch anwachsendes Industrieproletariat, das sich in zahllosen Kämpfen gegen die Bourgeoisie schulte und auf lange Jahrzehnte den Kern der belgischen Arbeiterbewegung bildete.

Demgegenüber hielt die ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus weite Gebiete Flanderns lange in Rückständigkeit, das Proletariat war hier, von den Zentren der Textilindustrie abgesehen, schwach und zersplittert. Das ist die eine, aber nicht die einzige Ursache für den großen Einfluß der Kirche auf die Volksmassen Flanderns. Noch unter niederländischer Herrschaft wurde mit der Entwicklung des Kapitalismus die „Weltsprache" Französisch zur Sprache von weitgehend pro-holländischem Adel und aufkommender Bourgeoisie Flanderns. Die „Sprachenfrage" wurde zum Bestandteil der sozialen Frage, des Klassengegensatzes zwischen Grundherrn und Bauern, Bourgeoisie und Proletariat in Flandern. Die gegen die niederländische Herrschaft kämpfenden Volksmassen sprachen ausschließlich flämisch. Bis heute verfolgt die belgische Bourgeoisie, die flämische Kultur und Sprache mit Verachtung und Haß. Ihre erste Maßnahme nach der Machtergreifung bestand darin, Französisch zur alleinigen Amtssprache zu erklären. Flämisch sprachen außer den Volksmassen sonst nur noch die Pfaffen, teils notgedrungen, teils, um die Unabhängigkeitsbestrebungen zur Stärkung der katholischen Kirche gegenüber dem niederländischen Calvinismus zu nutzen. Die kulturelle Unterdrückung stärkte ihren Einfluß auf die flämischen Volksmassen und damit letztlich die Herrschaft der Bourgeoisie.

Natürlich wirken die von den Bourgeois gezüchteten Vorurteile auch in die Arbeiterbewegung. Aber nur schwach und keineswegs maßgeblich für die existierenden Spaltungslinien. Was dann? Mit Wucht verschob sich nach dem Zweiten Weltkrieg das industrielle Zentrum nach Flandern. Durch die fortschreitende Kapitalisierung der Landwirtschaft Flanderns wurden Zehntausende Bauern auf den Arbeitsmarkt geschleudert, wo sie zunächst die Konkurrenz verstärkten. Vor allem ausländisches Kapital fand in der günstigen Lage, dem großen Arbeitskräftereservoir und dem niedrigen Lohnstandard optimale Anlagebedingungen und strömte massenhaft ein. Gleichzeitig verödeten in Folge der gewaltsamen Ruinierung des Kohlebergbaus und der anhaltenden Krise in der Stahlindustrie ganze Gebiete Walloniens. Entwertung der Arbeitskraft, Massenarbeitslosigkeit wurden zur alltäglichen Erfahrung der wallonischen Arbeiter.

Unter diesen Bedingungen verschärfter Konkurrenz unter der Arbeiterklasse wirken „flämisch"-„wallonische" Widersprüche erschwerend, mehr nicht. Erschwerend wirken sie beim Kampf um die gewerkschaftliche und politische Einheit der belgischen Arbeiterklasse, um die es geht und die der ABVV/FGTB in seinem 1. Mai-Aufruf mit allen Einschränkungen als ausdrückliche Aufgabe auch festhält.

Aufgaben der belgischen Arbeiterbewegung

Forderungen des ABVV/FGTB zum 1. Mai 1980

z.scc.Brüssel. „Es ist wahr, Belgien lebt zur Zeit über seine Verhältnisse", schreibt der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB in seinem 1. Mai-Aufruf 1980. Und auch wenn er fortfährt: „Aber das gilt nicht für alle Belgier, und sicher gilt es weder für die Sozialleistungsempfänger noch für die Arbeiter im allgemeinen", bleibt er doch zumindest beschönigend.

Für zahlreiche Betriebe und Bereiche sind die Tarifverträge, oft für zwei Jahre, abgeschlossen. Mit Bruttolohnerhöhungen von meist um die 20 Pf. die Stunde zusätzlich zum „Lohnindex" setzen die Kapitalisten die seit mindestens 1975 dauernden Lohnsenkungen – teilweise Reallohnsenkungen – fort. Lag der durchschnittliche Bruttolohn in Belgien, über die „Kaufkraft" verglichen, 1975 noch um gut 4% über dem in der BRD, so ist er vier Jahre später auf westdeutsches Niveau gesunken. Was noch nichts über die Lohnentwicklung in Westdeutschland, aber schon verhältnismäßig viel über das zügige Tempo der Lohnsenkungen in Belgien aussagt. Selbst die amtlichen Statistiken können die absolute Verelendung der Arbeiterklasse nicht verbergen. Den üppig anschwellenden Konsum der Bourgeois eingerechnet, sanken von 1976 auf 1977 die gesamten realen Ausgaben für Nahrungsmittel um 1,0%, für Kleidung und persönlichen Bedarf um 0,5%. Zwar stiegen die Gesamtausgaben für „privaten Konsum" noch an; die Steigerung wurde jedoch weitgehend durch die erhöhten Ausgaben für den Transport der Arbeitskraft (plus 4,7%) und für die gesundheitliche Versorgung (plus 6,6%) abgedeckt.

Welche Schlußfolgerungen zieht der ABVV/FGTB in seinem 1. Mai-Aufruf? Er setzt zum Ziel, „die erreichte Kaufkraft durch eine adäquate Preispolitik, durch die Erhaltung der automatischen Bindung der Löhne und Sozialleistungen (an die Preissteigerungsrate, d. Red.) ohne Manipulation, durch eine Indexierung des Steuertarifs zu sichern."

Erreichte Kaufkraft? Das ist wenig. Wenn bereits die steigenden allernotwendigsten Ausgaben für die Reparatur der Arbeitskraft, für die Gesundheitsversorgung, nur mit der Einschränkung des Lebensmittelkonsums bezahlt werden können! Erst recht reicht der Lohn nicht aus, um die durch Intensivierung der Arbeit und wachsenden Verschleiß *ausgedehnten* Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterbevölkerung zu befriedigen. Sind nicht gerade die real ansteigenden Ausgaben für die von der Krankenversicherung nur teilweise gedeckte Gesundheitsversorgung Zeugnis dieses Verschleißes bei mangelndem Ausgleich? In den letzten Jahren ist die „Sterbehäufigkeit" (Anzahl der Sterbefälle auf 1000 Einwohner) bereits über den Durchschnitt der 50er Jahre gestiegen, und vor allem wächst absolut und im Verhältnis zu den Überlebenden die Zahl der Arbeiter, die gerade noch das Rentenalter erreichen, um dann, frühzeitig ruiniert, wegzusterben. Schon beginnt sich in den mittleren Altersgruppen zwischen 40 und 50 die Tendenz zu höherer „Sterbehäufigkeit" abzuzeichnen. Während auf der anderen Seite die Bourgeois älter werden denn je.

Die ins Maßlose gesteigerte Intensität der Arbeit hat die Arbeiterbewegung die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden auf die Tagesordnung setzen lassen. Tatsächlich ist die Bewegung für diese Forderung kraftvoll und haben die Gewerkschaften in zahlreichen Branchen eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Wochenstunden oder weniger tarifvertraglich, wenngleich nicht gesetzlich und ohne Verbot der Überstunden, durchsetzen können. Nur: Jahrelang haben die Gewerkschaftsführer auf der Lohnseite preisgegeben, was die Arbeiterklasse auf der Seite der Arbeitszeit gewonnen hat. Mit dem Ergebnis, daß die belgischen Finanzbourgeois sich in der Senkung der „Lohnstückkosten pro Produkteinheit" an vordere Stelle schieben konnten.

Daß die Gewerkschaftsführer diese Politik in der Arbeiterklasse durchsetzen konnten, hängt nicht zuletzt mit der zweifelhaften Errungenschaft der Lohnindexierung zusammen. Über einen begrenzten Zeitraum und gerade bei ansteigender und hoher Inflation mag es so scheinen, als könnten die Lohnabhängigen den betrügerischen Absichten der Kapitalisten ein Schnippchen schlagen. Auf längere Zeit gesehen nicht. Weit davon entfernt, auch nur die offiziellen Preissteigerungsraten auszugleichen – zahllos sind die Versuche der belgischen Bourgeoisie, durch Änderung des Warenkorbes, Ersetzung höherwertiger Waren gegen minderwertige, teurere gegen billige, die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten zu fälschen –, erschwert die Lohnindexierung den organisierten Lohnkampf erheblich.

Daß der ABVV/FGTB im Aufruf zum 1. Mai erneut nahelegt, die Festlegung des Preises der Arbeitskraft vornehmlich den staatlichen Rechenkünstlern zu überlassen, ist umso weniger einsichtig, als seit dem vergangenen Jahr die Lohnbewegung erstarkt und die Forderung nach ausreichenden Lohnerhöhungen für alle gleich an Boden gewinnt.

Das nämlich ist eine zweite schädliche Folge der Lohnindexierung: Bei jeweils 2% Preissteigerungen als *prozentuale* Erhöhung ausgezahlt, drückt sie

schreibt der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund ABVV/FGTB in seinem 1. Mai-Aufruf 1980. Und auch wenn er fortfährt: „Aber das gilt nicht für alle Belgier, und sicher gilt es weder für die Sozialleistungsempfänger noch für die Arbeiter im allgemeinen", bleibt er doch zumindest beschönigend.

Für zahlreiche Betriebe und Bereiche sind die Tarifverträge, oft für zwei Jahre, abgeschlossen. Mit Bruttolohnerhöhungen von meist um die 20 Pf. die Stunde zusätzlich zum „Lohnindex" setzen die Kapitalisten die seit mindestens 1975 dauernden Lohnsenkungen – teilweise Reallohnsenkungen – fort. Lag der durchschnittliche Bruttolohn in Belgien, über die „Kaufkraft" verglichen, 1975 noch um gut 4% über dem in der BRD, so ist er vier Jahre später auf westdeutsches Niveau gesunken. Was noch nichts über die Lohnentwicklung in Westdeutschland, aber schon verhältnismäßig viel über das zügige Tempo der Lohnsenkungen in Belgien aussagt. Selbst die amtlichen Statistiken können die absolute Verelendung der Arbeiterklasse nicht verbergen. Den üppig anschwellenden Konsum der Bourgeois eingerechnet, sanken von 1976 auf 1977 die gesamten realen Ausgaben für Nahrungsmittel um 1,0%, für Kleidung und persönlichen Bedarf um 0,5%. Zwar stiegen die Gesamtausgaben für „privaten Konsum" noch an; die Steigerung wurde jedoch weitgehend durch die erhöhten Ausgaben für den Transport

matischen Bindung der Löhne und Sozialleistungen (an die Preissteigerungsrate, d. Red.) ohne Manipulation, durch eine Indexierung des Steuertarifs zu sichern."

Erreichte Kaufkraft? Das ist wenig. Wenn bereits die steigenden allernotwendigsten Ausgaben für die Reparatur der Arbeitskraft, für die Gesundheitsversorgung, nur mit der Einschränkung des Lebensmittelkonsums bezahlt werden können! Erst recht reicht der Lohn nicht aus, um die durch Intensivierung der Arbeit und wachsenden Verschleiß *ausgedehnten* Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterbevölkerung zu befriedigen. Sind nicht gerade die real ansteigenden Ausgaben für die von der Krankenversicherung nur teilweise gedeckte Gesundheitsversorgung Zeugnis dieses Verschleißes bei mangelndem Ausgleich? In den letzten Jahren ist die „Sterbehäufigkeit" (Anzahl der Sterbefälle auf 1000 Einwohner) bereits über den Durchschnitt der 50er Jahre gestiegen, und vor allem wächst absolut und im Verhältnis zu den Überlebenden die Zahl der Arbeiter, die gerade noch das Rentenalter erreichen, um dann, frühzeitig ruiniert, wegzusterben. Schon beginnt sich in den mittleren Altersgruppen zwischen 40 und 50 die Tendenz zu höherer „Sterbehäufigkeit" abzuzeichnen. Während auf der anderen Seite die Bourgeois älter werden denn je.

Die ins Maßlose gesteigerte Intensität der Arbeit hat die Arbeiterbewegung die Forderung nach Verkürzung

ohne Verbot der Überstunden, durchsetzen können. Nur: Jahrelang haben die Gewerkschaftsführer auf der Lohnseite preisgegeben, was die Arbeiterklasse auf der Seite der Arbeitszeit gewonnen hat. Mit dem Ergebnis, daß die belgischen Finanzbourgeois sich in der Senkung der „Lohnstückkosten pro Produkteinheit" an vordere Stelle schieben konnten.

Daß die Gewerkschaftsführer diese Politik in der Arbeiterklasse durchsetzen konnten, hängt nicht zuletzt mit der zweifelhaften Errungenschaft der Lohnindexierung zusammen. Über einen begrenzten Zeitraum und gerade bei ansteigender und hoher Inflation mag es so scheinen, als könnten die Lohnabhängigen den betrügerischen Absichten der Kapitalisten ein Schnippchen schlagen. Auf längere Zeit gesehen nicht. Weit davon entfernt, auch nur die offiziellen Preissteigerungsraten auszugleichen – zahllos sind die Versuche der belgischen Bourgeoisie, durch Änderung des Warenkorbes, Ersetzung höherwertiger Waren gegen minderwertige, teurere gegen billige, die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten zu fälschen –, erschwert die Lohnindexierung den organisierten Lohnkampf erheblich.

Daß der ABVV/FGTB im Aufruf zum 1. Mai erneut nahelegt, die Festlegung des Preises der Arbeitskraft vornehmlich den staatlichen Rechenkünstlern zu überlassen, ist umso weniger einsichtig, als seit dem vergangenen Jahr die Lohnbewegung erstarkt und die Forderung nach ausreichenden

Von den Arbeitervereinigungen des 19. Jahrhunderts bis zur Gründung der Gewerkschaften

1830: Gegen die niederländische Herrschaft erhebt sich die belgische Arbeiterklasse zum Kampf für Unabhängigkeit. Die belgische Bourgeoisie, die den Kampf den Arbeitern überließ, kommt nach Erreichen der Unabhängigkeit aus ihren Winkeln hervor und reißt die Macht an sich. Zum „Dank" enthält sie der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte das Recht auf Koalitionsfreiheit vor, das in vielen spontanen Streiks von den Arbeitern beharrlich gefordert wird.

1857, 1859: Die ersten Vereinigungen der Arbeiter nach den Gesellenbünden sind in der Hauptsache Verbände zur gegenseitigen Unterstützung und Versicherungen, die direkt in den Kämpfen für mehr Lohn, Sicherung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft bei Krankheit entstanden. Die „Brüderlichen Weber" und die „Gesellschaft der Spinner" in Gent gehören zu den ersten, auf einzelne Fabriken beschränkten Gewerkschaften.

1862: Den vielen spontanen, aber zersplittert auf Fabrikebene geführten Kämpfen gegen die vollständige Rechtlosigkeit und gnadenlose Ausbeutung bringen die Kapitalisten immer wieder Niederlagen bei. Die Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiter über die einzelne Fabrik hinaus stellt sich dringend. In Gent schließen sich die Weber, Spinner und Metallarbeiter zum „Arbeiterverband" zusammen. In Brüssel wird der „Allgemeine Arbeiterverband" gegründet, in Antwerpen eine Vereinigung gleichen Namens.

1866: Der belgischen Bourgeoisie konnte das Recht abgerungen werden, daß die Arbeiter einer Fabrik von ihnen gewählte Delegationen mit Verhandlungen über den Lohn mit den Kapitalisten beauftragen.

1867, 1868: Noch immer gibt es keine einheitliche Organisation der Arbeiterklasse über die Gewerkschaften auf Fabrikebene hinaus; Ursache für die durchgängigen Niederlagen in den immer wieder aufflackernden Streiks der Kohlegrubenarbeiter in Charleroi für Lohnerhöhungen. Die Bourgeoisie läßt mehrfach auf die Arbeiter schießen.

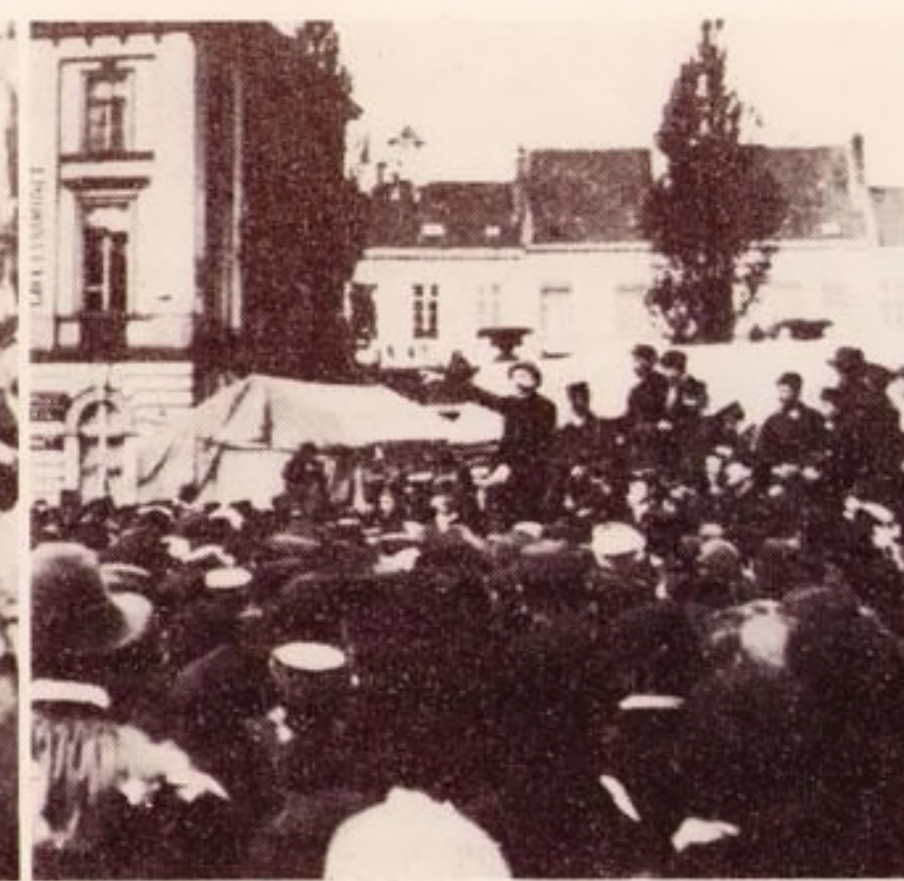
1871, 1872: Die belgische Arbeiterklasse erringt ihre ersten Erfolge. Nach fünf Monaten Streik können die Zimmerleute und Steinmetze in Brüssel Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Metallarbeiter in Vervier und Brüssel erkämpfen als erste gegen die Kapitalisten den 10-Stundentag.

1879: Die Organisierung der Arbeiterklasse schreitet voran. Durch einen Zusammenschluß der „Flämischen Sozialistischen Partei" und der „Sozialistischen Partei Brabant" wird die „Belgische Sozialistische Partei" gegründet. Die übergroße Mehrheit der Fabrikgewerkschaften stehen unter dem Einfluß dieser Partei oder werden direkt von ihr gegründet.

1885: 112 Delegierte, die 59 Arbeitervereinigungen repräsentieren, darunter 20 Fabrikgewerkschaften, die anderen Versicherungen und Kooperativen, schließen sich mit der „Belgischen Sozialistischen Partei" zur „Belgischen Arbeiterpartei" (BWP) zusammen.

1886: Die fortgeschrittene Organisierung der Arbeiterklasse als Partei ruft die Pfaffen auf den Plan. Zur Fesselung der erstarkenden Arbeiterbewegung, mit der päpstlichen Enzyklika „Rerum Novarum" im Rücken, gründen sie direkt gegen die sozialistischen Arbeitervereinigungen christliche; so in Gent den „Freien Baumwollarbei-







22.7.50, König Leopold, Faschisten-Kollaborateur, kehrte nach Belgien zurück. Schon vorher forderten die Arbeiter den Generalstreik (Bild). Ab 22. lag die gesamte wallonische Industrie still, ab 27. die Industriezentren Flanderns. Nur unter Einsatz aller Truppen, auch der belgischen Besatzertruppen in Westdeutschland, gelang die Niederwerfung. – 21.12.60, die Regierung Eyskens ließ ihr ,,Einheitsgesetz" vom Parlament absegnen. Durch massive Steuererhöhungen, Kostendämpfung im Gesundheitswesen etc. wollten die Bourgeois die Arbeiterklasse zusätzlich für die Kapitalisten und vor allem für ihren Krieg gegen das um Unabhängigkeit kämpfende zairische Volk bluten lassen. Am 21.11. bereits streikten in Lüttich 50000 Arbeiter und Angestellte, Handwerker und Ladenbesitzer schlossen ihre Geschäfte. Bis zum 20.12. breiteten sich die Streiks über ganz Wallonien und den größten Teil Flanderns aus. Wieder zogen die Bourgeois die belgischen Besatzungstruppen aus Westdeutschland ab, um die Fabriken und sämtliche strategischen Punkte zu besetzen. NATO-Offiziere wurden zur ,,Beratung" herangezogen. Massenverhaftungen waren an der Tagesordnung, die Bourgeois ließen schießen.

die unteren Lohngruppen weiter nach unten, in Bereiche, wo die Reproduktion zusammenbricht.

Die Lohnverteilung (s. Schaubild rechts) wurde auf Grundlage der nach Branchen, Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellten aufgegliederten *Durchschnitts*löhne errechnet und gibt daher nur einen abgeschwächten Eindruck vom Ausmaß der Niedriglohnzone. Die Darstellung reicht aus aufzuzeigen, daß diese Zone groß und v.a. in Flandern stark ausgeprägt ist. Sprunghaft hat hier im letzten Jahrzehnt der Anteil der Frauen, die durch Lohnarbeit zum Leben der Familie beitragen müssen, zugenommen, im ,,gebärfähigen" Alter liegt er bei 70–80%. Die Kehrseite: Obwohl die Kapitalisten mehr Arbeitskraft pro Familie einsaugen, reicht der Lohn immer weniger, ihre Reproduktion und schließlich die Reproduktion der Arbeiterklasse zu gewährleisten: Von 1950 auf 1977 sank die Zahl der Geburten auf 1000 Einwohner in Belgien von 16,7 auf 12,4, dabei in Flandern von 19,0 auf 12,7.

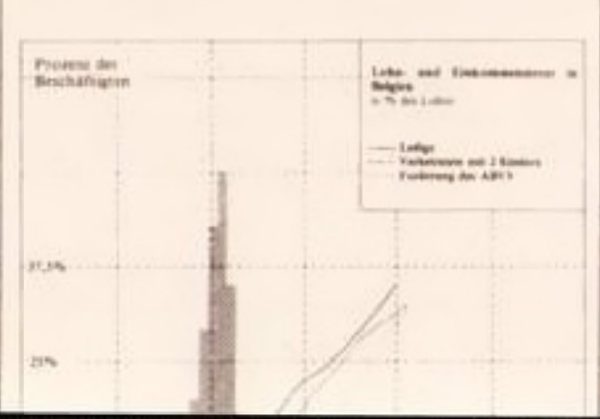
Es hat nach allem den Anschein, als habe der ABVV/FGTB gerade in diesem Bereich der Niedriglohngruppen gegenüber dem Christlichen Gewerkschaftsbund verloren. Nirgendwo nämlich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher als in den Gebieten mit starkem Anteil Frauenarbeit; gerade hier aber ist der ABVV/FGTB verhältnismäßig schwach. Das hat sicher verschiedene Gründe. Eine Taktik im Lohnkampf aber, die nicht die Existenz einer großen Niedriglohnzone berücksichtigt, nicht von der wirklichen absoluten Verelendung ausgeht, läßt christlich-sozialer Demagogie Einfallstore. Erst jetzt wieder haben auf ihrem Gewerkschaftskongreß die ACV/CSC-Führer die Dringlich-

Durchschnittslöhne errechnet und gibt daher nur einen abgeschwächten Eindruck vom Ausmaß der Niedriglohnzone. Die Darstellung reicht aus aufzuzeigen, daß diese Zone groß und v.a. in Flandern stark ausgeprägt ist. Sprunghaft hat hier im letzten Jahrzehnt der Anteil der Frauen, die durch Lohnarbeit zum Leben der Familie beitragen müssen, zugenommen, im ,,gebärfähigen" Alter liegt er bei 70–80%. Die Kehrseite: Obwohl die Kapitalisten mehr Arbeitskraft pro Familie einsaugen, reicht der Lohn immer weniger, ihre Reproduktion und schließlich die Reproduktion der Arbeiterklasse zu gewährleisten: Von 1950 auf 1977 sank die Zahl der Geburten auf 1000 Einwohner in Belgien von 16,7 auf 12,4, dabei in Flandern von 19,0 auf 12,7.

Es hat nach allem den Anschein, als habe der ABVV/FGTB gerade in diesem Bereich der Niedriglohngruppen gegenüber dem Christlichen Gewerkschaftsbund verloren. Nirgendwo nämlich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher als in den Gebieten mit starkem Anteil Frauenarbeit; gerade hier aber ist der ABVV/FGTB verhältnismäßig schwach. Das hat sicher verschiedene Gründe. Eine Taktik im Lohnkampf aber, die nicht die Existenz einer großen Niedriglohnzone berücksichtigt, nicht von der wirklichen absoluten Verelendung ausgeht, läßt christlich-sozialer Demagogie Einfallstore. Erst jetzt wieder haben auf ihrem Gewerkschaftskongreß die ACV/CSC-Führer die Dringlich-keit der ,,Solidarität" mit den ,,am meisten Benachteiligten" bekräftigt – um umso vehementer die Fortsetzung *allgemeiner* ,,Lohnmäßigung" zu verfechten.

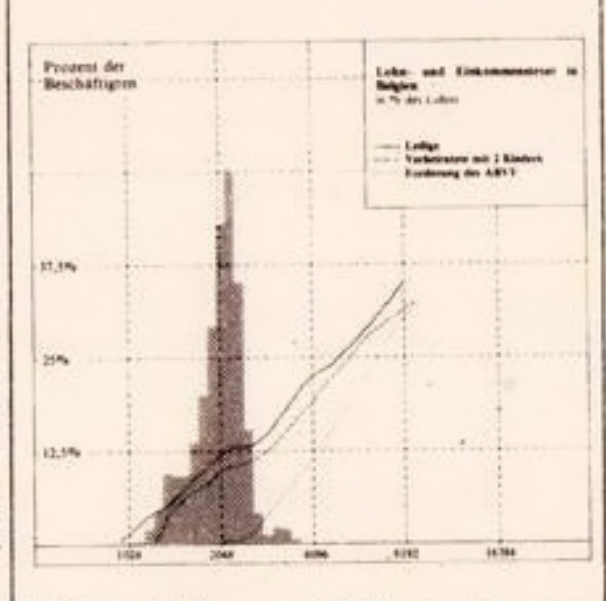
Die Forderungen des ABVV/FGTB im Mai-Aufruf gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat sind dagegen geeignet, den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu fördern. Neben der vollständigen Indexierung des Steuertarifs, die die Wirkung der Progression auf nur nominale Lohnerhöhungen liquidieren soll, fordert die Gewerkschaft die ,,Beendigung der Bestrafung der arbeitenden Frau", und zwar durch getrennte Besteuerung der doppelt arbeitenden Ehepaare.

Die belgische Bourgeoisie hat es zu einer Lohnsteuerabpressung gebracht, die selbst einen Matthöfer samt Vorgängern vor Neid erblassen lassen kann. Bei nur teilweiser Indexierung zieht sie die Steuerschraube von Jahr zu Jahr noch an. In der Wirkung entspricht die gewerkschaftliche Forderung nach vollständiger Indexierung der Forderung nach Steuerfreibetrag in einer festen Höhe des Durchschnittslohns. Nicht minder wichtig ist die Forderung nach getrennter Besteuerung von Mann und Frau. Aus der Not der Lohnabhängigen zieht der bürgerliche Staatsapparat noch Milliarden! 17 Mrd. bfr, über 1 Mrd. DM, betrug 1977 die *zusätzliche* Steuerlast durch gemeinsame Besteuerung lohnabhängiger Ehepaare, pro Ehepaar mit Durchschnittslöhnen fast 1800 DM jährlich.



gung der Bestrafung der arbeitenden Frau", und zwar durch getrennte Besteuerung der doppelt arbeitenden Ehepaare.

Die belgische Bourgeoisie hat es zu einer Lohnsteuerabpressung gebracht, die selbst einen Matthöfer samt Vorgängern vor Neid erblassen lassen kann. Bei nur teilweiser Indexierung zieht sie die Steuerschraube von Jahr zu Jahr noch an. In der Wirkung entspricht die gewerkschaftliche Forderung nach vollständiger Indexierung der Forderung nach Steuerfreibetrag in einer festen Höhe des Durchschnittslohns. Nicht minder wichtig ist die Forderung nach getrennter Besteuerung von Mann und Frau. Aus der Not der Lohnabhängigen zieht der bürgerliche Staatsapparat noch Milliarden! 17 Mrd. bfr, über 1 Mrd. DM, betrug 1977 die *zusätzliche* Steuerlast durch gemeinsame Besteuerung lohnabhängiger Ehepaare, pro Ehepaar mit Durchschnittslöhnen fast 1800 DM jährlich.



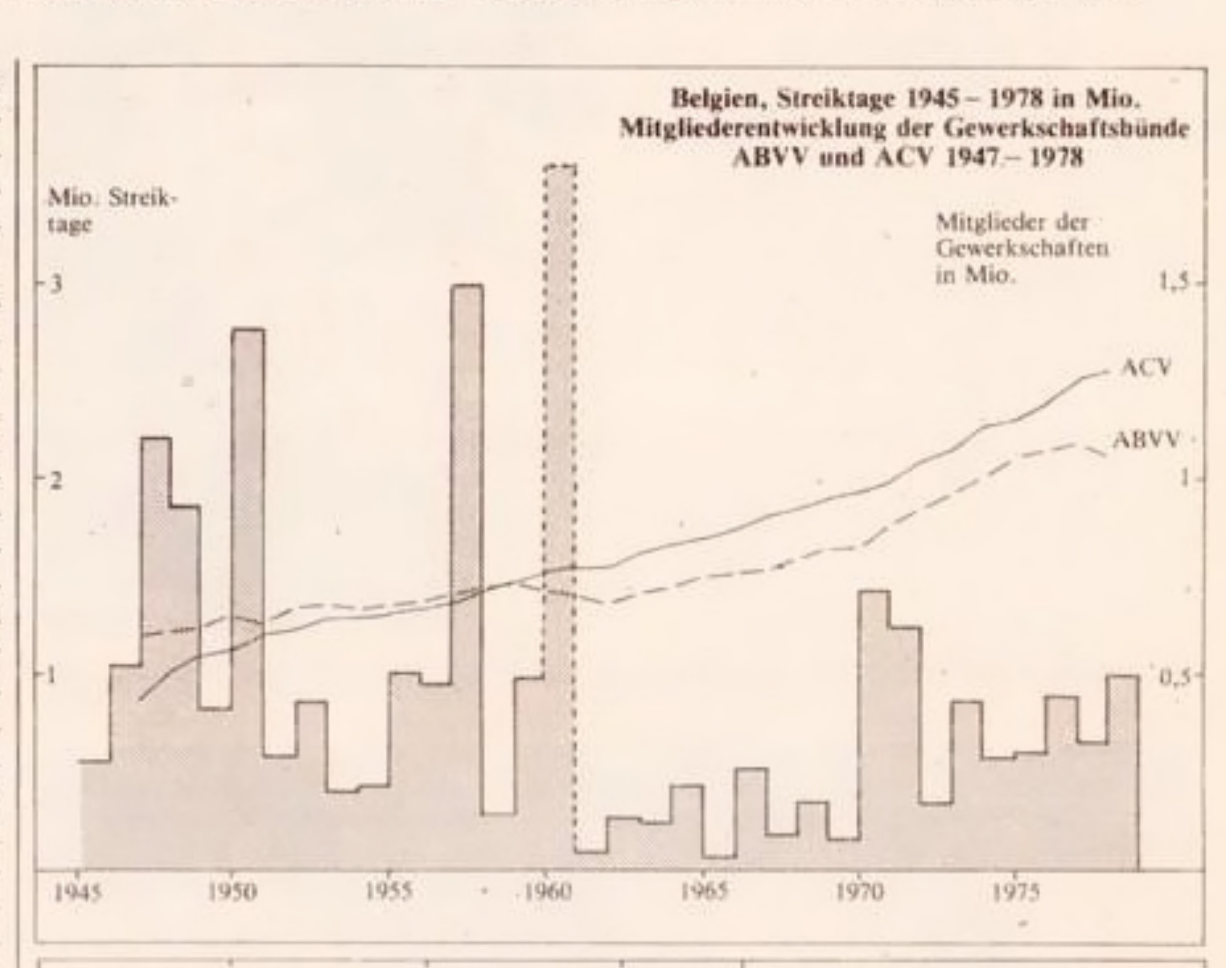
Die Kurve ,,Forderung des ABVV" stützt sich auf die Programmforderung der Partei der Arbeit Belgiens, die die gewerkschaftlichen Forderungen übernommen hat.

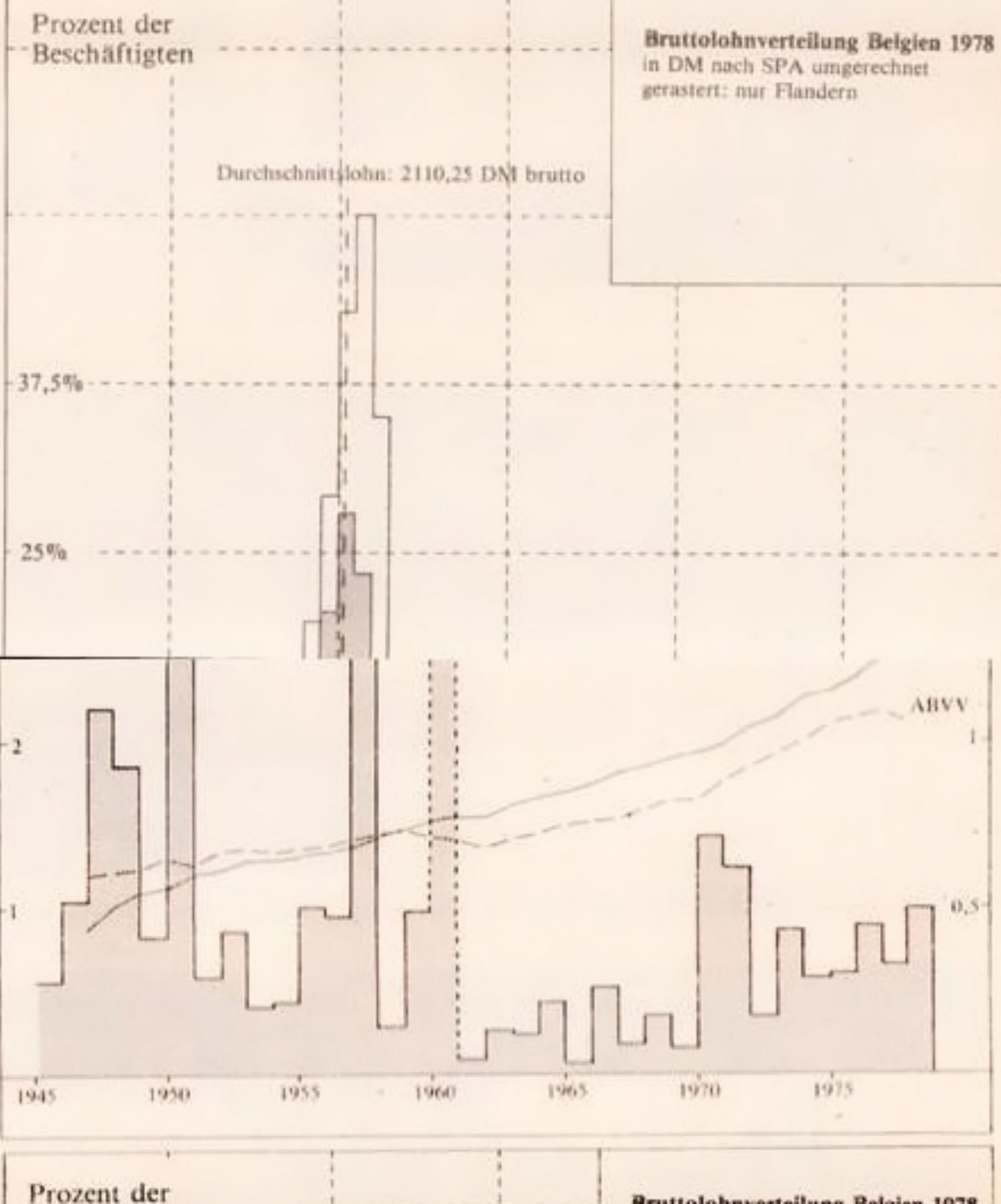
In der Vorbereitung des 1. Mai zieht die belgische Arbeiterbewegung Bilanz. Seit Jahren hat sie eine Einengung ihrer Reproduktionsbasis hinnehmen müssen. Sie hat das ,,Rahmengesetz" – wir berichteten darüber – nicht zurückschlagen können. Sein Kern ist weitere Verwandlung von Lohn in Kapital und Senkung der Sozialversicherungsausgaben, was sich angesichts des zügellosen Raubbaus an der Arbeitskraft, angesichts einer Arbeitslosenrate von über 10%, angesichts allgemeinen Elends der Rentnermassen binnen kurzem verheerend auswirkt. Wie will der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund mit seiner Forderung nach ,,Sicherung der Errungenschaften der Sozialen Sicherheit" auch nur die Folgen dieses reaktionären Gesetzespaketes bekämpfen? Richtig forderte er auf seinem letzten Kongreß im November 1978 die vollständige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Lohnabhängigen; seither hat man davon jedoch nichts weiter gehört. Sowieso ist diese Forderung nur die Hälfte wert, wenn nicht gleichzeitig die Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten gefordert wird. Ein Drittel bis ein Viertel aller Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen die Lohnabhängigen gegenwärtig, was der ABVV/FGTB unter dem Stichwort ,,Solidarisierter Lohn" ausdrücklich akzeptiert.

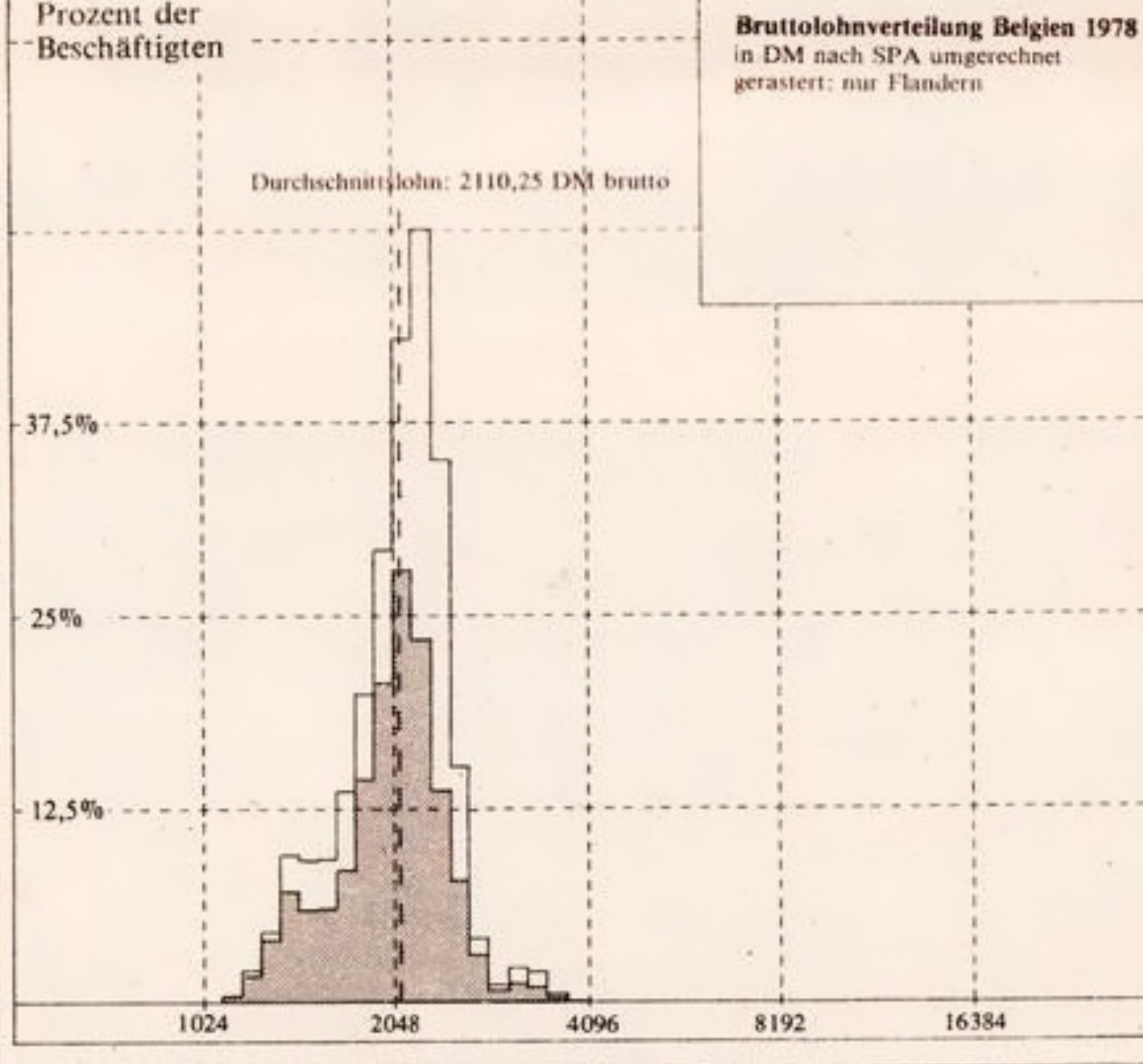
Im Kampf gegen die Ausbeutung hat es die belgische Arbeiterbewegung nicht nur mit der eigenen Finanzbourgeoisie zu tun. Die US- und die westeuropäischen Imperialisten kontrollieren einen bedeutenden und wachsenden Teil des Kapitals. An den dauernden Lohnsenkungen haben sie großen An-

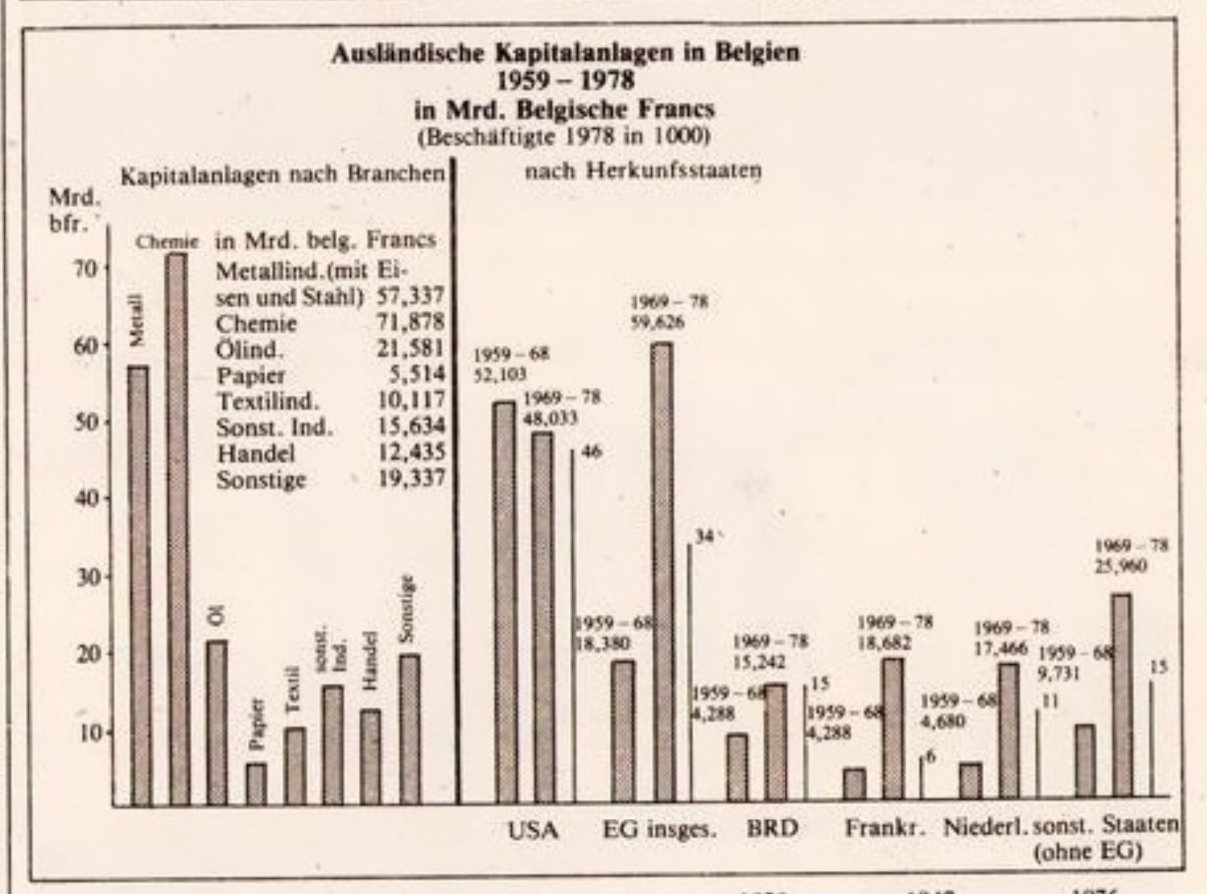
Lohn in Kapital und Senkung der Sozialversicherungsausgaben, was sich angesichts des zügellosen Raubbaus an der Arbeitskraft, angesichts einer Arbeitslosenrate von über 10%, angesichts allgemeinen Elends der Rentnermassen binnen kurzem verheerend auswirkt. Wie will der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund mit seiner Forderung nach ,,Sicherung der Errungenschaften der Sozialen Sicherheit" auch nur die Folgen dieses reaktionären Gesetzespaketes bekämpfen? Richtig forderte er auf seinem letzten Kongreß im November 1978 die vollständige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Lohnabhängigen; seither hat man davon jedoch nichts weiter gehört. Sowieso ist diese Forderung nur die Hälfte wert, wenn nicht gleichzeitig die Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten gefordert wird. Ein Drittel bis ein Viertel aller Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen die Lohnabhängigen gegenwärtig, was der ABVV/FGTB unter dem Stichwort ,,Solidarisierter Lohn" ausdrücklich akzeptiert.

Im Kampf gegen die Ausbeutung hat es die belgische Arbeiterbewegung nicht nur mit der eigenen Finanzbourgeoisie zu tun. Die US- und die westeuropäischen Imperialisten kontrollieren einen bedeutenden und wachsenden Teil des Kapitals. An den dauernden Lohnsenkungen haben sie großen An-teil. Als Vorreiter der ,,Harmonisierung" treiben gerade die BRD-Imperialisten über die EG Kostendämpfung und Steuerausplünderung voran. Jeder Fortschritt der westdeutschen Arbeiterbewegung wird die Kampfbedingungen ihrer belgischen Klassengenossen direkt verbessern. Wie umgekehrt.









	1920	1947	1976
Bevölkerung	7405569	8639000	9813000
Landwirtschaft	477658	361647	128000
Lohnabhängige Industrie	1466646	1379746	1449000
– Bergbau	181646	163529	28700
– Metallerzeugung – (Eisen und Stahl)	63491	87633	100200
– Metallverarbeitung	198594	191181	332600
– Chemie	33557	38929	243500
– Textilindustrie	196877	154977	90800

terbund" gegen die sozialistische Kooperative ,,Vorwärts".

1893: Die Arbeiter von jeglichem Kampf um politische Rechte abzuhalten, den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zu verhindern und Spaltung zu säen, diese Absichten der katholischen Kirche werden drastisch deutlich beim ersten Generalstreik für das allgemeine Stimmrecht. Sie konnte verhindern, daß sich die christlichen Fabrikgewerkschaften an diesem Kampf beteiligen.

1898: Die BWP beschließt die Errichtung der ,,Syndikalen Kommission", der alle Fabrikgewerkschaften beitreten können. Somit ist die erste fabrikübergreifende, einheitliche Gewerkschaftsorganisation geschaffen, wenn sie auch der Partei untersteht und an ihre Beschlüsse gebunden ist.

1903: Die Pfaffen müssen die große Anziehungskraft, die für die Arbeiter von dieser Gewerkschaft ausgeht, versuchen zu brechen, zumal sie den zweiten Generalstreik für das allgemeine Stimmrecht organisiert. Der katholischen Kirche gelingt es ein zweites Mal, die christlichen Fabrikgewerkschaften aus dem Kampf herauszuhalten. Pater Rutten gründet das ,,Generalsekretariat der Christlichen Berufsvereinigungen" mit dem Ziel der Werbung für und Gründung von weiteren Fabrikgewerkschaften.

1906: Die Textilarbeiter in Vervier erkämpfen sich als erste der gesamten Arbeiterklasse Belgiens die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch die Kapitalisten.

1912: Die vier Jahre vorher von Rutten in Flandern gegründeten ,,Christlichen Berufsvereinigungen in Belgien" und die ,,Allgemeine Konföderation der christlichen und freien Syndikate der wallonischen Provinzen" schließen sich zum ,,Allgemeinen Christlichen Gewerkschaftsbund" (ACV/CSC) auf nationaler Ebene zusammen.

1930: Gründung des Liberalen Gewerkschaftsbundes

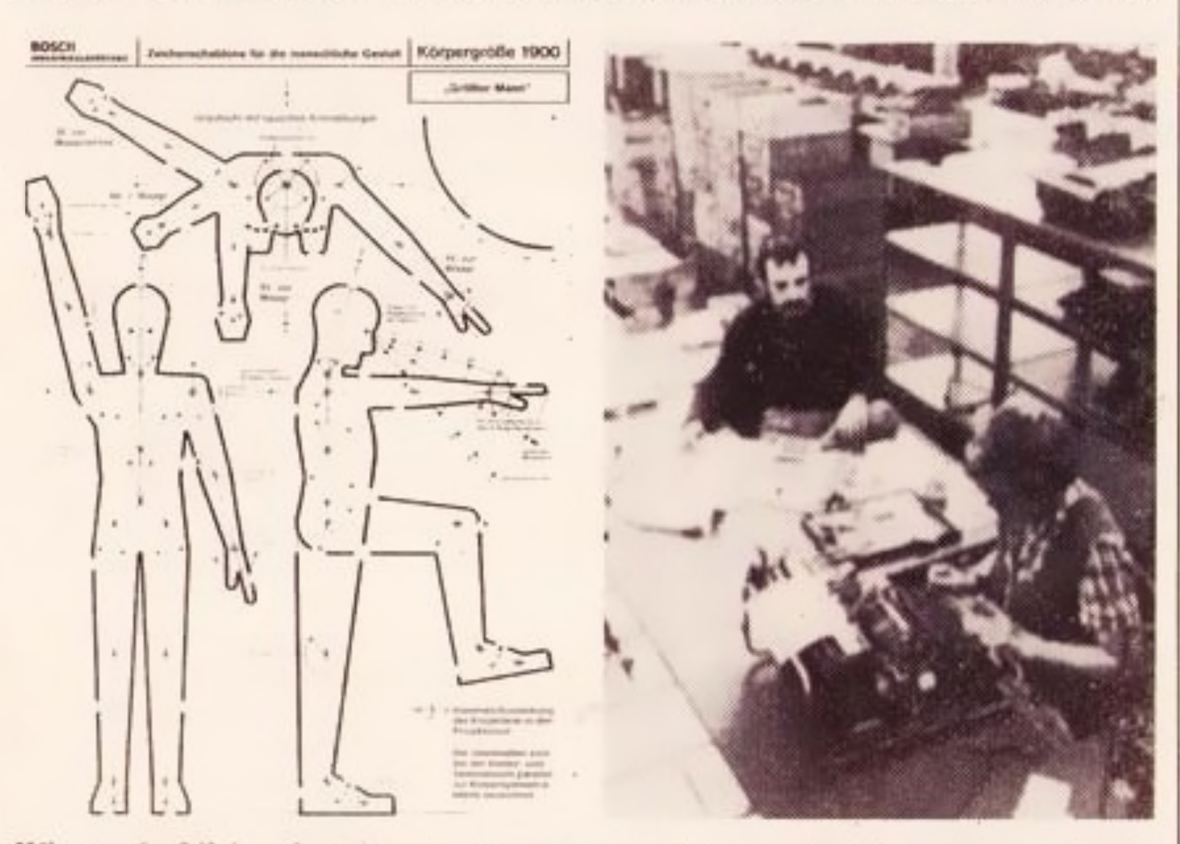
1937: Die ,,Syndikale Kommission" formt sich um in den ,,Belgischen Gewerkschaftsbund" (BVV), der von der BWP Unabhängigkeit auf zwei entscheidenden Gebieten erreicht: Er bekommt die Verfügung über die Streikkasse und kann selbständig zu Streiks aufrufen.

1940: Nach der Besetzung Belgiens verbieten die deutschen Imperialisten alle Gewerkschaften und errichten die ,,Union der Hand- und Geistesarbeiter" (UHGA), eine Entsprechung der deutschen Arbeitsfront. Einige Führer der Gewerkschaften treten der UHGA bei. Der BVV und der ACV/CSC treten in den vielen Kämpfen der belgischen Arbeiter gegen die Besatzung als organisierende Kräfte nicht mehr auf. Die Arbeiter in den Fabriken erhalten so weit wie möglich die alten Organisationsstrukturen aufrecht und gründen Fabrikkomitees. Die ,,Kommunistische Partei Belgiens" kann ihre ,,Syndikalen Kampfkomitees" auf Fabrikebene unter einheitliche nationale Führung stellen.

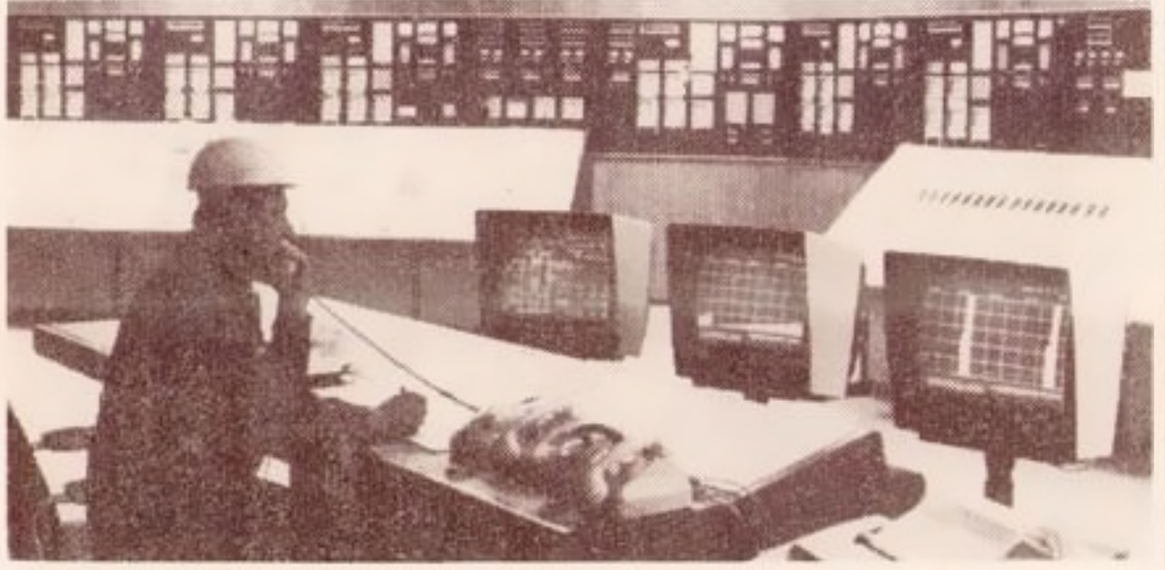
1945: Der Liberale und der Christliche Gewerkschaftsbund können sich nach der Befreiung schnell reorganisieren. Die verschiedenen sozialistischen Verbände streben eine einheitliche Organisation unter Einschluß der Christen und Liberalen an, die das ablehnen. Die Tatsache, daß sich der ,,Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund" (ABVV/FGTB) als Einheitsgewerkschaft konstituiert und als unabhängig von allen Parteien erklärt, kann die Spaltung der belgischen Gewerkschaftsbewegung nicht aufheben.



Moderne Großmaschinen im Steinkohlebergbau. Es bleibt kein Platz zum Ausweichen.



Wissenschaftlich erforschte Auspowerung der letzten Muskel- und Nervenkraft



920 Signale sind zu überwachen: Ständig in Alarmbereitschaft

Mit neuer Technik in die alte Krise

Hannover-Messe 1980 / Schwerpunkte: Energieeinsparung und Mikroelektronik

z.frb. Die Messe zu Hannover, die größte Industriemesse der Welt, veranstaltet vom 16. bis 24.4., gibt Anlaß, einen Blick zu werfen auf die Entwicklung von Arbeitsmitteln und Werkstoffen in der jüngsten Zeit. Ausgestellt wurden die Bereiche Forschung, Technologie, Büro- und Informationstechnik, Elektrische Antriebstechnik, Elektrische Energieversorgung, Nachrichtentechnik, Meß-, Prüf-, Steuerungs- und Automatisierungstechnik, Bauelemente und Baugruppen der Elektronik, Elektrische Installationstechnik, Beleuchtungstechnik, Elektroakustik und Videotechnik, Be- und Verarbeitungsverfahren für die Elektroindustrie, Werkzeuge, Eisen und Stahl, NE-Metalle, Anlagenbau, Oberflächentechnik, Lufttechnik, Transport und Verkehr, Lager- und Betriebseinrichtungen, Abfall, Baumaschinen, Bergbauausrüstungen, Industriebau. 370000 m^2 Standfläche waren vermietet, weniger als im Vorjahr, aber mehr als vor zwei Jahren. Eine halbe Million Eintrittsausweise wurden verkauft, zu 77% an „Fachbesucher“ aber auch an zahlreiche Jugendliche, die sich einen Überblick verschaffen wollten.

Zwei Schwerpunkte waren es, bei aller Vielfalt, die die Messe beherrschten: Die Sonderschau „Energie '80“ und die Mikroelektronik, speziell das „Welt-Centrum der Büro- und Informationstechnik“ (CeBIT). Beide Bereiche zielen nicht auf einen bestimmten Teil der Maschinerie oder der Produktion, sondern bewirken Umwälzungen im gesamten Ablauf der Produktion, des Transports, der Kommunikation und der Verteilung der Produkte.

Eine gesonderte Ausstellung zum Thema Energie wurde auf der Hannover-Messe vor zwei Jahren eingerichtet. Es war der Kampf der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Politik der Ölländer auf der Linie dieser Forderung, die die Kapitalisten gezwungen hat, Maßnahmen zur rationellen Nutzung der Energierohstoffe, neue Methoden der Energiegewinnung, der Energienutzung und der Energieeinsparung erforschen und entwickeln zu lassen. Die Zeiten, da das Erdöl zu Spottpreisen zu haben war, sind vorbei. Gestiegene Energiepreise drücken auf die Profite, wie sie auch den Wert der Arbeitskraft, in deren Reproduktion zunehmend Energie eingegangen ist, erhöhen. Eine Vielzahl neuer Techniken scheint aus dem Boden zu sprießen, doch es zeigt sich hieran bloß, wie zuvor die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise unter der Decke des billigen Rohöls sprießen konnte.

Für die Energiegewinnung wurden, neben den Großanlagen der Kohleumwandlung (Verflüssigung und Vergasung) und den Bergwerksanlagen, die einen Boom erleben, vor allem Wärmepumpen und Anlagen zur Umwandlung von Sonnenenergie gezeigt. Die *Wärmepumpe* basiert darauf, daß die normale Wärme der Luft, des Grundwassers oder des Erdreichs unter Zufuhr elektrischer Energie auf etwa 55°C „hochgepumpt“ wird. Wärme ist ein Ausdruck für die Geschwindigkeit, mit der sich die Moleküle eines bestimmten Stoffes bewegen. Die Wärmepumpe nutzt die Bewegungsenergie der Moleküle und konzentriert sie. Auch in einem Stoff unter dem Nullpunkt der Celsius-Skala bewegen sich die Moleküle; erst bei −273°C sind sie zueinander fixiert. Daher gewinnen einige Wärmepumpen selbst bei −15°C angeblich noch wirtschaftlich warmes Wasser. Die Pumpen sind voll entwickelt, 19 westdeutsche Hersteller fanden sich zu einem Gemeinschaftsstand des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie zusammen. Allerdings scheint der Maßstab der Anwendung noch begrenzt: vor allem für Einfamilienhäuser empfehlen die Hersteller den Einbau. Letztes Jahr haben sie 6790 Heizungspumpen abgesetzt, dieses Jahr schon über 7000 und es sollen 25000 werden. Der Verkauf von Wärmepumpen für Brauchwasser soll dieses Jahr 30000 betragen, fast das Zehnfache des Vorjahres. Die Industrieabgabepreise liegen zwischen 12000 und 15000 DM, und sie werden etwa im Durchschnitt der elektrotechnischen Produkte steigen.

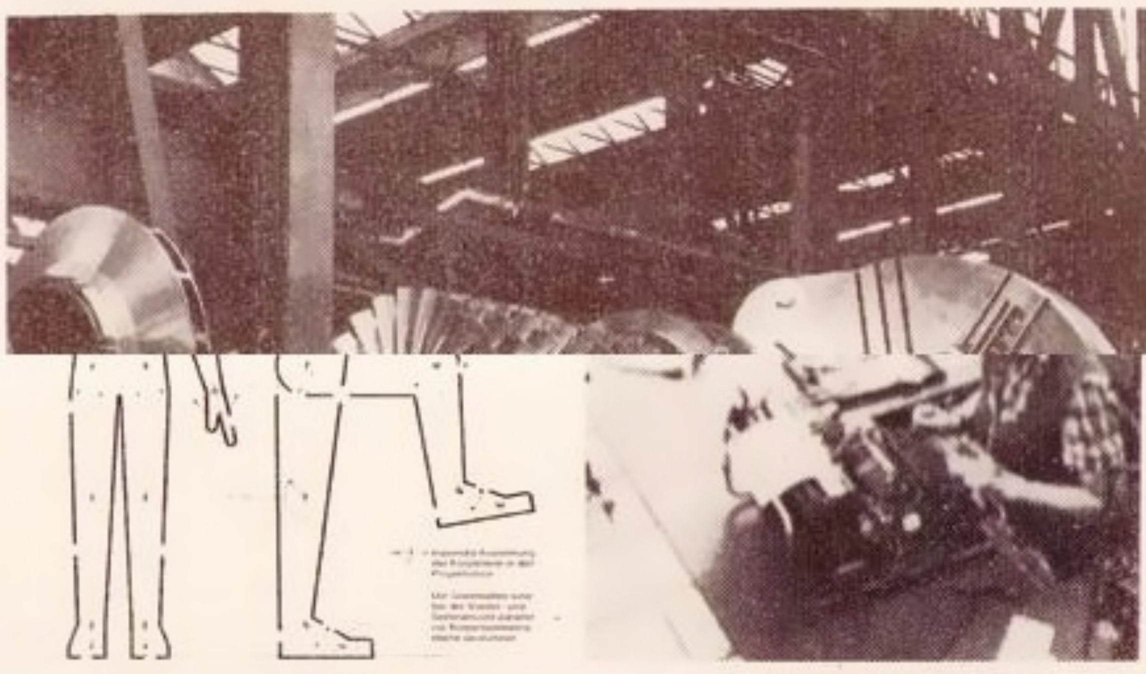
Die Nutzung von Energiequellen, die sich ständig selbst reproduzieren, ist nur ein Teil. Plötzlich wird entdeckt, daß an Lagern von Großmaschinen hohe Reibungsverluste entstehen; dem heißen, abzusaugenden Staub an Holzbearbeitungsmaschinen wird Wärme entzogen; die Bundesbahn will die beim Bremsen freiwerdende Energie rückverwandeln und in den Fahrdraht einspeisen; die Wärmeentwicklung der Lichtquellen wird genutzt; Restwärme wird anderweitig genutzt oder mittels Wärmepumpe wieder auf Betriebstemperatur gebracht. Neue Verfahren werden angewendet. Seit längerem schon werden Elektronenstrahlen zur Aushärtung von Lackierungen benutzt; Erhitzung wird unnötig, zudem entstehen dem Kapitalisten keine Trockenzeiten, Absaugung entfällt. Auf der Messe wurde erstmals eine Anlage vorgestellt, die nicht nur eine ebene Fläche aushärtet. Neue Werkstoffe werden erforscht, die sich durch geringes Gewicht auszeichnen. Glasfaserverstärkte Kunststoffe und nunmehr kohlefaserverstärkte Kunststoffe ersetzen metallische Werkstoffe. Beide sind leichter als Metall, letzterer erreicht hohe Zugfestigkeit.

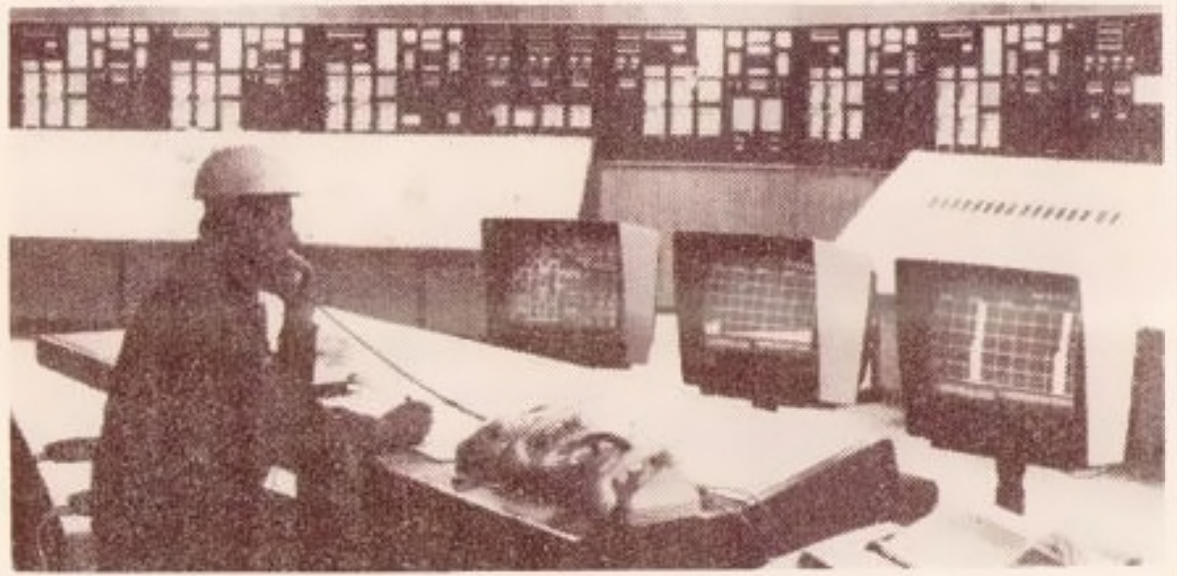
Eine weitere Entwicklung, die unter anderem der Energieeinsparung dient, ist die Verbreitung druckluftbetriebener Werkzeuge. Alle Handwerkzeuge, die bislang mit Elektromotoren betrieben werden, gibt es mittlerweile für pneumatischen Betrieb: Fräser, Bohrer, Sägen, Schleifscheiben usw. Sie sind durch einen Schlauch mit einem Druckbehälter verbunden, zeichnen sich durch kompakte Bauweise, geringes Gewicht und niedrige Wartungskosten aus. Die Gefährdung durch elektrische Leitungen entfällt. Selbst an Mehrspindelautomaten wird Druckluft als Antrieb verwendet.

Obwohl unter diesen Entwicklungen einzelne neues Gebiet betreten, bedeuten sie alle keine neue Stufe der technischen Entwicklung. Revolutionierend wirken sie nur, weil sie bislang unterdrückt waren. Das imperialistische Monopol über die Rohölgewinnung hat die technische Entwicklung nicht befördert, sondern gehemmt. Deutlicher noch wird dies, wenn man betrachtet, wie die Anwendung der Mikroelektronik in vielen Bereichen verhindert wurde durch erpreßte Energiepreise.

Anders als die Technologien zur rationelleren Nutzung der Energie eröffnet die Mikroelektronik neue Felder für die Entwicklung der Arbeitsmittel. Es war die Werkzeugmaschine, die am Anfang der industriellen Revolution stand. Sie befreite die Anwendung des Werkzeugs von den organischen Beschränkungen des Arbeiters, verwandelte die Werkzeuge in Werkzeuge eines mechanischen Apparates; die Maschinerie liefert die objektive Grundlage des Ablaufs der Produktion und diktiert ihn. Die Anwendung elektronischer Schaltungen übernimmt die Steuerung einzelner Maschinen, befreit auch sie von den organischen Schranken des Maschinenarbeiters, wie sie sie auch von den Beschränkungen einfacher mechanischer oder elektromechanischer Steuerung befreit. Vor allem aber stellt sie die Regulierung nicht nur der einzelnen Maschine sondern des gesamten Zusammenhangs der Produktion auf eine objektive Grundlage.

Der Einsatz von Mikroprozessoren zur Steuerung einzelner Werkzeugmaschinen ist eingeführt. Auch kleinere Werkstattmaschinen werden NC-gesteuert. Die Präzision wird erhöht. Elektronische Meßinstrumente aller Art werden gebaut. Verbrennungsmotoren, deren Funktionen elektronisch gesteuert werden, verbrauchen wesentlich weniger Kraftstoff. Farbfernseher, die früher 300 Watt Strom verbraucht haben, nehmen heute 100 Watt auf. Neue Tätigkeiten werden von rechnergesteuerten Maschinen durchgeführt. So fertigen Zeichenmaschinen technische Zeichnungen schneller und genauer, als dies ein Zeichner kann. Und vor allem können sie, sind die Daten einmal eingegeben, weitere Arbeiten durchführen. Hat der Rechner die Daten eines Hauses, dessen Bauplan er zeichnet, gespeichert, so kann er auch jeden beliebigen Schnitt zeichnen,





Wissenschaftlich erforschte Auspowerung der letzten Muskel- und Nervenkraft

920 Signale sind zu überwachen: Ständig in Alarmbereitschaft

„Welt-Centrum der Büro- und Informationstechnik“ (CeBIT). Beide Bereiche zielen nicht auf einen bestimmten Teil der Maschinerie oder der Produktion, sondern bewirken Umwälzungen im gesamten Ablauf der Produktion, des Transports, der Kommunikation und der Verteilung der Produkte.

Eine gesonderte Ausstellung zum Thema Energie wurde auf der Hannover-Messe vor zwei Jahren eingerichtet. Es war der Kampf der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Politik der Ölländer auf der Linie dieser Forderung, die die Kapitalisten gezwungen hat, Maßnahmen zur rationellen Nutzung der Energierohstoffe, neue Methoden der Energiegewinnung, der Energienutzung und der Energieeinsparung erforschen und entwickeln zu lassen. Die Zeiten, da das Erdöl zu Spottpreisen zu haben war, sind vorbei. Gestiegene Energiepreise drücken auf die Profite, wie sie auch den Wert der Arbeitskraft, in deren Reproduktion zunehmend Energie eingegangen ist, erhöhen. Eine Vielzahl neuer Techniken scheint aus dem Boden zu sprießen, doch es zeigt sich hieran bloß, wie zuvor die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise unter der Decke des billigen Rohöls sprießen konnte.

Für die Energiegewinnung wurden, neben den Großanlagen der Kohleumwandlung (Verflüssigung und Vergasung) und den Bergwerksanlagen, die einen Boom erleben, vor allem Wärme-

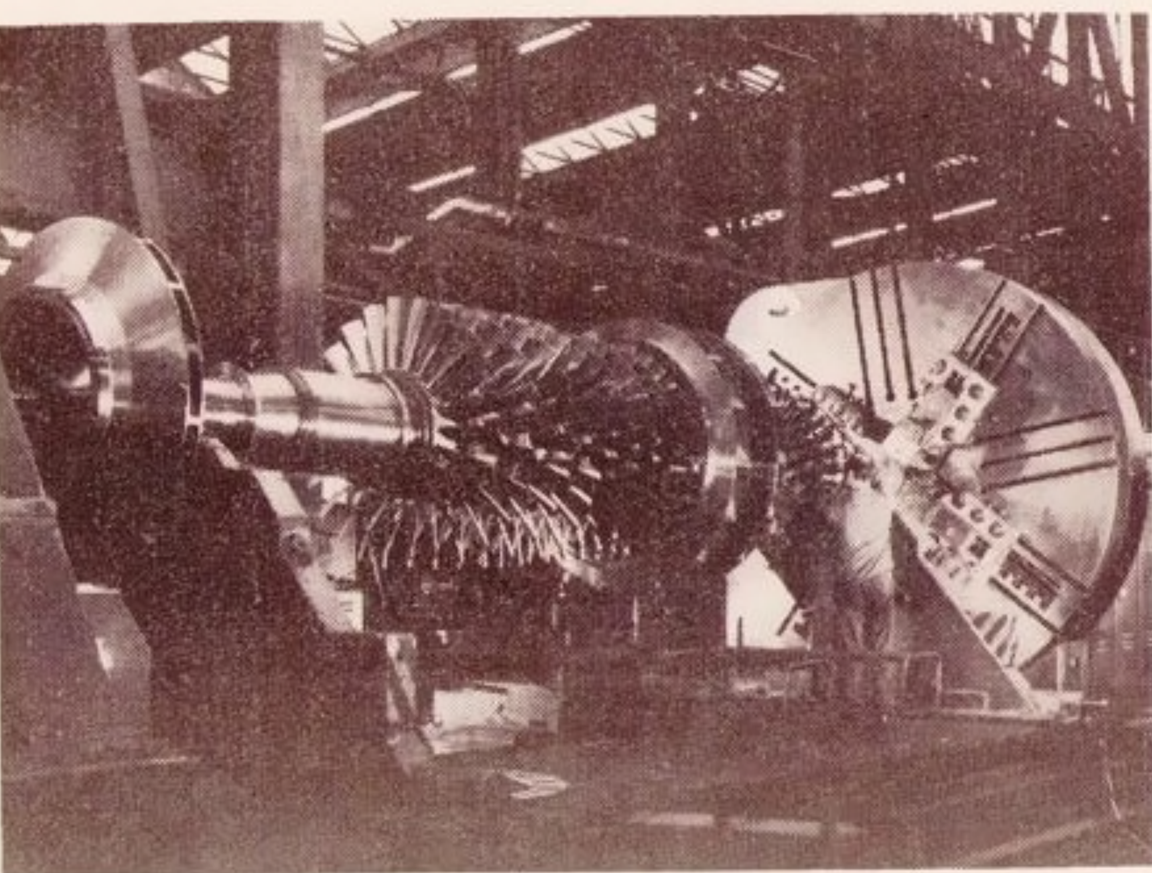
12000 und 15000 DM, und sie werden etwa im Durchschnitt der elektrotechnischen Produkte steigen.

Die Nutzung von Energiequellen, die sich ständig selbst reproduzieren, ist nur ein Teil. Plötzlich wird entdeckt, daß an Lagern von Großmaschinen hohe Reibungsverluste entstehen; dem heißen, abzusaugenden Staub an Holzbearbeitungsmaschinen wird Wärme entzogen; die Bundesbahn will die beim Bremsen freiwerdende Energie rückverwandeln und in den Fahrdraht einspeisen; die Wärmeentwicklung der Lichtquellen wird genutzt; Restwärme wird anderweitig genutzt oder mittels Wärmepumpe wieder auf Betriebstemperatur gebracht. Neue Verfahren werden angewendet. Seit längerem schon werden Elektronenstrahlen zur Aushärtung von Lackierungen benutzt; Erhitzung wird unnötig, zudem entstehen dem Kapitalisten keine Trockenzeiten, Absaugung entfällt. Auf der Messe wurde erstmals eine Anlage vorgestellt, die nicht nur eine ebene Fläche aushärtet. Neue Werkstoffe werden erforscht, die sich durch geringes Gewicht auszeichnen. Glasfaserverstärkte Kunststoffe und nunmehr kohlefaserverstärkte Kunststoffe ersetzen metallische Werkstoffe. Beide sind leichter als Metall, letzterer erreicht hohe Zugfestigkeit.

Eine weitere Entwicklung, die unter anderem der Energieeinsparung dient, ist die Verbreitung druckluftbetriebener Werkzeuge. Alle Handwerkzeuge, die bislang mit Elektromotoren betrie-

schränkungen des Arbeiters, verwandelte die Werkzeuge in Werkzeuge eines mechanischen Apparates; die Maschinerie liefert die objektive Grundlage des Ablaufs der Produktion und diktiert ihn. Die Anwendung elektronischer Schaltungen übernimmt die Steuerung einzelner Maschinen, befreit auch sie von den organischen Schranken des Maschinenarbeiters, wie sie sie auch von den Beschränkungen einfacher mechanischer oder elektromechanischer Steuerung befreit. Vor allem aber stellt sie die Regulierung nicht nur der einzelnen Maschine sondern des gesamten Zusammenhangs der Produktion auf eine objektive Grundlage.

Der Einsatz von Mikroprozessoren zur Steuerung einzelner Werkzeugmaschinen ist eingeführt. Auch kleinere Werkstattmaschinen werden NC-gesteuert. Die Präzision wird erhöht. Elektronische Meßinstrumente aller Art werden gebaut. Verbrennungsmotoren, deren Funktionen elektronisch gesteuert werden, verbrauchen wesentlich weniger Kraftstoff. Farbfernseher, die früher 300 Watt Strom verbraucht haben, nehmen heute 100 Watt auf. Neue Tätigkeiten werden von rechnergesteuerten Maschinen durchgeführt. So fertigen Zeichenmaschinen technische Zeichnungen schneller und genauer, als dies ein Zeichner kann. Und vor allem können sie, sind die Daten einmal eingegeben, weitere Arbeiten durchführen. Hat der Rechner die Daten eines Hauses, dessen Bauplan er zeichnet, gespeichert, so kann er auch jeden beliebigen Schnitt zeichnen,



Läufer eines Axial-Luftkompressors auf der Drehbank



Der Computer potenziert die Fähigkeit des Zeichners.

„Bereitschaft zu weiteren Rationalisierungsinvestitionen“ – Kapitalistenstimmung auf der Messe

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Eröffnungsrede zur Hannover-Messe 1980 von Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft. „,... Nachdem im letzten Jahr die konjunkturelle Entwicklung in Westeuropa, den USA und Japan insgesamt im Zeichen eines gemäßigten Aufschwungs stand und es zeitweilig den Anschein hatte, als würden wir erstmals seit Anfang der 70er Jahre wieder auf dem Weg zu einem sich selbst tragenden Aufschwung sein, hat sich die Großwetterlage – es genügen die Stichworte Caracas, Afghanistan und Iran – am Jahresende 1979 erheblich verändert:

- Die ölpreisbedingten Inflationsschübe haben die internen Preisauftriebstendenzen weiter verstärkt, und dabei hat sich auch die Schere zwischen den Preissteigerungsraten der einzelnen Länder wieder weiter geöffnet.
- Die Zahlungsbilanzprobleme haben erneut zugenommen, und
- das Konjunkturklima hat sich wieder verschlechtert und damit die Aussicht verringert, die durchweg zu hohe Arbeitslosigkeit abzubauen.

... Die lang erwartete Rezession scheint unvermeidlich zu sein. Bei höheren Inflationsraten würde der Rückschlag wahrscheinlich aber noch kräftiger und damit auch schmerzlicher ausfallen und auch nicht ohne negative Rückwirkungen auf Europa und die Weltwirtschaft bleiben ... Auch die jüngsten Konjunkturindikatoren sprechen dafür, daß wir keine abrupte Verschlechterung befürchten müssen: Die Wirtschaft sah zuletzt laut Ifo-Test nicht mehr so skeptisch in die Zukunft wie noch im Januar. Die Auftragsbücher bleiben auch zu Beginn dieses Jahres gut gefüllt ... Vor allem die Ersatzinvestitionen und zunehmende Investitionen im Energiebereich dürften weiterhin die Konjunkturentwicklung abstützen. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe zeigte auch nach der Jahreswende eine steigende Tendenz ... Die(se) defizitäre Entwicklung unserer Leistungsbilanz ist jedoch keinesfalls ein Zeichen für eine geringere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; denn unsere Exporte konnten wir 1979 mit '10,4 Prozent enorm erhöhen ... Fest steht: Wir werden unser Heil nicht im Protektionismus suchen, und deshalb werden wir auch alle in diese Richtung zielenden Forderungen und Vorschläge etwa von seiten der Unterhaltungselektroindustrie zurückweisen ... Unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wird entscheidend davon abhängen, ob es uns gelingt, den Anstieg unseres Kostenniveaus in Grenzen zu halten.“

elektronik zeitung (ez), 31. März 1980. „Als gedämpft bezeichnet der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) den Geschäftsverlauf der Elektroindustrie im vergangenen Jahr. Das Wachstum von real vier Prozent sei nicht eingetreten. Der Gesamtumsatz der Elektroindustrie betrug etwa 99,3 Milliarden Mark. Tragende Säule waren Investitionsgüter der Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung ... Als eine positive Folge der verstärkten Produktion in der zweiten Jahreshälfte sei die Auslastung der Kapazitäten zu sehen. Im Dezember waren 81 Prozent gemessen worden. Die durch Auftragsbestände gesicherte Reichweite ‚der Produktion nahm zu und lag ... zuletzt bei 4,8 Monaten‘ ... Noch stärker als in der Vergangenheit sei nach den neuesten Zahlen des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie die ‚Scherenbewegung beim Außenhandel zugunsten der Importe‘ eingetreten. Während der Ausfuhranstieg weiter auf 4,6% abflachte, beschleunigte sich das Einfuhrwachstum auf 15,1 Prozent. Damit machte die Importquote einen großen Sprung nach vorn ...“

Handelsblatt, 21.4.80. „,... Für 1980 wird ein Wachstum des Inlandsmarktes (Elektronische Bauelemente) um 6% erwartet. Dabei werden die integrierten Schaltungen mit 14% am stärksten steigen ... Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die elektronische Technik der 80er Jahre werden, wie es heißt, im wesentlichen von der weiteren Entwicklung der Mikroelektronik erwartet. Hier habe die deutsche Industrie im letzten Jahrzehnt den Vorsprung der USA weitgehend aufgeholt.“

Handelsblatt, 22.4.80. „Die Siemens AG, Berlin/München, ist mit dem Verlauf der Hannover-Messe zufriedener

übernimmt statische Berechnungen, kann die Kalkulation durchführen, einen ganzen Arbeitsplan erstellen usw.

Wurden bislang in der industriellen Produktion vor allem in der Teilefertigung Fortschritte erzielt, so in der Montage kaum. Rechner sorgen nun für den optimalen Durchlauf der Werkstücke. Die Fertigungskapazität wird erhöht, die Lagerhaltung verringert, der Kapitalist kann mit demselben Kapital mehr Arbeiter ausbeuten. Es sind dieselben Ziele, denen auch die Anwendung der EDV im Büro dient: Verdichtung des kontinuierlichen Ablaufs der Produktion und des Austauschs.

Nach Aussagen der Kapitalisten wird es einen nächsten Entwicklungsschritt in der Elektronischen Datenverarbeitung erst um 1985 geben. Dieses Jahr wird eine Wandlung festgestellt, die von allgemeiner Bedeutung ist und den Erfordernissen der Produktion entspricht. Daten-, Text- und Nachrichtentechnik werden zu integrierten Systemen zusammengefaßt. Die Miniaturisierung wird weiter vorangetrieben. Je größer die Schaltungsdichte, umso geringer die Kosten je Schaltung und umso rascher die Abfolge der Schaltungen. Allerdings sind die bisherigen Herstellungsverfahren bereits an physikalische Grenzen gestoßen. So erlauben die Raumladungszonen an den Grenzen zwischen verschiedenen Halbleiterschichten eine weitere Verkleinerung von Transistoren unter zwei Quadratmikrometer nicht. Auch treten bereits Probleme bei der Wärmeführung auf – wie einst beim ersten Röhrencomputer, der schon allein wegen der Wärmeentwicklung nicht weiter ausgebaut werden konnte. Neue Herstellungsverfahren sind bereits beschritten, mit denen sich auf einem Chip 10000 logische Verknüpfungen oder 256000 Speicherzellen unterbringen lassen.

All dies wird weiter entwickelt, der Schwerpunkt der Angebotsentwicklung elektronischer Geräte aber liegt in der Breite. Drei Millionen Büroangestellte sind beschäftigt mit der Erstellung von Informationen, weitere zwei Millionen sind mit der Verarbeitung dieser Informationen beschäftigt. Auftragswesen, Rechnungswesen, Buchführung, Kalkulation, Lagerhaltung, Bestellwesen, kurz alle Tätigkeiten zur Organisation der Produktion und des Austausches sollen mithilfe von Rechnern bearbeitet werden. So bieten die Computerhersteller fertige Programme für spezielle Branchen, vom Rechtsanwalt bis zum Einzelhandelsbetrieb an.

Bei der Textverarbeitung liegt der Schwerpunkt weniger auf den Bildschirm-Textsystemen denn auf der Verbreitung elektronischer Schreibmaschinen mit Zeilenspeicher, sowie von Speicherschreibmaschinen, die die Korrespondenz beschleunigen. Diese Schreibmaschinen, deren Preis sich nicht wesentlich von dem elektrischer Schreibmaschinen unterscheidet, sol-

reits Probleme bei der Wärmeführung auf – wie einst beim ersten Röhrencomputer, der schon allein wegen der Wärmeentwicklung nicht weiter ausgebaut werden konnte. Neue Herstellungsverfahren sind bereits beschritten, mit denen sich auf einem Chip 10000 logische Verknüpfungen oder 256000 Speicherzellen unterbringen lassen.

All dies wird weiter entwickelt, der Schwerpunkt der Angebotsentwicklung elektronischer Geräte aber liegt in der Breite. Drei Millionen Büroangestellte sind beschäftigt mit der Erstellung von Informationen, weitere zwei Millionen sind mit der Verarbeitung dieser Informationen beschäftigt. Auftragswesen, Rechnungswesen, Buchführung, Kalkulation, Lagerhaltung, Bestellwesen, kurz alle Tätigkeiten zur Organisation der Produktion und des Austausches sollen mithilfe von Rechnern bearbeitet werden. So bieten die Computerhersteller fertige Programme für spezielle Branchen, vom Rechtsanwalt bis zum Einzelhandelsbetrieb an.

Bei der Textverarbeitung liegt der Schwerpunkt weniger auf den Bildschirm-Textsystemen denn auf der Verbreitung elektronischer Schreibmaschinen mit Zeilenspeicher, sowie von Speicherschreibmaschinen, die die Korrespondenz beschleunigen. Diese Schreibmaschinen, deren Preis sich nicht wesentlich von dem elektrischer Schreibmaschinen unterscheidet, sol-
len auch die hauptsächlichen Ein- und Ausgabestationen des Teletex-Dienstes abgeben, den die Bundespost Anfang nächsten Jahres eröffnen will. Damit wird ein weiterer wichtiger Schritt gemacht. Der Austausch schriftlicher Unterlagen wird sich dadurch erheblich beschleunigen und erleichtern. Gegenwärtig werden in der BRD täglich etwa 70000 Fernschreiben verschickt. Die Bundespost schätzt, daß dies nur etwa 8% der telekommunikationsfähigen geschäftlichen Schriftstücke sind. Aber nicht nur der jetzige Briefverkehr wird durch den Ausbau der Fernübertragungen beschleunigt, große Datenmassen können blitzschnell über große Strecken übertragen werden. Es entsteht ein Kommunikationsnetz auf neuer Stufe. Die Bundespost bereitet hierfür die ,,Datenpaketvermittlung" vor. Bislang werden die Informationen bei Fernübertragung über eine über verschiedene Vermittlungseinrichtungen hergestellte feste Leitung vom Absender zum Empfänger gelenkt. Das Datenpaket soll eine eigene Adresse tragen und wie ein Paket ans Ziel finden, bloß eben über das Leitungsnetz.

Entsprechend werden innerhalb der Betriebe die verschiedenen Büroarbeiten stärker verbunden. Der Absatz von Bildschirm-Textsystemen stieg 1979 um 15%. Mehrplatz-Textsysteme, die mehrere Funktionen und Arbeiten zusammenfassen, wurden in breitem Maßstab eingeführt und dies wird fortgesetzt werden.

Die Kapitalisten machen in Jugendfrische und versprechen sich neue Lebenskraft aus der Entwicklung der Mikroelektronik. Aber, erscheint auch die Verbreitung der Mikroelektronik als historischer Fortschritt, der der Arbeit neue Potenzen verleiht, so ist sie andererseits ein Mittel zu noch raffinierterer Ausbeutung, so wie dies überhaupt mit der Entwicklung der Maschinerie ist. Die Fortschritte der elektronischen Datenverarbeitung bringen eine gewaltige Ökonomisierung in Produktion, Lagerhaltung, Transport, Handel, im Geldverkehr usw. mit sich. Der Kapitalist kann den Stillstand seiner Maschinen noch weiter verringern, auf daß sie ununterbrochen lebendige Arbeit einsaugen; er reduziert sein Vorratslager, denn er kann seinen Materialbedarf exakter planen, die Bestellungen rascher ausführen; der Einsatz der Transportmittel läßt sich besser planen. All dies senkt dem Kapitalisten die Kosten. All die Vorzüge fallen bei ihm als frei verfügbares Zuschußkapital an, das er in die Ausbeutung zusätzlicher Arbeitskraft stecken kann. Für die Büroangestellten ist eine erhebliche Verdichtung der Arbeit die Folge, die Maschinerie wird auch hier das bestimmende Moment des Arbeitsablaufs. Und indirekt verdichtet sich auch für den Maschinenarbeiter die Arbeit. Denn die Überwachung des Materialflusses liefert die Überwachung des Arbeiters nebenbei. Sowieso wird es mit der Jugendfrische nichts werden. Eher wird die neue Technologie durch vorzeitige Vernichtung fungierenden Kapitals, gefolgt von schrumpfender Pro-

benskraft aus der Entwicklung der Mikroelektronik. Aber, erscheint auch die Verbreitung der Mikroelektronik als historischer Fortschritt, der der Arbeit neue Potenzen verleiht, so ist sie andererseits ein Mittel zu noch raffinierterer Ausbeutung, so wie dies überhaupt mit der Entwicklung der Maschinerie ist. Die Fortschritte der elektronischen Datenverarbeitung bringen eine gewaltige Ökonomisierung in Produktion, Lagerhaltung, Transport, Handel, im Geldverkehr usw. mit sich. Der Kapitalist kann den Stillstand seiner Maschinen noch weiter verringern, auf daß sie ununterbrochen lebendige Arbeit einsaugen; er reduziert sein Vorratslager, denn er kann seinen Materialbedarf exakter planen, die Bestellungen rascher ausführen; der Einsatz der Transportmittel läßt sich besser planen. All dies senkt dem Kapitalisten die Kosten. All die Vorzüge fallen bei ihm als frei verfügbares Zuschußkapital an, das er in die Ausbeutung zusätzlicher Arbeitskraft stecken kann. Für die Büroangestellten ist eine erhebliche Verdichtung der Arbeit die Folge, die Maschinerie wird auch hier das bestimmende Moment des Arbeitsablaufs. Und indirekt verdichtet sich auch für den Maschinenarbeiter die Arbeit. Denn die Überwachung des Materialflusses liefert die Überwachung des Arbeiters nebenbei. Sowieso wird es mit der Jugendfrische nichts werden. Eher wird die neue Technologie durch vorzeitige Vernichtung fungierenden Kapitals, gefolgt von schrumpfender Pro-
duktion, ihren weiteren Einzug halten.

Die Forschung ist auf das imperialistische Energieprogramm ausgerichtet

z.gih. Über 9 Mrd. DM hat die Bundesregierung nach ihrem Bericht ,,Forschung VI" für Forschung und Entwicklung 1979 ausgegeben. (s. Tabelle) Eine Steigerung gemessen am jeweiligen Gesamtvolumen hat es gegenüber 1978 für die Bereiche: Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung – Elektronik, andere Schlüsseltechnologien, Innovation – Transport- und Verkehrstechnologien gegeben. Absolut ist der größte Bereich mit 2128,5 Mio. DM die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung. Für die Jahre 1980 und 1981 ist eine weitere Steigerung auf 2240 Mio. DM bzw. 2462 Mio. DM geplant. Das sind Steigerungsraten von 5,2% bzw. 9,9%.

Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung. Im Forschungsbericht heißt es: ,,Die wichtigsten Probleme, die die Energiesituation langfristig kennzeichnen, sind: 1. Die Vorräte der bisher hauptsächlich genutzten fossilen Energieträger sind begrenzt. Vor allem die Weltvorräte an Erdöl werden in absehbarer Zeit erschöpft sein. 2. Ein weiteres wirtschaftliches Wachstum und der Nachholbedarf der Entwicklungsländer werden in den kommenden Jahrzehnten zu weltweit steigender Nachfrage nach Energieträgern führen ... 3. Eine schon früher eintretende Verknappung kann sich zudem dadurch ergeben, daß die Gewinnung fossiler Energieträger entweder aus politisch-wirtschaftlichen Gründen oder wegen technischer Schwierigkeiten hinter der Nachfrageentwicklung zurückbleibt ..." Als Lösung bietet die Bundesregierung für die Volksmassen Verzicht auf Energie an: ,,Ein sparsamer und rationeller Umgang mit den begrenzten Energievorräten ist für die kommenden Jahrzehnte die Priorität Nummer Eins in der Energiepolitik." Und Forschungsminister Hauff ergänzt in der ,,Bild-Zeitung" (25.4.): ,,Wir müssen dem Bürger klar machen, daß Energiesparen nicht eine Sache ist, wo irgend jemand die Bürger gängeln will ... Wer nicht mitmacht beim Sparen ... darf sich nicht wundern, wenn eines Tages die Krise wirklich kommt." Andererseits werden z.T. abenteuerliche Projekte und riesige Summen von Steuergeldern für ,,die Erschließung neuer Energiequellen" eingesetzt. Von den 12 Großforschungseinrichtungen, die die Bundesregierung betreiben läßt und für die im Haushalt 1979 1522 Mio. DM vorgesehen sind, befassen sich 7 mit der Kerntechnik und Kernforschung.

Gleichzeitig sorgt sich die Bundesregierung um die Sicherung der Verfügbarkeit der Rohstoffe: ,,Zudem ist die Verfügbarkeit der Rohstoffe von politischen Rahmenbedingungen abhängig. So haben die Verhältnisse in einigen Entwicklungsländern zu einem drastischen Rückgang der Explorations- und Bergbauinvestitionen geführt. Ungewiß sind die Auswirkungen des Nord-Süd-Dialogs, insbesondere der UNCTAD-Verhandlungen zur Schaffung eines Rohstoffonds und von Rohstoffabkommen mit Preis- und Mengen-Regelmechanismen sowie der auf der UN-Seerechtskonferenz geforderten Meeresbodenbehörde und des zwangsweisen Technologietransfers." Um den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe durch die imperialistischen Staaten zu unterlaufen, hat sich die Bundesregierung folgende Ziele gesteckt: ,,1. Erweiterung der Rohstoffbasis durch Verbesserung von Prospektions-, Explorations-, Abbau- und Anreicherungsverfahren ...". Dazu setzt sie einerseits die hoch entwickelten Fähigkeiten der westdeutschen Arbeiterklasse ein und betreibt gleichzeitig ihre verschärfte Ausbeutung. ,,Neben einer Steigerung der Produktivität müssen ... auch ärmere Lagerstätten erforscht und neuartige Abbaumethoden entwickelt (werden)." Mit ihrem 2128,5 Mio.-DM-Programm hat sich die Bundesregierung einiges vorgenommen.

Ausgaben für Forschung und Technik

Bereich	1978 Mio.DM	Anteil v. Ges.Vol. %	1979 Mio.DM	Anteil v. Ges.Vol. %	Steigerg. 1978/79 %
Allgem. Forschungsförderg. u. Grundlagenforschg.	1497,7	18,0	1509,6	16,6	0,8
Bildungs- und Berufsbildungsforschung	163,5	2,0	171,3	1,9	4,8
Information und Dokumentation	80,1	1,0	93,7	1,0	17,0
Sicherung der Energie- u. Rohstoffversorgung	1721,5	20,7	2128,5	23,5	23,6
Informationstechn. u. Techn. Kommunikation	447,1	5,4	459,0	5,1	2,7
Elektronik, and. Schlüsseltechn., Innovation	490,5	5,9	550,4	6,1	12,2
Weltraumforschung und Weltraumtechnologie	593,0	7,1	644,0	7,1	8,6
Forschung und Entwicklung i. D. der Gesundheit	270,2	3,2	235,0	3,1	4,4
Forschung und Entwicklung i. D. der Ernährung	233,9	2,8	235,0	2,6	0,5
Humanisierung des Arbeitslebens	100,8	1,2	103,4	1,1	2,6
Gestaltung der Umwelt	468,5	5,6	483,4	5,3	3,2
Transport- und Verkehrstechnologien	561,4	6,7	682,1	7,5	21,5
Erhaltung der Äußeren Sicherheit	1707,0	20,5	1728,0	19,1	1,2
Gesamt	8335,2	100	9070,6	100	8,8

Quelle: Bundesbericht Forschung VI, Drucksache 8/3024

durch ergeben, daß die Gewinnung fossiler Energieträger entweder aus politisch-wirtschaftlichen Gründen oder wegen technischer Schwierigkeiten hinter der Nachfrageentwicklung zurückbleibt ..." Als Lösung bietet die Bundesregierung für die Volksmassen Verzicht auf Energie an: ,,Ein sparsamer und rationeller Umgang mit den begrenzten Energievorräten ist für die kommenden Jahrzehnte die Priorität Nummer Eins in der Energiepolitik." Und Forschungsminister Hauff ergänzt in der ,,Bild-Zeitung" (25.4.):

Information und Dokumentation	80,1	1,0	93,7	1,0	17,0
Sicherung der Energie- u. Rohstoffversorgung	1721,5	20,7	2128,5	23,5	23,6
Informationstechn. u. Techn. Kommunikation	447,1	5,4	459,0	5,1	2,7
Elektronik, and. Schlüsseltechn., Innovation	490,5	5,9	550,4	6,1	12,2
Weltraumforschung und Weltraumtechnologie	593,0	7,1	644,0	7,1	8,6
Forschung und Entwicklung i. D. der Gesundheit	270,2	3,2	235,0	3,1	4,4
Forschung und Entwicklung i. D. der Ernährung	233,9	2,8	235,0	2,6	0,5
Humanisierung des Arbeitslebens	100,8	1,2	103,4	1,1	2,6
Gestaltung der Umwelt	468,5	5,6	483,4	5,3	3,2
Transport- und Verkehrstechnologien	561,4	6,7	682,1	7,5	21,5
Erhaltung der Äußeren Sicherheit	1707,0	20,5	1728,0	19,1	1,2
Gesamt	8335,2	100	9070,6	100	8,8

Quelle: Bundesbericht Forschung VI, Drucksache 8/3024

Satz, Repro und Druck in einem – Vorstufe eines neuen Kommunikationssystems

z.ere. Allein bekannte Konzepte, deren Entwicklung schon vor etwa drei Jahren begann, prägen das Bild der Textverarbeitung auf der diesjährigen Ausstellung. Wobei einige Schwerpunkte die absehbare Systementwicklung der nächsten Zeit signalisieren. Das Zusammenwachsen der Text-, Daten- und Nachrichtentechnik deutet eine Konvergenz der Kopierer und Drucker für Datenverarbeitungsanlagen einerseits mit denen für die Textverarbeitung andererseits an. Die Entwicklung des Informations- und Kommunikationsflusses deutet keineswegs auf einen ,,papierlosen Zustand". Allein die erstellten Fotokopien haben sich von 2 Mrd. in 1970 auf 13 Mrd. 1979 erhöht und

Satz, Repro und Druck in einem – Vorstufe eines neuen Kommunikationssystems

z.ere. Allein bekannte Konzepte, deren Entwicklung schon vor etwa drei Jahren begann, prägen das Bild der Textverarbeitung auf der diesjährigen Ausstellung. Wobei einige Schwerpunkte die absehbare Systementwicklung der nächsten Zeit signalisieren. Das Zusammenwachsen der Text-, Daten- und Nachrichtentechnik deutet eine Konvergenz der Kopierer und Drucker für Datenverarbeitungsanlagen einerseits mit denen für die Textverarbeitung andererseits an. Die Entwicklung des Informations- und Kommunikationsflusses deutet keineswegs auf einen ,,papierlosen Zustand". Allein die erstellten Fotokopien haben sich von 2 Mrd. in 1970 auf 13 Mrd. 1979 erhöht und
für die nächsten Jahre ist mit einer jährlichen Steigerungsrate von 24% zu rechnen. Durch die Einführung kleiner Universal-Rechnersysteme, mit denen der klassische Anwendungsbereich der technisch-wissenschaftlichen und kaufmännischen Datenverarbeitung durchbrochen ist, wird diese Tendenz noch gefördert. Die Grenzen von Einfachkommunikation, Reprografie und weiten Teilen des gewerblichen Drucks verschwimmen infolgedessen mehr und mehr. Unter dem Begriff ,,Elektronisches Druck-System" wird ein Verfahren, bestehend aus dreierlei Arten von Technologie – Computer, Laserstrahl und Photo-Elektronik – eingeführt. Ein digital gesteuerter Laserstrahl als Lichtquelle erstellt auf einem Photo-Empfangsband das photo-elektrische Bild. Schriftarten sind von normal über halbfett und fett in verschiedenen Fonts verfügbar. Textgruppen können rechts- oder linksbündig und zentriert gesetzt werden. Mit 7200 Drucken/h ist diese Maschine im A-4-Format schneller als jede vergleichbare Bürodruckmaschine, eine Vorstufe der ,,Elektronikpost", mit deren Hilfe die ,,immer teureren und zeitraubenden materiellen Versand- und Korrespondenzstücke durch schnelle Fernübertragung" abgelöst werden sollen. Eine Verbindung von Bürotelefon, Schreibmaschine und dem Kopierer mit Scannern und Decodern, die gleichzeitig als Empfänger und Sender fungieren.

mehr. Unter dem Begriff ,,Elektronisches Druck-System" wird ein Verfahren, bestehend aus dreierlei Arten von Technologie – Computer, Laserstrahl und Photo-Elektronik – eingeführt. Ein digital gesteuerter Laserstrahl als Lichtquelle erstellt auf einem Photo-Empfangsband das photo-elektrische Bild. Schriftarten sind von normal über halbfett und fett in verschiedenen Fonts verfügbar. Textgruppen können rechts- oder linksbündig und zentriert gesetzt werden. Mit 7200 Drucken/h ist diese Maschine im A-4-Format schneller als jede vergleichbare Bürodruckmaschine, eine Vorstufe der ,,Elektronikpost", mit deren Hilfe die ,,immer teureren und zeitraubenden materiellen Versand- und Korrespondenzstücke durch schnelle Fernübertragung" abgelöst werden sollen. Eine Verbindung von Bürotelefon, Schreibmaschine und dem Kopierer mit Scannern und Decodern, die gleichzeitig als Empfänger und Sender fungieren.



Computerkapitalisten propagieren vielseitige Anwendung ihrer Geräte

als vor einem Jahr, wie es vor Journalisten hieß ... Zum einen zeige sich eine breite Bereitschaft der Kunden, Konsequenzen aus der Steigerung der Ölpreise zu ziehen. Das schlage sich in der Investitionsbereitschaft bei Wärmepumpen für den Haushalt, aber auch etwa für die Kraft/Wärme-Kopplung oder die Abwärmenutzung in der Industrie nieder ... Der verstärkte Zwang zur Produktivitätssteigerung und Rationalisierung habe die Nachfrage etwa nach Prozeßrechnersystemen in der Fertigung angeheizt. Schließlich werde die Mikro-Elektronik jetzt allgemein akzeptiert ..."

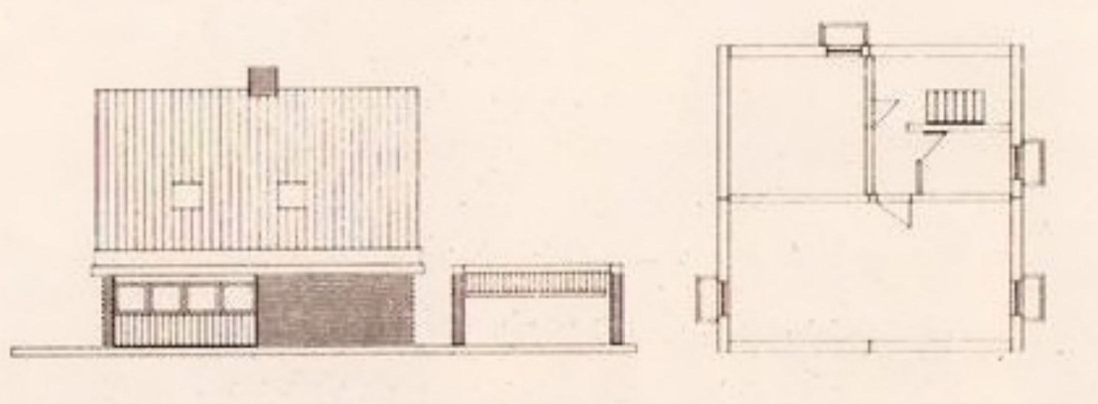
Handelsblatt, 23.4.80. ,,... Erkennbar gestiegen sei die Bereitschaft zu weiteren Rationalisierungsinvestitionen. Preisgespräche standen dagegen nicht im Vordergrund. Für 1980 rechne man mit einer durchschnittlichen Steigerung der Erzeugerpreise um 3% bis 4% ..."

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.4.80. ,,... Eines aber ist in den ersten Messetagen besonders augenscheinlich geworden: Das Exportgeschäft der deutschen Unternehmen ist zumindest in nächster Zeit mit einem ganzen Katalog von Unsicherheitsfaktoren belastet. ‚Auf abbröckelnden Märkten', so hatten Vertreter des Maschinenbaus bereits zum Auftakt der Messe verkündet, ‚wird sich der Wettbewerb mehr und mehr verschärfen.' Angesichts dieser Aussage erscheint es wie ein Widerspruch, wenn die Unternehmen derzeit vor allem über wachsende Aufträge aus dem Ausland berichten. Doch man muß hier wohl den Ist-Zustand und den Erwartungshorizont fein säuberlich voneinander trennen. Nachdem das Jahr 1979 eindeutig von einer starken Inlandsnachfrage geprägt gewesen ist, die in vielen Unternehmen zusätzlich gefördert durch den weiteren Kursverfall des Dollar gewollt oder ungewollt die Exportquoten hat sinken lassen, hat sich fraglos zu Beginn dieses Jahres die Lage auf den Auslandsmärkten entspannt. Plötzlich war im Ausland ein gewisser Nachholbedarf entstanden ... Doch nicht nur in den Industrieländern, so glauben die Unternehmen, wird der Spielraum für Exportgeschäfte zumindest vorübergehend kleiner. Zwar ist der Wunsch der Entwicklungsländer, sich zu industralisieren, noch größer geworden, doch auch hier lassen die Energiekosten die finanziellen Hürden immer größer werden. Die künftigen Exportchancen in diesen Ländern werden deshalb nach Ansicht eines Vertreters aus der Elektroindustrie wesentlich davon bestimmt werden, wieweit die Industrieländer bereit sind, diese Exporte mit Hilfe von Krediten zu finanzieren. Und selbst dort in der Welt, wo die riesigen Leistungsbilanzüberschüsse entstehen, nämlich in den erdölfördernden Ländern – ihre erwartenden Überschüsse werden 1980 auf etwa 120 Milliarden Dollar geschätzt – ist mit größeren Nachfrageimpulsen kaum zu rechnen. Vor allem die Anlagenbauer müssen inzwischen feststellen, daß die Aufnahmefähigkeit der Opec-Länder für Industrieerzeugnisse und Anlagen nur noch relativ langsam wächst ..."

Sonderausstellung ,,Computer am Bau"

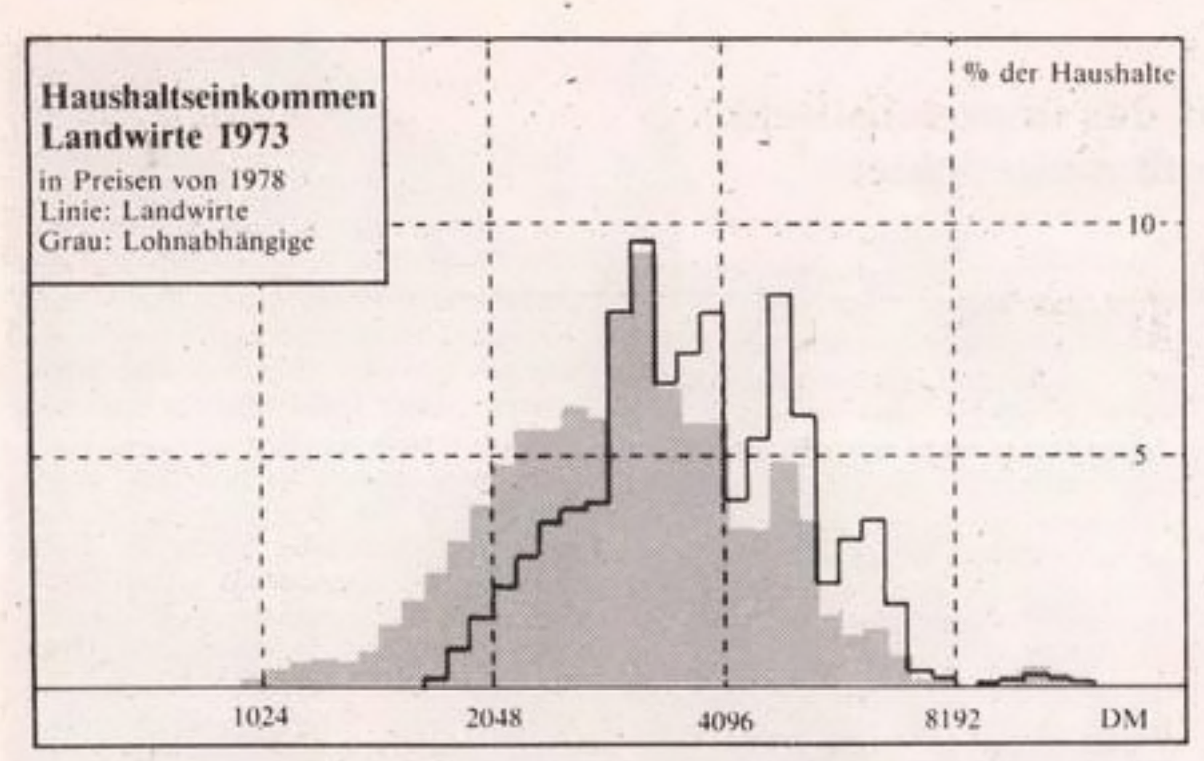
z.haw. ,,Computer am Bau" hieß eine Sonderausstellung auf der diesjährigen Hannover-Messe. Das Angebot von Programmen zeigte die vielfältigen Möglichkeiten des Einsatzes der EDV bei der Abwicklung von Bauprojekten. Das Spektrum umfaßt Entwurf, Tragwerksberechnungen bis hin zu Kostenermittlung, Ausschreibung und Abrechnung. Die Nutzung der EDV im Baubereich läßt sich in drei Blöcke fassen, kaufmännischer Bereich, der sich bis auf einige Spezifikationen nicht von Programmen anderer Wirtschaftszweige unterscheidet; Baubetrieb/Bauorganisation und der Bereich Konstruktion/Grafik, der sowohl die statischen Berechnungen wie auch die Planerstellung erfaßt. Besonders für den Bereich Baubetrieb/Bauorganisation ist das Programmangebot relativ umfangreich. Es reicht von der Ausschreibung bis hin zu der Massen- und Flächenberechnung, Kostenermittlung, Kostenspiegel, Zeitplanung, Geräteeinsatz, Aufmaß und Abrechnung der Leistungen etc., wobei nicht nur Standardlösungen angeboten werden, sondern auch eine individuelle Programmierbarkeit auf Grundlage von fertigen Programmpaketen möglich ist.

Betroffen von Rationalisierungsmaßnahmen durch Einsatz von EDV am Bau werden in erster Linie die kaufmännischen Angestellten, die Zeichner, die Techniker und die Ingenieure sein. Bis zu 60% Zeitersparnis garantieren EDV-Beraterfirmen schon jetzt den Baukapitalisten. Die Verdichtung des Arbeitstages als Folge, sowie die zunehmende Arbeit am Bildschirm macht es erforderlich, daß die Gewerkschaft BSE entsprechende Schutzabkommen mit den Kapitalistenverbänden trifft.



Programm DOMUS: Ansicht, Grundriß

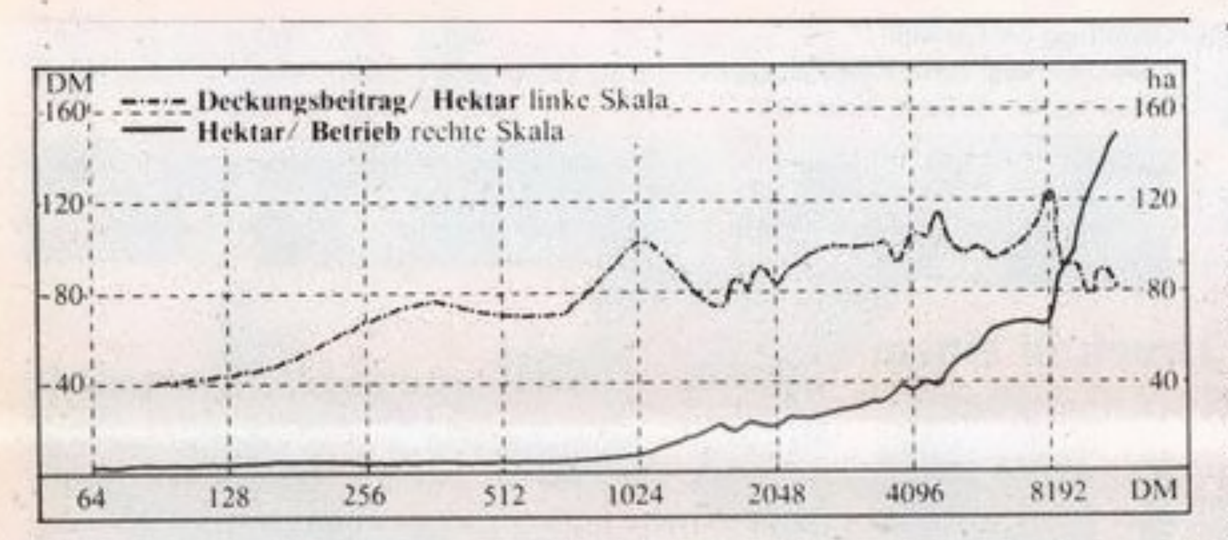
Grundriß und Ansicht eines Einfamilienhauses auf einem computergesteuerten Plotter (Zeichengerät) gezeichnet. Die Eingabezeit dauert nur einige Minuten, wofür keine EDV-Kenntnisse erforderlich sind. Die Herstellungszeit für die Zeichnung dauert ca. 2 Minuten.

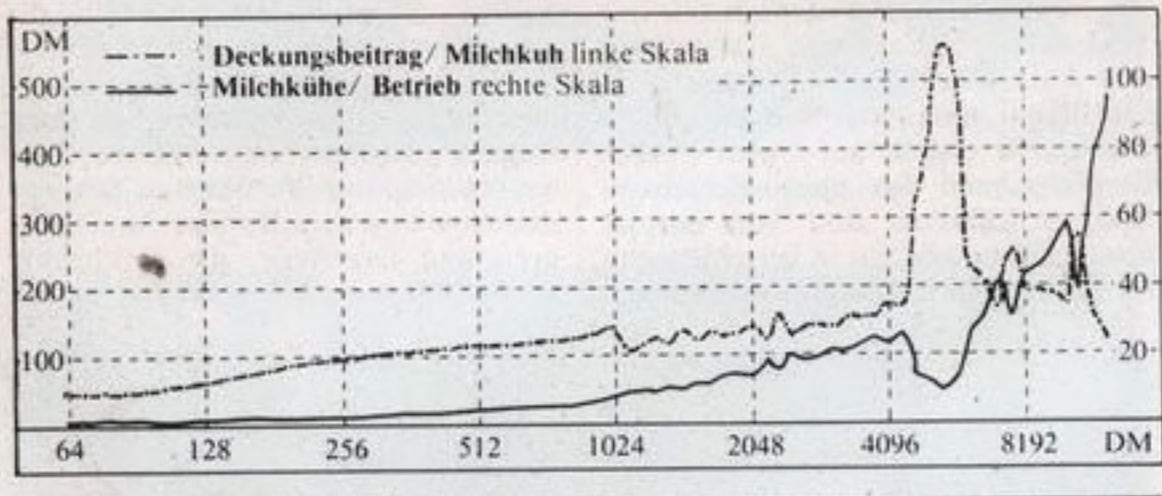


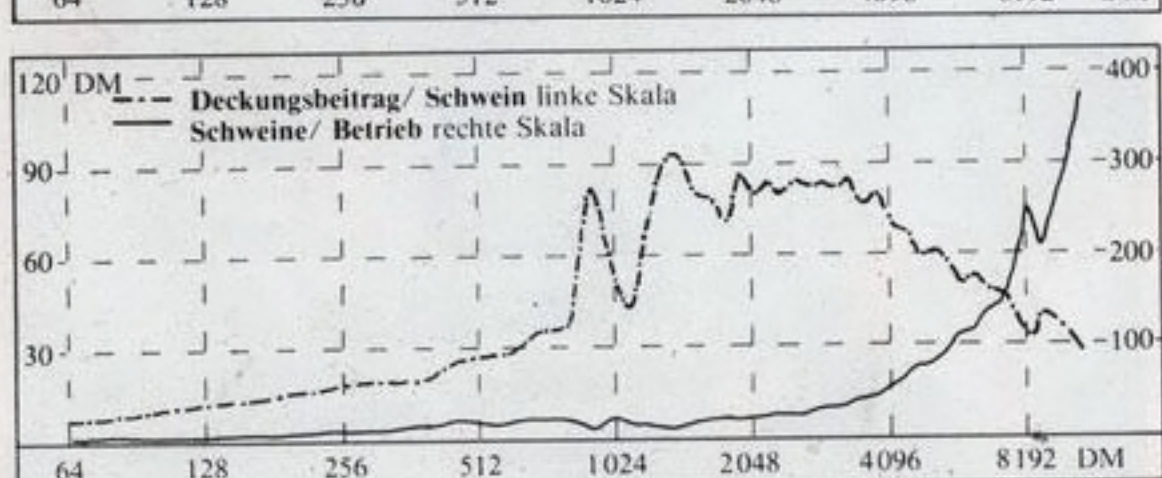
Produktion und Einkommen des Bauern – entgegengesetzt zum Kapitalisten

r.std. Vom Einkommen hat der Bauer sehr wenig mit den Selbständigen oder mit den Kapitalisten gemeinsam. Wie der Kapitalist hat er zwar Besitz, aber auf diesem arbeitet er, läßt er nicht ausbeuten. Dagegen kommen alle Einkommensgruppen der Lohnabhängigen auch bei den Bauern vor. Die Gewichtung ist aber verschieden. Dies kommt daher, daß der Bauer mit ganz unterschiedlich viel Boden arbeiten muß. Auch die verschiedenen Produktionssysteme drücken sich im verschiedenen Einkommen aus. Ob der Bauer Ackerbau betreibt, Schweine oder Milchvieh hält, all dies macht einen Unterschied im Einkommen. Die Bodenqualität spielt eine erhebliche Rolle. Es sind also Gründe des Eigentums und der Produktion, die das Einkommen des Bauern von dem des Lohnabhängigen unterscheiden.

Bei der Untersuchung des Ertrages, den Betriebe verschiedener Größe und Produktionsarten erwirtschaften, zeigen sich erhebliche Unterschiede. Bei allen Produktionsarten aber fällt auf, daß die großen Betriebe, die kapitalistische Lohnarbeit zulassen, einen geringeren Ertrag erwirtschaften. Die Landwirtschaft läßt sich kaum kapitalistisch betreiben. Darauf deutet hin, daß die Anzahl des Milchviehs dort fällt, wo der Ertrag besonders stark steigt. Mit wachsender Schweinezahl fällt ebenfalls der Ertrag: im mittleren Bereich werden Sauen gehalten; dies können die Kapitalisten nicht organisieren. In den großen Betrieben fällt der Ertrag auf das Niveau der Nebenerwerbsbetriebe. Produktion und Einkommen sind daher starke Gründe für das Bündnis von Bauern und Arbeitern.







Die Schaubilder zeigen die monatlichen Deckungsbeiträge der Betriebe unterschiedlicher Produktionsart. Sie sind in Abhängigkeit vom monatlichen Betriebseinkommen (x-Achse) aufgetragen.

Die Bauern können den 1. Mai nutzen

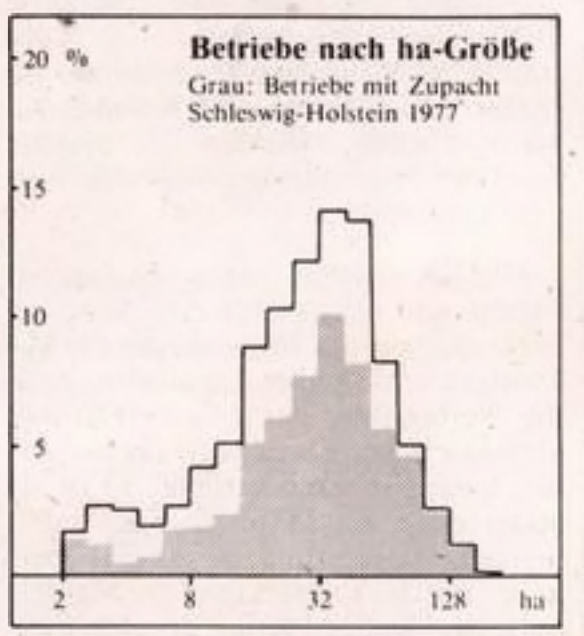
r.ham. Am vergangenen Montag sprach der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminster Flessner in Ostenfeld, Kreis Nordfriesland, auf einer CDU-Versammlung von „kommenden Opferphasen, auf die die Bevölkerung nicht richtig vorbereitet ist." In der nachfolgenden Diskussion machte ein Teilnehmer den Vorschlag an die Bauern, sich mit ihren Forderungen an den 1. Mai-Demonstrationen zu beteiligen. Flessner darauf: „Ich achte, wenn jemand an den 1. Mai *erinnert* ... aber der Bauer ist Mittelstand, also Unternehmer. ... Die Bauern haben bereits in Straßburg und Essen demonstriert."

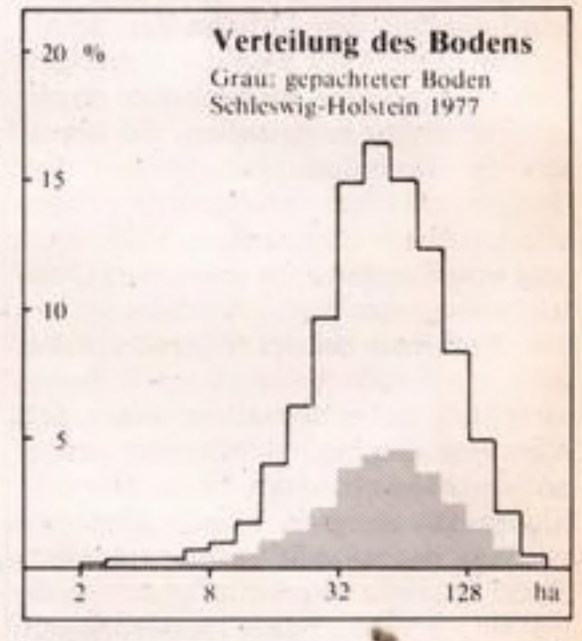
Das ist nur die halbe Wahrheit. Der Bauer ist selbständig, aber er setzt seine eigene Arbeitskraft ein im Gegensatz zur Kapitalistenklasse. Die versucht, die erste Tatsache zu nutzen, um bürgerliche Politik unter den Bauern zu verbreiten. Wie die Bauern aber ihren Privatbesitz zur Sicherung der Existenz einschätzen, ersieht man aus dem Schaubild: Jeder Bauer versucht, auch Pachtland zu bewirtschaften.

Auf der Kundgebung in Essen am 24. März zur Unterstützung der 7,9%-Richtpreisanhebung haben Bauern die Seite der Arbeit betont: „Auch Bauernfleiß hat seinen Preis." „Angemessene Gewinne wie bei Industriellen" oder „Verzinsung unseres Kapitals in Höhe des Industrie- oder Bankkapitals" haben sie nicht gefordert. Der Bauer könnte zwar den Teil des Wertes seiner Arbeitskraft, den er durch Verkauf seiner Produkte erhält, als Zinsanspruch seiner Produktionsmittel betrachten, aber davon hat er keinen Pfennig mehr in der Tasche, und dieser Zins wäre in seiner Masse so gering, daß er eher einem Landarbeitertariflohn entspräche. Deshalb kommt kein industrieller Kapitalist auf die Idee, z.B. Milchkühe zu halten, er stellt lieber die Melkmaschinen her.

Die Bauern sehen sich also nicht als ihre eigenen Ausbeuter an, sondern als ihre eigenen Arbeiter. Das ist eine ganz gute Ausgangsposition. Sie sind deshalb auch nicht gegen die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse. Im Bauernverband gibt es vielmehr Kampf um die Aufgabe, von den gewerkschaftlichen Kämpfen zu lernen. Bauernverbandspräsident Klinker, zugleich CDU-Bundestagsabgeordneter, mußte Graf Lambsdorff vorwerfen, mit zweierlei Maß zu messen: Für die Arbeitnehmer seien 7% Lohnerhöhung "angemessen", für die Bauern nichts. Unter dem Druck der Mitglieder hat der schleswig-holsteinische Bauernverband ebenfalls im März einen Maßnahmenkatalog beschlossen. Der Punkt Teilnahme an der Essener Kundgebung mit 500 Mann ist erfolgreich durchgeführt worden. Ein anderer noch gar nicht: Organisierung von Pressekonferenzen auf Kreisebene, wo über die Lage der Bauern berichtet wird. Der 1. Mai wäre ein guter Zeitpunkt.

Ende März hat die Kapitalistenvereinigung "Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)" ihr Bestreben nach niedrigen Erzeugerpreisen der Bauern, ausgedrückt durch Hetze (Subventionsempfänger ...). Klinker hat darauf festgestellt: „Das ist von Leuten gekommen, die wir eigentlich für unsere Freunde halten." Und Heeremann in Essen: „Manchmal hat man schon den Eindruck, daß wir eine Gruppe sind, die nicht in diesen Staat hineinpaßt." Er hat einen richtigen Eindruck gehabt. Dieser Staat plündert und unterdrückt die Bauern wie die Arbeiter. Arbeiter und Bauern können sich am 1. Mai gegenseitig unterstützen.





Landwirtschaft/Industrie: Austausch ganz verschiedener Arbeitsmengen

r.gör. Arbeitsproduktivität wird von der bürgerlichen Ökonomie als Arbeitseinsatz pro 1000 DM Erzeugnisse gemessen. Bei dieser Definition erscheint die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft besonders niedrig und das Verhältnis der Preise von industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zueinander erscheint gerechtfertigt. Aber die Definition ist falsch. In Wirklichkeit wurde die Produktivität (= Masse an *Gebrauchswerten* pro eingesetzter Arbeit) gerade in der Landwirtschaft rasch gesteigert. Hingegen macht das Preisverhältnis zwischen Erzeugnissen der Landwirtschaft und Industrieprodukten eine entgegengesetzte Bewegung, die Preisschere hat sich von Jahr zu Jahr verschärft, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sind immer mehr zurückgeblieben.

Daß sich dahinter ein Ausbeutungsverhältnis seitens des industriellen Kapitals verbirgt, läßt sich ausrechnen. Die *direkt* in der Landwirtschaft pro 1000 DM Erzeugnisse aufzuwendende Arbeit liegt (für 1972 und durch unsere Berechnungsmethode wahrscheinlich zu hoch geschätzt, da nicht allein die produktiven Arbeitsleistungen berücksichtigt sind) bei 107,8 Stunden, in anderen Branchen stets wesentlich niedriger (s. Tabelle). Die *Gesamt*arbeit pro 1000 DM Erzeugnisse (also einschließlich der Arbeit, die für die Produktion der eingesetzten Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe usw. aufgewendet ist) liegt in der Landwirtschaft bei 143 Stunden, in den anderen Branchen ebenfalls durchweg niedriger. Es ist der kapitalistische Markt, der die Gleichung erzeugt: 143 Arbeitsstunden (landwirtschaftliche Produkte) = 62 Stunden (Maschinenerzeugnisse, zum Beispiel).

Gesetzt den Fall, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise würden soweit erhöht, daß sich landwirtschaftliche und Industrieerzeugnisse ungefähr entsprechend der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitszeit austauschten. Dann müßte sich, um den Reproduktionsstandard zu halten, auch das Lohnniveau wesentlich, vielleicht um 30–50 Prozent, erhöhen. Insofern bedingen sich die Ausplünderung der landwirtschaftlichen Produzenten und die Ausbeutung der Arbeiter durch das industrielle Kapital wechselseitig. Das heißt, nur durch das Bündnis der Arbeiter und der Bauern kann das ungleiche Austauschverhältnis zwischen landwirtschaftlichen und Industrieerzeugnissen bekämpft und können höhere Erzeugerpreise gegen den kapitalistischen Markt durchgesetzt werden.

Branche	Lieferungen an die Landw.* in DM	Erwerbstätige in 1000	Direkte Arbeit* Stunden	Gesamtarbeit* Stunden
Landwirtschaft	12,2	2038	107,8	143
Elektrizitätswirtschaft	15,3	135	7,8	45
Gas- u. Wasserwirtschaft	1,0	96	15,0	61
Kohlenbergbau	4,0	257	28,1	54
Übriger Bergbau	1,7	23	16,1	52
Chemie, Steine, Erden	67,1	1353	15,8	56
Eisen- u. Stahlerzeugung	5,3	556	15,0	55
Maschinen, Fahrzeugbau	22,9	2107	24,3	62
Elektro, Feinmechanik	3,9	1691	26,8	64
Holz- u. Papierverarbeitung	4,1	491	23,9	64
Druck, Textil, Bekleidung	2,5	1184	30,0	69
Nahrungsmittelindustrie	94,1	538	11,7	69
Handwerk	36,2	1948	33,0	71
Baugewerbe	8,3	2172	33,1	61
Großhandel	23,9	1379	37,5	59
Eisenbahnen	2,9	433	51,1	79
Schiffahrt, Häfen	0,5	94	20,5	67
Übriger Verkehr	8,8	484	21,7	62
Bundespost, Nachrichten	3,3	485	44,1	63
Banken, Versicherungen	53,3	3596	36,9	65
Wohnungsvermietung	–	93	3,5	43

* *jeweils pro 1000 DM landwirtschaftliche Erzeugnisse. In Preisen von 1972. Berechnung auf Grundlage der Input-Output-Tabelle des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für 1972 und Arbeitszeitschätzungen des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit.*